

Registratur
des
Bürgermeisteramtes von Menden.

36

Acta generalia
betreffend

Vertrag zum Gemeindevorteil

Gemeindeverordnungen

Vertrag des Gemeindevorstandes

Tit. _____

Nr. _____

ter Band _____

Fach _____

W. Reekinger, Siegburg.

A

32

Minister des Innern.

Berlin, den 9. August 1919.

IV a. 11574.

Das Gesetz, betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 18. Juli 1919 wird in einer der nächsten Nummern der Preussischen Gesetzsammlung, die von mir erlassene Ausführungsanweisung dazu im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, sowie im Ministerialblatt für die innere Verwaltung veröffentlicht werden.

In der Anlage übersende ich Abdrucke der Ausführungsanweisung zugleich für die Stadt- und Landkreise mit dem Brauchen, das Erforderliche sofort zu veranlassen, damit die in dem Gesetze vorgesehenen Fristen eingehalten werden können. Vor allem ist die Neuwahl der unbesoldeten Gemeindevorstandsmitglieder und der Kreisdeputierten, der Amtsvorsteher in den östlichen Provinzen, der Gemeindevertretungen in der Provinz Hannover, der Deputationen und Kommissionen in Städten und Kreisen mit größter Beschleunigung nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes und der Ausführungsanweisung durchzuführen. Die Landräte werden bei ihrer Instruktion der Gemeindevorsteher jeder in Betracht kommenden Gemeinde auch klar mitzuteilen haben, ob die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl oder nach Mehrheitsprinzip statzufinden hat.

Ueber die Durchführung der Neuwahlen der Gemeindevorstände sehe ich mit Ausnahme der Provinzen Westpreußen, Posen, des Regierungsbezirks Oppeln sowie der Rheinprovinz einem Berichte zum 15. Oktober entgegen.

In Vertretung.

gez. v. Jarotzky.

An die Herren Regierungs-Präsidenten - mit Ausnahme von Posen -

Der Regierungs-Präsident.

I. E. 1516.

Cöln, den 15. August 1919.

Abschrift übersandt.

In Vertretung.

Die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

Budding

L. 116



Minister des Innern.

Berlin, den 9. August 1919.

IV a. 11574.

Das Gesetz, betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 18. Juli 1919 wird in einer der nächsten Nummern der Preussischen Gesetzesammlung, die von mir erlassene Ausführungsanweisung dazu im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, sowie im Ministerialblatt für die innere Verwaltung veröffentlicht werden.

In der Anlage übersende ich Abdrucke der Ausführungsanweisung zugleich für die Stadt- und Landkreise mit dem Ersuchen, das Erforderliche sofort zu veranlassen, damit die in dem Gesetze vorgesehenen Fristen eingehalten werden können. Vor allem ist die Neuwahl der unbesoldeten Gemeindevorstandsmitglieder und der Kreisdeputierten, der Amtsvorsteher in den östlichen Provinzen, der Gemeindevertretungen in der Provinz Hannover, der Deputationen und Kommissionen in Städten und Kreisen mit größter Beschleunigung nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes und der Ausführungsanweisung durchzuführen. Die Landräte werden bei ihrer Instruktion der Gemeindevorsteher jeder in Betracht kommenden Gemeinde auch klar mitzuteilen haben, ob die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl oder nach Mehrheitsprinzip statzufinden hat.

Ueber die Durchführung der Neuwahlen der Gemeindevorstände sehe ich mit Ausnahme der Provinzen Westpreußen, Posen, des Regierungsbezirks Oppeln sowie der Rheinprovinz einem Berichte zum 15. Oktober entgegen.

In Vertretung.

gez. v. Jarotzky.

An die Herren Regierungs-Präsidenten - mit Ausnahme von Posen -

Der Regierungs-Präsident.

I. E. 1516.

OSln, den 15. August 1919.

Abschrift übersandt.

In Vertretung.

An die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

Budding

1516

ZB Entsäuerung

14. Juli 2011

er Minister des Innern.
IV a. 11363.

Berlin, den 26. Juli 1919.

A u s f ü h r u n g s a n w e i s u n g
zu dem Gesetz über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen und
die weitere Durchführung der Gemeindewahlen vom 15. Juli 1919.

1. Das Gesetz gliedert sich in zwei nur lose miteinander im Zusammenhange stehende Teile. Nach § 1 steht nunmehr auch den Frauen unter den gleichen Voraussetzungen wie den Männern das Bürgerrecht in den Städten und das Gemeinderecht in den Landkreisen zu. Nach der Verordnung vom 23. November 1918 (Gesetzsamml. S. 183) konnten Frauen zu Mitgliedern gemischter städtischer Verwaltungsdeputationen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen des Erwerbes des Bürgerrechts erfüllten. Ferner wurden den Frauen durch die Verordnungen vom 24. Januar 1919 (Gesetzsamml. S. 13) und vom 31. Januar 1919 (Gesetzsamml. S. 15) das aktive und passive Wahlrecht zur Gemeindevertretung verliehen. Die Lücken, die diese drei Verordnungen hinsichtlich der politischen Gleichstellung der Frau in den Stadt- und Landgemeinden noch aufweisen, werden durch das Gesetz vom 15. Juli 1919 geschlossen, in dem das Bürgerrecht und Gemeinderecht im vollen Umfang jetzt auch den Frauen zusteht. Im übrigen wird hinsichtlich des Erwerbes und Verlustes des Bürger- und Gemeinderechts an den bestehenden Bestimmungen nichts geändert.

§ 1 kann bei Ehefrauen natürlich nicht dahin ausgelegt werden, dass die Voraussetzungen zum Erwerb und Besitz des Bürger- und Gemeinderechts, die beim Ehemann vorhanden sind, außerdem auch noch bei der Ehefrau vorhanden sein müssen, um ihr den Erwerb und Besitz zu ermöglichen. Es wird z. B. nicht verlangt werden können, wenn der Ehemann gemäß § 5 Absatz 2 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 das Bürgerrecht als Hausbesitzer, Gewerbetreibender oder Steuerzahler erworben hat, dass auch die Ehefrau diese Voraussetzungen erfüllt. Es müssen vielmehr in analoger Anwendung des § 5 Absatz 3 der Städteordnung die das Bürgerrecht begründenden Eigenschaften eines der beiden Ehegatten jedem von ihnen angerechnet werden.

2. Die §§ 2 und 3 enthalten Bestimmungen über die weitere Durchführung der Gemeindewahlen. Nach § 5 der Verordnung vom 31. Januar 1919 bleiben die Provinzen Posen und Westpreußen und der Regierungsbezirk Oppeln von dem Geltungsbereich der Verordnung bis auf weiteres ausgeschlossen. Um den nunmehr auftretenden Bedürfnis für einzelne Teile der vorgenannten Bezirke, Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen vorzunehmen, Rechnung tragen zu können, verleiht das Gesetz dem Staatsministerium eine entsprechende allgemeine Ermächtigung, die eine jeweils besondere Berücksichtigung der in diesen Bezirken verschiedenen liegenden und einem starken Wechsel unterworfenen Verhältnisse gestattet.

Nach der Gemeindewahlverordnung vom 24. Januar 1919 waren Nachträge zu den Wählerlisten zur Preussischen Landesversammlung, die die Unterlage der erstmaligen Wahl bildeten, nicht zulässig. Inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich verschoben. Die Listen werden daher vielfach nicht mehr vollständig sein, so dass eine Ergänzung, oder in Einzelfällen sogar eine Neuaufstellung der Wählerlisten erforderlich sein wird. Hierdurch wird es ermöglicht, bei den demnächst erstmalig nach dem gleichen Gemeindewahlrecht stattfindenden Wahlen in Abweichung von der Verschrift in § 8 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung vom 24. Januar 1919 die Bedeutung einer gewissen Seßhaftigkeit für das Gemeindewahlrecht zur Geltung kommen zu lassen.

Das Gesetz hat lediglich den Charakter eines Zwischengesetzes und tritt mit den demnächst zu erlassenden Gemeindeverfassungsgesetzen außer Kraft.

Im Auftrage:

gez. Meister.

Der

Der Minister des Innern.
IV a. 11363

Berlin, den 26. Juli 1919.

In der Anlage übersende ich eine Anzahl Ueberdrucke der Ausführungsanweisung zum Gesetz über das Bürger- und Gemeinderecht der Frau und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen vom 15. d. Mts. für die dortigen Stadt- und Landkreise.

Sollte in einzelnen Fällen eine Ergänzung oder Neuaufstellung von Wählerlisten erforderlich werden, so ist mir entsprechend zu berichten.
Im Auftrage.
gez. Meister.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Oberpräsidenten in Charlottenburg.

Der Regierungs-Präsident.
I. E. 1426.

Cöln, den 13. August 1919.

Abdruck zur Kenntnis.
Abdrucke dieser Verfügung für die Landbürgermeister liegen bei.

In Vertretung.

Budding

An
die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

frei!

Der Vorsitzende des
Kreisnusschusses
des Siegkreises.
A. I. Nr. 4061.

Bürgermeisteramt Menden-S.
zu Siegburg-Mülldorf
Eing. 24. VII. 1919
J.-Nr. 5427

Abdruck zur Kenntnis.

J.V.

von Hasboun.

An
den Herrn Bürgermeister

in

Lsg. Mülldorf

*Zu dem Akten
Sieg. Mülldorf, den 26/8.
der Brgst.*

Der Landrat.

A. I. Nr. 4212

Bürgermeisteramt Menden Siegburg, den 30. August 1919
zu Siegburg-Mülldorf
Eing. 3. SEP. 1919
J.-Nr. 56531

Abdruck übersende ich zur Kenntnisnahme, da die Verordnung (z. Zt. Prouß. Ges. Sammlung Nr. 33 vom 14.8. 1919 - Seite 118-) in der Rheinprovinz vorläufig nicht durchzuführen ist, erübrigen sich irgendwelche Maßnahmen. Die Ausführungsanweisung liegt nur in einem Exemplar hier vor und kann daher nicht mit übersandt werden.

Ich finde allerdings einen Widerspruch insofern, als es in § 4 Abs. 3 des Gesetzes heißt, daß die Verordnung in den besetzten Gebieten der Rheinprovinz erst nach der Durchführung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen Platz greift, während der Erl B des Ministers des Innern vom 9.8. 1919 (am Schluß) von der ganzen Rheinprovinz spricht. Dementsprechend hat auch der Regierungs-Präsident die ganze Sache nur zur Kenntnis macht zum Bericht bezw. zur weiteren Veranlassung mitgeteilt.

S t r a h l.

An
den Herrn Bürgermeister

in

Lsg. Mülldorf

abschrift.

Der Regierungs-Präsident.

Cöln, den 9. September 1919

I E 1641

Der Bürgermeister in Bergisch Gladbach hat mir ein Schreiben der britischen Zivilverwaltung, südl. Division, vom 24. v. Mts. - No. 17/5/281.S.3020 - vorgelegt, in dem dem Bürgermeister mitgeteilt wird, dass der Militär-Gouverneur das Abhalten von Stadtverordnetenwahlen (Gemeindewahlen) in dem von den Briten besetzten Gebiete gestattet hat. Weiter ist in dem Schreiben zum Ausdruck gebracht, dass die Vorbereitungen für die Gemeindewahlen beginnen können.

In Vertretung

gez: B u d d i n g .

An

den Herrn L a n d r a t

in

Siegburg.

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siebkreises.
A.L. J.-Nr. 4368.

Siegburg, den 11. September 1919.

Abdruck übersende ich zur Kenntnissnahme und
weiteren Veranlassung .

S t r a h l .

S. Müllendorf 11/9 19

Landrat.

An

die Herren Landbürgermeister

in

Leg. Müllendorf

Los. Gemeinderat aufbauen

Wahl vom 11. 9. 19 No 4368.

*Nachher Begünstigung auf andere
Vorfälle Verfügung bitten auf
im Willkürliche Weise
nicht mehr machen sollen
O. N.*

Abschrift.

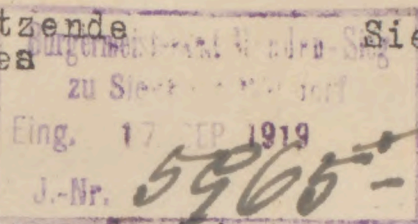
T e l e g r a m m .

Innenminister drahtet für Gemeindewahlen im besetzten Gebiet Neuaufstellung der Wählerlisten angeordnet. Dabei erforderlichlich 6 Monate Wohnsitz Stichtag d. September Erlaß unterwegs.

Oberpräsident.

1/3 19

Der Landrat und Vorsitzende des Kreisausschusses des Siegburg, den 12. Sept. 1919.
des Siegburgkreises.
A. I. Nr. 4409



Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisanahme.

Der in Aussicht gestellte Erlaß des Herrn Ministers wird Ihnen nach Eingang unverzüglich zugefertigt werden.

S t r a h l.

An

den Herrn Bürgermeister

in

L. Müller

Abschrift.

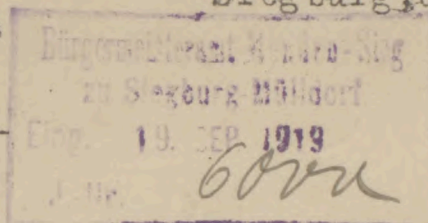
T e l e g r a m m .

Reichsminister drahtet In neue Wählerlisten sind auch diejenigen aufzunehmen die das Erfordernis sechsmonatlichen Wohnsitzes bis zum Wahltag erfüllen.

Oberpräsident.

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises.
A. I. Nr. 4391.

Siegburg, den 15. September 1919.



Abschrift übersende ich im Anschluß an meine Verfügung vom 22. IX. ar. A. I. J.-Nr. 4409 zur gefk. Kenntnissnahme.

S t r a h l.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Der Bürgermeisterei

Gehtig. 19.9.19

Görr

*zu dem Akten
N. N.*

S. Schüller

Lichter

Abschrift.

Der Regierungs-Präsident.
I E 1752.

Cöln, den 18. September 1919.

Nach Mitteilung des Britischen Militär-Gouverneurs
sind nunmehr alle Wahlen im Britisch besetzten Gebiete zu-
lässig.

In Vertretung.

gez. Budding.

An den Herrn Landrat in Siegburg.

Bürgermeisteramt Menden-Sieg

zu Siegburg-Mündorf

Eing. 25. SEP. 1919

J.-Nr.

Siegburg, den 23. September 1919.

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siebkreises.
A. I. Nr. 4488.

Abschrift übersende ich zur weiteren
Veranlassung.

S t r a h l.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Leo Mündorf

Abschrift.

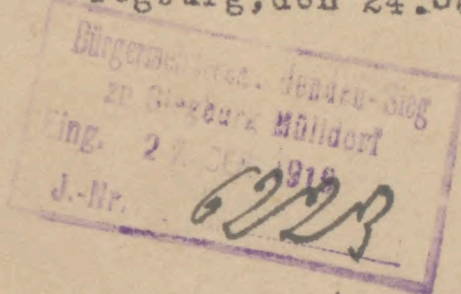
Telegramm.

Innenminister drahtet: In Wählerlisten zur Durchführung
der Gemeindewahlen im besetzten Gebiet sind selbstverständlich
auch heimkehrende Flüchtlinge und Kriegsgefangene aufzunehmen
wenn sie Erfordernis 6 monatlichen Wohnsitz erfüllen.

Oberpräsident.

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises.
A.I. Nr 4512.

Siegburg, den 24. September 1919.



Abschrift zur Kenntnis.

S t r a h l.

An

den Herrn Bürgermeister

i n

Siegburg Mülldorf

er Minister des Innern.
IV.a.12022.

Berlin, den 4. September 1919.

In einer Reihe von Gemeinden im besetzten Gebiet haben die Besatzungsbehörden nunmehr die Durchführung der Gemeindewahlen auf Grund der Verordnungen vom 24. und 31. Januar d. Js. genehmigt. Auf Grund von § 3 des Gesetzes über das Bürger- und Gemeinde-recht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindewah-len vom 15. Juli d. Js. ordne ich hiermit an, daß in allen Fäl-len hierbei eine Neuaufstellung der Wählerlisten zu erfolgen hat, wobei gemäß § 2 der Verordnung vom 24. Januar d. Js. ledig-lich die wahlberechtigten zu berücksichtigen sind, die im Ge-meindebezirk seit 6 Monaten ihren Wohnsitz haben. Als Stichtag für dieses Erfordernis bestimme ich den 1. September.

Im übrigen verweise ich noch besonders auf § 23 des Gesetzes vom 18. Juli d. Js. (G.S. 118).

Jch ersuche hiernach unverzüglich das Weitere zu veranlassen.

Im Auftrage.

(Unterschrift.)

An den Herrn Oberpräsidenten in Coblenz.

er Oberpräsident der Rheinprovinz,
G. 965/19.

Coblenz, den 14. September 1919.

Abschrift übersende ich im Anschluß an meine Verfügung vom 6. und 10. d. Mts. - G. 941 u. 941 II/19- zur gefälligen weiteren Veranlassung.

In Vertretung.

Unterschrift.

An den Herrn Regierungs-Präsidenten in Cöln.

er Regierungs-Präsident.

Cöln, den 20. September 1919.

I E 1714.

Abschrift zur Beachtung.

In Vertretung.

Budding

An

Herren Landräte des Bezirks,
Herren Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

Alt. 221.

T e l e g r a m m .
=====

Innenminister drahtet weise Bezugnehmend auf Drahter-
laß vom 9. September darauf hin, daß selbstverständlich
Nachtrag auch Stichtag für Erfordernis der Vollendung 20.
Lebensjahres ist.

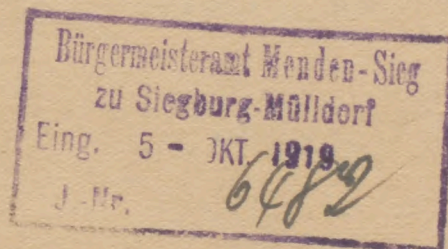
Überpräsident.
=====

Der Vorsitzende des
Kreisausschusses
des Siegkreises,
A. I. Nr. 4643.

Siegburg, den 3. Oktober 1919

Abschrift zur Kenntnis.

Strahl.



An
den Herrn Bürgermeister
in

J. Mülldorf

B

Der Minister des Innern.

IV a.12319.

Berlin, den 22. September 1919.

N.W.7, Unter den Linden 72/73.

Auf die Eingabe vom 11.d.Mts.

Das Erfordernis eines 6-monatigen Wohnsitzes (bis zum Tage der Wahl gerechnet) entspricht den gesetzlichen Bestimmungen, da auf Grund der durch § 3 des Gesetzes vom 15. Juli d. Js. (Gesetzsamml. S. 113) erteilten Ermächtigung für die im besetzten Gebiet jetzt möglich werdenden Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen eine Neuauflstellung der Wählerlisten von mir angeordnet worden ist und dabei die Bestimmung in § 2 der Gemeindewahlverordnung vom 24. Januar d. Js., die als Voraussetzung des Wahlrechts eine sechsmonatige Wohnsitzdauer erfordert, beachtet werden muß. Dieser Anordnung entspricht das Vorgehen der Stadtverwaltung in Euskirchen. Eine Ausnahme zu gunsten entlassener Kriegsgefangener, die vor ihrer Einberufung zum Heeresdienst an einem anderen Orte gewohnt haben und erst jetzt in Euskirchen neu zugezogen sind, ist nicht möglich.

An die Ortsgruppe Euskirchen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen in Euskirchen.

Abschrift zur gefälligen Kenntnisnahme.

Im Auftrage.

Unterschrift.

An den Herrn Regierungs-Präsidenten in Köln.

Der Regierungs-Präsident.

Cöln, den 29. September 1919.

I.E.1756.

Abschrift zur Kenntnis.

In Vertretung.

Budding

An

die Herren Landräte des Bezirks,
ausschl. der in Hummersbach und Wald-
bröl, die Herren Oberbürgermeister in
Bonn und Cöln, die Herren Bürgermeister
in Brühl, Euskirchen, Zülpich, Bergisch
Gladbach, Minstereifel, Rheinbach, Sieg-
burg,

Bürgermeisteramt Menden-Sieg
zu Siegburg-Mülldorf
Eing. 11. Okt. 1919
J.-Nr. 6628

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses des Sieg-
kreises.
A.I.J.-Nr. 4694.

Abschrift zur Kenntnis.

Strahl.

An

den Herren Bürgermeister

in

Lfg. Mülldorf

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siebkreises.
A.I.J.-Nr. 4843

Siegburg, den 24. Oktober 1919.

Anweisung an die Bürgermeister betreffend die
Gemeindewahlen.

I.

Die neuen Wählerlisten sind vorgeschrieben um alle Wahlbe-
rechtigten möglichst ausnahmslos zu erfassen. Wer am Wahltage
noch nicht 6 Monate im Gemeindebezirke wohnte, darf nicht aufge-
nommen werden. Zurückkehrende Kriegsgefangene sind in die Listen
aufzunehmen wenn sie an Wahltage 6 Monate lang in der Gemeinde
wohnt haben (die Abwesenheit im Kriegsdienste hat den Wohnsitz
nicht unterbrochen). In größeren und räumlich ausgedehnten Ge-
meinden sind Stimmbezirke zu bilden. Jeder Stimmbezirk soll etwa
500 Einwohner umfassen. Soweit bei den Wahlen zur Nationalver-
sammlung Stimmbezirke gebildet worden sind, werden diese zweck-
mäßig beibehalten. Damit die Vorbereitungen nicht aufgehalten
werden, ersuche ich, die Vorschläge zur Abgrenzung der Stimmbe-
zirke mir einzureichen, aber inzwischen bereits nach diesen Vor-
schlägen die Wählerlisten für die einzelnen Stimmbezirke und
nach alphabetisch aufzustellen (doppelt), eventl. straßenweise.

Der Gemeindevorstand (Bürgermeister) erläßt sofort nach Ein-
gang dieser Verfügung in ortsüblicher Weise die Bekanntmachung,
und von welchem Tage ab die Wählerlisten 8 Tage lang zur Ein-
sicht ausliegen. Zweckmäßig geschieht die Auslegung in den be-
treffenden Stimmbezirken an derselben Stelle, wo die Wählerlisten
für die Nationalversammlung ausgelegt waren. Die Auslegung muß
wenigstens 7 Wochen vor der Wahl beginnen, es empfiehlt sich deshalb, falls
die Wählerlisten noch nicht fertiggestellt sind, die Auslegung
noch sofort bekannt zu machen, da der Tag der Fertigstellung je
berechnet werden kann.

Werden Einsprüche gegen die Wählerliste, die beim Gemeindevor-
stand anzubringen sind, von diesem nicht als begründet erachtet,
so muß binnen 14 Tagen der Landrat entscheiden und den Betei-
ligten die Entscheidung bekannt geben. Solche Einsprüche sind
sogleich alsbald hierher zu senden.

Näheres über die Wählerlisten, Beschonigungen dazu usw.
gibt die Wahlordnung für die Wahlen zur Nationalversammlung
vom 30. November 1918 (R.G.Bl. S. 1353).

Sofort nach Eingang dieser Verfügung ersuche ich, - sofern
nicht bereits geschehen ist - die Wahlkommission zu bilden.
Der Bürgermeister bzw. Gemeindevorsteher gehören ihr.
Der Vorsitzende der Wahlkommission ist der Landrat zu wählen hat. Zu dem Zweck
muss eine dringliche Gemeinderatssitzung (Einladungsfrist kür-
zer als 3 Tage) anberaumt werden. Erscheint ein früherer Schluss
der Wahlvorhandlung als um 8 Uhr zweckmäßig, so ist der Gemeindevor-
stand auch hierüber zu hören. Auch ist der Wahltag zu bestimmen;
dies muss ein Sonntag sein.

Die

S. Mülldorf

Die Wahlkommission muß spätestens 2 Wochen vor dem Wahltag die Einreichung der Wahlvorschläge durch die zu amtlichen Bekanntmachungen dienenden Blätter auffordern. Diese Bekanntmachung wird zweckmäßig sofort nach Bildung der Wahlkommission erlassen. Dabei ist folgendes anzugeben:

Die Wahlvorschläge sind von mindestens 10 Wahlberechtigten zu unterzeichnen und bis spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag der Kommission einzureichen. (es wird empfohlen, anstatt 7. zu sagen 14. oder 10 Tage vor dem Wahltag, da sonst der Wahlschluß für die Prüfung und Veröffentlichung der Vorschläge, die am 5. Tage vor der Wahl erfolgen muß, siehe unten nicht genügend Zeit behält.) Bis zum gleichen Tage sind etwaige Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erklären. Die Wahlvorschläge dürfen um die Hälfte mehr Namen enthalten, als Gemeindevorteiler zu wählen sind. Es sollen unter den verschiedenen Wahlvorschlägen nicht dieselben Unterschriften stehen. Von jedem vorgeschlagenen

Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beizufügen. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand, Beruf wie Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Die Unterschriften der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Gleichzeitig ist die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind, beizufügen. Bewerber dürfen nicht in mehr als einem Wahlvorschlag aufgeführt sein.

In der Bekanntmachung sind auch die Namen der Wahlschlußmitglieder anzugeben (siehe unten): zweckmäßig wird auch näheres über die Stimmzettel (§ 34 der Wahlverordnung) und der Wahltag angegeben.

Falls die Wahlvorschläge Mängel aufweisen, hat die Wahlkommission das Weitere gemäß § 17-21 der Wahlverordnung zu veranlassen.

Zur Bildung des Wahlausschusses beruft die Wahlkommission a) 4 Wahlberechtigte aus der Gemeinde und verpflichtet sie (durch den Bürgermeister) durch Handschlag an Eidesstatt; b) ebenso 2 Beisitzer als Stellvertreter und 1 Schriftführer. Der Wahlausschuß entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge und veranlaßt das Erforderliche gemäß § 23-28 der Wahlordnung. Spätestens am 5. Tage vor dem Wahltag hat der Wahlausschuß die Wahlvorschläge und etwaige Listenverbindungen bekanntzumachen. (§ 28). Die rechtliche Bedeutung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung ist dabei kurz zu erläutern nach Maßgabe der § 19, 20, 21 der Wahlverordnung und § 51, 52, 53 der Wahlordnung vom 30. November 1918. Die Abgrenzung der Stimmbezirke, Ernennung des Wahlvorstehers und Vertreters, Bestimmung des Wahlraumes sowie Tag und Stunde der Wahl sind spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag durch die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter und in ortsüblicher Weise bekanntzugeben. Die Bekanntmachung ist dortseits vorzunehmen, nachdem vorher meine Genehmigung (Ernennung pp.) eingeholt ist. (§ 10, 29, 30 der Wahlverordnung.

Dor

Der Wahlvorsteher ernennt 3 - 6 Beisitzer und einen Schriftführer aus den Wahlberechtigten des Stimmbezirks. Diese bilden zusammen den Wahlvorstand. Selbstredend können auch Frauen dem Wahlvorstand angehören. Die Obliegenheiten des Wahlvorstehers, der Leitung der Wahlhandlung usw. sind in §§ 31 - 48 näher angegeben.

Nach der Wahl treten Wahlkommission und Wahlausschuß wie in Tätigkeit (§§ 49 - 56): Bekanntmachung betreffend Prüfung der Wahlen, die Prüfung selbst, Bekanntmachung des Ergebnisses, Annahmeerklärung der Gewählten. Mit der Zuziehung von Hilfsarbeitern nach § 47 der Wahlordnung erkläre ich mich einverstanden.

Die Anzahl der zu wählenden Gemeindevorsteher ist nach § 47 der Gemeindeordnung nach Maßgabe der Einwohnerzahl zu ermitteln. Grundsätzlich ist das Ergebnis der letzten Volkszählung (1910) maßgebend. Da am 8. Oktober stattfindende Volkszählung kann nicht in Betracht kommen, da nur mit dem erst später amtlich festzustellenden und bekannt zumachenden Ergebnis derselben gerechnet werden kann.

II.

Sofern in einzelnen Gemeinden Ortsstatute betreffend Verteilung der Gemeindevorsteher auf die einzelnen Ortschaften bestehen ist folgendes zu beachten:

In dem Ministerialerlaß vom 1. Februar 1919 IV a 309 heißt es zwar in Beziehung auf § 8 letzten Absatz der Verordnung vom 24. Januar 1919, daß Bestimmungen über örtliche Einschränkung des passiven Wahlrechts nicht berührt werden. Dem steht indes gegenüber die Ausführungs-Anweisung vom 8. August 1919 zum Gesetz vom 18. Juli 1919, in der § 22 "in Hinblick auf die Eingemeindungsverträge, aber in allgemeiner Ausführung gesagt ist, daß die Aufrechterhaltung derartiger Sonderrechte mit dem Verhältniswahlverfahren praktisch unvereinbar ist. Bei dieser praktischen Unmöglichkeit ihrer Anwendung ist es ohne Belang, ob die Sonderrechte durch Ortssatzung oder Eingemeindungsvertrag festgelegt sind. Sie stehen der Verordnung vom 24. Januar 1919, die die Verhältniswahl vorschreibt, tatsächlich entgegen und sind daher gemäß § 10 dieser Verordnung (1. Satz) (in Verbindung mit § 8 letztem Satz) insoweit als aufgehoben anzusehen.

Hiernach steht es den Parteien frei, die Bewerber für ihre Wahlvorschläge aus der gesamten Gemeinde zu entnehmen (§ 22) der Ausführungsanweisung vom 1. August, letzter Satz.)

Gaz Strühl

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises.
A. I. Nr 4938.

Siegburg, den 25. Oktober 1919.

Menden-Sieg
Mündorf.
26. Okt. 1919

Joh erhalte von Coblenz, seeben folgendes Tele-
gramm :

Innenminister drahtet: Ja Ergänzung meiner Drahtung vom 20. September bei Kriegsteilnehmern insbesondere Kriegsgefangenen, die nach Rückkehr aus dem Kriege ihren Wohnsitz in derselben Gemeinde nehmen und bis zum Wahltag behalten in der sie bei Einschiebung zum Militärdienst wohnten ist Voraussetzung sechsmonatigen Wohnsitzes stets als erfüllt anzusehen. Eintragung in Wählerliste in in diesen Falle auch nach Ablauf der Auslegungsfrist vorzunehmen, sofern Unmöglichkeit rechtzeitigen Einspruches glaubhaft gemacht und Antrag mindestens eine Woche vor Wahltag gestellt wird, soweit Gemeindewahlen noch nicht stattgefunden haben. Erforderliches hiernach veranlassen. Depeschenschluß. Bezogene Drahtung vom 20. September am 22. September dorthin drahtlich mitgeteilt.

Oberpräsident.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung.
Die am Schluß des Telegramms bezogene Drahtung ist dort-
hin mitgeteilt durch diesseitige Verfügung vom 24. September
1919 A.I. Nr 4512.

S t r a h l.

An
den Herrn Bürgermeister
in

S. Müllhoff

Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises.
A. I. J.-Nr. 4873.

Siegburg, den 28. Oktober 1919.

zu Siegburg
Emp. 30. Okt. 1919
J.-Nr.

Die Verschiedenheit der Handhabung der Ausführungs-
bestimmungen zum Gesetz betr. Gemeindewahlen gibt mir Ver-
anlassung auf meine Verfügung vom 15.v. Mts. A. I. Nr.4391
nochmals hinzuweisen, wonach auch diejenigen in die Wahl-
listen aufzunehmen sind, die bis zum Wahltag das Erforder-
nis 6 monatlicher Wohnsitzes in der Gemeinde erfüllen.

Ferner verweise ich noch besonders auf § 23 des Ge-
setzes vom 18.Juli ds.Js. Ges.Samml.S.118 und meine letzte
Verfügung von 25. ds.Mts. A.I.Nr. 4943.

B t r a h l.

An

den Herrn Bürgermeister

in

J. Müldorf

Bel.

Ries Sieg

Lüftungsmaschine Kessel

Angebot

Concert

beifolgt Formulare der Kassenprüfer, der Kassenbucher, der
 Kassenbucher und Leitung der Kassenbücher
 für die am 30. November 1919 stattfindenden Kassenprüfungen
 vorzubereiten.

Vorführung vom 24. 10. 1919 Nr. 4943

Lüftungsmaschine

Siegburg Müllhof, am 24. Oktober 1919.

Im Lüftungsmaschine.

Num. bezirk	zum Himmelbezirk gehörige Gemeinde	Mühlort	Mühlortbesitzer	Müllersbesitzer Mühlortbesitzer	Müllers besitzer	besitzer	Müllersbesitzer
1	Reisdorf	Lehmpfung der Mühlort W. Dues Reisdorf	Müller Wilhelm Ober. in St. Marien Reisdorf Leichhaus	Heesrich Reisdorf Königsmühlort Reisdorf	9 - 6	Liebig Wilhelm, Franken Brennerei Wilhelm, Hülberg Grübel Wilhelm & Hülberg	Behr Johann Reichard Johann
2	Hangelar	Lehmpfung der Mühlort Peter Josef Leichhaus Hangelar	Leichhaus Peter Josef Gemeinde Hangelar	Heesrich Johann Hangelar Hangelar	9 - 6	Grosen Johann, Hagen Johann, Knecht Peter, Schmitz Johann Johann Rotbrot Hangelar & Hülberg	Schieser Johann Schmidt Johann
3	Holzlar mit Raleber Kohlehand Gielgen	Lehmpfung der Mühlort Gielgen	Baum Peter Gielgen Kohlehand	Jonas Theodor Kohlehand	9 - 6	Lies Joh. Lutz Joh. Lutz Bellinghousen Hangelar Kohlehand Hangelar & Hülberg	Brückhoff Joh. Kohlehand Hangelar
4	Meindorf	Lehmpfung der Mühlort Hermann Friedrich Klein Meindorf	Braunweiler Johann Wilhelm Hermann Meindorf	Schmitz Johann Meindorf	10 - 6	Lein Friedrich, Johann Klein Johann Broderick Johann Brennerei Johann & Hülberg	Heesrich Wilhelm Klein Wilhelm
5	Niedermenden, bei den Hül Fr. W. Hülte	Lehmpfung der Mühlort Fr. W. Hülte Niedermenden	Heesrich Wilhelm Gemeinde Niedermenden	Heesrich Johann Niedermenden	9 - 6	Falkenreich Johann, Hülberg Hülberg Wilhelm, Hülberg Reisen Hülberg & Hülberg	Leichhaus Wilhelm Velser Johann
6	Niederpleis	Lehmpfung der Mühlort W. Dues Niederpleis	Klein Gottfried Gielgen Niederpleis	Reichard Johann Niederpleis	9 - 6	Joh. Schopp, Johann Lutz, Johann Kohlehand Gielgen Lehmpfung Hülberg & Hülberg	Johann Hülberg Hülberg Hülberg
7	Obermenden mit Fr. W. Hülte Hülte Reich	Lehmpfung der Mühlort Fr. W. Hülte Obermenden	Heesrich Wilhelm Gemeinde Obermenden	Heesrich Johann Obermenden	9 - 6	Lutz Wilhelm, Hülberg Johann Hülberg Hermann Heesrich Johann & Hülberg	Leichhaus Wilhelm Hülberg Wilhelm
8	Liebig. Mühlort	Lehmpfung der Mühlort Johann Liebig. Mühlort	Heesrich Wilhelm Gemeinde Liebig. Mühlort	Heesrich Johann Liebig. Mühlort	9 - 6	Friedrich Wilhelm, Dörre Johann Behr Johann, Hülberg Brennerei Hülberg & Hülberg	Kohlehand Johann Lutz Wilhelm

Kreis Sieg.

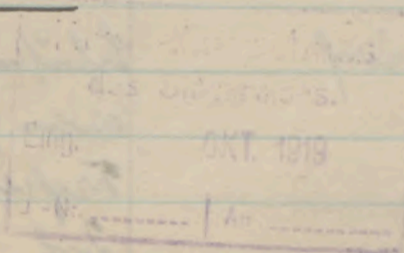
Landrath Herrmann.

Wegzins

besucht Commission der Maßregulierung, der Hüllwärf, Bestimmung
der Hüllwärf und Bildung der Maßbezirke für die am 30. November
1919 stattfindenden Grundbesitzversteigerungen.

Verfügung vom 24. Oktober 1919 Nr. A 4943

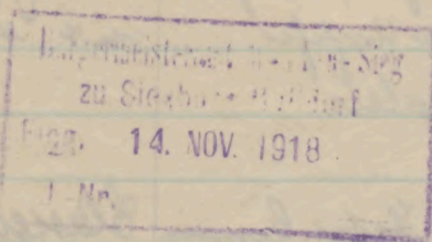
A 7



Offenlegung!

Siegburg. Hüllwärf, den 24. Oktober 1919.

Der Landrath Herrmann.



Der Vorsteher des
Landrathes des
Landrathes.

Nr. 5779

Siegburg, den 12. XI 1919.

H. Landrath Herrmann.

[Handwritten signature]

[Handwritten initials]

Himmelsbezirk	zum Himmelsbezirk gehörigen Gemeinden	Mußlokale	Mußvorgänger	Stellvertreter Mußvorgänger
1	Buisdorf	Lehensförmig der Mietin Wm Dues Buisdorf	Müller Wilhelm Gemeindenvorstand Buisdorfer Seich- haus	Haus Fritz Kfume müßiger Buisdorf
2	Hangelar	Lehensförmig der Mietin Jakob Joh. Lichius Hangelar	Lichius Jakob Josef Gemeindenvorstand Hangelar	Kurth Johann Langelar Hangelar
3	Hoglar mit Roleber Kohlkaul Gielgen	Kfume zu Hoglar	Baum Jakob Gemeindenvorstand Kohlkaul	Fokus Jakob Kohlkaul Hoglar
4	Meinort	Lehensförmig der Mietin Hermann Friesen kein Dorf	Brauweiler Johann Wilhelm Gemeindenvorstand Meinort	Schmidt Jakob Kohlkaul Meinort
5	Niedermeuden, kein den Hof Fried. Wilh Hütte	Lehensförmig der Mietin Joh. Richard Niedermeuden	Kfume Wilhelm Jakob Gemeindenvorstand Niedermeuden	Richard Johann Gemeindenvorstand Niedermeuden
6	Niederpleis	Lehensförmig der Mietin Wm Fül. Derbaum Vie. Derspleis	Klein Gottfried Jr. Gemeindenvorstand Niederpleis	Richard Johann mit Niederpleis
7	Obermeuden mit Fried. Wilh. Hütte, Ag. gerdeich	Lehensförmig der Mietin Johann Kofe gen Obermeuden den	Frey Jakob Gemeindenvorstand Obermeuden	Classen Hermann Mietin Fried. Wilh. Hütte
8	Siegburg, Mühlort	Lehensförmig der Mietin Jakob Schumacher Siegb. Mühlort	Kfume Heinrich Jakob Gemeindenvorstand S. Mühlort	Scherr Johann Gemeindenvorstand Siegb. Mühlort

Staatstelegramm!

Innenminister

B e r l i n

Erbitte drahtliche Bestätigung, daß meine Annahme zutreffend, wonach Gesetz vom 18. Juli 1919 nicht für Beigeordnete der rheinischen Landbürgermeistereien (§ 24 Ziffer 8 rheinische Kreisordnung) gilt.

Oberpräsident. 15.10.19.

Telegramm aus Berlin, den 20.10.1919.

an: Oberpräsident-Coblenz.

Gesetz vom 18. Juli findet auf Landbürgermeister der beigeordneten keine Anwendung-Innenminister.

Oberpräsident der Rheinprovinz.

Coblenz, den 23. Oktober 1919.

G.1093 II/19.

Abschrift zur gefälligen Kenntnis und Beachtung.

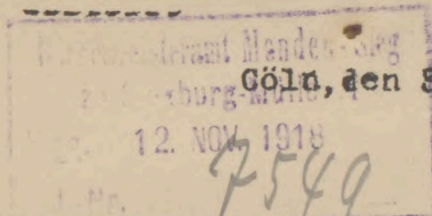
In Vertretung.

Unterschrift.

An die Herren Regierungs-Präsidenten.

an den Regierungs-Präsident.

I.E.1941.



Abschrift zur Kenntnis.

Für die Bürgermeister der Landbürgermeistereien liegen Abdrücke bei.

In Auftrage.

An die Herren Landräte des Bezirks.

Podewitz

L. 31

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siebkreises.
A.I.Nr. 5088.

Siegburg, den 10. November 1919.

Bürgermeisteramt M. - Sieg
zu Siegburg-Mülldorf
Eing. 11. Nov. 1919
J.-Nr.

Abdruck übersende ich unter Bezugnahme auf meine
Verfügung vom 5. Oktober 1919 A.I. 4626 zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.

S t r a h l.

An
den Herrn Bürgermeister
in

S. Mülldorf

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
A. I. Nr. 5118.

Siegburg, den 12. November 1919

Bürgermeisteramt Menden-Sieg
zu Siegburg-Mülldorf
Eing. 15. Nov. 1919
J.-Nr.

Abdruck zur Kenntnis, sofern im dortigen
Bezirk Einschränkungen gedachter Art bestehen, sind die-
selben hierdurch aufgehoben (vgl. auch II Teil der
Verfügung vom 24. X. 1919 A. I. 4943).

S t r a h l.

An
den Herrn Bürgermeister
in

Sieg Mülldorf

T e l e g r a m m .

Innerminister drahtet: Kreisausschussbeschlüsse über Ein-
schränkungen des passiven Wahlrechts durch Wohnsitzbeschrän-
kung gemäß Artikel 14 Absatz 3 des Gemeindeverfassungsgesetzes
sind mit dem Verhältniswahlrecht vereinbart. Aufhebung der-
artiger Beschlüsse ist als Selbstverwaltungsangelegenheit
Sache des betreffenden Kreisausschusses für gleiche Bestim-
mungen den eingemeindungsverträge war gesetzliche Aufhebung
erforderlich.

Regierungs-Präsident.

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises.
A.I.J.-Nr 5167.

Siegburg, den 14. November 1919.

In Ausführung des Gesetzes der preußischen Staatsregierung vom 18. Juli 1919 betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes (Ges. Slg. S. 118 ff.) hat der Kreisausschuß in seiner heutigen Sitzung den Tag bestimmt, an dem gemäß § 2 a. a. O. vorzunehmenden Neuwahlen stattfinden sollen. Eine Abschrift des Beschlusses ist beigefügt.

Unter Bezugnahme auf meine Verfügungen vom 5. Okt. 1919 A.I. 4626 und vom 10. November 1919 A.I. 5088 weise ich besonders darauf hin, daß die Bestimmungen des § 4 cit. Gesetzes für die Landgemeinden des Siegkreises nur bei Neuwahlen der unbesoldeten Gemeindevorsteher und ihrer Stellvertreter Anwendung finden. Eine Neuwahl ist in allen Gemeinden vorzunehmen, in denen nicht der Bürgermeister kraft Gesetzes berufener Gemeindevorsteher ist (§ 73 L.G.O.) Eine Wahl der Beigeordneten findet nicht statt.

Im § 7 Abs. des Gesetzes und in der dazu ergangenen Ausführungsanweisung des Herrn Ministers des Innern vom 9. August 1919, IV a 11574 ist aber ausdrücklich gesagt, daß die unbesoldeten Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter nur durch Einzelwahl nach Mehrheitsprinzip zu wählen sind, da es sich in jedem Falle um die Wahl einer einzelnen Person handelt. Würden dagegen für einen Gemeindevorsteher gleichzeitig mehrere Stellvertreter in derselben Eigenschaft gewählt,

so hätte diese Wahl der Stellvertreter nach den Grund-
sätzen der Verhältniswahl stattzufinden.

Joh ersuche demnach zu verfahren und mir die
Wahlverhandlungen bald nach der Wahl, spätestens jedoch bis
15. Januar 1920 einzureichen.

Sofern auch in den Landgemeinden Kommissionen oder
 Deputationen bestehen, sind auch diese nach den Bestimmungen
 der § 16 Abs. 1, 3 und 5 neu zu wählen; und zwar durch Ver-
 hältniswahl, wobei § 7 Abs. des Gesetzes sinngemäß Anwendung
 findet. Durch Beschluß der Wahlkörperschaft, der vor Bekannt-
 gabe eines Wahlvorschlages zu fassen ist, kann jedoch bestimmt
 werden, daß Kommissionen oder Deputationen in offener Wahl
 durch Zuruf gebildet werden.

Bezüglich der Steuerkommissionen verweise ich auf das
Gesetz vom 16. Juli 1919.

Schulddeputationen, Kommissionen und Vorstände sind vor-
läufig nicht neu zu wählen, da der Landesversammlung ein
Entwurf anderweiger Regelung vorliegt.

Um Zweifel auszuschließen sei schließlich bemerkt, daß die
 Bildung von Kommissionen und Deputationen in Landgemeinden
 lediglich Sache der Gemeinden ist; der Kreisausschuß hat
 hierzu keine Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Einer
 Einreichung dieser Wahlverhandlungen bedarf es nicht.
Zusatz für die aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten
Bürgermeistereien.

Bei dieser Gelegenheit erwähne ich schließlich noch,
 daß, wenn die Gemeinderäte neu gewählt sind, auch die Bürger-
 meistereiräte baldigst zu wählen sind. Zweckmäßig wird daher

sofort

Sofort nach der Neuwahl der neue Gemeinderat einberufen
mit der Tagesordnung:

- 1.) Beschlussfassung über die Gültigkeit der Gemeinderatswahl.
- 2.) Wahl zur Bürgermeistereiversammlung.

Wird die erste Sitzung auf dem 30. Dezember gelegt, so kann damit gleichzeitig die Wahl des Gemeindevorstehers und dessen Stellvertreters verbunden werden.

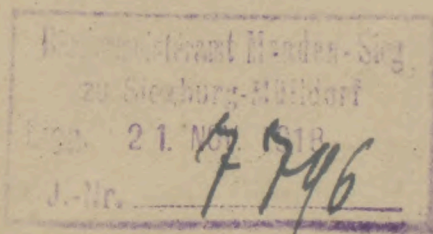
Erst wenn dieses alles erledigt ist, kann die erste Bürgermeistereiratssitzung stattfinden. Ich werde bis dahin Sorge tragen, daß das Weitere wegen der Wahl der Kreistagsmitglieder erfolgt ist, so daß auch in der ersten Sitzung des Bürgermeistereirates gleich die Wahl der Kreistagsmitglieder stattfinden kann.

Dieser Zusatz hinsichtlich der Kreistagswahl gilt nicht für die Bürgermeistereien Wahlscheid und Königswinter-Land, da auf diese Bürgermeistereien nicht je ein Abgeordneter entfällt. Diese Bürgermeistereien wählen als Kreisteil zusammen einen Angeordneten zum Kreistag. Hierüber ergeht noch besondere Verfügung.

S t r a h l.

an Herrn Bürgermeister
in

G. Müllers



Abschrift.

der Regierungs-Präsident
I.M. 2065

Cöln, den 15. November 1919

An den Herrn Landrat in Bonn.

Auf den Bericht vom 10. ds.Mts.K.A.3968/4061.

Das Gesetz vom 18. Juli 1919 (G.S.S.118) findet auf die unbesoldeten Beigeordneten der Landbürgermeistereien keine Anwendung (Erlass des Herrn Oberpräsidenten vom 23.v.Mts.-G.1093 II/19-, mitgeteilt durch Verfügung vom 30.v.Mts.-IE.1941-) die Beigeordneten die ernannt und nicht gewählt sind, bleiben bis zum Ablauf der Zeit ihrer Ernennung im Amte.

In den Landgemeinden ist der Bürgermeister Gemeindevorstand. Gemeindevorstandsmitglieder gibt es daher nicht. Der Gemeindevorsteher ist als unbesoldeter Gemeindebeamter anzusehen und neu zu wählen. Da er nicht Mitglied des Gemeindevorstandes ist, so findet die Ausführungsbestimmung zu § 4 (Abs.2) des Gesetzes vom 18. Juli 1919 auf ihn keine Anwendung.

Da der Kreisausschuss den Termin für die Wahl des Gemeindevorstehers zu bestimmen habe, ergibt sich nicht aus den ergangenen Vorschriften. Ebenso wenig ergibt sich hieraus, daß der Kreisausschuss den Termin festzusetzen habe, bis zu dem die Wahl der in den Landgemeinden nach den Grundsätzen des Gesetzes vom 18. Juli 1919 neu zu bildenden Deputationen und Kommissionen (Letzter Absatz der Ausf.Best.zu §16 des Ges.) vorzunehmen ist.

Am 20. Oktober 1919 habe ich beim Herrn Minister des Innern die Entscheidung der Frage beantragt, ob § 27 Abs.1 Ziffer 2 des Zuständigkeitsgesetzes als aufgehoben zu betrachten sei und, falls diese Frage verneint werde, wer - die bisherige oder neu-gewählte Gemeindevertretung - über die Gultigkeit der Gemeinderatswahl zu beschließen habe. Die Entscheidung steht noch aus.

Der Gemeindevorsteher gehört auch fernerhin vermöge seines Amtes der Bürgermeisterversammlung an. Der § 110 Abs.1 Ziffer 2 hat durch § 4 letzter Absatz der Verordnung vom 24.1.1919

keine

keine Änderung erfahren. Die Vorschriften über die Bildung der Bürgermeisterversammlung sind nur insoweit abgeändert worden, als die Ziffer 1 a.a.O. aufgehoben worden ist. (§ 4 letzter Absatz der vorbezeichneten Verordnung)

Nach der Fassung des dritten Absatzes zu § 110 der Gemeindeordnung muß angenommen werden, daß die Zahl der Mitglieder der Bürgermeisterversammlung auf mehr als 12 festgesetzt werden kann.

Daß der vierte Absatz des § 110 der Gemeindeordnung eine Änderung erfahren habe, ergibt sich nicht aus dem Gesetze von 18. Juli 1919 und den übrigen Vorschriften, die bisher zugehen.

des Gesetzes von 1. J.V. gez. Unterschrift. eigene Ausführungsschritte
 Vorsitzende des Kreis- der Wahl der zu entsendenden Abgeordneten
 ausschusses, verbleibt es bei Bonn, den 22. November 1919
 F.A. I 4305

Auf Die Gemeinderatswahlen sind in den meisten Gemeinden des Kreises nunmehr durchgeführt. Es ist nun die Frage aufgeworfen, welche Körperschaft berufen ist, diese neuen Wahlen für gültig zu erklären. Ob der § 27¹ Ziffer 2 des Zuständigkeitsgesetzes als aufgehoben zu betrachten und, falls diese Frage verneint wird, war, - die bisherige oder die neugewählte Gemeindevertretung - über die Gültigkeit der Gemeinderatswahl zu beschließen hat, hat der Herr Minister auf Anfrage noch nicht entschieden. Es steht jedoch nach der herrschenden Meinung zu erwarten, daß die neue Gemeindevertretung hierüber zu befinden hat, da es praktisch sich kaum durchführen läßt, hierfür noch die alte Vertretung zu gewinnen.

Die nächste Aufgabe der neuen Gemeindevertretung wird die der Wahl der Wahl des neuen Gemeindevorstehers sein.

Die Vorsteher im Kreise erhalten alle nur eine geringe Dienst aufwandsentschädigung und sind daher nicht als besoldete Beamte im Sinne der Ausführungsanweisung vom 18. Juli zu § 2 anzusehen. Sie sind folglich neu zu wählen. Da der Vorsteher nicht Mitglied des Gemeindevorstandes ist, findet die Ausführungsbestimmung zu § 4 (Abs. 2) auf ihn keine Anwendung.

Jch

Abschrift.

Der Minister des Innern.
IV a 12775.

Berlin, den 5. November 1919

pp.

Gleichzeitig ersuche ich, in allen Fällen vor der Ernennung neuer Beigeordneter für Landbürgermeisterereien zunächst noch der infolge Neuwahl der Gemeindevorsteher ungebildeten Bürgermeistereiversammlung Gelegenheit zur Äußerung zu geben, und deshalb bis zu der Neuwahl der Gemeindevorsteher in der fraglichen Bürgermeisterei Neuernennungen von Beigeordneten nicht vorzunehmen.

gez. Heino.

An den Herrn Oberpräsidenten in Coblenz.

Der Vorsitzende des
Kreisausschusses
des Siegkreises.
A. I. Nr. 5332.

28. 11. 1919

Siegburg, den 24. November 1919

27. NOV. 1919

7989

Abschrift übersende ich zum Kenntnis und Beachtung.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß vorstehende Bestimmung sich und auf die Neuernennung von Beigeordneten bezieht. Die bisherigen Beigeordneten bleiben also bis zum Ablauf ihrer Amtszeit bzw. bis auf Weiteres im Amte.

Bei künftiger Vorlage von Anträgen auf Neuernennung von Beigeordneten ersuche ich zu bescheinigen, daß der infolge Neuwahl des Gemeindevorstehers ungebildeten Bürgermeistereiversammlung Gelegenheit zur Äußerung gegeben war.

S t r a h l.

Zu den Akten.

Siegburg-Mülldorf, den

Der Bürgermeister

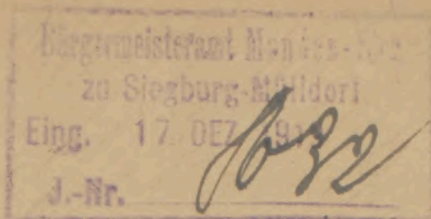
An

den Herrn Bürgermeister

in

S. Müller

Quellen
Müller
Juni 19



Herr Mandrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegburgkreises.
A.I.Nr. 5643.

Siegburg, den 15. Dezember 1919.

Wie ich bereits in meiner Verfügung vom 14. November 1919 A.I. Nr. 5167 zum Ausdruck gebracht habe, ist nach erfolgter Neuwahl der Gemeinderäte zur Bildung der Bürgermeistereiversammlung zu schreiten. Nach einem von dem Herrn Minister des Innern an den Herrn Regierungspräsidenten in Köln gerichteten Telegramme hat die Bildung der Bürgermeistereiversammlung mangels besonderer Vorschriften nach den bisherigen Bestimmungen zu erfolgen. Die bisherigen Bestimmungen sind in § 110 der rheinischen Landgemeindeordnung enthalten und bisher un- insofern abgeändert worden, als gemäß § 4 letzter Absatz der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechtes vom 24. Januar 1919 die meistbegüterten Grundeigentümer ausscheiden. Die neue Bürgermeistereiversammlung setzt sich hiernach

- 1.) aus den Vorstehern der zur Bürgermeisterei gehörigen Einzelgemeinden,
- 2.) aus gewähltem angeordneten zusammen. Die Gemeindevorsteher gehören nach wie vor kraft ihres Amtes der Bürgermeistereiversammlung an; § 4 letzter Absatz der Verordnung vom 24. Januar 1919 findet auf sei keine Anwendung. In Betracht kommen selbstverständlich die von den neuen Gemeinderäten gemäß meiner eingangs genannten Verfügung neu- gewählten Gemeindevorsteher. Für die Wahl der neuen Gemeindevorsteher ist durch diese Verfügung Termin auf den 30. Dezember 1919 festgesetzt worden. Nach Ansicht des Herrn Regierungs-Präsidenten hat der Kreisausschuß den Termin für die Wahl des Gemeindevorstehers nicht unbedingt festzusetzen. Den vom Kreis- ausschub auf den 30. Dezember 1919 bestimmten Termin ersuche ich daher so anzusehen, daß er im Allgemeinen die letzte Frist, bis zu der die Neuwahl des Gemeindevorstehers und dessen Stellvertreter zu erfolgen hat, darstellt.

Neben den Gemeindevorstehern der Einzelgemeinden gehören der Bürgermeistereiversammlung gewählte Abgeordnete an, die von den einzelnen Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl zu entsenden sind mit der Maßgabe, daß jede Einzelgemeinde mindestens 1 gewählten Abgeordneten entsendet. Nach den Intentionen des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 18. Juli 1919, hätte man annehmen können, daß die Wahl der Mitglieder der Bürgermeistereiversammlung durch die Gemeinderäte nach dem Verhältniswahlssystem zu erfolgen hätte, obschon eine Änderung des bisherigen Wahlverfahrens nirgendwo ausdrücklich vorge- sehen war. Der Herr Minister hat indes auf eine Anfrage des Herrn Regierungs-Präsidenten in Köln nunmehr entschieden, daß die Wahl der Mitglieder zur Bürgermeistereiversammlung nach den bisherigen Vorschriften zu erfolgen hat, d.h. daß bei der Wahl nach wie vor das Mehrheitsprinzip Anwendung findet. Allerdings bezeichnet es der Herr Minister als dringend erwünscht, daß bei der Wahl die in der Minderheit befindlichen Parteien entsprechende Berücksichtigung finden. Ich ersuche daher die Wahl der Mitglieder zur Bürgermeistereiversammlung

wie bisher vornehmen zu lassen. Ein bestimmtes Wahlverfahren ist nicht vorgeschrieben; insbesondere ist die Wahl nicht nach den Vorschriften des Wahlreglements zur rheinischen Kreisordnung zu vollziehen. Die Wahl ist vielmehr in derselben Form und Weise zu tätigen, wie sie durch §§ 63 und 64 der rheinischen Landgemeindeordnung für die Beschlussfassungen und Abstimmungen im Gemeinderate angeordnet ist.

Gemäß § 110 Absatz 3 der rheinischen Landgemeindeordnung muß die Zahl der Mitglieder der Bürgermeistereiversammlung mindestens 12 betragen, während nach oben hin die Mitgliederzahl in keiner Weise beschränkt ist. In den einzelnen Bürgermeistereien des Kreises war bisher die Mitgliederzahl der Bürgermeistereiversammlungen verschieden, sie bewegte sich zwischen 12 und 18; zum Teil war das auch dadurch bedingt, daß unter der Geltung des bisherigen Rechts gemäß § 110 Absatz 1 Ziffer 1 der rheinischen Landgemeindeordnung die meistbögüterten Grundeigentümer Mitglieder der Bürgermeistereiversammlung waren. Im Interesse der Einheitlichkeit erscheint es zweckmäßig, die Mitgliederzahl der Bürgermeistereiversammlungen in den einzelnen Bürgermeistereien des Kreises möglichst gleichmäßig zu bemessen. Dabei genügt bei Bürgermeistereien mit nur wenigen Einzelgemeinden die Mitgliederzahl 12; bei Bürgermeistereien mit zahlreichen Gemeinden und namentlich solchen, die zu einander in Bezug auf wirtschaftliche Bedeutung und Einwohnerzahl außerordentlich verschieden sind, halte ich dagegen die Zahl von 12 Mitgliedern nicht für ausreichend, da bei dieser nicht sämtlichen Gemeinden eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in der Bürgermeistereiversammlung gesichert ist. Ich schlage vor, in Bürgermeistereien, die bis zu 3 Einzelgemeinden zählen, die Bürgermeistereiversammlung aus insgesamt 12 Mitgliedern und in Bürgermeistereien, die 4 und mehr Einzelgemeinden zählen, die Bürgermeistereiversammlung aus 18 Mitgliedern zu bilden. Von den nach Abzug der Gemeindevorsteher verbleibenden gewählten Abgeordneten entfallen wie bereits oben ausgeführt auf die einzelnen Gemeinden, aus denen die Bürgermeisterei besteht, Abgeordnete im Verhältnisse zu ihrer Einwohnerzahl mit der Maßgabe, daß jede Gemeinde mindestens 1 gewählten Abgeordneten erhält. Dabei sind die bei der letzten Volkszählung am 8. Oktober 1919 ermittelten Bevölkerungsziffern zu Grunde zu legen.

Ich ersuche hiernach die Gemeinderäte der Einzelgemeinden der dortigen Bürgermeisterei alsbald in der Angelegenheit zu hören und mir die gefaßten Beschlüsse nebst Ihrem Begleitberichte zwecks Herbeiführung der gemäß § 110 Absatz 3 der rheinischen Landgemeindeordnung erforderliche Beschlussfassung des Kreisausschusses bis zum 15. Januar 1920 vorzulegen.

S t r a h l.

An
den Herrn Bürgermeister
in

S. Mühlhoff

8
8
2
18

4 m 2

o n 2

I. M. 12. 1. 1920

Zur Zeit der Eingemeindung

von Mülheim

Wahl vom 18. 12. 1919

St. 4. 52. 43

St. 4. 52. 43

Uebungsmittel überwiegt auf der

Wahl von den nun eingetragenen

Gemeindeverordneten gefassten Beschlüssen

über die Zeit der Eingemeindung

mit Mülheim und der Zeit der

Einverleibung der Gemeinde

gemäß § 110 Abs. 3 des Rhein-

Landgesetzes

Der Landrat und Vorsitzende der Kreisversammlung
des Kreisausschusses
des Siebkreises.
A. I. Nr. 5799.

Gemäß § 2 des Gesetzes betr. die vorläufige Regelung ver-
schiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 18. 7. 1919
sind u. a. nach Durchführung der Neuwahlen zu den Gemeindevertre-
tungen auch die Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter neu
zu wählen. Es sind nun Zweifel darüber entstanden, ob bei der Neu-
wahl der Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter der bisherige
Gemeindevorsteher Stimmrecht hat. In Nr. 35 der Preuß. Ge-
meindezeitung wird diese Frage bejaht. Trotzdem bleibt die Fra-
ge zweifelhaft. Allerdings besagt § 3 des Gesetzes vom 18. Juli
1919, daß die ausscheidenden Gemeindevorsteher die Dienstge-
schäfte bis zur Einführung der Neugewählten mit ihren bisherige-
gen Rechten und Pflichten fortführen. Dieser § wird indessen
durch § 6 in dem ausgeführt ist, daß bei der Neuwahl der Ge-
meindevorstandsmitglieder einschl. der Schöffen die Gemeinde-
vorsteher und Schöffen kein Wahlrecht haben. Da bekanntlich in
der Rheinprovinz nicht der Gemeindevorsteher, sondern der Bür-
germeister Gemeindevorstand ist, so findet § 6 buchstäblich
zwar keine Anwendung auf die Rheinprovinz, dagegen kann man ihm
wohl sinngemäße Anwendung einräumen, umso mehr, als schon wieder-
holt bisher in Anordnungen der Preuß. Regierung den Sonderbe-
stimmungen für die Rheinprovinz nicht ausdrücklich besondere
Rechnung getragen worden ist. Ich stelle hiernach das Weitere
anheim.

S t r a h l.

Herrn Bürgermeister

in

J. Müller

Bürgermeisteramt Mülheim-Sieg
zu Siegburg-Mülheim
Eing. 30. DEZ. 1919
J. Nr.

Kreis Lieg.

Liegenschaftsamt Meerssen.

Marginalien

Befehl zur Sammlung der Auftragsbücher, der Halbmehlbücher, Aufzeichnung
der Auftragsbücher und Leitung der Auftragsbücher

Vorführung vom 12. Mai 1920 L. II Nr. 1798

Chiffrenheft:

Liegenschaftsamt Meerssen, am 14. Mai 1920.

Im Liegenschaftsamt.

[Signature]

Numm. Nr. Jahr	zum Himmelzirkel gehörigen Gemeinde	Mögl. Lokal	Mögl. Vorname	Hallenbuchhalter Mögl. Vorname
1	Buisdorf	Einführung des Martin W. Stills Buisdorf	Müller Wilhelm Oberpostamtler Buis- dorf 1917	Klein Peter Josef Landmann Buis- dorf
2	Niederpleis	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Niederpleis	Klein Gottfried Gemeindevorsteher Niederpleis	Richard Johann Landmann Nieder- pleis
3	Hangelar	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Hangelar	Lichter Peter Josef Landmann Hangelar	Kurth Johann Landmann Hangelar
4	Hoglar mit Rölcher Kohl in Gellgen	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Hoglar	Lichter Peter Josef Landmann Hoglar	Kurth Johann Landmann Hoglar
5	Siegburg Müllhof	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Siegburg Müllhof	Lichter Peter Josef Landmann Siegburg Müllhof	Kurth Johann Landmann Siegburg Müllhof
6	Niedermerden mit Heiden Hort in Fr. Wille Hütte	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Niedermerden	Lichter Peter Josef Landmann Niedermerden	Kurth Johann Landmann Niedermerden
7	Obermerden mit Fried. Wille Hütte und Aggerbach	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Obermerden	Lichter Peter Josef Landmann Obermerden	Kurth Johann Landmann Obermerden
8	Meindorf	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Meindorf	Lichter Peter Josef Landmann Meindorf	Kurth Johann Landmann Meindorf

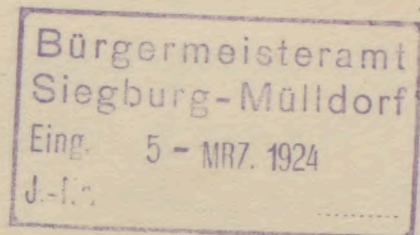
zum Himmelzirkel gehörigen Gemeinde	Mögl. Lokal	Mögl. Vorname	Hallenbuchhalter Mögl. Vorname
Buisdorf	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Buisdorf	Müller Wilhelm Oberpostamtler Buis- dorf 1917	Klein Peter Josef Landmann Buis- dorf
Niederpleis	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Niederpleis	Klein Gottfried Gemeindevorsteher Niederpleis	Richard Johann Landmann Nieder- pleis
Hangelar	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Hangelar	Lichter Peter Josef Landmann Hangelar	Kurth Johann Landmann Hangelar
Hoglar mit Rölcher Kohl in Gellgen	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Hoglar	Lichter Peter Josef Landmann Hoglar	Kurth Johann Landmann Hoglar
Siegburg Müllhof	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Siegburg Müllhof	Lichter Peter Josef Landmann Siegburg Müllhof	Kurth Johann Landmann Siegburg Müllhof
Niedermerden mit Heiden Hort in Fr. Wille Hütte	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Niedermerden	Lichter Peter Josef Landmann Niedermerden	Kurth Johann Landmann Niedermerden
Obermerden mit Fried. Wille Hütte und Aggerbach	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Obermerden	Lichter Peter Josef Landmann Obermerden	Kurth Johann Landmann Obermerden
Meindorf	Einführung des Martin W. Fuldnerbaum Meindorf	Lichter Peter Josef Landmann Meindorf	Kurth Johann Landmann Meindorf

Die Mafse findet statt am 6. Juni 1920 von 8 Uhr Donnerstag bis
Freitag 6 Uhr. Siegburg Müllhof am 27. Juni 1920

Im Eingangsraum
v. Cleeer.

Der Landrat

Siegburg, den 5. März 1924

A I Nr. 905.

Betr. Gemeindevahlen.

auf die Verfügung des Herrn Min. des Innern vom 22. II. 1924 IVa I 114 II betr. Änderung der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Landbürgermeistereiversammlungen, Amtsversammlungen und Kirchspielslandgemeindevvertretungen vom 13. Februar 1924 IV a I 114 (Min.Bl.i.Verw. S. 153), abgedruckt in Nr. 10 des Min.Bl. f.d.pr.in.Verw.S. 200, und auf die Verfügung des Min.d. Jn. vom 16. Februar 1924 IVa I 156 betr. vorläufige Bestimmungen zur Vorbereitung der Gemeindevahlen auf Grund des Gemeindevwahlgesetzes vom 9. April 1923, in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (Ges. Sammlg. S. 99) abgedruckt in Nr. 10 des Min.Bl. f.d.pr.in. Verw. S. 193) mache ich hierdurch aufmerksam.

J.A.

Herchenbach

An

Kreisbeigeordneter.

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mülldorf

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises
A I Nr. 1067

Siegburg, den 18. März 1924

Betr.: Gemeindewahlen.

Auf die Verfügung des Herrn Min. des Innern betr. 2. Änderung
der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen
usw. v. 13.2. 1924 IVa I 114 (M. Bl. i. V. S. 153) vom 5. III. 1924
IVa I 114 III (M. Bl. i. V. S. 244) mache ich hierdurch aufmerksam.

J. A.

Schumacher.

An

an Herrn Bürgermeister

in Siegburg-Mündorf

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises
A I Nr.

Siegburg, den 25. Februar 1924

Bürgermeisteramt
Siegburg-Mölldorf

Eing. 27. FEB. 1924

J.-Nr. 118 L

Betrifft: Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Landbürgermeistereiversammlungen etc.

Auf das Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemein-
wahlen vom 9. April 1923 in der Fassung der Bekanntmachung
vom 12. Februar 1924 (Ges. Sammlg. S. 99) und die vom Herrn
Minister des Innern auf Grund des § 5 des Gemeindegewahlgesetzes
erlassene Wahlordnung (M. Bl. Pr. in Verw. Berlin vom 14. Fe-
bruar 1924 Nr. 8: 85 Jahrgangeilige Zwischennummer)
weise ich hin, mache jedoch darauf aufmerksam, daß das vor-
erwähnte Gesetz noch nicht die Genehmigung der Interalliiert-
en Rheinlandkommission in Koblenz erhalten hat.

Gemäß § 10 Abs. 2 des Gemeindegewahlgesetzes bestimmt sich die Zahl der für jede Bürgermeisterei oder Amtsversammlung zu wählenden Abgeordneten oder Amtsverordneten nach dem zur Zeit geltenden Kreisausschussbeschuß oder Amtsstatute.

Auf die Wahl finden die §§ 2 - 8 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Wohnsitzes im Gemeindegebiete der Wohnsitz im Bezirke der Landbürgermeisterei oder des Amtes tritt und daß grundsätzlich jede Gemeinde einen besonderen Wahlbezirk bildet. Gemeinden, welche nur einen Abgeordneten oder Amtsverordneten zu wählen haben, sind zu Wahlbezirken zu vereinigen, die durch Beschluß des Kreisausschusses so festzusetzen sind, daß jeder Wahlbezirk mindestens 2 Abgeordnete oder Amtsverordnete zu wählen hat.

Nach § 94 der vorerwähnten Wahlordnung bildet der Kreis-
ausschuss die Wahlbezirke. Ja Wahlbezirken, die aus mehreren
Gemeinden bestehen, tritt an Stelle des Gemeindevorstandes
in den Fällen des §§ 11, 35 Abs. 1: 58, 70, 76, 77 der Wahllei-
ter. Zum Wahlleiter bestimmt der Kreisausschuss einen Gemein-
devorsteher der beteiligten Gemeinden.

Jch ersuche daher um gefl. umgehende Angabe.

- 1.) wieviel Abgeordnete jede der zur dortigen Bürgermeisterei gehörigen Gemeinden in die Bürgermeistereiversammlung zu wählen hat.
- 2.) der Namen der Gemeindevorsteher sämtlicher zur dortigen Bürgermeisterei gehörenden Gemeinden.

Schließlich wollen Sie eine Abschrift des Kreisausschussbeschlusses beifügen, durch den die Anzahl der von den einzelnen Gemeinden in die Bürgermeisterversammlung zu wählenden Abgeordneten bestimmt worden ist.

Frist: umgehend 2. März 1924

J. J. J.

Herchenbach

Kreisbeigeordneter:

An

den Herrn Bürgermeister

in

Victor Hugo

S. H. 21. 3. 1924

zu dem Hovachan

W. L. L. L.

10. 12. 1912

13

Der Bürgermeister.

V. 118 Lh.

L. Müllhoff, den 28. 2. 1924.

W. Müller zu den G.

unmittelbar

und Bürgermeister

M. Müller zu den G.

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisverbandes
des St. Augustin

W. Müller zu den G.

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister in der Gemeinde des St. Augustin

Hammer	Hammer	Hammer	Hammer
Weingarten Wilhelm	Tilffor	Buisdorf	
Klein Peter	Künfer	Hangelar	
Reuter Josef	Acker	Haglar	
Treesbach Peter	"	Heinrich	
Kaspar Peter	Immler	Kiedermenden	
Klein Gottfried	Aufhor	Kiederspleis	
Königsen Wilhelm	Wilmers	Abermenden	
Hefz Günther	Wilmers	L. Müllhoff	

zur Verfügung vom 25. 2. 1924 A. 1. 4.

Der Bürgermeister
L. Müllhoff, den 28. 2. 1924.

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

B e s c h l u s s)
 =====

Auf Grund des § 10 der Rheinischen Landgemeindeordnung in Verbindung mit § 32 Nr. 1 des Zuständigkeitsgesetzes beschliesst der Kreisausschuss, dass die Bürgermeistereiversammlung von Menden aus 18 Mitgliedern zu bestehen hat und zwar aus den Gemeindevorstehern der 8 Einzelgemeinden Buisdorf, Hangelar, Holzlar, Meindorf, Niedermenden, Niederpleis, Obermenden und Siegburg-Mülldorf und 10 gewählten Mitgliedern; von letzteren entfallen entsprechend der Bevölkerungszahl auf die Gemeinden Buisdorf, Hangelar, Holzlar, Meindorf, Niederpleis und Siegburg-Mülldorf je 1 Mitglied und auf die Gemeinden Niedermenden und Obermenden je 2 Mitglieder.

Siegburg-Mülldorf, den 16. Januar 1920

Der Kreisausschuss des Siebkreises

gez: Strahl

An den

Herrn Bürgermeister
in

Siegburg-Mülldorf

=====

Für die Richtigkeit der
Abschrift:

Siegburg-Mülldorf, den 20. M ä r z 1924
Der Bürgermeister
J.V.

Der Landrat
und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siebkreises

Siegburg, den 14. März 1924

24

Tgb.-Nr. A I.

Betr. Wahlen zu den Landbürgermeistereiversammlungen.

Zum Bericht vom 28. Februar 1924 Tageb. Nr. 181 St. 18. März 1924

Bürgermeisteramt
Siegburg-Mülldorf
J.-Nr.

Im Nachgang zu meiner Verfügung vom 25. Februar 1924 A I Nr. 786 ersuche ich Sie, mir ungehend Vorschläge hinsichtlich

- a) der durch den Kreisausschuss zu bildenden Wahlbezirke und
- b) hinsichtlich der vom Kreisausschuss zu bestimmenden Walleiter zu machen.

Frist: sofort 20. März 1924.

J. A.
W. A. M.
Kreisbeigeordneter.

An
den Herrn Bürgermeister
in

Siegburg-Mülldorf.

*Verpflichtung zur Leistung
von Wahlbezirken und Formierung der Wahlbezirke
für die Wahl zur Bürgermeisterversammlung.*

<i>Gemeinde</i>	<i>Wahlbezirk</i>
<i>Buisdorf</i>	<i>Gottfried Klein Gammelsdorf</i>
<i>Niederpleis</i>	<i>Niederpleis</i>
<i>S. Müllendorf</i>	
<i>Hangelar</i>	<i>Peter Klein Gammelsdorf</i>
<i>Holzlar</i>	<i>Hangelar</i>
<i>Meindorf</i>	<i>Herrn Speesbach Gammelsdorf</i>
<i>S. Müllendorf</i>	<i>Meindorf</i>
	<i>Gottfried Heß Gammelsdorf</i>
	<i>S. Müllendorf</i>

Zur Verfügung vom 18. 3. 1924 A I

*Chufzschell
S. Müllendorf, den 20. März 1924.
Der Bürgermeister
J. R.*

B e s c h l u s s .
=====

Auf Grund des § 10 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. II. 1924 und der §§ 94 und 96 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Landbürgermeister-Versammlungen, Amtsversammlungen und Kirchspiellandgemeinde-Vertretungen vom 13. II. 1924 bildet der Kreisausschuß für die Wahl zur Landbürgermeister-Versammlung in der Bürgermeisterei Menden vier Wahlbezirke.

Wahlbezirk Nr. I umfasst die Gemeinde Niedermenden
" Nr. II " " " Obermenden
" Nr. III " " " Buisdorf, Gemeinde Niederpleis und Gemeinde Siegburg-Mülldorf.

Zum Wahlleiter des Wahlbezirkes Nr. III wird der Gemeindevorsteher Gottfried Klein von Niederpleis bestimmt.

Wahlbezirk Nr. IV umfasst die Gemeinde Hangelar, Gemeinde Holzlar und Gemeinde Meindorf.

Zum Wahlleiter des Wahlbezirkes Nr. IV wird der Gemeindevorsteher Peter Klein in Hangelar bestimmt.

Bürgermeisteramt
Siegburg-Mülldorf
Eing. 5 - APR. 1924
J.-Nr. _____

Siegburg, den 23. März 1924.
Der Kreisausschuß des Siegkreises.

gez. Unterschriften.

Der Landrat.
A. I. Nr. _____

Siegburg, den 26. März 1924.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnis und umgehenden weiteren Veranlassung.

An
den Herrn Bürgermeister
in
Siegburg-Mülldorf.

J. A.
Heinrich

~~Der Landrat und Vorsitzende~~ Siegburg, den 24. März 1924
des Kreisausschusses
des Siegbereiches
A I Nr.

Betr. Gemeindewahlen.

Auf die Verfügung des Herrn Min. des Innern vom 12.
III. 1924 I c 450 und IV a I 245 betr. die Reichstags- und
Gemeindewahlen 1924, abgedruckt im Min. Blatt f. d. preuß.
in. Verwaltung Ausgabe B Nummer 14 vom 19. III. 1924 mache ich
hierdurch aufmerksam.

J. A.

Herchenbach

Kreisbeigeordneter.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Küllbörz

b. M. d. J. v. 12. 3. 1924 — I c 450 u. IVa I 245,
betr. die Reichstags- und Gemeindewahlen 1924.

Mit der Möglichkeit, daß die Neuwahlen zum Reichs-
noch im April d. J. stattfinden werden, ist nicht
zu rechnen. Unter Abänderung der Vf. v. 23. 2.
24 (MBlB. S. 189) bestimme ich daher, daß die
Wählerlisten für beide Wahlen nicht vom 20. 3.,
sondern erst vom 30. 3. 1924 ab auslegungsfähig
sein müssen.

Gleichzeitig wird die durch die Vf. v. 22. 2. 1924 —
a I 114 II (MBlB. S. 200) festgesetzte Frist für die
Auslegung der Bürgerlisten (§ 13 Satz 2 der Gemeinde-
wahlord.) aufgehoben. Eine neue Frist wird in wenigen
Tagen festgesetzt werden.

An die Ober- u. Reg.-Präf., Landräte (Oberamtmänner), Stadt-
u. Landgemeinden. — MBlB. S. 296.

Der Rat

Siegburg, den 21. März 1924

A I N.

Betr. Gemeinderatswahlen.

Hierdurch mache ich darauf aufmerksam, daß das Gesetz vom 13. Februar 1924, betr. Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Landbürgermeistereien-Versammlungen, Amtsversammlungen und Kirchspiel- und Landgemeindevertretungen IV a I 114 am 3. März 1924 von der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz zugelassen worden ist.

J. A.

Schumacher.

An

Bürodirektor.

den Herrn Bürgermeister

in

Lgt. Müllberg

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises
A I Nr.

Siegburg, den 24. März 1924

Betr. Gemeindewahlen.

Auf die Verfügung des Herrn Min. des Innern vom 12. III. 1924 IVa I 229 betr. Zahl der Gemeindeverordneten in Landgemeinden u. d. gewählten Mitglieder der Bürgermeisterei und Amtsversammlungen sowie der Kirchspiellandgemeindevvertretungen, abgedruckt im Min. Blatt f. d. Preuß. innere Verwaltung Ausgabe B Nummer 14 vom 19. III. 1924, mache ich hierdurch aufmerksam.

An
den Herrn Bürgermeister

J. A.
Herchenbach
Kreisbeigeordneter.

in

Siegburg-Mülltorf

Angelegenheiten der Kommunalverbände.

Nf. d. M. d. J. v. 12. 3. 1924 — IVa I 229, betr.
Zahl d. Gemeindeverordn. in Landgemeind. u. d. gewähl.
Mitglieder d. Bürgermeisterei- u. Amtsversammlungen
sowie der Kirchspielslandgemeindevertretungen.

I. Gemäß § 5 der Vd. über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts v. 24. 1. 1919 (GS. S. 13) ist der ortstatutarischen Festsetzung der Zahl der Gemeindeverordneten in Landgemeinden ein weiter Spielraum gelassen.

Es ist mir bekannt, daß infolgedessen in vielen Fällen die Zahl der Gemeindeverordneten höher bemessen worden ist, als es erforderlich und — auch aus Ersparnisgründen — zweckmäßig wäre. Die bevorstehenden allgemeinen Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen bieten Anlaß, die einzelnen ortstatutarischen Bestimmungen unter diesem Gesichtspunkte zu prüfen und geeignetenfalls zu ändern.

Ich ersuche die Kommunalaufsichtsbehörden, ihrerseits in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die Zahl der Gemeindeverordneten in angemessener Weise festgesetzt wird und dafür zu sorgen, daß Anträgen auf Genehmigung der hierfür erforderlichen ortstatutarischen Änderungen durch die Genehmigungsbehörden beschleunigt entsprochen wird.

II. Ähnliches gilt für die Zahl der zu wählenden Mitglieder der Landbürgermeistereiversammlungen in der Rheinprovinz und der Amtsversammlungen in der Provinz Westfalen. Da gemäß den gesetzlichen Vorschriften die Vorsteher sämtlicher Einzelgemeinden geborene Mitglieder

sind und außerdem jede Gemeinde mindestens einen gewählten Abgeordneten zu entsenden hat, ist die Mitgliederzahl in den Landbürgermeistereien und Ämtern, die aus einer großen Zahl von Einzelgemeinden bestehen, ohnehin schon sehr groß. Eine Vermehrung der Zahl der gewählten Abgeordneten für die stärker bevölkerten Gemeinden, wie sie gemäß § 110 Abs. 2 der Rh. G. D.¹⁾ durch Beschluß des Kreisausschusses und § 75 Nr. 3 Satz 2 der Westf. L. G. D.²⁾ durch Ortsstatut vorgenommen werden kann, wird daher auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken sein.

Ich ersuche die Aufsichtsbehörden, auch hier darauf hinzuwirken, daß diejenigen Stellen, welche über die Zahl der gewählten Abgeordneten zu beschließen haben, die bisher festgesetzte Zahl vor den allgemeinen Neuwahlen einer Revision unterziehen und sie, wo es angebracht ist, herabsetzen.

An die Reg. Präf. u. Landräte.

— MBlB. S. 295.

1) GS. 1845 S. 523. 2) GS. 1856 S. 265.

Der Minister des Innern.
IV a I. 257

Berlin, den 18. März 1924.
N.W.7, Unter den Linden 72/73.

Zum Bericht vom 15. März ds. Js.- I. 24.186-. betreffend
Gemeindewahlen.

Die Fragen sind, wie folgt, zu beantworten:

Zu 1.) Nach dem Wortlaut des § 10 Abs. 2 Satz 4 des Gemeinde-
wahlgesetzes könnte es den Anschein haben, als ob nur solche
Gemeinden, welche eine jede nur einen Abgeordneten zu wählen
haben, zu Wahlbezirken zu vereinigen seien. Nach den Verhand-
lungen im Landtag halte ich es aber für sicher, dass diese
Vorschrift so eng nicht auszulegen ist. Es sollte lediglich
die Voraussetzung für die Verhältniswahl geschaffen werden.
Hierfür war eine Bestimmung erforderlich, dass Gemeinden, die
nur einen Abgeordneten zu wählen haben, mit anderen Gemeinden
zu vereinigen sind, um die Mindestzahl von 2 zu wählenden Ab-
geordneten zu erreichen. Es steht daher dem nichts im Wege,
eine Gemeinde, die nur einen Abgeordneten zu wählen hat, auch
mit einer Gemeinde, die mehr als einen Abgeordneten zu wählen
hat, zu einem Wahlbezirk zu vereinigen.

Zu 2.) Rechtlich ist es nicht zulässig, auch nicht benachbarte
Gemeinden zu einem Wahlbezirk zu vereinigen. Ich trete Ihnen
aber darin bei, dass eine solche Vereinigung im allgemeinen
unzweckmässig sein und dass zu einer solchen keine Veranlassung
vorliegen wird, wenn gemäss Ziffer 1 verfahren wird.

Zu 3.) Das Amtsstatut bleibt massgebend hinsichtlich der Gesamt-
zahl der zu wählenden Amtsverordneten, für die von der einzelnen
Gemeinde zu wählenden Amtsverordneten aber nur insoweit, als
diese einen Wahlbezirk für sich bildet; denn wenn mehrere Ge-
meinden zu einem Wahlbezirk vereinigt werden, kann für die Ver-
teilung der Gesamtzahl der im Wahlbezirk zu wählenden Amtsver-
ordneten auf die einzelnen Gemeinden nur das nach den Grund-
sätzen der Verhältniswahl zu ermittelnde Wahlergebnis massgebend
sein.

An den Herrn Regierungspräsidenten in A r n a b e r g.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnissnah-
me und mit dem Ersuchen, die Regierungspräsidenten der Rhein-
provinz entsprechend zu unterrichten.

In Vertretung
gez. Unterschrift

An den Herrn Oberpräsidenten in Coblenz.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz. Coblenz, den 24. März 1924.
G. Nr. 494/24.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnissnahme und
weiteren Veranlassung.

Im Auftrage
gez. Unterschrift

An die Herren Regierungspräsidenten der Provinz.

Der Regierungs-Präsident.
I. E. 859/24.

K ö l n, den 31. März 1924.

Abschrift zur Kenntnis.

Für die Landbürgermeister liegen Abdrucke dieser
Verfügung bei.

Im Auftrage
gez. Braschoss
Beglaubigt.

Braschoss
Kaufmann

An
die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

Der Landrat.

A I Nr. 1246

Bürgermeisteramt
Siegburg-Mülldorf

Eing. 7 - APR. 1924

J.-Nr.

Siegburg, den 5. April 1924

Abdruck zur gefl. Kenntnis.

J. A.

Hörchenbach

Kreisbeigeordneter.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mülldorf

Der Preussische Minister
des Innern.
IV. a. I. 354.

Berlin, den 9. April 1924.
N.W.7, Unter den Linden 72-74.

Der Bürgermeister von Godesberg drahtet heute: Nehme an, dass durch Erlass vom 29. März Ziffer 10 Nr. C der § 9 der Wahlordnung für Gemeindegewahlen vom 13. Februar auch dahin abgeändert ist, dass der Wahlausschuss durch den Bürgermeister ernannt wird. Bestätigung erbeten. Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung kurz vor Wahl gefährdet.

Ich habe ihm drahtlich geantwortet, dass § 9 der Wahlordnung nicht geändert ist.

Durch 10 o des Runderlasses vom 29. März 1924 (Min. Bl. 1. V. Seite 364) sind die §§ 4-7 der Gemeindegewahlordnung nur zu dem Zweck abgeändert worden, um die erforderliche Einheitlichkeit für Reichstagswahl und Gemeindegewahl herbeizuführen, die für die Bildung des Wahlausschusses nicht in Betracht kommt, weil für jede Wahl besondere Wahlvorschläge aufzustellen sind.

Die frühere, bereits durch Runderlass vom 5. März 1924 (M. Bl. 1. V. S. 244) verfügte, Änderung des § 6 der Gemeindegewahlordnung ist deshalb erfolgt, weil namentlich in grösseren Gemeinden die Wahl der Beisitzer der Wahlvorstände nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts auf praktische Schwierigkeiten stiess. Die Wahl von 2 oder 4 Beisitzern für den einen Wahlausschuss der Gemeinde ist dagegen völlig unbedenklich und sollte auf keine praktischen Schwierigkeiten stossen können.

Ich ersuche, erforderlichenfalls von Aufschwungswegen dafür zu sorgen, dass der Wahlausschuss in Godesberg ordnungsmässig gebildet wird. Zeit ist genügend vorhanden, da der Wahlausschuss als solcher erst am 5. Tage vor dem Wahltag zusammenzutreten braucht. (§ 46 G.W.O.)

Im Auftrage
gez. Unterschrift

An den Herrn Regierungspräsidenten in Köln.

Der Regierungs-Präsident.

Köln, den 10. April 1924.

I. E. 944/24.

Abschrift übersende ich mit dem Ersuchen, die ordnungsmässige Bildung des Wahlausschusses in Godesberg Sorge zu tragen. Abdrucke für die Bürgermeister liegen bei.

Im Auftrage
gez. Braschoss
Beglaubigt.

Leufft
Mayo. H. H. H. H.

An den Herrn Landrat
in
Bonn

Abschrift zur Kenntnis und Beachtung.
Abdrucke für die Bürgermeister liegen bei.

Im Auftrage
gez. Braschoss
Beglaubigt.

Leufft
Mayo. H. H. H. H.

An
die Herren Landräte des Bezirks
ausschl. Bonn,
die Herren Oberbürgermeister
Bonn und Köln.

Der Landrat.

A. I. Nr. 1346

Siegburg, den 14. April 1924

Abdruck zur gefl. Kenntnis und Beachtung.

J. A.

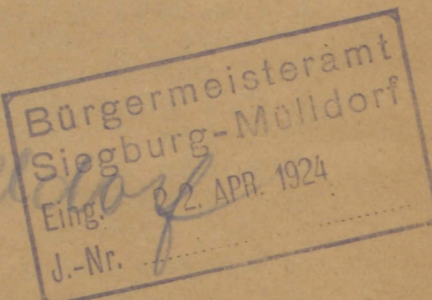
Herchenbach

Kreisbeigeordneter.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mölldorf

Der Minister des Innern.

Berlin, den 27. März 1924.

IV a 1 292.

Zum Schreiben vom 21.3.d.Js.

Gemäss § 10 Abs. 1 des Gemeindewahlgesetzes endigt die Wahlzeit der Bürgermeistereiversammlungen gleichzeitig mit der Wahlzeit der Gemeindevertretungen. Die Wahlzeit der Gemeindevertretungen endigt gemäss § 1 a.a.O. am 4. Mai 1924. Daraus folgt, dass sämtliche Bürgermeistereiversammlungen am 4. Mai 1924 neu zu wählen sind.

Gemäss § 10 Absatz 2 beschränkt sich die Neuwahl auf die gewählten Abgeordneten. Die Bestimmung in Absatz 2 Satz 1, dass die gewählten Abgeordneten gleichzeitig mit den Gemeindevertretungen neu zu wählen sind, ist lediglich eine Verfahrensvorschrift und kann sich dahin ausgelegt werden, dass nur die Abgeordneten derjenigen Gemeinden neu zu wählen sind, deren Gemeindevertretungen gleichzeitig neu gewählt werden. Ohne Rücksicht darauf, ob die Gemeindevertretung der einzelnen Gemeinde erst nach dem 1. Januar 1923 neu gewählt worden ist oder nicht, sind daher in allen Fällen sämtliche gewählte Abgeordneten der Bürgermeistereiversammlung am 4. Mai 1924 neu zu wählen. An die kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei E.V. Köln, Rubensstrasse 11.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnissnahme und erforderlichenfalls Mitteilung an die Kommunalaufsichtsbehörden.

In Vertretung
gez. Unterschrift

An den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Coblenz.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz.

Coblenz, den 1. April 1924.

G. J. Nr. 544/24.

Abschrift zur Kenntnis übersandt.

Im Auftrage

gez. Unterschrift

An die Herren Regierungspräsidenten der Provinz.

Der Regierungs-Präsident.

Köln, den 8. April 1924.

I. E. 918/24.

Abschrift zur Kenntnis und Beachtung.

Für die Landbürgermeister liegen Abdrucke dieser Verfügung bei.

In Vertretung
gez. v. Heinsberg
Beglaubigt.

W. Heinsberg
Reg. - Präs.

An

die Herren Landräte des Bezirks,

die Herren Oberbürgermeister und

Bürgermeister der Städte.

Der Landrat.

A. I. Nr. 1344

Siegburg, den 14. April 1924

Abdruck zur gefl. Kenntnis und Beachtung.

§. 2.

Horschenbach

Kreisbeigeordneter.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg

Bürgermeister

Siegburg

Eing. 22. APR. 1924

J-N

Der Minister des Innern.

Berlin, den 4. April 1924.

IV. a. I. 314.

Zum Bericht vom 10. März d. Js. - Nr. I. E. 851 -

Vor der Entscheidung der vorgelegten Frage sind zwei Feststellungen zu treffen, die zwar bei den dortigen Ausführungen offenbar zutreffend vorausgesetzt, aber nicht ausdrücklich erwähnt sind. Die Vorschrift des § 6 des Gesetzes betreffend die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 18. Juli 1919 galt nur für die erstmalige Wahl auf Grund dieses Gesetzes und gilt für die diesmalige Wahl nicht. Die jetzigen Gemeindevorsteher sind daher von der Mitwirkung bei der Wahl der neuen Gemeindevorsteher nicht ausgeschlossen. Auch Satz 2 des § 6 gilt für die diesmalige Wahl nicht; bei Stimmengleichheit gibt daher die Stimme des Gemeindevorstehers den Ausschlag.

Für die Wahl des Gemeindevorstehers ist § 38 in Verbindung mit § 28 und 31 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen maßgebend wie in meinem an die dortige Regierung gerichteten Erlaß vom 15. Dezember 1864 (I. 6194. E) des Näheren ausgeführt ist. Danach gibt tatsächlich, wenn sich schon beim ersten Wahlgang oder wenn sich bei der gemäß § 28 stattfindenden engeren Wahl Stimmengleichheit ergibt, die Stimme des Gemeindevorstehers den Ausschlag.

Auch bei den jetzigen Wahlen ist dementsprechend zu verfahren. Bei dieser Rechtslage ist kein Anlaß und nicht einmal die rechtliche Möglichkeit vorhanden, zu bestimmen, daß der Gemeindevorsteher nach Ablauf seiner Wahlzeit nur noch die laufenden Geschäfte zu erledigen und bei der Neuwahl des Gemeindevorstehers nur die Gemeindeversammlung als Vorsitzender ohne Stimmrecht zu leiten hat. Ferner würde ich es auch nicht für angebracht halten, bei der diesmaligen Wahl darauf hinzuwirken, daß der Amtmann gemäß § 31 den Vorsitz übernimmt. Denn eine aktive Mitwirkung des Amtmanns bei der Wahl des Gemeindevorstehers selbst wenn sie nur im Falle der Stimmengleichheit praktisch werden kann, scheint mir den heutigen Verhältnissen weniger zu entsprechen, als die Mitwirkung des Gemeindevorstehers mit bei Stimmengleichheit entscheidender Stimme.

Der Stichtentscheid des Gemeindevorstehers im Falle der Stimmengleichheit würde nur dann in Fortfall kommen und durch das Los ersetzt werden, wenn die Wahl des Gemeindevorstehers nicht durch offene Stimmabgabe, sondern durch geheime Abstimmung (Zettelwahl) stattfindet. Eine solche erscheint mir aber nach der westfälischen Landgemeindeordnung nicht zulässig, da, wie in dem Erlaß vom 15. Dezember 1864 bereits ausgeführt ist, die Landgemeindeordnung zwischen Beschlüssen und Wahlen der Gemeindeversammlung nicht unterscheidet, und wie § 31 ergibt, bei Beschlüssen der Gemeindeversammlung im weiteren Sinne eine geheime Abstimmung nicht kennt.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Minden.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen, die Regierungspräsidenten der Rheinprovinz mit entsprechender Weisung zu versehen. Die Rechtslage ist gemäß § 72 (jetzt Art. 20 des Gesetzes vom 15.

An

die Herren Landräte des Bezirks

die Herren Oberbürgermeister

und Bürgermeister der Städte.

---o---

frei!

Mai 1856), §§ 55 und 63 der Rheinischen Landgemeindeordnung die gleiche.
5 Durchschläge liegen bei.

In Vertretung:
gez. Meister.

An den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Coblenz.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz.
C.Nr. 584/24.

Coblenz, den 9. April 1924

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

Im Auftrage:
gez. Dr. Schunk.

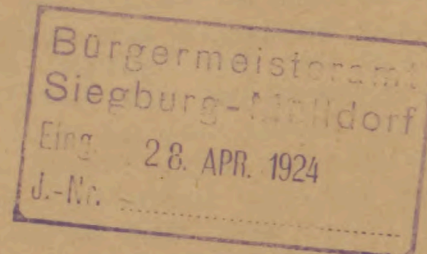
An den Herrn Regierungspräsidenten in K ö l n .

Der Regierungs-Präsident.

K ö l n den 15. April 1924.

I. E. 970/24.

Abschrift zur Kenntnis.
Für die Landbürgermeister liegen Abdrucke dieser Verfügung bei.



In Vertretung:
gez. v. Heinsberg.
Beglaubigt:

Lauffleben
Raupp L. Heinsberg

Der Landrat
A.I.J.Nr. 1430..

Siegburg, den 22. April 1924.

Abdruck zur gefl. Kenntnis.
J. A.

Herchenbach.
Kreisbeigeordneter.

An

den Herrn Bürgermeister

in

Lgt. Müllhoff

Bürgermeisteramt

Siegburg-Mölldorf

Siegburg, den 28. April 1924.

Der Landrat.
I.Nr. A.I. 1520

Auf die in Nummer 20 des Min.Blattes f.d. Preußi-
sche i. Verwaltung erschienenen Verfügungen des Herrn Mini-
sters des Innern vom

- 1) 12.IV.1924 - Ic 641, IV a I 364, betr. Vorbereitung der Reichstags- und Gemeindewahlen.
- 2) 15.IV.1924 - IVa I 379, betr. Stimmzettel bei den Gemeindewahlen.
- 3) 17.IV.1924 - IV a I 376 über die Mitwirkung der Gemeindevorsteher bei der Neuwahl der unbesoldeten Gemeindevorstandsmitglieder.

make ich hiermit aufmerksam.

J. A.
Schumacher
Bürodirektor.

An
den Herrn Bürgermeister
in

Lgt. Müllhoff

Der Vorsitzende
Kreis Ausschuss
des Siegkreises
A I Nr. 1650.

des Bürgermeisters
Siegburg-Mülldorf

Siegburg, den 8. Mai 1924

Eing. 12. MAI 1924

J.-Nr.

*Hyden
Karl Müller
P. 102/1
Finger*

Auf den Erlaß vom 17. April 1924 IVa I 376 betr.
Mitwirkung der Gemeindevorsteher bei der Neuwahl der unbo-
soldeten Gemeindevorstandsmitglieder (M.Bl.f.i.V.S. 446)
mache ich mit dem Ersuchen um Beachtung besonders aufmerksam.

J. A.

Herchenbach

Kreisbeigeordneter.

an Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mülldorf

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig 3 Tage nach
Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

für den Handgebrauch.

Preis der Einzelnummer 50.— Mr.

Bei regelmäßigem Bezug 30.— Mr.

Verlag von J. Meinde (Louis Geuser'sche Buchdruckerei), Neuwied a. Rh.

Nr. 2786.

Ministerial-Erlaß

betreffend

die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen.

Vom 24. März 1923.

VI a I 90. Min.-Bl. f. d. Pr. i. Verw. Nr. 15 v. 4. März 1923 S. 337/38.

Der Landtag hat am 20. d. M. in 2. und 3. Lesung das Ges. über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen verabschiedet. § 1 des Ges. bestimmt, daß die Gemeindevertretungen der Städte und Landgemeinden bis zum 30. 11. des Kalenderjahres 1923 neu zu wählen sind. Den Wahltag wird der Landtag bestimmen.

Die Ausf.-Best. zu den die Neuwahlen betreffenden Vorschriften des Ges. werden erlassen werden, sobald sich übersehen läßt, welcher Zeitpunkt als Wahltag bestimmt werden wird.

Außer den für die Neuwahlen geltenden Vorschriften enthält das Ges. aber folgende Bestimmungen, die das bisherige Gemeindeverfassungsrecht abändern und deren sofortige Kenntnis für die Kommunen und die Kommunalaufsichtsbehörden von Wichtigkeit ist.

Gemäß § 12 Abs. 1 dürfen die Stellen der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder (Beigeordneten), Gemeindevorsteher und Schöffen von den bisherigen Gemeindevertretungen nur besetzt werden, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens $\frac{2}{3}$ der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevertretung ergeben hat.

Die Wirkung dieser Vorschrift ist, daß Wahlen zu solchen Stellen, die nach Inkrafttreten des Ges. vorgenommen werden, nur wirksam sind, wenn die Wahl die genannte Mehrheit gefunden hat. Wahlen, die diese Bedingung nicht erfüllen, sind unwirksam und dürfen, soweit eine Bestätigung erforderlich ist, nicht bestätigt werden. Soweit eine Bestätigung nicht erforderlich ist, würde der Beschluß, durch welchen der Betreffende für gewählt erklärt wird, als gesetzwidrig zu beanstanden sein.

Soweit die in § 12 Abs. 1 genannten Personen auf Grund einer Präsentation der Gemeindevertretung durch die Bürgerschaft gewählt werden, bedarf die Präsentation durch die Gemeindevertretung derselben qualifizierten Mehrheit. Außerdem bestimmt § 12 Abs. 2, daß die Wahlen auch der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder usw. durch die Bürgerschaft in Zukunft geheim durch verdeckte Stimmzettel stattfinden,

wie dies gem. § 8 Abs. 1 Satz 2 des Ges. vom 18. 7. 1919 (GS. S. 118) für die unbesoldeten Magistratsmitglieder bereits rechtens ist.

Soweit die in § 12 Abs. 1 genannten Personen bisher auf Lebenszeit gewählt werden können, wird durch § 14 die Wählbarkeit in Zukunft auf 12 Jahre beschränkt. Die Wirkung dieser Vorschrift ist, daß nach dem Inkrafttreten des Ges. vorgenommene Wahlen dieser Personen auf Lebenszeit unwirksam sind, nicht bestätigt werden dürfen und, soweit eine Bestätigung nicht erforderlich ist, als gesetzwidrig zu beanstanden sind.

Außerdem enthält das Ges. noch folgende lediglich für das besetzte Gebiet und das Einbruchgebiet in Betracht kommende Vorschriften:

§ 11 bestimmt, daß die nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählten Mitglieder einer Stadtverordnetenversammlung oder einer Gemeindevertretung sowie die unbesoldeten Magistratsmitglieder (Beigeordneten), unbesoldeten Gemeindevorsteher sowie die unbesoldeten Schöffen, die durch feindliche Maßnahmen in den besetzten Gebieten an der Ausübung ihres Wahlauftrages oder Amtes verhindert sind, für die Dauer der Verhinderung in der Gemeindevertretung oder in ihrem Amt vertreten werden können. Stellvertreter ist der hinter dem gewählten Mitglied oder Ehrenbeamten eines Wahlvorschlages an erster Stelle zu berufende Bewerber. Die Reihenfolge, in der die Bewerber zu berufen sind, kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages geändert werden. Die Änderung muß dem Gemeindevorstand bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Eintritt der Behinderung mitgeteilt werden. Ist ein Bewerber auf dem Wahlvorschlag nicht mehr vorhanden, so kann ein Stellvertreter von der Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages bestimmt werden.

Dasselbe gilt für die Abgeordneten der Bürgermeistereiversammlungen, die Amtsverordneten der Amtsversammlungen, die unbesoldeten Beigeordneten der Landbürgermeistereien und Ämter, soweit sie nach den

Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt sind, sowie für die Kreistagsabgeordneten, Kreisdeputierten und die Mitglieder der Kreisausschüsse.

Gemäß § 13 sind bis zum Inkrafttreten der neuen Landgemeindeordnung erledigte Stellen von Landbürgermeistern in der Rheinprovinz und von Amtmännern in der Provinz Westfalen nicht mehr endgültig zu besetzen, es sei denn, daß mindestens $\frac{2}{3}$ der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Bürgermeisterei oder Amtsversammlung sich mit der endgültigen Ernennung eines vom Kreisausschuß vorgeschlagenen Bewerbers einverstanden erklärt haben. Die Ernennung erfolgt gem. § 14 vom Inkrafttreten des Ges. ab nicht mehr auf Lebenszeit, sondern auf 12 Jahre.

Unter Aufhebung meiner früheren Erlasse betreffend die endgültige Ernennung von Landbürgermeistern und Amtmännern, insbesondere der Erl. v. 27. 4. 1920 — IV a I 507, 11. 6. 1919 — IV a 10030 II u. III u. 30. 6. 1922 — IV a IV 366 (nicht veröffentl.) (für die Rheinprov.); v. 27. 4. 1920 — IV a I 507, 2. 12. 1919 — IV a 13505 II u. III, 30. 6. 1922 — IV a IV 366 u. 6. 2. d. J. — IV a IV 84 (nicht veröffentl.) (für Westfalen) bestimme ich hiermit, daß

es vom Inkrafttreten des Ges. ab einer Berichterstattung vor der endgültigen Ernennung von Landbürgermeistern und Amtmännern nicht mehr bedarf. Die endgültige Ernennung auf 12 Jahre kann vielmehr von dem Oberpräsidenten selbständig und unter eigener Verantwortung vorgenommen werden, wenn die Voraussetzung erfüllt ist, daß mindestens $\frac{2}{3}$ der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Bürgermeisterei oder Amtsversammlung sich mit der endgültigen Ernennung des betreffenden Bewerbers einverstanden erklärt haben. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Ges. sind endgültige Ernennungen nicht vorzunehmen, auch nicht, soweit sie nach den bisherigen Erlassen der selbständigen Entscheidung des Oberpräsidenten überlassen waren.

§ 13 Abs. 2 bestimmt, daß vor der kommissarischen Bestellung eines Landbürgermeisters oder Amtmanns die Bürgermeisterei oder Amtsversammlung nach Möglichkeit gehört werden soll. Ich ersuche die Oberpräsidenten, dieser Vorschrift entsprechend in allen Fällen vor der kommissarischen Bestellung die Bürgermeisterei oder Amtsversammlung zu hören, es sei denn, daß die Einberufung der Versammlung mit Rücksicht auf die politische Lage nicht möglich ist.

Berlin, den 24. März 1923.

Der Minister des Innern.

Vj. d. M. d. J. v. 9. 5. 1923 — IV a I 120, betr. die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen.

Im Nachgang zu meinem Erl. v. 24. 3. 1923 — IV a I 90 (MBlB. S. 337) bestimme ich hiermit für die Vorbereitung der auf Grund des § 1 des Ges. über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen v. 9. 4. 1923 (GS. S. 83) stattfindenden allgemeinen Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen auf Grund des § 2 der Vd. über die Vornahme einer Volkszählung am 8. 10. 1919 v. 16. 7. 1919 (RGBl. S. 652) in Verbindung mit § 10 der Vd. v. 24. 10. 1918 (RGBl. S. 1261), daß bei der erstmaligen ordnungsmäßigen Festsetzung der Zahl der Stadtverordneten gem. § 4 a. a. D. für die Feststellung der Einwohnerzahl das Ergebnis der Volkszählung v. 8. 10. 1919 maßgebend ist.

Von der bei der Volkszählung v. 8. 10. 1919 festgestellten Einwohnerzahl sind nach dem geltenden Rechte die Angehörigen der Wehrmacht in Abzug zu bringen. Diese Zahlen sind bei dem Statistischen Landesamt in Berlin vorhanden und können dort unmittelbar erfragt werden.

Gleichzeitig mache ich, um Zweifeln zu begegnen, darauf aufmerksam, daß die Vorschriften der §§ 1 bis 10 des Ges. v. 9. 4. 1923 sich nur auf die gem. § 1 und § 10 stattfindenden allgemeinen Neuwahlen beziehen.

Auf die Neuwahl einzelner Gemeindevertretungen, die aus besonderen Gründen z. B. wegen Auflösung der bestehenden Gemeindevertretung erforderlich wird, bewendet es hinsichtlich des Wahlverfahrens, der Wahlberechtigung, Wählbarkeit und der Zahl der Gemeindevertreter bei dem geltenden Rechte, d. h. den bisherigen Gemeindeverfassungsgesetzen, den Verordnungen v. 24. 1. und 31. 1. 1919 (GS. S. 13 u. 15) über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts, dem Ges. v. 18. 7. 1919 (GS. S. 118) über vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts sowie dem Ges. v. 15. 7. 1919 (GS. S. 113) über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen.

Ich halte es für möglich, daß der Landtag bei Festsetzung des Wahltages für die allgemeinen Neuwahlen beschließen wird, daß eine Neuwahl in solchen Gemeinden nicht stattzufinden hat, in denen bereits in der Zwischenzeit und nach einem bestimmten Stichtage die Gemeindevertretungen neu gewählt worden sind.

An die Reg.-Präf.

— MBlB. S. 518.

Angelegenheiten der Kommunalverbände.

Vf. d. M. d. J. v. 24. 3. 1923 — IV a I 90, betr.
die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen.

Der Landtag hat am 20. d. M. in 2. und 3. Lesung das Ges. über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen verabschiedet. § 1 des Ges. bestimmt, daß die Gemeindevertretungen der Städte und Landgemeinden bis zum 30. 11. des Kalenderjahres 1923 neu zu wählen sind. Den Wahltag wird der Landtag bestimmen.

Die Ausf.-Best. zu den die Neuwahlen betreffenden Vorschriften des Ges. werden erlassen werden, sobald sich übersehen läßt, welcher Zeitpunkt als Wahltag bestimmt werden wird.

Außer den für die Neuwahlen geltenden Vorschriften enthält das Ges. aber folgende Bestimmungen, die das bisherige Gemeindeverfassungsrecht abändern und deren sofortige Kenntnis für die Kommunen und die Kommunaufsichtsbehörden von Wichtigkeit ist.

Gemäß § 12 Abs. 1 dürfen die Stellen der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder (Beigeordneten), Gemeindevorsteher und Schöffen von den bisherigen Gemeindevertretungen nur besetzt werden, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens $\frac{2}{3}$ der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevertretung ergeben hat.

Die Wirkung dieser Vorschrift ist, daß Wahlen zu solchen Stellen, die nach Inkrafttreten des Ges. vorgenommen werden, nur wirksam sind, wenn die Wahl die genannte Mehrheit gefunden hat. Wahlen, die diese Bedingung nicht erfüllen, sind unwirksam und dürfen, soweit eine Bestätigung erforderlich ist, nicht bestätigt werden. Soweit eine Bestätigung nicht erforderlich ist, würde der Beschluß, durch welchen der Betreffende für gewählt erklärt wird, als gesetzwidrig zu beanstanden sein.

Soweit die in § 12 Abs. 1 genannten Personen auf Grund einer Präsentation der Gemeindevertretung durch die Bürgerschaft gewählt werden, bedarf die Präsentation durch die Gemeindevertretung derselben qualifizierten Mehrheit. Außerdem bestimmt § 12 Abs. 2, daß die Wahlen auch der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder usw. durch die Bürgerschaft in Zukunft geheim durch verdeckte Stimmzettel stattfinden, wie dies gem. § 8 Abs. 1 Satz 2 des Ges. vom 18. 7. 1919 (GS. S. 118) für die unbesoldeten Magistratsmitglieder bereits rechtens ist.

Soweit die in § 12 Abs. 1 genannten Personen bisher auf Lebenszeit gewählt werden können, wird durch § 14 die Wählbarkeit in Zukunft auf 12 Jahre beschränkt. Die Wirkung dieser Vorschrift ist, daß nach dem Inkrafttreten des Ges. vorgenommene Wahlen dieser Personen auf Lebenszeit unwirksam sind, nicht bestätigt werden dürfen und, soweit eine Bestätigung nicht erforderlich ist, als gesetzwidrig zu beanstanden sind.

Außerdem enthält das Ges. noch folgende lediglich für das besetzte Gebiet u. das Einbruchgebiet in Betracht kommende Vorschriften:

§ 11 bestimmt, daß die nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählten Mitglieder einer Stadtverordnetenversammlung oder einer Gemeindevertretung sowie die unbesoldeten Magistratsmitglieder (Beigeordneten),

unbesoldeten Gemeindevorsteher sowie die unbesoldeten Schöffen, die durch feindliche Maßnahmen in den besetzten Gebieten an der Ausübung ihres Wahlauftrages oder Amtes verhindert sind, für die Dauer der Verhinderung in der Gemeindevertretung oder in ihrem Amt vertreten werden können. Stellvertreter ist der hinter dem gewählten Mitglied oder Ehrenbeamten eines Wahlvorschlages an erster Stelle zu berufende Bewerber. Die Reihenfolge, in der die Bewerber zu berufen sind, kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages geändert werden. Die Änderung muß dem Gemeindevorstand bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Eintritt der Behinderung mitgeteilt werden. Ist ein Bewerber auf dem Wahlvorschlag nicht mehr vorhanden, so kann ein Stellvertreter von der Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages bestimmt werden.

Dasselbe gilt für die Abgeordneten der Bürgermeistereiversammlungen, die Amtsverordneten der Amtsversammlungen, die unbesoldeten Beigeordneten der Landbürgermeistereien und Ämter, soweit sie nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt sind, sowie für die Kreistagsabgeordneten, Kreisdeputierten und die Mitglieder der Kreisauausschüsse.

Gemäß § 13 sind bis zum Inkrafttreten der neuen Landgemeindeordnung erledigte Stellen von Landbürgermeistern in der Rheinprovinz und von Amtmännern in der Provinz Westfalen nicht mehr endgültig zu besetzen, es sei denn, daß mindestens $\frac{2}{3}$ der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Bürgermeisterei- oder Amtsversammlung sich mit der endgültigen Ernennung eines vom Kreisauausschuß vorgeschlagenen Bewerbers einverstanden erklärt haben. Die Ernennung erfolgt gem. § 14 vom Inkrafttreten des Ges. ab nicht mehr auf Lebenszeit, sondern auf 12 Jahre.

Unter Aufhebung meiner früheren Erlasse betreffend die endgültige Ernennung von Landbürgermeistern und Amtmännern, insbesondere der Erl. v. 27. 4. 1920 — IVa I 507, 11. 6. 1919 — IVa 10030 II u. III u. 30. 6. 1922 — IVa IV 366 (nicht veröffentl.) (für die Rheinprov.); v. 27. 4. 1920 — IVa I 507, 2. 12. 1919 — IVa 13505 II u. III, 30. 6. 1922 — IVa IV 366 u. 6. 2. d. J. — IVa IV 84 (nicht veröffentl.) (für Westfalen) bestimme ich hiermit, daß es vom Inkrafttreten des Ges. ab einer Berichterstattung vor der endgültigen Ernennung von Landbürgermeistern und Amtmännern nicht mehr bedarf. Die endgültige Ernennung auf 12 Jahre kann vielmehr von dem Oberpräsidenten selbständig und unter eigener Verantwortung vorgenommen werden, wenn die Voraussetzung erfüllt ist, daß mindestens $\frac{2}{3}$ der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Bürgermeisterei- oder Amtsversammlung sich mit der endgültigen Ernennung des betreffenden Bewerbers einverstanden erklärt haben. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Ges. sind endgültige Ernennungen nicht vorzunehmen, auch nicht, soweit sie nach den bisherigen Erlassen der selbständigen Entscheidung des Oberpräsidenten überlassen waren.

339

§ 13 Abs. 2 bestimmt, daß vor der kommissarischen Bestellung eines Landbürgermeisters oder Amtmanns die Bürgermeisterei- oder Amtsversammlung nach Möglichkeit gehört werden soll. Ich ersuche die Oberpräsidenten, dieser Vorschrift entsprechend in allen Fällen vor der kommissarischen Bestellung die Bürgermeisterei- oder Amtsversammlung zu hören, es sei denn, daß die Einberufung der Versammlung mit Rücksicht auf die politische Lage nicht möglich ist.

An die Ober- u. Reg.-Präs. u. Landräte. — MBl. S. 2

Der Regierungspräsident

K ö l n, den 28. April 1923.

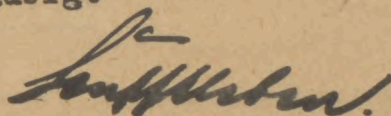
I. E. 1333/23.

=====

Auf den im Ministerialblatte für die Preussische innere Verwaltung für 1923, Nr. 15, Seite 337, abgedruckter Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 24. März 1923 - IV a I 90 -, betr. die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen, wird besonders hingewiesen.

Für die Landbürgermeister liegen Abdrucke dieser Verfügung bei,

In Vertretung.
gez. S c h n e i d e r
Beglaubigt



Regs. Büroanwärter.

An

die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

Der Landrat.

Siegburg, den 9. Mai 1923.

A. i. J. Nr. 2158.

1555

Abdruck zur Kenntnis.

J. A.

Herchenbach.

1/2 Baum
In den Akten

12/5.23
Der Bürgermeister

An

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mulldorf Künig

Preussische Minister
des Innern.

Berlin, den 2. Mai 1924.
N.W.7, Unter den Linden 72/74.

IV a I 442-

Der Regierungspräsident in Köln hat in seinem Bericht vom 28. v. Mts. - I M 970/24 - der Ihren Sichtvermerk vom 30. v. Mts. trägt, gegenüber meinem Erlaß vom 4. v. Mts. - IV a I 314 - darauf hingewiesen, daß die Rechtslage in der Rheinprovinz eine andere sei als in der Provinz Westfalen.

Dies trifft zu. Nach § 23 der Kreisordnung für die Rheinprovinz erfolgt die Wahl des Gemeindevorstehers nach näherer Vorschrift des der Kreisordnung beigefügten Wahlreglements. Dieses Wahlreglement schreibt geheime Abstimmung durch Stimmzettel vor.

Der Erlaß vom 4. April d. Js. - IV a I 314 - findet daher auf die Rheinprovinz keine Anwendung. Ich ersuche um beschleunigte Bekanntgabe an die Regierungspräsidenten und Landräte.

Im Auftrage:
gez. Mulert.

An den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Coblenz.

Oberpräsident der Rheinprovinz.
G.J.-Nr. 742/24.

Coblenz, den 8. Mai 1924.

Abschrift übersende ich unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 9.4.1924 G. 584/24 zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

Im Auftrage
gez. Dr. Schunck.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Köln.

Regierungs-Präsident.
L.R. 1189/24.

Köln, den 12. Mai 1924.

Abschrift übersende ich unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 15. April 1924 - I M 970/24 - zur Kenntnis.

Für die Landbürgermeister liegen Abdrucke dieser Verfügung bei.

Im Auftrage
gez. Braschoß.
Beglaubigt:

Braschoß

Reg. Büro-Anwärter.

Herrn Landräte des Bezirks,

Herrn Oberbürgermeister und

Bürgermeister des Städt.

11.

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses des
Siegkreises.
A. I. Nr. 1727.

Bürgermeisteramt
Siegburg, den 19. Mai 1924.
Siegburg-Mülldorf
Eing. 23. MAI 1924
J.-Nr. 1569

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnis. Die
vorangezogene Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten
vom 15. April 1924 I. E. 970/24 wurde mit hiesiger Ver-
fügung vom 22. IV. 1924 A I Nr. 1430 mitgeteilt.

J. A.
Herchenbach.
Kreisbeigeordneter.

An
den Herrn Bürgermeister
in

Lgh. Mülldorf

Regierungs-Präsident.
I. E. 1206/24.

Köln, den 14. Mai 1924.

Unter Bezugnahme auf den Ministerialerlaß vom 29.
4. d. Js. IV a I 424, betreffend Gemeindewahlen (Min. Bl. i. V.
v. 7. d. Mts. Nr. 22) ersuche ich um evtl. ~~angehende~~ Anzeige,
ob bei einer Gemeinde der erwähnte Fall eingetreten ist.
Fehlannonce nicht erforderlich.

Für die Landbürgermeister liegen Abdrucke dieser

Verfügung bei.

Herren Landräte des Bezirks,
Herren Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

Im Auftrage
gez. Brachmann
Beglaubigt:

Westphal-Lingen

Der Landrat

Siegburg, den 17. Juni 1924

A I Nr. 2261

Auf den in Nr. 28 des Ministerialblattes für die
preuß. in. Verwaltung Seite 613 erschienenen Erlaß des Herrn
Innenministers vom 4. VI. 1924 - IV a I 577, betr. die Ableh-
nung der Verpflichtungserklärung durch Stadt- und Gemeinde-
verordnete ~~Wache ich mit dem~~ Ersuchen um genaue Beachtung auf-
merksam.

Bürgermeisteramt
Siegburg-Mülldorf

Eing. 24. JUN. 1924

J.-Nr.

J. A.

Herchenbach
Kreisbeigeordneter.

An
den Herrn Bürgermeister

in

Lgh. Mülldorf

Bürgermeisteramt
Siegburg-Mülldorf
Eing. 8. JUL. 1924
J.-Nr. _____

Siegburg, den 4. Juli 1924.

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses des
Siebkreises.
A. I. J. Nr. 2527.

Nach dem Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die
vorläufige Regelung der Gemeindewahlen (Gemeindewahlgesetz),
in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (Ge-
setzsammlung S. 99) vom 14. Juni 1924 sind die auf Grund des
§ 9 des Gemeindewahlgesetzes erfolgten Wahlen, die bereits
vor Inkrafttreten dieses Gesetzes stattgefunden haben, un-
gültig. Es haben infolgedessen Neuwahlen stattzufinden. In
dem Gesetz ist das zu beobachtende Wahlverfahren genau an-
gegeben. Unter dem 6. Juni 1924 hat der Minister des Innern
die vorläufigen Ausführungsbestimmungen, die in dem Mini-
sterialblatt für innere Verwaltung, Seite 615, veröffent-
licht sind, bekanntgegeben.

Im Hinblick auf diese neuen Bestimmungen kommt
eine Bestätigung der von den Gemeinderäten der dortigen Bür-
germeisterei gewählten Gemeindevorsteher und deren Stellver-
treter nicht in Frage. Die mir eingereichten Wahlverhandlun-
gen sende ich daher mit dem Ersuchen zurück, alsbald unter
Beobachtung der neuen Bestimmungen eine Neuwahl tätigen zu
lassen und mir die Wahlverhandlungen bis zum 1. August 1924
vorzulegen.

J. A.

Kreisbeigeordneter.

den Herrn Bürgermeister

in

S. Mülldorf

12.

J. Nr. 28/6 24

g. r. A.
H. J. M.
H. J. M.

H. J. M.

J. A.

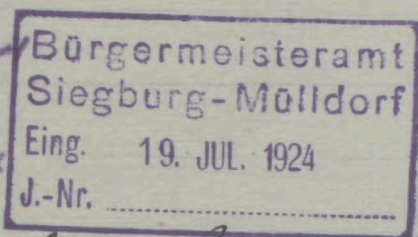
Herrn Bürgermeister
Siegburg-Mülldorf

Herrn Bürgermeister

Niederpleis, den 18. Juli 1924
 Sehr geehrter
 Herr Gemeinderat Herrschaften!

Lange für mich mein Mandat
 als Gemeinderat mitglied nieder.

Schmitt
 Rektor



Im Bürgermeisteramt Siegburg-Mülldorf
 wieder gerichtet.

Seing. 19.7.24
 vom 11. 24
 H

Niederpleis, den 19.7.24.

W. J. J.

Bürgermeister

Menden (Sieg)

Siegburg - Kellert, am 6. 8. 24.

Gehr.
Wyl der Gemeindeverpflegung
der Gemeinde Kellert.

Im der Anlegung über-
trifft ist die Anlegung über-
trifft der Gemeindever-
pflegung der Gemeinde Kellert.
zum Gemeindeverpflegung
müßte der Anlegung Johann
Kellert genehmigt. Kellert besitzt
die zur Anlegung der Anlegung
notwendigen Entschlüsse und
sich für die Anlegung der
Anlegung Kellert in Kellert. Die
Anlegung der Anlegung
nicht gegeben.

Karl von Menden

Siegburg

J. 24. Kellert Kellert.

Der Bürgermeister

Menden (Sieg)

14751

Liezbach - Kückhoff am 15. 8. 1924

Gekräftigt
Gemeindeführer - Brief
für Gemeinde Hoflar

Ein für Anlage überwiegen
in finanziell
für Anlageaufwendungen
über für Brief und Gemein-
schaftsfahrt von Hoflar
2) Aufwendungen gegen für
Brief und Langobau für
für Brief und Gemeindeführer-
Mafstab.

Kunst und Kunst

Liezbach

Ein Aufwendungen gegen für
Brief und Kobermeier dar-
über in mich nicht ungenügend
13 an. Kobermeier ist noch
nicht

Menden den 16. Januar 1930.
22.

Herrn Bürgermeister von Elber
Siegburg - Mehlendorf.

Unterschiedsrichter legt hiermit sein Mandat
als Gemeinderatsmitglied nieder, und bittet,
um ihn aus der Liste ausstrichen zu
lassen, das weitere veranlassen zu wollen.

Zugestimmungsvoll
Johann Schmar.

meister

Si

23. Jan. 1930.

- 1) Der Ratsamtskollegat "Gemein. Frey" ist aufzu-
geboten, sich innerhalb 1 Woche über die Annahme
des Abzugs zu äußern
- 2) Abrechnungsführung zu lassen.

Preußische Minister des Innern. Berlin, den 10. Dezember 1929.
IV a IV 1679. NW 7, Unter den Linden 72 - 74.

die gefällige Zuschrift vom 18. November 1929
 - Pr. II / 29. Ha / Bo.--.

Angelegenheiten, bei denen mehr als eine, aber nicht alle Gemeinden eines Amtes beteiligt sind, können solche sein, die das Amt auf Grund von § 9 des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 in die eigene Zuständigkeit übernommen hat, oder solche, bei denen dies bisher nicht geschehen ist. Im ersten Falle findet, da die betreffende Angelegenheit eine solche des Amtes geworden ist, eine itio in partes nicht statt. Im anderen Falle ist davon auszugehen, daß die Vorschriften des Art. 15 des Gesetzes vom 15. Mai 1856, betreffend die Gemeindeverfassung der Rheinprovinz und des entsprechenden § 5 Abs. 2 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen nicht ausdrücklich aufgehoben, also insoweit geltendes Recht sind, als sie nicht mit neueren gesetzlichen Vorschriften in Widerspruch stehen. In dieser Beziehung ist festzustellen, daß, da die gewählten Amtsabgeordneten nicht mehr von den einzelnen Gemeinden, sondern von der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung des Amtes, das gemäß § 4 des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 jetzt einen Wahlbezirk bildet, in die Amtsvertretung entsendet werden, nicht mehr gewählte Vertreter einzelner, sondern nur noch aller amtsangehörigen Gemeinden vorhanden sind. Als Vertreter nur einzelner Gemeinden können hiernach heute nur noch die kraft ihres Amtes der Amtsversammlung als Mitglieder angehörenden Gemeindevorsteher gelten. Nur diese sind daher, sofern ihre Gemeinden in der betreffenden Angelegenheit nicht beteiligt sind, von der in Art. 15 Abs. 1 gedachten Beschlußfassung ausgeschlossen.

Für den in Art. 15. Abs. 2 und 3 geregelten Fall, daß bei einer Angelegenheit mehrere Gemeinden aus verschiedenen Ämtern beteiligt sind, ist die Rechtslage entsprechend zu beurteilen.

in Preußischen Landgemeindetag West, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 48.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnis.

Im Auftrage:

gez. Surén.

an Herrn Oberpräsidenten in Koblenz.

Oberpräsident der Rheinprovinz. Koblenz, den 19. Dezember 1929.
G.Nr. 1289/29.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnis.

Im Vertretung:

gez. Baldus.

an Herren Regierungspräsidenten in Köln, - pp - .

Regierungs-Präsident. Köln, den 30. Dezember 1929.
I. E. 1803/29.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnis.

Abdrucke für die Landbürgermeister sind beigelegt.

Im Vertretung:

gez.: B i e r . Beglaubigt:

an Herren Landräte des Bezirks.

Schmidt
 Reg.-Kanzl.-Ass.

Der Landrat und Vorsitzende Siegburg, den 8. Januar
des Kreisausschusses des
Siebkreises.

A. I. J. Nr. 102.

Abdruck übersende ich zur gefl. Kenntnis.
Siegburg-Müllendorf
J. I.
Horchenbach.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Müllendorf

Zu den Akten
Siegburg-Müllendorf, den 13. I. 30.
Der Bürgermeister.

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat
Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.
Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.
Verlag von J. Meinde (Louis Senfersche Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

Nr 5101.

Ausführungsanweisung zu dem Gesetz über die Rechtswirkksamkeit der Bestellung hauptamtlicher Gemeindevorsteher und Schöffen vom 13. 12. 1929 (GS. S. 197 — Gg. 5097.)

Vom 15. Januar 1930. — IV a I 160. — MBl. S. 53/56.

Durch das der Initiative des Landtags entsprungene Gesetz über die Rechtswirkksamkeit der Bestellung hauptamtlicher Gemeindevorsteher und Schöffen vom 13. Dezember 1929 (GS. S. 197) sollen Gemeindevorstehern und Schöffen, die entgegen den Vorschriften der Landgemeindeordnungen als besoldete angestellt oder gewählt und bestätigt worden sind, die Rechte aus ihren nach dem in einem Einzelfall ergangenen Urteil des Reichsgerichts vom 20. April 1928 (RGZ. Bd. 121 S. 86) nichtigen Anstellungsverträgen gewahrt werden. Diesem beschränkten Zwecke entsprechend enthält das Gesetz keine Änderung der Vorschriften der Landgemeindeordnungen über die Anstellung besoldeter Gemeindevorsteher und Schöffen, sondern beschränkt seine Wirkksamkeit auf die Fälle, in denen entgegen diesen Vorschriften Gemeindevorsteher und Schöffen während ihrer Wahlzeit durch Gemeindebeschluss als besoldete angestellt oder von vornherein als besoldete gewählt und bestätigt worden sind.

Das Gesetz unterscheidet zwischen den Gemeindevorstehern und Schöffen der vorbezeichneten Art, die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes, also am 31. Dezember 1929, noch im Amte sind, und denen, die bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes aus ihrem Amte ausgeschieden waren.

1. Die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes im Amte befindlichen Gemeindevorsteher und Schöffen der vorbezeichneten Art gelten für die Dauer der für sie festgesetzten Wahlzeit als besoldete. Ihre Wahlzeit endet demgemäß nicht wie die Wahlzeit der unbesoldeten Gemeindevorsteher und Schöffen mit dem Ablauf der Wahlperiode der Gemeindevertretung, die sie gewählt hat (vgl. Rund-erlaß vom 29. November 1929, MBl. S. 1009). Sie haben während der Dauer der Wahlzeit einen Rechtsanspruch auf das durch Ortsatzung oder Gemeindebeschluss für sie festgesetzte Gehalt. Ihre Ansprüche auf Ruhegehalt richten sich nach § 18 des Gesetzes, betr. die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten, vom 30. Juli 1899 (GS. S. 141).

2. Für vor dem Inkrafttreten des Gesetzes aus dem Amt ausgeschiedene Gemeindevorsteher und Schöffen der vorbezeichneten Art trifft das Gesetz lediglich eine Regelung in

vermögensrechtlicher Hinsicht. Sie gelten mit dem Tage ihres Ausscheidens als in den Ruhestand versetzt und erhalten damit grundsätzlich einen Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge. Die Bezüge setzt der Kreisausschuß fest. Bei der Festsetzung der Höhe der Versorgungsbezüge ist er an die Richtlinien des Gesetzes gebunden. Im Gesetz sind folgende Fälle unterschieden:

- a) Die Versorgungsbezüge sind durch Ortsatzung oder Gemeindebeschluss geregelt und der Ausgeschiedene hätte hiernach an und für sich einen Versorgungsanspruch erworben: Dann hat der Kreisausschuß die hiernach zu zahlenden Bezüge festzusetzen.
- b) Die Versorgungsbezüge sind durch Ortsatzung oder Gemeindebeschluss geregelt, der Ausgeschiedene hat aber auf Grund dieser Regelung einen Versorgungsanspruch noch nicht erworben: Dann hat der Kreisausschuß die durch Ortsatzung oder Gemeindebeschluss vorgesehenen Mindestbezüge festzusetzen.
- c) Eine Regelung durch Ortsatzung oder Gemeindebeschluss ist nicht erfolgt: Dann hat der Kreisausschuß den geringsten für unmittelbare Staatsbeamte gesetzlich zulässigen Ruhegehaltsatz zugrunde zu legen. Der geringste für unmittelbare Staatsbeamte gesetzlich zulässige Ruhegehaltsatz beträgt ³⁵/₁₀₀ des Dienstinkommens (vgl. § 8 des Gesetzes, betr. die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten usw., vom 27. März 1872, GS. S. 268, in der Fassung des Artikels IV des Gesetzes vom 12. Juli 1923, GS. S. 305).

Ein Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge besteht nicht, wenn besondere Gründe vorliegen, die die Gewährung eines Versorgungsanspruches ausschließen. Der Gesetzgeber hat diese Einschränkung vorgesehen, da er nicht Versorgungsansprüche in den Fällen entstehen lassen wollte, in denen solche Gemeindevorsteher und Schöffen freiwillig, z. B. wegen Übergangs in andere besoldete Stellen oder aus strafrechtlichen, disziplinarischen oder ähnlichen Gründen ausgeschieden sind. Da der Kreisausschuß die Bezüge festsetzt, so hat er zugleich zu entscheiden, ob solche die Gewährung eines Versorgungsanspruches ausschließenden Gründe vorliegen.

Berlin, den 15. Januar 1930.

Der Minister des Innern.

An die Oberpräf., Reg.-Präf., Landräte und Landgemeinden.

Der Minister des Innern.
IV a I 671 II

Berlin, den 23. Dezember 1929.

S c h n e l l b r i e f !

Auf den Bericht vom
zu a) 16. Dezember 1929 - I C 4212 - bezw. vom 14. Dezember
1929 - I K.5 -
zu b) 16. Dezember 1929 - I.10.105 Nr.B. -

===

Soweit am 17. November 1929 in einzelnen Gemeinden Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen deshalb nicht haben stattfinden können, weil ein Wahlvorschlag nicht eingereicht war, ist die Anberaumung eines neuen Wahltermins erst dann möglich, wenn durch Verordnung des Staatsministeriums die alten Gemeindevertretungen aufgelöst worden sind. Eine derartige Verordnung wird in nächster Zeit für alle in Frage kommenden Gemeindevertretungen erlassen werden.

Ich ersuche demnach ergebenst, dafür Sorge zu tragen, daß
zu a) eine Anberaumung von Wahlterminen vor Erlaß der genannten Verordnung unterbleibt,
zu b) die für die Gemeinden Althammer und Rättsch anberaumten Wahltermine wieder aufgehoben werden.

Jm Auftrage:

gez. Dr. von Leyden.

- a) die Herren Regierungspräsidenten in Gumbinnen und Osnabrück
- b) den Herrn Regierungspräsidenten in Breslau.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnissnahme und Beachtung.

Jm Auftrage:

gez. Dr. von Leyden.

sämtliche Herren Regierungspräsidenten außer Gumbinnen, Breslau, Osnabrück.

Regierungs-Präsident.
I. E. 1808/29.

Köln, den 3. Januar 1930.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnis und Beachtung.
Zusatz zu a: Für die Landbürgermeister sind Abdrucke beigelegt.

Jm Auftrage:

gez. Braschoß.

Beglaubigt:

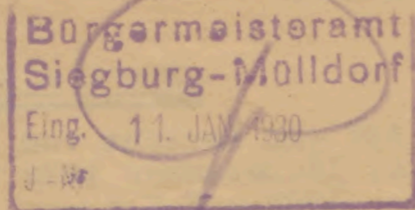
Schmidt

Reg.-Kanzl.-Ass.

die Herren Landräte des Bezirks,
" " Oberbürgermeister in Bonn und Köln,
" " Bürgermeister der Städte.

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises
A.I.J.Nr. 215.

Siegburg, den 9.1.1930.



Abschrift übersende ich zur gefl.

Kenntnis.

I.A.

gez. Herchenbach.

An die

Herren Bürgermeister
des Kreises

Zu den Akten
Siegburg-Mölldorf, den 11/1.30.
Der Bürgermeister.

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.

Verlag von J. Meinde (Louis Geuser'sche Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

Nr 4897/99.

Dritte Anweisung zur Ausführung des Gesetzes

über

Die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27. 12. 1927 (GG. G. 211).

Vom 24. Januar 1929. — MdZ. IVa I 3027. — Min.-Bl. i. B. S. 95/102.

1.

Seit Erlaß des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 sind Änderungen kommunaler Grenzen in größerer Zahl vorgenommen worden. Vermögensrechtlich und in bezug auf die kommunalen Lasten und Rechte der Gemeinwesen als solcher ist die Wirkung der Grenzänderung die der Gesamtrechtsnachfolge des vergrößerten Gemeinwesens sowohl im Falle der Eingliederung (Vereinigung) wie im Falle des Zusammenschlusses (Zusammenlegung). Alle Vermögenswerte (Aktiva und Passiva) und alle öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen, etwa gegenüber weiteren Verbänden (Amtsumlage, Kreisumlage), werden davon betroffen.

Die Regelung dieser vermögensrechtlichen Folgen sowohl zwischen mehreren verschiedenen Gemeinden wie auch zwischen verschiedenen Ortsteilen derselben Gemeinde ist Aufgabe der Auseinandersetzung.

2.

Soweit es sich hierbei lediglich um Gemeinden handelt, deren anderweite Abgrenzung auf Grund des § 1 des Gesetzes beschlossen ist, bleiben die Vorschriften der Landgemeindeordnungen maßgebend (vgl. § 3 LGÖ.). Insbesondere verbleibt es bei dem dort vorgesehenen Verfahren: Beschluß der Beschlußbehörde mit nachfolgender Klage im Verwaltungstreitverfahren.

3.

Dagegen hat das Gesetz vom 27. Dezember 1927 die Auseinandersetzung als Folge der Auflösung von Gutsbezirken neu geregelt; dies gilt für die Zusammenlegung

eines oder mehrerer Gutsbezirke mit einem oder mehreren Gutsbezirken oder einer oder mehreren Gemeinden, die Vereinigung eines Gutsbezirks mit einer Gemeinde, die Zusammenlegung von Teilen von Gutsbezirken mit ganzen Gutsbezirken oder Gemeinden oder mit Teilen von Gutsbezirken zu neuen Gemeinden, die Vereinigung von Teilen von Gutsbezirken mit Gemeinden und die Umwandlung von Gutsbezirken oder Teilen von solchen in neue Gemeinden.*) Der Gesetzgeber hat in der für diese Fälle allein maßgebenden Vorschrift des § 12 den Gedanken der Entwürfe der neuen Landgemeindeordnung vorweggenommen, der die Auseinandersetzung als eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht der Rechtmäßigkeit, lediglich den Beschlußbehörden zuweisen will. Zu dieser Vorwegnahme bestand um so mehr Anlaß, als bei der besonders großen Zahl von Fällen dieses beschleunigten Verfahrens die Durchführung des Verwaltungstreitverfahrens praktisch zu einer Überlastung der Verwaltungsgerichte und zu einer schwer erträglichen Verzögerung hätte führen müssen.

Beschlußbehörde ist, wenn eine Stadt beteiligt ist, der Bezirksausschuß, Beschwerdeinstanz der Provinzialrat; in den übrigen Fällen ist Beschlußbehörde der Kreisausschuß, Beschwerdeinstanz der Bezirksausschuß. Das Verwaltungstreitverfahren kommt nur in Frage, soweit nach § 126 LVG. der endgültige Beschluß der Beschlußbehörde 2. Instanz durch Klage beim Obergerichtsgericht angefochten wird.

*) Die Terminologie ist hier die bei den Beschlüssen über die Auflösung der Gutsbezirke angewendete.

Gemäß § 12 des Gesetzes sind die Beschlußbehörden ausdrücklich zur Übereignung gewisser, im Privateigentum des Gutsbesizers stehender, Einrichtungen ermächtigt. Der Anfechtung im ordentlichen Rechtswege (Abs. 3 S. 3) unterliegt ein solcher Beschluß der Beschlußbehörde nur hinsichtlich der Höhe der von ihr festgesetzten Entschädigung. In dem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten sind Parteien die im Auseinandersehungsverfahren Beteiligten. Die Beschlußbehörden — und zwar die Behörde erster Instanz — können nach Abschluß des Auseinandersehungsverfahrens Unschädlichkeitsatteste unter sorgfältiger Beachtung der in a 20 AGGBW. enthaltenen Vorschriften ausstellen.

Eine Präklusivfrist, innerhalb deren die Auseinandersehung durchgeführt werden muß, besteht in diesem Verfahren ebensowenig wie nach § 3 ö. LGO. Die Verfahrensfristen richten sich nach dem LVG. Die Frist für die Klage beim ordentlichen Gericht wegen der Höhe der Entschädigung ist auf einen Monat festgesetzt.

Ebenso wie nach dem bisherigen Recht umfaßt die Auseinandersehung im Sinne des § 12 dieses Gesetzes zwei Tatbestände: die Auseinandersehung zwischen mehreren verschiedenen Gemeinwesen (vgl. Nr. 6) und die Auseinandersehung innerhalb desselben Gemeinwesens (vgl. Nr. 7). In den Rahmen der letzteren fällt die Möglichkeit der Übereignung privater Einrichtungen eines Gutsbesizers in das Eigentum der Gemeinde (vgl. Nr. 8).

4.

Die Auseinandersehung zwischen verschiedenen Gemeinwesen hat die Aufgabe:

- a) die durch eine kommunale Neugliederung entstandene Gemeinsamkeit von Rechten und Pflichten zu beseitigen und auf die einzelnen Rechtsnachfolger zu verteilen (Auseinandersehung im engeren Sinne, vgl. 6),
- b) erforderlichenfalls die Interessen der beteiligten Gemeinwesen in billiger Weise auszugleichen (Ausgleichung, vgl. 7).

Die Auseinandersehung innerhalb desselben Gemeinwesens hat die Aufgabe, die Ausgleichung der Interessen der früheren selbständigen Gemeinden, die jetzt Ortsteile sind, und den in Absatz 3 besonders vorgesehenen Ausgleich zwischen der Gemeinde und dem Gutsbesitzer vorzunehmen und über die Notwendigkeit der Übereignung zu befinden.

5. Beteiligte.

- a) Auseinandersehung zwischen mehreren Gemeinwesen.

Da es sich lediglich um die eigentlichen kommunalen Beziehungen der von der Umgemeindung betroffenen Gemeinwesen handelt, kommen nur diese als Parteien vor

den Beschlußbehörden in Frage. Nicht beteiligt sind also andere Gemeinden, die etwa einen Nachteil aus der Regelung befürchten oder erlitten haben, und alle anderen betroffenen Verbände, die Schulverbände, Amtsverbände, Amtsbezirke, Kreise (vgl. OVG. 39 S. 114 u. PrVBl. 30 S. 253).

Ein Gutsbesitzer als Repräsentant des Gutsbezirks kann nur dann beteiligt sein, wenn mindestens ein Teil des Gutsbezirks als solcher aufrechterhalten ist.

b) Bei der Auseinandersehung innerhalb desselben Gemeinwesens sind beteiligt entweder die neue Gemeinde einerseits und einzelne Ortsteile (bisher selbständige Gemeinwesen oder Teile von solchen) andererseits, oder die neue Gemeinde einerseits und der Gutsbesitzer andererseits.

„Gutsbesitzer“ ist der Gutsbesitzer zur Zeit der Auflösung des Gutsbezirks oder sein Rechtsnachfolger, nicht der spätere Erwerber des Gutes (OVG. 42 S. 91, S. 197). Gab es im Gutsbezirk mehrere Grundeigentümer, so ist Gutsbesitzer in der Regel der Eigentümer des Restgutes (castrum) oder auch derjenige, der, ohne noch Grundbesitz im Gutsbezirk zu haben, sich die gutherrlichen Rechte vorbehalten hatte (der Fall wird bei siedelten, aber noch als Gutsbezirk bestehenden Flächen — vgl. OVG. 52 S. 57 —, oft auch bei Gutsbezirken, die in Eigentum einer juristischen Person standen oder zerstört waren, vorkommen — vgl. OVG. 27 S. 202 —).

Der Auseinandersehungsbeschluß, insbesondere ein Ausgleichung, bezieht sich — soweit es sich nicht um die Auseinandersehung zwischen der Gemeinde und dem Gutsbesitzer handelt — nicht auf einzelne Personen, sondern nur auf ganze Ortsteile, die bisher einen Gutsbezirk oder eine Gemeinde gebildet hatten (OVG. 42 S. 85). Ein im Wege der Ausgleichung angeordnete Vorausleistung zugunsten oder zu Lasten des früheren Gutsbezirks oder der früheren Gemeinde würde also alle dort wohnenden Steuerpflichtigen treffen.

Rechte und Pflichten, die aus einem endgültigen Auseinandersehungsbeschluß dem „Gutsbesitzer“ erwachsen, berechnen und verpflichten ohne weiteres nur die Person des letzten Gutsbesizers und seinen Gesamtrechtsnachfolger, nicht einen Spezialrechtsnachfolger im Eigentum des Gutes. Solange solche Rechte und Pflichten auf den späteren Erwerber des Gutes übergehen, so ist dies nur auf dem Wege des Nachtrages möglich.

6. Die Auseinandersehung im engeren Sinne

hat nicht den Zweck, die ex lege eingetretenen Rechtsfolgen der kommunalen Neugliederung festzustellen oder etwa anders zu ordnen, als das Gesetz es vorsieht (vgl. OVG. S. 151). Deshalb ist für die vielfach empfohlene „Stellung des öffentlichen Wegeneßes“ oder für ähnliche deklaratorische Festsetzungen hier kein Raum.

Kommunale Rechte und Pflichten, die in einem bestimmten Gebiete wurzeln, gehen ohne weiteres auf diejenige Gemeinde über, mit der das Gebiet vereinigt worden ist (RG. im PrVBl. 30 S. 58). Hier bedarf es daher keines besonderen Beschlusses. Den Hauptanwendungsfall werden die Wegebaulast und der 30 prozentige Anteil an den Sürsorgelasten bilden (vgl. Ausf.-VO. zur Sürsorgepflichtverordnung § 14: „Die Gemeinden tragen 30 v. H. des in ihnen entstehenden sächlichen Aufwandes . . .“).

Kommunale Gemeinsamkeiten, die einer Auseinandersehung bedürfen, sind dagegen: die Anteile aus dem Finanzausgleich bis zur Feststellung neuer Verteilungsschlüssel, die für das laufende Rechnungsjahr rechtskräftig für den Gutsbezirk veranlagten Kreis-, Schul- usw. Abgaben, das Vermögen, der Kassenbestand. Den Maßstab für die Verteilung muß die Beschlußbehörde finden; beispielsweise kommen die Fläche, die Einwohnerzahl oder das Gesamtverhältnis der zu übernehmenden Vorteile und Lasten in Frage.

7. Die Ausgleichung der Interessen.

Die Ausgleichung kommt sowohl bei der Auseinandersehung zwischen mehreren Gemeinden wie bei der Auseinandersehung innerhalb derselben Gemeinde in Frage. Im ersteren Falle können die Voraussetzungen etwa vorliegen, wenn durch die gesetzliche Rechtsnachfolge für den einen Teil eine erhebliche, unbillige Belastung zugunsten des anderen Teiles eingetreten ist.

Im einzelnen sind für die Beurteilung der Voraussetzungen, des Umfangs und des Inhalts einer solchen Ausgleichung die zahlreichen Entscheidungen des OVG. heranzuziehen, die zu § 3 ö. LGO. ergangen sind.

Das OVG. geht davon aus, daß eine gewisse Verschiebung der Belastung eine gesetzliche Folge der Umgemeindung ist, die durch die Auseinandersehung nicht zu beseitigen ist (vgl. OVG. 42 S. 94), daß stets ein besonderer Grund für eine solche Ausgleichung vorliegen muß (OVG. aaO. S. 88), daß als ein solcher die Tatsache der Umgemeindung selbst nicht anzusehen ist, daß vielmehr ein Ausgleich nur in Frage kommt:

1. wenn der eine Teil durch die Gebietsänderung eine wesentliche Entlastung erfährt,
2. wenn dieser Teil leistungsfähig ist,
3. wenn der andere Teil durch die Gebietsänderung eine wesentliche Mehrbelastung erfährt,
4. wenn der andere Teil in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird,
5. wenn schließlich besondere Billigkeitsgründe einen Ausgleich auf einem der in § 3 Abs. 2 ö. LGO. usw. erwähnten Wege erfordern (vgl. beispielsweise OVG. im PrVBl. 20 S. 387, 22 S. 167, 24 S. 149;

29 S. 602, Entsch. Bd. 33 S. 172, 36 S. 145, 41 S. 180, 53 S. 70).

Diese die Voraussetzung für eine Ausgleichsnotwendigkeit stark einschränkende Rechtsprechung des OVG. ist indessen auf die normalen Fälle kommunaler Grenzänderungen abgestellt, in denen die bisherige Abgrenzung geändert werden mußte, weil sie falsch war und falsch geworden war. Von diesen Normalfällen unterscheidet sich eine als Folge der Gutsbezirksauflösung eintretende Grenzänderung dadurch, daß nicht notwendigerweise eine an und für sich falsche Abgrenzung, sondern ein positiver Gesetzesbefehl den Anlaß gegeben hat. Wenn auch in Ausführung dieses Befehls selbstverständlich angestrebt worden ist, die neue Abgrenzung möglichst zweckmäßig und den Verhältnissen entsprechend richtig vorzunehmen, so lagen gerade hier die Verhältnisse nicht überall so, daß eine Benachteiligung des einen oder anderen Teiles immer vermieden werden konnte. Die Vermutung, daß die Neuabgrenzung eine Ausgleichung der Interessen nicht erforderlich mache, ist daher in den Fällen der Gutsbezirksauflösung nicht in demselben Maße gegeben wie in den Normalfällen.

Die Voraussetzung für eine Ausgleichung wird beispielsweise gegeben sein, wenn die Gemeinde, mit der als Folge einer Gutsbezirksauflösung Gutsbezirke, Gemeinden oder Teile von solchen vereinigt werden, ein größeres werbendes Vermögen (Grundstücke usw.) besitzt, an deren Erträgen die neuen Ortsteile, ohne dazu beigetragen zu haben, mit der Wirkung geringerer steuerlicher Belastung teilnehmen würden. Umgekehrt wird die Voraussetzung für eine Ausgleichung nicht vorliegen, wenn ein Bezirk lediglich in Erfüllung einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung Einrichtungen getroffen oder Aufwendungen in einer für einen längeren Zeitraum ausreichenden Weise gemacht hat und nunmehr Rückzahlung der aufgewandten Kosten insoweit verlangt, als die Aufwendungen noch über den Zeitpunkt der Eingemeindung hinausreichen (OVG. 53 S. 73).

Dagegen wird sich aus der Verschiedenheit der Organisation der Gutsbezirke und Gemeinden gelegentlich die Notwendigkeit einer Ausgleichung in der Richtung einer Minderbelastung der Steuerpflichtigen des bisherigen Gutsbezirks (jetzigen Ortsteils) ergeben, wenn die Gemeinde öffentliche Anleihen noch zu verzinsen und zu tilgen hat, die bereits für in der Vergangenheit liegende Zwecke verbraucht sind, denen im Gutsbezirk aus dem Privatvermögen des Gutsbesizers Genüge geschehen ist (Bau einer gemeinsamen Chaussee, eines gemeinsamen Armenhauses usw.), oder deren Ertrag ohne noch vorhandenen Gegenwert verbraucht wurde (Schulden zur Deckung von Haushaltsfehlbeträgen). Der Gutsbezirk als solcher kann Schulden in die neue Gemeinschaft nicht ohne weiteres einbringen, weil die Rechtsnachfolge sich grundsätzlich nur

h) In ähnlicher Weise wird für eine Betreuung der Hilfsbedürftigen besonders dort gesorgt werden können, wo deren Versorgung, insbesondere in Form der Verpflegung, bisher unmittelbar durch den Gutsbesitzer erfolgte. Im Außenverhältnis, d. h. im Verhältnis zum Hilfsbedürftigen und zum Bezirksfürsorgeverband, bleibt allerdings lediglich dieser, oder — im Falle der Übertragung von Fürsorgeaufgaben nach § 15 Abs. 1 ADSD.*) — lediglich die Gemeinde verpflichtet.

i) Gutsbezirksbeamte. Die Anstellung von „Beamten“ der Gutsbezirke war früher rechtlich zulässig (vgl. die Instruktion zur Ausführung der Kreisordnung vom 20. September 1873, MBl. S. 258, und die Entscheidung des OVG. 18 S. 442). Sehr häufig wird sie indessen nicht gewesen sein. Nach der Aufhebung der Instruktion durch die

*) Vgl. G. S. 1924 S. 210, 764; 1925 S. 47.

Berlin, den 24. Januar 1929.

Der Minister des Innern.

Ausf.-Anw. III zur ö. LGO. war sie nicht mehr möglich. Jedenfalls ist darauf zu achten, daß nicht die sogen. Gutsbeamten, die lediglich Privatangestellte des Gutsbesitzers sind, mit wirklichen Beamten des Gutsbezirks verwechselt werden.

Die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ersuche ich, die Abwicklung des Auseinanderjegungsverfahrens zu überwachen, für eine Durchführung nach einheitlichen Grundsätzen — auch in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Beschlußbehörden — zu sorgen und eine erhebliche Verletzung der in dieser Ausf.-Anw. aufgestellten Grundsätze, nötigenfalls durch Einlegung der Offizialbeschwerde nach § 123 LGO. oder durch Erhebung der Anfechtungsklage (§ 126 LGO.) zu verhindern.

Zum 1. April 1930 berichten die Regierungspräsidenten über den bisherigen Verlauf und die Ergebnisse der Auseinanderjegungsverhandlungen.

Bürgermeister

N. 2 St. 64

Siegburg-Mülldorf, den 14. Dezember 1929.

betrifft:

Wahl der Gemeindevorsteher

und deren Stellvertreter.

In der Anlage überreiche ich die Verhandlungen über die Wahl der Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter der Gemeinden *Brisch*, Hangelar, Holzlar, Meindorf, Niedermenden, Obermenden und Siegburg-Mülldorf mit der Bitte, dieselben ^{*Genehmigung*} gemäß § 72 des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 27.12.1927 bestätigen zu wollen.

// //

2) Wiedervorlage nach Eingang der Bestätigung.

Herrn Landrat *in Siegburg*

in

Siegburg.

=====

Handwritten signature

Regierungs=Präsident.

Köln, den 17. Dezember 1929.

L. E. 1744/29.

Auf den im Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung von 1929, Seite 1039, veröffentlichten Runderlaß des Herrn Ministers des Innern vom 29./11. 1929 - IVa I 686 -, betreffend Kommunalwahlen, weise ich hin.

Einen Bericht im Sinne des letzten Absatzes des Erlasses ersuche ich mir bis zum 10./5. 1930 vorzulegen.

Zusatz zu a: Abdrucke für die Landbürgermeister sind beigelegt.

In Vertretung:

gez.: B i e r .

Beigelegt

Regs.-Kanzl.-Ass.

die Herren Landräte des Bezirks,
" " Oberbürgermeister und
Bürgermeister der Städte.

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses des
Siegkreises
A I J No. 10581.

Siegburg, den 24.12.

Bürgermeisteramt
Siegburg-Mülldorf
Eing. 30. DEZ. 1929
J.-Nr.

Abdruck übersende ich zum Berichtb
20. April 1930.

J. A.
Herchenbach.

Kommunalwahlen.

NdGrL. d. MdZ. v. 29. 11. 1929 — IV a I 686.

Bürgermeister des Kreises.

Ich ersuche die Oberpräs., mir nach Anhörung der Provinzial- (Bezirks-) Wahlleiter bis zum 1. 6. 1930 zu berichten, welche praktischen Erfahrungen mit dem geltenden Provinziallandtagswahlrecht bei den letzten Neuwahlen gemacht worden sind, insbesondere auch darüber, ob sich die Abänderungsbedürftigkeit einzelner Vorschriften ergeben und ob die Verbindung sämtlicher kommunalen Wahlen zu Schwierigkeiten geführt hat.

Desgleichen ersuche ich die Reg.-Präs., mir zum genannten Zeitpunkt in derselben Weise über die Erfahrungen bei den übrigen kommunalen Neuwahlen (Provi- tagen, Amts- [Kirchspielslandgemeindef- und Gemeindevor- tretungswahlen) zu berichten.

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses
des Siegkreises.

A. I. J.-Nr.

Siegburg, den 24. April 1930.
Bürgermeisteramt
Siegburg-Mülldorf
26. APR. 1930
J.-Nr.

Die Erledigung meiner Verfügung vom 24. Dezember 1929 A.I. 10581, betreffend Kommunalwahlen, wird hiermit in Erinnerung gebracht und binnen 3 Tagen bestimmt erwartet.

J.A.

gez. Herchenbach.

Beglaubigt :

Kreisausschuß - Oberschreiber.

den

Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mülldorf

Der Bürgermeister

Mr.

Siegburg-Mülldorf,
den 26. 4. 1930.

den 26. 4. 1920.

Geheiß:

Ernährungsplan.

For Harry. Nov 24. 12. 1929 9510581.

1) Die Abgaben zum Provinzial-Landtag, Kreis-^{Land}tag und Gemeindeabgaben sind im Bezirke von Störmede beständig außerordentlich geringfügig und sind noch geringer, als in den meisten anderen Gemeinden. Die Abgaben zum Kreis-Landtag sind zum Beispiel im Jahre 1870 nur 1/10 von denen, die in den meisten anderen Gemeinden zu zahlen waren. Die Abgaben zum Kreis-Landtag sind zum Beispiel im Jahre 1870 nur 1/10 von denen, die in den meisten anderen Gemeinden zu zahlen waren.

Ben
von Gustav Rindt
mit Hdy. d. Kriechschiffen
in
Lieburg

2) zu den Akten

Preußische Minister
Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung.

Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung.

Volksbildung.

III B Nr. 634.

Berlin W 8, den 28. April 1930.
Postfach.

Postfach.

Nach § 1 Nr. 4 letzter Satz des Gesetzes vom 7. Oktober 1920 (GS.S. 535) im Zusammenhang mit § 16 Abs. 5 des Gesetzes vom 18. Juli 1919 (GS.S. 118) ist Verhältniswahl soweit vorgeschrieben, als sie möglich ist. Liegt nur ein gemeinsamer Wahlverschlagn vor, so kann, da dann eine Verhältniswahl unmöglich wird, die Abstimmung, falls niemand widerspricht, durch Zuruf vorgenommen werden.

Im Auftrage:

gez.: Werner.

die Regierungen in Köln - pp -

Regierung,
lung für Kirchen= und
schulwesen.
II A 1103

Köln, den 22. M a i 1930.

Abschrift zur Kenntniss.

Zusatz für die Herren Landräte: Abdrucke für die Herren Bürger-
meister sind beigelegt.

Im Auftrage:

gez.: Dr. Müller

Beiglaubigt:

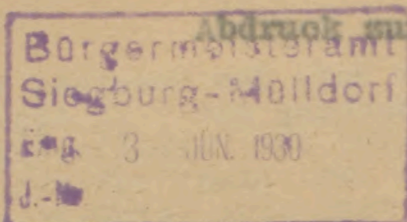
Bezeugt:
Khalas
Reg.-Kanzl.-Ass.

e Herren Landräte und
hulräte des Bezirks und
e Herren Oberbürgermeister in Bonn und Köln.

Der Landrat.

Siegburg, den 31. Mai 1930.

L.Nr. 1119.



In Vertretung:

Dr. Türk

Regierungsassessor.

An

die Herren Bürgermeister
des Kreises.

Der Bürgermeister

Nr.

Siegburg-Mülldorf,

den 3. Juni 1930.

zu den Akten

Preussischer Landgemeindetag.

West.E.V.

Berlin W.35., den 15.Okt.1929.
Schöneberger Ufer 48.

Rundschreiben A Nr. 448.

An

die Mitglieder unseres Verbandes.

Wahlausschuss bei
kommunalwahlen.

Wie in Nr. 28 der "Preussischen Gemeinde-Zeitung" vom 1.Oktob. d.J. Seite 456 l.Abs. angegeben ist, beabsichtigte der Minister des Innern bezüglich der Zusammensetzung des Wahlausschusses für die Wahl der Amtsvertretung auf unsere Veranlassung hin abändernde Bestimmungen zu erlassen. Dies ist nunmehr durch Runderlass des M.d.J. vom 4.Oktob. 1929 -IV a M 550 (M.Bl.i.V. S.858)- geschehen. Hiernach wird der § 91 Nr. 2 Satz 2 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde- und Amtsvertretungen in der Fassung vom 25.7.1929 (M.Bl.i.V. S. 647) wie folgt abgeändert:

"Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende, möglichst unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien, aus den zur Amtsvertretung wahlberechtigten Gemeindeangehörigen 4 oder 6 Beisitzer und die gleiche Anzahl von Stellvertretern."

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass in demselben Runderlass noch eine Aenderung des Runderlasses betr. Verbindung der Wahlen enthalten ist und dass noch einige Zweifel bezüglich der Wahlscheine und der Wahlhandlung geklärt werden.

J.V.

W. R. ...

Preussischer Landgemeindetag

West.E.V.

Berlin W.35., den 15.Okt.1929.
Schöneberger Ufer 48.

Rundschreiben A Nr. 449.

An

die Mitglieder unseres Verbandes.

r.: Zahl der zu wählenden
Gemeindevertreter in der
Rheinprovinz.

Es waren Zweifel darüber entstanden, ob in der Rheinprovinz nunmehr die Zahl der Gemeindevertreter durch Ortsatzung vor den Kommunalwahlen festzusetzen sei, oder ob nach § 47 der Rheinischen Gemeindeordnung die Zahl der Gemeindevertreter für die Rheinprovinz nach wie vor entsprechend der Bevölkerungszahl gesetzlich festgelegt ist. Nachdem durch Anfrage im Preussischen Innenministerium seitens des Preussischen Landgemeindetages West von ersterem die Frage mündlich geklärt war, hat der Preussische Innenminister uns nunmehr noch Abschrift eines an die Kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei in Köln gerichteten Erlasses vom 10.d.Mts. zur Kenntnisnahme übersandt, der wie folgt lautet:

"Durch den § 5 der Verordnung vom 24.Januar 1919 (G.S.S.13) sind für die Landgemeinden die bezüglich der Zahl der zu wählenden Gemeindevertreter bestehenden Beschränkungen beseitigt worden. Eine ortsstatutarische Festsetzung der Zahl der Gemeindevertreter ist im Rahmen des § 5 aaO. abweichend von den Vorschriften des § 47 der Rheinischen Landgemeindeordnung zulässig."

J.V.

[Handwritten signature]

Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielsland- gemeinde-) Vertretungen, Kreistagen u. Provinziallandtagen (Kommunallandtagen).

NdErl. d. MdZ. v. 25. 7. 1929 — IV a I 318 V.

Zur Durchführung der Verbindung der Wahlen zu Gemeindevertretungen, den Amts- (Kirchspielsland-
gemeinde-) Vertretungen, den Kreistagen und den Provinzial-
landtagen (Kommunallandtagen) wird folgendes ange-
ordnet:

1. Abstimmungsbezirke und Wahlräume.

Der Gemeindevorstand bildet die Abstimmungsbezirke
bestimmt die Wahlräume. Abstimmungsbezirke und
Wahlräume sind für sämtliche vorzunehmenden verbundenen
Wahlen die gleichen.

Bei Gutsbezirken bestimmt der Kreisausschuß die Ab-
stimmungsbezirke und Wahlräume. Kann ein Gutsbezirk
für sich einen Abstimmungsbezirk bilden, weil andern-
falls durch die zu geringe Zahl der Wahlberechtigten das
Wahlgeheimnis gefährdet werden könnte, so ist er durch
den Kreisausschuß einem benachbarten Abstimmungsbezirk
beizulegen.

Die Aufgaben des Gutsvorstandes nach § 4 Abs. 1 a—e
der Wahlordnung für die Wahl zu den Provinzial-
landtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen bleiben
bei unberührt.

2. Ernennung des Wahlvorstehers, Zusammen- setzung des Wahlvorstandes.

In Gemeinden werden die Wahlvorsteher und ihre
Stellvertreter, soweit nicht nach den Wahlordnungen die
Gemeindevorsteher Wahlvorsteher und die Stellvertreter
Gemeindevorsteher Stellvertreter der Wahlvorsteher
vom Gemeindevorstand ernannt. In Gutsbezirken
nimmt der Kreisausschuß die Wahlvorsteher und ihre
Stellvertreter, soweit nicht die Zulegung der Gutsbezirke
benachbarten Abstimmungsbezirken erfolgt. Die Wahl-
vorsteher und die von ihnen unter Berücksichtigung der
angegebenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Ab-
stimmungsbezirks, für den sie bestellt sind, zu berufenden
Wahlvorstände führen ihr Amt für sämtliche vorzuneh-
menden verbundenen Wahlen. Die Zahl der in den
Wahlvorstand zu berufenden Mitglieder soll mindestens 3
betragen, ferner für jede außer der Wahl zur Gemeindever-
tretung vorzunehmende Wahl je 2 betragen.

3. Wählerliste.

Ausgelegt und benutzt wird für die miteinander ver-
bundenen Wahlen ein und dasselbe Wählerverzeichnis
(Wählerliste, Bürgerliste bzw. Kartei). Der Zeitraum,
innerhalb dessen die Wählerverzeichnisse auszulegen sind,
wird nach Festsetzung des Wahltages von mir für alle
miteinander verbundenen Wahlen einheitlich bestimmt.

In die Liste oder Kartei sind außer den zu den Ge-
meindevertretungen Wahlberechtigten aufzunehmen:

- a) diejenigen, die nur zur Provinziallandtags- und
Kreistagswahl wahlberechtigt sind,
- b) diejenigen, die außer zum Provinziallandtag und
Kreistag auch zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) ver-
tretung wahlberechtigt sind.

Die vorstehend zu a) und b) bezeichneten Wahl-
berechtigten sind in der Liste oder Kartei durch in der
Spalte „Bemerkungen“ einzutragende Vermerke oder durch
Unterstreichungen kenntlich zu machen.

Zur Eintragung des Zeichens der erfolgten Stimm-
abgabe für die einzelnen Wahlen sind 3 Spalten zu ver-
wenden, in deren erste die Stimmabgabe zu den Kreis-
und Provinziallandtagswahlen, in deren zweite die zu
den Amts- bzw. Kirchspielslandgemeindewahlen und in
deren dritte die zu den Gemeindewahlen einzutragen sind.
Für etwaige Nachwahlen sind 3 weitere Spalten frei-
zulassen.

4. Wahlscheine.

Ein Wahlschein berechtigt zur Stimmabgabe:

1. für alle miteinander verbundenen Wahlen, wenn er
für die Wahl zur Gemeindevertretung ausgestellt ist;
2. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunal-
landtag), zum Kreistag und zur Amts- (Kirchspiels-
landgemeinde-) Vertretung, wenn er für die Wahl zur
Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretung ausge-
stellt ist;
3. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunal-
landtag) und zum Kreistag, wenn er für die Wahl
zum Kreistage ausgestellt ist;
4. für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunal-
landtag), wenn er nur für diese ausgestellt ist.

5. Wahlvorschläge.

Bei der Numerierung der Wahlvorschläge für die Gemeinde-, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) und Kreistagswahlen ist den Wahlvorschlägen solcher Parteien, die Vorschläge mit demselben Kennwort auch für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahlen aufgestellt haben, dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betreffenden Partei für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) erhalten haben. Soweit für die eine oder andere Nummer der Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) ein entsprechender Wahlvorschlag bei den übrigen Wahlen nicht vorhanden ist, fällt für die letzteren die betreffende Nummer aus. Soweit Wahlvorschläge für die übrigen Wahlen von Parteien oder Vereinigungen eingereicht werden, die für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) keine Wahlvorschläge aufgestellt haben, erhalten diese Vorschläge erst die durch Provinziallandtagswahlvorschläge (Kommunallandtagswahlvorschläge) nicht in Anspruch genommenen Nummern.

Haben derartige Parteien und Vereinigungen Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen und für die Wahlen zu den Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen und für die Gemeindevertretung oder für die Kreistagswahlen und eine der letztgenannten Wahlen aufgestellt, so ist den Vorschlägen für die letzteren Wahlen dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betr. Parteien oder Vereinigungen für die Kreistagswahlen erhalten haben.

6. Wahlhandlung.

a) Stimmzettel.

Für jede der miteinander verbundenen Wahlen wird mit einem besonderen Stimmzettel gewählt. Die amtlich hergestellten Stimmzettel müssen sich in der Farbe und dem Ausdruck voneinander unterscheiden, und zwar in der Art, daß die Stimmzettel für die Gemeindewahlen auf weißlichem Papier den Ausdruck „Gemeindewahl“, die für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen auf grünlichem Papier „Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“, die für die Kreistagswahlen auf bläulichem Papier „Kreistagswahl“ und die für die Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) auf rötlichem Papier „Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ tragen.

An Stelle des Ausdruckes „Gemeindewahl“ ist in Städten der Ausdruck „Stadtverordnetenwahl“ zulässig.

b) Wahlumschläge.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen einerseits und für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) andererseits in je einem gemeinsamen Umschlag. Die Umschläge für die Gemeinde- und Amts- wahlen sollen von weißlicher Färbung und die für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen von rötlicher Färbung sein. Sie sollen außerdem den Ausdruck „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bzw. „Stadtverordnetenwahl“ und „Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl“ tragen.

c) Wahlurne.

Für die miteinander verbundenen Wahlen ist eine Wahlurne zu verwenden, welche die in den Wahlordnungen vorgesehene Größe hat.

d) Wahlhandlung.

Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraums von einer dort aufgestellten Amtsperson zunächst nur den Umschlag für die Wahlen zum Kreis- und Provinziallandtag. Vor Aushändigung der Stimmzettel läßt die Amtsperson den Wahlberechtigten ausdrücklich zu fragen, ob er sein Wahlrecht auf Grund seiner Eintragung in die Wählerliste oder auf Grund seines Wahlscheins ausüben will. Im letzteren Falle hat sie vor der Aushändigung der Stimmzettel in den Wahlschein Einsicht zu nehmen. Sodann erhält er an Stimmzetteln, falls er in die Wählerliste eingetragen ist, je einen Stimmzettel für die Wahl zum Kreis- und Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl) und einen Stimmzettel für die Wahl zum Kreis- und Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl).

a) wenn der Wahlschein für die Wahlen zu Gemeindevertretung oder zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung oder zum Kreistage ausgestellt ist und Wahl in einem Abstimmungsbezirk desjenigen Wahlraums ausgeübt wird, in dem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz hat, je einen Stimmzettel für die Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl),

b) in allen anderen Fällen nur einen Stimmzettel für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl).

Mit dem Umschlag und den Stimmzetteln bzw. dem Stimmzettel hat der Wahlberechtigte sich in dem Wahlraum oder an den gegen Sicht geschützten Nebentisch begeben, dort den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, auf den Stimmzetteln bzw. dem Stimmzettel in der vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen und alsdann in den Umschlag zu legen. Beim Verlassen des Wahlraums oder Nebentisches hat er den Umschlag mit den darin befindlichen Stimmzetteln in der Hand zu halten.

Er erhält darauf von einer zu diesem Zweck aufgestellten zweiten Amtsperson einen weiteren Umschlag und zwei amtlich hergestellte Stimmzettel für die Wahl zur Gemeinde- bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung. Mit diesem Umschlag und diesen Stimmzetteln hat er sich in einen zweiten Nebenraum oder an den gegen Sicht geschützten Nebentisch zu begeben, dort auf den Stimmzetteln die Wahlvorschläge zu kennzeichnen, denen er seine Stimme geben will, und dann die Stimmzettel in den für sie bestimmten Umschlag zu legen. Die oben erwähnte zweite Amtsperson hat zu achten, daß der Wahlberechtigte beim Verlassen des Wahlraumes oder Nebentisches beide Umschläge vor den Augen des Wahlvorstandes unversehrt in der Hand trägt. Der Wahlberechtigte hat sodann die beiden Umschläge an den Tisch des Wahlvorstandes zu legen. Er nennt zunächst dem Wahlvorsteher seinen Namen, den der Wahlvorsteher alsdann in den Stimmzettel einträgt. Dieser gibt dem Wahlberechtigten

an, zu welchen der verbundenen Wahlen der Wahlberechtigte ausweislich der Wählerliste wahlberechtigt ist.

Der Wahlvorsteher verfährt alsdann in folgender Weise:

a) Kreis- und Provinziallandtagswahl.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen, so läßt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne. Ist der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheins aus, so hat er dem Wahlvorsteher seinen Namen zu nennen und ihm den Wahlschein zu zeigen. Dieser reicht ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiter. Entstehen Zweifel über die Echtheit oder den rechtmäßigen Besitz des Wahlscheins, so hat der Wahlvorstand diese nach Möglichkeit aufzuklären und über die Zulassung oder Abweisung des Wahlberechtigten Bescheid zu fassen. Der Vorgang ist in die Wahlprotokollniederschrift zu nehmen.

Wahlen zu den Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne. Ist der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheins in einem Abstimmungsbezirk der Gemeinde aus, in der er seinen Wohnsitz hat, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne.

Ist der Wahlberechtigte auf Grund der Wählerliste für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung wahlberechtigt oder übt er sein Wahlrecht entweder auf Grund eines Wahlscheins nur für die Gemeindewahl aus, oder zwar auf Grund eines Wahlscheins für die Gemeindewahl und für die Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) aus, in der er seinen Wohnsitz hat, so hat der Wahlvorsteher den Wahlberechtigten den Umschlag mit den Stimmzetteln für die Gemeindewahl aus der Hand zu nehmen.

Die Herausnahme und Vernichtung dieses Umschlages muß der Wähler vornehmen, ohne ihn zu entfalten, so daß wohl der Wahlvorsteher an der Farbe des herausgenommenen Stimmzettels die Veranlassung des richtigen Stückes erkennen, das Wahlberechtigte aber nicht dadurch verletzt werden kann, daß er den Umschlag mit den Stimmzetteln in den zu vernichtenden Stimmzettel einblid nimmt.

Erklärt ein Wahlberechtigter in einem solchen Falle, daß er nur einen Stimmzettel enthalten will, so ist zu achten, daß der Wahlberechtigte beim Verlassen des Wahlraumes oder Nebentisches dem Wahlvorsteher aufzufordern, den Umschlag vor den Augen des Wahlvorstandes uneröffnet zu halten. Ist dies geschehen, so erhält der Wahlberechtigte einen neuen Umschlag und einen neuen Stimmzettel nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl. Er gibt sich wieder in den Nebenraum oder an den Nebentisch und wiederholt den Wahlaß.

Die Amtspersonen im Sinne dieser Vorschrift brauchen nicht die Eigenschaft von Gemeindebeamten zu haben; sie sind „Amtspersonen“ auf Grund besonderer Bestellung für den bestimmten Zweck während der Dauer der Wahlhandlung.

7. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses.

a) Stimmzettel in falschen Umschlägen.

Der Umstand, daß die Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) und Kreistagswahl und für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) und Gemeindewahl in je einem gemeinsamen Umschlag abzugeben sind, bedingt folgende Behandlung der Stimmzettel:

A. Bei der Provinziallandtags- und Kreistagswahl.

1. Sind in dem Umschlag für die Provinziallandtags- und Kreistagswahl je ein Stimmzettel für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) und für die Kreistagswahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so ist die Stimme — Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ bezeichneten Umschlag mehrere Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betreffende Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlag für die Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zur Gemeinde- oder zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung, so sind diese Stimmzettel ungültig.

B. Bei der Gemeinde- oder Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungswahl.

1. Sind in dem Umschlag für die Gemeinde- oder Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl je ein Stimmzettel für die Gemeindewahl und die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Gemeindewahl oder für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl vorhanden, so ist die Stimme — die Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag mehrere Stimmzettel entweder für die Gemeindevahl oder für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betr. Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlag für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zum Kreistage oder zum Provinziallandtage (Kommunallandtage), so sind diese Stimmzettel ungültig.

b) Behandlung ungültiger Wahlumschläge usw.

Wenn Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl und Kreistagswahl oder für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen wegen der Beschaffenheit des gemeinsamen Umschlages für ungültig erklärt werden, so ist der Umschlag der Niederschrift über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl anzuschließen und in die Niederschrift über die Kreistagswahl bzw. Gemeindevahl ein entsprechender Hinweis aufzunehmen. Das gleiche gilt für Umschläge, bei denen es aus sonstigen Gründen einer Beschlussfassung des Wahlvorstandes bedurft hatte, und für abgegebene leere Umschläge.

Umschläge, die einen Stimmzettel nur für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder nur für die Kreistagswahl bzw. nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl oder nur für die Gemeindevahl enthalten, gelten als leer für diejenigen Wahlen, für die ein Stimmzettel nicht abgegeben ist und sind der Niederschrift über diese Wahl beizufügen.

c) Zähl- und Gegenlisten.

Für jede der verbundenen Wahlen ist je eine besondere Zähl- und je eine besondere Gegenliste zu führen.

Vordrucke zur Durchführung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) wie:

Bürgerliste, Wählerliste, Wahlscheine, Zähl- und Gegenliste, Wahl Niederschrift und Zählbogen.

Zu beziehen durch Carl Seymanns Verlag, Berlin W 8

Die Zählliste für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) ist von dem Schriftführer, die Zähl- und Gegenliste für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und für die Gemeindevahl und Gegenlisten sind je von einem Beisitzer zu führen. Der Niederschrift für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und Gemeindevahl ist es demzufolge statt „der Schriftführer machte“ beizufügen „der mit der Führung der Zähl- und Gegenlisten beauftragte Beisitzer machte“ usw.

Über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl), über die Kreistagswahl, über die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und über die Gemeindevahl ist eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

d) Öffnen der Umschläge und Verlesen der Stimmzettel.

Zum Öffnen der Umschläge, Verlesen der Stimmzettel, Ordnen und Aufbewahren der verlesenen Stimmzettel mit Umschlägen sowie zur Führung der Zähl- und Gegenlisten müssen neben dem Wahlvorsteher oder dem Stellvertreter der Schriftführer und eine hinreichende Zahl von Beisitzern gleichzeitig anwesend sein. Die Wahlvorstände haben hiernach für ausreichende Besetzung der Wahlvorstände zu sorgen.

8. Schlussvorschriften.

Soweit die Vorschriften der Gemeindevahlordnung und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen den Bestimmungen der vorstehenden Nummern 1—7 entsprechen, gelten sie als für die verbundenen Wahlen entsprechend geändert. Die unter III der Wahlordnung, die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen enthaltenen Bestimmungen, die den Fall einer Verbindung der Provinzial- (Kommunallandtags-) wahlen mit den Kreistagswahlen betreffen, sind in der jetzt geltenden Fassung bekanntgemacht.

An die Oberpräsi., Reg.-Präsi., Landräte u. Gemeindevorstände. — MBl. S. 640.

Sonderabdruck aus dem Ministerialblatt f. d. Preuß. innere Verwaltung 1929 Nr. 31.

Wahlordnung

für die

Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevertretungen.

Fassung vom 25. Juli 1929.

- c) Mängelbeseitigung (§§ 43 bis 45),
- d) Zulassung von Wahlvorschlägen (§§ 46 bis 48),
- e) Bekanntgabe der Wahlvorschläge (§ 49),

C. Wahlhandlung (§§ 50 bis 65).

D. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses (§§ 66 bis 80):

1. Ermittlung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk (§§ 66 bis 75),
2. Prüfung, Feststellung und Bekanntmachung des Wahlergebnisses im Gemeindebezirk (§§ 76 bis 80).

E. Prüfung der Gültigkeit der Wahl (§§ 81 bis 89).

II. Wahlen zu den Amtsvertretungen (§§ 90 bis 92).

III. Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevertretungen (§§ 93 bis 100).

1. Allgemeines (§ 93).
2. Bildung der Wahlbezirke (§ 94).
3. Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde bestehen (§ 95).
4. Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen (§ 96).
5. Gemeinsame Bestimmungen für Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde, und für Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen (§§ 97 bis 100).

IV. Gemeinsame und Schlussbestimmungen (§§ 101 bis 104).

Anlagen:

1. Vordruck für die Bürgerliste.
2. Vordruck für den Wahlschein.
3. Vordruck für die Zähl- (Gegen-) Liste.
4. Vordruck für die Wahl Niederschrift.

Inhaltsübersicht.

Wahlen zu den Gemeindevertretungen. (§§ 1 bis 89).

A. Leitung (§§ 1 bis 11):

- Gemeindevorstand (§ 1),
- Wahlvorstand (§§ 2 bis 7),
- Wahlausschuß (§§ 8 bis 11).

B. Wahlvorbereitung (§§ 12 bis 49):

Bildung von Abstimmungsbezirken (§ 12),

Bürgerliste und Wahlscheine (§§ 13 bis 32):

- a) Allgemeines (§§ 13 bis 16),
- b) Arten der Bürgerliste (§§ 17 bis 18),
- c) Wahlscheine (§§ 19 bis 24),
- d) Auslegung und Berichtigung der Bürgerliste (§§ 25 bis 32),

Bestimmung der Wahlräume (§ 33),

Bekanntmachung der Wahl (§ 34),

Wahlvorschläge (§§ 35 bis 49):

- a) Einreichung der Wahlvorschläge (§§ 35 bis 36),
- b) Inhalt der Wahlvorschläge (§§ 37 bis 42),

Nr. T 150. 29. I. 812.

Carl Seymanns Verlag zu Berlin W 8.

1. Wahlen zu den Gemeindevertretungen.

A. Wahlleitung.

1. Gemeindevorstand.

§ 1. (1) Der Gemeindevorstand leitet das Wahlgeschäft im Gemeindebezirk. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Bürgerliste aufzustellen,
- b) die Bürgerliste auszulegen und die Auslegung bekanntzugeben,
- c) über Einsprüche gegen die Bürgerliste zu entscheiden,
- d) die Bürgerliste abzuschließen und an den Wahlvorsteher zu übersenden,
- e) die Wahlscheine auszustellen und in Fällen, in denen die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen schon am zweitletzten Tage vor dem Wahltag geschlossen wird, die Schließung der Wahlscheinausgabe bekanntzugeben,
- f) die Abstimmungsbezirke zu bilden,
- g) die Wahlvorsteher zu ernennen,
- h) die Wahlräume zu bestimmen,
- i) Ort und Zeit der Wahlhandlung, sowie die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke bekanntzugeben,
- k) zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern,
- l) die für die Einreichung der Wahlvorschläge erforderlichen Bescheinigungen auszustellen,
- m) die Bestellung des Wahlausschusses bekanntzugeben,
- n) das Wahlergebnis im Gemeindebezirk zu ermitteln, festzustellen und bekanntzugeben,
- o) die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen,
- p) Einsprüche, die gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben werden, der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen,
- q) die Entscheidungen im Wahlprüfungsverfahren auszuführen.

(2) Der Gemeindevorstand kann mit der Führung der laufenden Wahlgeschäfte ein Mitglied des Gemeindevorstandes oder einen anderen Gemeindebeamten beauftragen.

2. Wahlvorstand.

§ 2. (1) In Gemeinden, die nur einen Abstimmungsbezirk bilden, ist der Gemeindevorsteher Wahlvorsteher, der gesetzliche Stellvertreter des Gemeindevorstehers Stellvertreter des Wahlvorstehers.

(2) In Gemeinden, die mehrere Abstimmungsbezirke bilden, wird für jeden Abstimmungsbezirk vom Gemeindevorstand ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter des Wahlvorstehers ernannt.

(3) Im Falle des § 33 Satz 2 ist für jeden Wahlraum und Wahltag ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter zu ernennen.

§ 3. Der Wahlvorsteher beruft unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks, für den er bestellt ist, drei bis sechs Weisiger und einen Schriftführer. Der Schriftführer kann auch aus den Wahlberechtigten eines anderen Abstimmungsbezirks genommen werden und wird im Falle vorübergehender Behinderung durch einen Weisiger vertreten.

§ 4. (1) Der Wahlvorsteher, sein Stellvertreter, die Weisiger und der Schriftführer bilden den Wahlvorstand.

(2) Die Mitglieder des Wahlvorstandes erhalten keine Vergütung.

§ 5. Der Wahlvorstand tritt auf Einladung durch den Wahlvorsteher am Wahltag zu Beginn der Wahlhandlung im Wahlraum zusammen.

§ 6. Der Wahlvorstand ist bei Anwesenheit von wenigstens vier Mitgliedern, unter denen sich stets der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter befinden muß, beschlußfähig. Er beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 7. Der Wahlvorstand führt die Wahlhandlung im Abstimmungsbezirk durch und stellt das Abstimmungsergebnis fest.

3. Wahlausschuß.

§ 8. (1.) Für die Gemeinde wird ein Wahlausschuß berufen, der über die Zulassung der bei seinem Vorsitzenden eingereichten Wahlvorschläge beschließt.

(2) Vorsitzender des Wahlausschusses ist der Gemeindevorsteher oder sein gesetzlicher Stellvertreter.

(3) Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Gemeindevorstand vier oder sechs Wahlberechtigte der Gemeinde zu Weisigern. Die Weisiger sind durch Handschlag verpflichtet. Für jeden Weisiger wird ein weiterer Wahlberechtigter in gleicher Art als Stellvertreter ernannt und in gleicher Weise verpflichtet, sobald er eintritt. Der Stellvertreter hat bei Behinderung oder beim Auscheiden des Weisigers für ihn einzutreten.

(4) Die Weisiger und ihre Stellvertreter sollen aus verschiedenen in der Gemeinde vertretenen Parteien berufen werden.

(5) Vertrauensmänner für Wahlvorschläge und Stellvertreter können nicht Weisiger oder Stellvertreter im Wahlausschuß sein.

(6) Die Weisiger und ihre Stellvertreter erhalten eine Vergütung.

§ 9. Zu den Verhandlungen des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende einen Schriftführer zuzuziehen, der in gleicher Weise die Weisiger zu verpflichten ist, aber kein Stimmrecht hat.

§ 10. Der Wahlausschuß ist beschlußfähig, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter mindestens die Hälfte der Weisiger oder Stellvertreter anwesend sind. Er beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 11. Die Namen der Mitglieder des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter sind vom Gemeindevorstand öffentlich bekanntzugeben.

B. Wahlvorbereitung.

1. Bildung von Abstimmungsbezirken.

§ 12. Die Stimmabgabe ist in Abstimmungsbezirken vorzunehmen. Jede Gemeinde bildet mindestens einen Abstimmungsbezirk. In Gemeinden, in denen ein Bedürfnis hierzu besteht, hat der Gemeindevorstand den Gemeindebezirk zur Bildung von Abstimmungsbezirken von angemessener Größe einzuteilen. Bei der Einteilung ist unter größtmöglicher Berücksichtigung der vorhandenen Verhältnisse zu verfahren, allen Wählern die Teilnahme an der Wahl zu erleichtern. Kein Abstimmungsbezirk soll mehr als 1000 Einwohner umfassen. Die Abstimmungsbezirke dürfen jedoch nicht so begrenzt werden, daß das Wahlgeheimnis beeinträchtigt werden könnte.

2. Bürgerliste und Wahlscheine.

a) Allgemeines.

§ 13. Der Gemeindevorstand hat eine Liste der Wahlberechtigten zu führen. Diese Liste ist in der Bürgerliste aufzunehmen. Die Bürgerliste ist für das Gemeindegebiet so rechtzeitig aufzustellen, daß die Bürgerliste fünf Wochen vor dem Wahltag ausgelegt werden kann. Wenn mehrere Abstimmungsbezirke gebildet werden, ist die Bürgerliste für jeden Abstimmungsbezirk besonders aufzustellen.

§ 14. (1) Die Bürgerliste hat Zu- und Vorname, Wohnort und Wohnung der Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge unter fortlaufender Nummer zu enthalten. Vor der Aufnahme in die Liste ist jeder einzelnen Person ihr Wahlrecht genau zu prüfen. (2) Die Listen können nach Geschlechtern getrennt werden.

(3) Die Listen können auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Nummern, innerhalb der Straßen oder Ortsbezirke die Nummern der Häuser und innerhalb jedes Hauses die Nummern der Wähler eingetragen werden.

(1) In die Bürgerliste sind alle Wahlberechtigten einzutragen, die am Wahltag im Gemeindegebiet seit ununterbrochenen Jahren ihren Wohnsitz haben.

Personen, deren Wahlrecht ruht (Soldaten), sind nicht in die Bürgerliste aufzunehmen. Das Wahlrecht der Soldaten ruht von der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Die Zugehörigkeit dauert vom Tage des Dienstantritts bis zum Ablauf des Dienstjahres (Gesetz zur Änderung des Wehrgesetzes vom 21. April 1921, RGBl. S. 787). Zu den Soldaten gehören die Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und der Reichsmarine (Wehrgesetz vom 23. 3. 1921, RGBl. S. 329). Die Militärbeamten gehören nicht zu den Soldaten.

Personen, die in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind, sind gleichwohl in die Bürgerliste aufzunehmen. Jedoch ist der Name in der für den Vermerk der erfolgten Stimmabgabe vorgesehenen Spalte einzutragen „behindert“. Fällt die Ursache der Behinderung weg, so ist der Vermerk „behindert“ zu streichen und der Sachverhalt in der Spalte Bemerkungen zu vermerken.

(1) Die Bürgerliste soll mindestens vier Spalten zur Aufnahme von Vermerken über die erfolgte Stimmabgabe enthalten, für Nachwahlen zu den Gemeindevertretungen oder sonstige Abstimmungen, die mit den Gemeindevahlen zusammenhängen, für die in kurzer Frist folgen, verwendbar ist.

Die Listen müssen ferner eine Spalte für Bemerkungen enthalten.

b) Arten der Bürgerlisten.

(1) Die Bürgerliste kann in Heftform nach dem in § 1 beigesetzten Vordruck oder als Wahlkartei angelegt werden.

Die Wahlkarteien müssen so beschaffen sein, daß die Karten für jeden Abstimmungsbezirk in einem oder mehreren Behältern verwahrt werden. Der Behälter muß mit Vorrichtungen versehen sein, die eine einzelne Karte festhalten und nach Abschluß der Wahlkartei die Karte herausnehmen oder Einfügung von Karten unmöglich machen. Jede Karte muß Spalten zur Aufnahme der Vermerke über die erfolgte Stimmabgabe enthalten.

(2) Die Benutzung von Listen, die aus Anlaß früherer Wahlen gebraucht sind, ist zulässig, sofern diese den Anforderungen des § 17 genügen und Unstimmigkeiten bei der Abstimmung vermieden sind.

c) Wahlscheine.

§ 15. Ein Wahlschein berechtigt lediglich zur Wahl in der Gemeinde, für die er ausgestellt ist.

§ 16. Einen Wahlschein erhalten auf Antrag:

a) die in § 2 Abs. 6 des Gemeindevorstandesgesetz genannten Personen, soweit sie nicht gemäß § 15 Abs. 1 in der Bürgerliste eingetragen sind,

b) Wahlberechtigte, die nicht in die Bürgerliste eingetragen sind, wenn ihr Einspruch erst nach Schluß der Bürgerliste stattgefunden hat, wenn der Einspruch der Wahlberechtigten, die wegen Ruhens des Wahlrechts in die Bürgerliste eingetragen sind, nicht eingetragenen oder darin gestrichen sind, wenn der Einspruch der Wahlberechtigten, die wegen Behinderung in der Ausübung des Wahlrechts entgegen der Bestimmung im § 15 Abs. 3 nicht in die Bürgerliste eingetragen oder darin gestrichen sind, wenn der Einspruch nach Ablauf der Einspruchsfrist fortgefallen ist.

(2) Die Listen können nach Geschlechtern getrennt werden.

(3) Die Listen können auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Nummern, innerhalb der Straßen oder Ortsbezirke die Nummern der Häuser und innerhalb jedes Hauses die Nummern der Wähler eingetragen werden.

(4) Die Tatsachen, die die Ausstellung eines Wahlscheines rechtfertigen, sind glaubhaft zu machen und auf Erfordern nachzuweisen. Die Ausstellung eines Wahlscheines muß sich der Antragsteller oder der Empfänger ausweisen.

(3) Über die ausgestellten Wahlscheine führt die Gemeindebehörde ein Verzeichnis.

§ 22. Verdrängte Personen (§ 20 Nr. 1) können vom Zeitpunkt des Beginns der Auslegung der Bürgerliste ab die Ausstellung eines Wahlscheines beantragen. Wird der Antrag abgelehnt, so findet die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt, welche endgültig entscheidet.

§ 23. (1) Wahlscheine können noch am Tage vor der Wahl ausgestellt werden. In den größeren Gemeinden kann die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen schon am zweitletzten Tage vor dem Wahltag geschlossen werden. Der Gemeindevorstand hat dies vorher in ortsüblicher Weise bekanntzugeben.

(2) Der Wahlschein ist nach dem als Anlage 2 beigegebenen Vordruck auszustellen.

§ 24. Verdrängte Personen (§ 20 Nr. 1), die nach Erteilung eines Wahlscheines noch vor dem Wahltag ihren Aufenthaltsort wechseln, haben den Wahlschein dem Gemeindevorstand zurückzugeben. Über die Rückgabe stellt der Gemeindevorstand eine Bescheinigung aus. Die Erteilung eines Wahlscheines in der neuen Aufenthaltsortsgemeinde darf nur gegen Vorlage dieser Bescheinigung erfolgen.

d) Auslegung und Berichtigung der Bürgerliste.

§ 25. Der Gemeindevorstand bestimmt den Tag, von dem ab die Bürgerliste auszulegen ist, nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 des Gemeindevorstandesgesetzes. Vor der Auslegung hat er in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Bürgerliste zu jedermanns Einsicht ausgelegt wird, sowie innerhalb welcher Zeit und in welcher Weise Einspruch gegen die Bürgerliste erhoben werden kann. Plakataufschlag genügt.

§ 26. (1) Jeder Wahlberechtigte, der die Bürgerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Gemeindevorstand oder einem von diesem Beauftragten (§ 1 Abs. 2) schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offensichtlich ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Betrifft der Einspruch die Streichung einer anderen Person, so ist dieser Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(2) Erachtet der Gemeindevorstand den Einspruch für begründet, so hat er diesem stattzugeben und die getroffene Entscheidung den Beteiligten unverzüglich bekanntzugeben. Erachtet der Gemeindevorstand den Einspruch nicht für begründet, so hat er diesen unverzüglich, spätestens innerhalb einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist, der Beschlußbehörde vorzulegen. Das gleiche gilt im Falle des Abs. 1 Satz 3, wenn der Gemeindevorstand den Einspruch für begründet erachtet, der Betroffene aber der Streichung in der Bürgerliste widerspricht. Die Entscheidung der Beschlußbehörde ist möglichst vor Abschluß der Bürgerliste, jedenfalls aber so zeitig zu treffen, daß der Betroffene, sofern seinem Einspruch stattgegeben ist, noch rechtzeitig die Ausstellung eines Wahlscheines (§ 23) beantragen kann.

§ 27. (1) Unrichtige Angaben der Bürgerliste sind nach dem Ergebnis der im Einspruchsverfahren getroffenen Entscheidungen zu berichtigen.

(2) Nach Ablauf der Auslegungsfrist können Wähler nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche in die Bürgerliste aufgenommen oder darin gestrichen werden.

§ 28. Erhält der Gemeindevorstand, auch ohne daß Einspruch eingelegt ist, Kenntnis davon, daß die Voraussetzungen der Wahlberechtigung bei einem in die Bürgerliste eingetragenen Wähler nicht oder nicht mehr vorliegen, so hat er den Wähler von Amts wegen in der Bürgerliste zu streichen und ihn hiervon unverzüglich zu benachrichtigen. Die Streichung von Amts wegen ist unzulässig, wenn die Benachrichtigung nicht mehr so rechtzeitig erfolgen kann, daß der Betroffene noch Einspruch einlegen kann.

§ 29. Im Falle einer Berichtigung der Bürgerliste sind die Gründe in Spalte „Bemerkungen“ anzugeben. Ergänzungen sind

im Nachtrag in die Bürgerliste aufzunehmen. Etwaige Belege sind der Bürgerliste beizufügen.

§ 30. (1) Die berichtigte Bürgerliste ist vom Gemeindevorstand abzuschließen. Hierbei hat er zu bescheinigen, daß und wie lange die Bürgerliste ausgelegt hat, daß die in §§ 25 und 34 vorgeschriebenen ortsüblichen Bekanntmachungen erfolgt sind, endlich wieviel wahlberechtigte Personen in die Bürgerliste eingetragen sind.

(2) Die Behälter der Wahlkarteen sind durch Schlösser, Plomben oder Siegel so zu verschließen, daß eine Entnahme oder Einfügung von Karten nicht möglich ist.

§ 31. Der Gemeindevorstand hat die Bürgerliste rechtzeitig dem Wahlvorsteher zu übersenden. Bedingt dies, daß die Bürgerliste abgeschlossen werden muß, ohne daß die Entscheidung der Wahlprüfungsbehörde über vorgelegte Einsprüche (§ 26 Abs. 2) berücksichtigt werden kann, so muß den Beteiligten hiervon so rechtzeitig Kenntnis gegeben werden, daß sie die Ausstellung eines Wahlscheins beantragen können (§ 23).

§ 32. Der Gemeindevorstand soll, soweit möglich, gegen Erstattung der Auslagen Abschriften aus der Bürgerliste erteilen oder die Anfertigung von Abschriften gestatten.

3. Bestimmung der Wahlräume.

§ 33. Innerhalb jedes Abstimmungsbezirks wird von dem Gemeindevorstand ein geeigneter Wahlraum bestimmt. In großen Abstimmungsbezirken, in denen sich eine Teilung der Bürgerliste als zweckmäßig erweist, sowie in Abstimmungsbezirken, für welche die Bürgerliste nach Geschlechtern getrennt aufgestellt ist, können die Wahlen gleichzeitig an zwei verschiedenen Wahlorten in demselben Wahlraum oder in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes oder in zwei verschiedenen Gebäuden vorgenommen werden.

4. Bekanntmachung der Wahl.

§ 34. (1) Der Gemeindevorstand hat die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, die Bestimmung der Wahlräume sowie Tag und Stunde der Wahlhandlung in ortsüblicher Weise bekanntzugeben. Öffentliches Anschlag genügt.

(2) Die Bekanntmachung soll spätestens am siebenten Tage vor dem Wahltag erfolgen. Ein Abdruck oder eine Abschrift der Bekanntmachung ist dem Wahlvorsteher zur Benutzung bei der Wahl auszuhandigen.

5. Wahlvorschläge.

a) Einreichung der Wahlvorschläge.

§ 35. (1) Zur Einreichung von Wahlvorschlägen bei dem Vorsitzenden des Wahlausschusses hat der Gemeindevorstand durch eine Bekanntmachung in ortsüblicher Weise, spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag aufzufordern.

(2) In der Bekanntmachung sind die Kalendertage genau zu bezeichnen, an denen spätestens die Wahlvorschläge einzureichen sind. Die Wahlvorschläge sind spätestens am siebzehnten Tage vor dem Wahltag schriftlich dem Vorsitzenden des Wahlausschusses einzureichen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine, spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.

(3) Durch Gemeindebeschluß kann die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bis auf den dreizehnten Tag vor dem Wahltag verlängert werden.

(4) Die Bekanntgabe soll auch die Vorschriften über Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschläge wiedergeben.

§ 36. Wahlvorschläge können auch vor der öffentlichen Aufforderung eingereicht werden.

b) Inhalt der Wahlvorschläge.

§ 37. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Namen und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlich-

keit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 38. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Abschriften die Angaben ihres Berufs, Standes und ihrer Wohnung beifügen.

§ 39. (1) Mit den Wahlvorschlägen sind einzureichen:

1. Die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Wahl ihren Namen in den Wahlvorschlag zustimmen. Eine graphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn nach Ablauf der Frist für Beseitigung der Mängel (§ 43) eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Abgabe dieser Erklärung ist Stellvertretung durch einen schriftlichen Vollmacht versehenen Vertreter zulässig, wenn Bewerber nachweislich verhindert ist, die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzuwenden.
2. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, daß sie Angehörige sind, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnhaft sind und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindevahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
3. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Bewerber des Wahlvorschlages in der Bürgerliste eingetragen sind oder mit einem Wahlschein versehen sind.

(2) Im Falle des § 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 9. April 1908 (S. 83) findet, sofern verdrängte Personen auf einen Wahlvorschlag ihres Aufenthaltsortes aufgeführt werden, Nummer und Wohnort des Wohnsitzes und der Wohnsitzdauer keine Anwendung.

(3) Der Gemeindevorstand hat die Bescheinigungen auf Verlangen gebührenfrei auszustellen.

(4) Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn Gemeinde zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein.

§ 40. Die Wahlvorschläge können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.

§ 41. (1) Jeder Wahlvorschlag soll durch den Namen der Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bezeichnet werden, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidet. Führende Kennwörter sind unzulässig.

(2) In jedem Wahlvorschlag muß ein Vertrauensmann ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses berechtigt sind. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

(3) Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt die Stelle des früheren Vertrauensmanns, sobald die Erklärung dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zugeht.

§ 42. Gemäß § 5 Satz 4 des Gemeindevahlgesetzes ist eine Verbindung von Wahlvorschlägen nicht statt.

c) Mängelbeseitigung.

§ 43. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses hat die Bewerber unverzüglich aufzufordern, bis spätestens zum Tage vor dem Wahltag Mängel der Wahlvorschläge zu beseitigen oder etwa fehlende Bescheinigungen nachzubringen.

(2) Mängel können nicht mehr beseitigt werden, wenn die Wahlvorschläge festgesetzt sind (§ 46 Abs. 2).

(3) Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen benannt sind, müssen dem Vorsitzenden des Wahlausschusses innerhalb einer bestimmten Frist erklären, für welche Wahlvorschläge sie sich einsetzen.

§ 44. Bewerber, gegen deren Wahlbarkeit der Vorsitzende des Wahlausschusses Bedenken erhebt, können bis zur Festsetzung der Wahlvorschläge durch andere ersetzt werden. Die Bestimmungen über die Einreichung der Wahlvorschläge und die Bescheinigung des Gemeindevorstandes sind entsprechend anzuwenden.

§ 45. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses soll die Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen benannt sind, zu einer öffentlichen Erklärung auffordern, für welche Wahlvorschläge sie sich einsetzen.

(2) Die gleichen Personen können nicht als Vertrauensmann für mehrere Wahlvorschläge benannt werden.

Der Vertrauensmann kann gegen Verfügungen, die der Vorsitzende auf Grund der §§ 43 bis 45 erläßt, die Entscheidung des Wahlausschusses anrufen.

d) Zulassung von Wahlvorschlägen.

§ 46. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses bestimmt Zeit und Ort der Sitzung des Wahlausschusses und gibt sie in ortsüblicher Weise bekannt. Die Mitglieder des Wahlausschusses sind nach Ablauf der Frist für Beseitigung der Mängel (§ 43) spätestens im Laufe des fünften Tages vor dem Wahltag zur Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge und die Festsetzung der Wahlzeit zu erscheinen. Öffentlich sind die Sitzungen des Wahlausschusses schon vor dem Beginn der Sitzung vor der Sitzung im Eingang des Sitzungshauses bekanntzugeben. Die Sitzungen sind mit dem Hinweis, daß der Zutritt zur Sitzung den berechtigten freisteht.

Die Wahlvorschläge können nach ihrer Festsetzung nicht geändert oder zurückgenommen werden.

§ 47. (1) In den Wahlvorschlägen werden die Namen der Bewerber, deren Persönlichkeit nicht feststeht, deren Zugehörigkeit zur Partei, Ort und Gegenstand der Sitzung vor der Sitzung auf mehreren Wahlvorschlägen benannt sind.

(2) Bewerber, die auf demselben Wahlvorschlag mehrmals benannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen.

§ 48. (1) Nicht zugelassen sind Wahlvorschläge, die verspätet eingebracht sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen.

(2) Trägt ein Wahlvorschlag kein Kennwort, so gilt der Name des ersten Bewerbers, der in dem Wahlvorschlag an erster Stelle genannt ist, als Kennwort des Wahlvorschlages.

e) Bekanntgabe der Wahlvorschläge.

§ 49. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses hat spätestens am Tage vor der Wahl die Wahlvorschläge in der zugelassenen Form unter Angabe des Kennworts, jedoch unter Weglassung der Namen der Unterzeichner und Vertrauensmänner in ortsüblicher Weise bekanntzugeben. Die Wahlvorschläge sind mit der Nummer zu versehen.

(2) In der Bekanntmachung soll die rechtliche Bedeutung der Wahlvorschläge kurz erläutert werden.

C. Wahlhandlung.

§ 50. Die Wahlhandlung ist öffentlich.

§ 51. (1) Die Wahlzeit dauert in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September von 8 Uhr bis 17 Uhr, sonst von 9 Uhr bis 18 Uhr. Gemeindevorstand kann der Beginn der Wahlzeit auch für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März auf 8 Uhr angelegt werden, doch darf der Endtermin (18 Uhr) nicht überschritten werden. In Abstimmungsbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Wahlzeit durch Gemeindebeschluß abgekürzt werden. Sie darf jedoch nicht später als 17 Uhr beginnen und nicht vor 17 Uhr schließen.

(2) Haben alle in der Bürgerliste eingetragenen Wähler abgestimmt und ist anzunehmen, daß Inhaber von Wahlscheinen nicht kommen, so kann der Wahlvorsteher auf einstimmigen Beschluß des Wahlausschusses die Abstimmung schon vor dem Schluß der Wahlzeit oder der besonders angeordneten Wahlzeit für geschlossen erklären. Das gleiche gilt, wenn nur ein einziger Wahlvorschlag benannt ist und anzunehmen ist, daß wenigstens eine gültige Stimme abgegeben worden ist.

§ 52. (1) Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Vorsitzende seinen Stellvertreter, den Schriftführer und die Beisitzer durch Handschlag verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet.

(2) Ist zur Zeit des Beginns der Wahlhandlung die für eine öffentliche Besetzung des Wahlvorstandes erforderliche Zahl einer Beisitzer oder Stellvertreter nicht erschienen, so ernannt der Wahlvorsteher aus anwesenden oder erscheinenden Wählern die Mitglieder in der erforderlichen Zahl.

§ 53. Der Wahlvorsteher und die Schriftführer dürfen sich während der Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen. Verläßt

einer von ihnen vorübergehend den Wahlraum, so ist mit der Vertretung des Wahlvorstehers sein Stellvertreter, mit demjenigen des Schriftführers ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 54. (1) Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, soll so aufgestellt werden, daß er von allen Seiten zugänglich ist.

(2) An diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Der Boden der Wahlurne soll vieredig sein. Im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hindurchgesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

(3) Durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch den Wahlraum betretbar oder unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstisch getrennten Nebentischen ist Vorsorge zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel un beobachtet in den Umschlag zu legen vermag.

§ 55. Gewählt wird mit Stimmzetteln in amtlich gestempelten Umschlägen. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 56. (1) Die Stimmzettel werden vom Gemeindevorstand amtlich hergestellt und den Wahlvorstehern überwiesen. Sie müssen alle zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe des Parteikennwortes oder des sonstigen Kennwortes (§ 41) und unter Hinzufügung der Namen der ersten vier Bewerber jedes Wahlvorschlages (bei weniger als vier Bewerbern: sämtlicher Bewerber) in der gemäß § 49 bestimmten, mit den entsprechenden Nummern versehenen Reihenfolge enthalten.

(2) Die Stimmzettel müssen von weißem oder weißlichem Papier sein; auch Zeitungspapier ist zulässig. Ihre Größe bestimmt sich nach dem Umfang des erforderlichen Ausdrucks; doch müssen sich die Stimmzettel, ein- oder zweimal gefaltet, leicht in den Umschlag legen lassen.

§ 57. Die Umschläge müssen 12:15 Zentimeter groß, aus undurchsichtigem Papier und amtlich abgestempelt sein. Sie werden vom Gemeindevorstand in der erforderlichen Anzahl amtlich geliefert und dem Wahlvorstand überwiesen. Sie dürfen nicht mit unzulässigen Kennzeichen versehen sein und müssen wenigstens in jedem Abstimmungsbezirk von gleicher Art und Farbe sein.

§ 58. Die amtlich hergestellten Stimmzettel und Umschläge werden an die Wahlberechtigten im Wahlraum ausgegeben. Andere Stimmzettel oder Umschläge dürfen im Wahlraum weder ausgelegt noch verteilt werden.

§ 59. (1) Zur Stimmabgabe dürfen nur die amtlich hergestellten, im Wahlraum ausgegebenen Stimmzettel benutzt werden. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wahlberechtigte durch ein auf den Stimmzettel zu legendes Kreuz oder in sonstiger Weise kenntlich macht, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will. Der Wahlberechtigte darf auf dem Stimmzettel nur einen Wahlvorschlag zu diesem Zweck ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich machen; andernfalls ist sein Wille nicht unzweifelhaft zu erkennen und der Stimmzettel ungültig.

(2) Die Stimmzettel dürfen nur in den amtlich gelieferten, im Wahlraum ausgegebenen Umschlägen von dem Wahlberechtigten dem Wahlvorsteher übergeben werden.

§ 60. (1) Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen.

(2) Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ein Wähler des Abstimmungsbezirks, der hiervon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

(3) Sind in einem Wahlraum mehrere Wahlvorstände tätig, so steht die Wahrung der Hausordnung dem Wahlvorstande zu, dessen Vorsteher an Lebensjahren der ältere ist.

§ 61. (1) Der Wahlvorsteher leitet die Wahl.

(2) Zur Stimmabgabe zugelassen sind nur Personen, die in der Bürgerliste eingetragen oder im Besitz eines Wahlscheines sind.

(3) Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraumes einen amtlich abgestempelten Umschlag und einen amtlich hergestellten Stimmzettel. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den mit einer Vorrichtung gegen Sicht geschützten Nebentisch. Dort hat er auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich zu machen, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will, und den so gekennzeichneten Stimmzettel in den Umschlag zu legen. Er tritt alsdann an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald sein Name in der Bürgerliste aufgefunden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

(4) Inhaber von Wahlscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Wahlschein dem Wahlvorsteher, der ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiterreicht. Entstehen Zweifel über die Echtheit oder den rechtmäßigen Besitz des Wahlscheins, so hat der Wahlvorstand diese nach Möglichkeit aufzuklären und über die Zulassung oder Abweisung des Wählers Bescheid zu fassen. Der Vorgang ist in die Wahlprotokollniederschrift aufzunehmen.

(5) Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig mit dem ihren Willen kenntlich machenden Zeichen zu versehen oder in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

(6) Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden oder denen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt ist, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wahlberechtigten, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

(7) Der Wahlvorsteher hat darüber zu wachen, daß die Wahlberechtigten die amtlichen Stimmzettel erhalten, und daß sie in dem Nebenraum oder an dem Nebentisch nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist.

§ 62. Der Schriftführer bemerkt die Stimmabgabe jedes Wählers neben dessen Namen in der Bürgerliste und sammelt die Wahlscheine. Für den Vermerk der erfolgten Stimmabgabe ist gleichmäßig im ganzen Abstimmungsbezirk ein und dieselbe Spalte der Bürgerliste oder Wahlkartei zu benutzen.

§ 63. Nach Schluß der Wahlzeit dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren. Hierauf erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen.

§ 64. Nach Schluß der Abstimmung werden die Umschläge aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt. Zugleich wird die Zahl der Abstimmungsvermerke in der Bürgerliste und die Zahl der Wahlscheine festgestellt (§ 62). Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit, so ist dies in der Wahlprotokollniederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

§ 65. Nach näherer Anordnung des Gemeindevorstandes dürfen abweichend von den Bestimmungen des § 54 Abs. 2 auch andere Gefäße als Wahlurnen verwendet werden, bei deren Benutzung die Sicherheit des Wahlgeheimnisses gewahrt erscheint.

D. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses.

§ 66. Die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses und des Wahlergebnisses ist öffentlich.

1. Ermittlung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk.

§ 67. Unmittelbar nach der Zählung der Umschläge und Abstimmungsvermerke ist die Ermittlung und Prüfung des Abstimmungsergebnisses in der Weise vorzunehmen, daß ein Beisitzer die Umschläge öffnet, die Stimmzettel herausnimmt und sie dem Wahlvorsteher übergibt, der sie laut vorliest und nebst den Umschlägen

einem anderen Beisitzer zur Aufbewahrung bis zum Ende der Handlung übergibt.

§ 68. (1) Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag gegeben worden sind,
2. die in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind,
3. die nicht als amtlich hergestellte erkennbar sind,
4. aus deren Kennzeichnung der Wille des Wählers nicht zweifelhaft zu erkennen ist,
5. denen irgendein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt ist,
6. die mit einem unzulässigen Vermerk oder mit einem behaftet versehen sind.

(2) Mehrere in einem Umschlag enthaltene Stimmzettel als eine Stimme, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten, sind ungültig.

§ 69. (1) Der Schriftführer verzeichnet in der Wahlprotokollniederschrift dem einzelnen Wahlvorschlag zugefallene Stimme und Stimmen laut.

(2) Einer der Beisitzer führt gleichzeitig eine Gegenliste. Muster für die Zahl- und Gegenliste ergibt sich aus dem in Anlage 3.

(3) Zählkartei und Gegenliste sind von dem Wahlvorsteher dem Mitglied des Wahlvorstandes, das die Liste geführt hat, unterzeichnen und der Wahlprotokollniederschrift als Anlagen beizufügen.

§ 70. Unmittelbar nach Ermittlung des Abstimmungsergebnisses hat der Wahlvorsteher das Ergebnis dem Gemeindevorstand auf schnellstem Wege mitzuteilen. In dieser Mitteilung sind Wahlvorschläge einzeln mit der auf sie gefallenen Stimmenzahl anzugeben.

§ 71. (1) Die Stimmzettel, über deren Gültigkeit der Wahlvorstand Bescheid fassen muß, sind in den laufenden Nummern zu versehen und der Niederschrift beigelegt. In der Niederschrift sind die Gründe anzugeben, aus denen Stimmzettel für gültig oder ungültig erklärt worden sind.

(2) Wenn ein Stimmzettel wegen der Beschaffenheit des Umschlages für ungültig erklärt worden ist, ist auch der Umschlag auszuschließen.

§ 72. Alle Stimmzettel, die nach § 71 der Wahlprotokollniederschrift beigelegt sind, hat der Wahlvorsteher in Papier einzeln mit dem Umschlag mit der Nummer oder Bezeichnung des Abstimmungsbezirks zu versehen, zu versiegeln und dem Gemeindevorstand zu übergeben, der sie verwahrt, bis die Wahl endgültig für geschlossen worden oder eine Neuwahl angeordnet ist.

§ 73. Die Bürgerliste nebst den Wahlscheinen wird dem Gemeindevorstand zur Aufbewahrung unter Verschluss übergeben. Bürgerliste darf außer in den gesetzlich zugelassenen Fällen nicht weiter erst dann verwendet werden, wenn die Wahl endgültig erklärt oder eine Neuwahl angeordnet ist.

§ 74. Der Wahlvorsteher hat die Umschläge, soweit in der Wahlprotokollniederschrift beigelegt sind, dem Gemeindevorstand weiteren Verwendung zurückzugeben.

§ 75. Über die Wahlhandlung ist eine Niederschrift (Niederschrift) nach dem in der Anlage 4 beigelegten Vorbild zu nehmen.

2. Prüfung, Feststellung und Bekanntmachung des Wahlergebnisses im Gemeindebezirk.

§ 76. Die Wahlprotokollniederschrift mit sämtlichen zugehörigen Anlagen fortlaufend zu nummerierenden Schriftstücken ist dem Wahlvorsteher so schnell dem Gemeindevorstand einzureichen, wie spätestens bis zum Mittag des auf den Wahltag folgenden bei ihm eingeht.

§ 77. (1) Der Gemeindevorstand prüft nach den Vorschriften die ordnungsmäßige Vollerziehung der Wahl, die Berechnung der abgegebenen Stimmen und die Richtigkeit der über die Gültigkeit oder Ungültigkeit vom Wahlvorstand getroffenen Ermittlungen und berichtigt Rechenfehler und andere offenbare Unrichtigkeiten bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses vor

Alsdann stellt er das Gesamtergebnis der Wahl im Gemeindebezirk fest und nimmt die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge vor.

(2) Die Sitze sind auf die Wahlvorschläge nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Viertelung usw. der auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen ergeben. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das Los.

(3) Über die Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

§ 78. (1) Der Gemeindevorstand hat die Gewählten von der ihnen gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie unter Hinweis auf die Bestimmung in Abs. 2 aufzufordern, sich binnen einer Woche zur Stellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären.

(2) Die Wahl gilt als angenommen, wenn innerhalb dieser Frist keine Erklärung eingeht. Annahme unter Vorbehalt gilt als keine Erklärung.

§ 79. Wenn ein Gewählter die Wahl ablehnt, so hat der Gemeindevorstand festzustellen, wer als Ersatzmann gemäß § 8 des Gemeindewahlgesetzes an seine Stelle tritt und diesen gemäß § 78 zur Erklärung über die Annahme der Wahl aufzufordern.

§ 80. (1) Das festgestellte Wahlergebnis macht der Gemeindevorstand in ortsüblicher Weise bekannt.

(2) Vom Tage der Bekanntmachung läuft die Frist zur Erhebung von Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Wahl.

E. Prüfung der Gültigkeit der Wahl.

§ 81. Die neue Gemeindevertretung beschließt über die Gültigkeit der Wahl sowie über die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen gemäß § 6 des Gemeindewahlgesetzes.

§ 82. Einsprüche, die gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben werden, hat der Gemeindevorstand der Gemeindevertretung bei dem ersten Zusammentritt zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Gemeindevorstand stellt den Beschluss der Gemeindevertretung dem Einspruchserheber unverzüglich nach der Beschlussfassung zu.

§ 83. Wird die Wahl endgültig für gültig erklärt, so bedarf keiner nochmaligen Bekanntmachung des Wahlergebnisses.

§ 84. Wird die Wahl eines einzelnen Gemeindevertreters für ungültig erklärt, so hat der Gemeindevorstand gemäß des Gesetzes vom 9. 4. 1923 (G.S. 83) festzustellen, wer als Ersatzmann nachtrifft. §§ 78 bis 80 finden Anwendung.

§ 85. Wird die ganze Wahl endgültig für ungültig erklärt, so hat der Gemeindevorstand dies in ortsüblicher Weise bekannt zu machen und den Tag für die Neuwahl gemäß § 6 Abs. 5 des Gesetzes vom 9. 4. 1923 (G.S. 83) zu bestimmen.

§ 86. Die Neuwahl findet nach denselben Vorschriften statt wie die Hauptwahl, soweit sich nicht aus den folgenden Bestimmungen etwas anderes ergibt.

§ 87. Die Wahlvorstände, der Wahlausschuss, die Abstimmungsbezirke, die Wahlräume bleiben unverändert, soweit nicht eine Änderung nach dem Ermessen des Gemeindevorstandes geboten erscheint. Änderungen sind nach § 34 in ortsüblicher Weise bekannt zu geben. Die Wahlvorsteher sind von dem Gemeindevorstand von jeder Änderung in Kenntnis zu setzen.

§ 88. Für die Neuwahl ist dieselbe Bürgerliste zugrunde zu legen wie bei der Hauptwahl. Sie ist jedoch vorher zu berichtigen und neu auszulegen. Die Auslegungsfrist kann vom Gemeindevorstand bis auf eine Woche verkürzt werden.

§ 89. Für die Neuwahl sind neue Wahlvorschläge einzureichen.

II. Wahlen zu den Amtsvertretungen.

§ 90. (1) Die regelmäßigen Wahlen zu den Amtsvertretungen finden gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Abstimmungsbezirke, Bürgerliste, Wahlvorstände und Wahlräume sind dieselben.

(2) Für jede Wahl ist ein besonderer Stimmzettelumschlag zu verwenden und eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

§ 91. Auf die Wahlen zu den Amtsvertretungen finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 80 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. An die Stelle des Gemeindevorstandes tritt in den Fällen der §§ 11, 35 Abs. 1, 56, 57, 70, 76 bis 80 der Bürgermeister.

2. Vorsitzender des für das Amt zu bildenden Wahlausschusses ist der Bürgermeister oder sein Stellvertreter. Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende aus jeder der zum Amt gehörenden Gemeinden, möglichst unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien, je zwei Beisitzer und Stellvertreter aus den zur Amtsvertretung wahlberechtigten Gemeindeangehörigen.

3. An die Stelle eines Gemeindebeschlusses tritt im Falle des § 35 Abs. 3 ein Beschluss der Amtsvertretung.

§ 92. Auf die Prüfung der Gültigkeit der Wahl finden die Bestimmungen der §§ 81 bis 88 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Gemeindevorstandes der Bürgermeister, an die Stelle der Gemeindevertretung die Amtsvertretung tritt.

III. Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevvertretungen.

1. Allgemeines.

§ 93. (1) Die regelmäßigen Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevvertretungen finden gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Abstimmungsbezirke, Bürgerliste, Wahlvorstände und Wahlräume sind dieselben.

(2) Für jede Wahl ist ein besonderer Stimmzettelumschlag zu verwenden und eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

2. Bildung der Wahlbezirke.

§ 94. Der Kreisausschuss bildet die Wahlbezirke.

3. Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde bestehen.

§ 95. In Wahlbezirken, die aus einer Gemeinde bestehen, finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 77 Anwendung.

4. Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen.

§ 96. In Wahlbezirken, die aus mehreren Gemeinden bestehen, finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 77 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. An die Stelle des Gemeindevorstandes tritt in den Fällen der §§ 11, 35 Abs. 1, 56, 57, 70, 76 und 77 der Wahlleiter. Zum Wahlleiter bestimmt der Kreisausschuss einen Gemeindevorsteher der zum Wahlbezirk gehörenden Gemeinden.

2. Vorsitzender des für den Wahlbezirk zu bildenden Wahlausschusses ist der Wahlleiter. Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende aus jeder der zum Wahlbezirk gehörenden Gemeinden, möglichst unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien, je zwei Beisitzer und Stellvertreter aus den zur Kirchspielslandgemeindevvertretung wahlberechtigten Gemeindeangehörigen.

3. An die Stelle eines Gemeindebeschlusses tritt im Falle des § 35 Abs. 3 ein Beschluss des Wahlausschusses.

5. Gemeinsame Bestimmungen für Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde, und für Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen.

§ 97. Der Gemeindevorstand (im Falle des § 96 der Wahlleiter) hat die Niederschrift über das Wahlergebnis (§ 77 Abs. 3) mit sämtlichen zugehörigen, als Unterlagen fortlaufend zu nummerierenden Schriftstücken dem Kirchspielslandgemeindevorsteher so schnell einzureichen, daß sie spätestens bis zum Abend des auf den Wahltag folgenden Tages bei ihm eingeht.

§ 98. Der Kirchspielslandgemeindevorsteher hat das Wahlergebnis aus allen Wahlbezirken zusammenzustellen. §§ 78, 79 und 80 finden entsprechende Anwendung.

§ 99. Auf die Prüfung der Gültigkeit der Wahl finden die Bestimmungen der §§ 81 bis 88 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Gemeindevorstandes der Kirchspielslandgemeindevorsteher tritt.

5. . . . Stimmzettel, weil ihnen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt war. Nr. der Anlagen: . . .⁵⁾.

6. . . . Stimmzettel, weil sie mit einem unzulässigen Vermerk oder Vorbehalt versehen waren. Nr. der Anlagen: . . .⁵⁾.

Ferner mußten außer Berücksichtigung gelassen werden:

7. . . . Stimmen, weil in einem Umschlag mehrere auf verschiedene Wahlvorschläge lautende Stimmzettel enthalten waren. Nr. der Anlagen: . . .⁵⁾.

8. . . . abgegebene leere Umschläge. Nr. der Anlagen: . . .⁵⁾.

Gesamtsumme von 1 bis 8 (für ungültig erklärte Stimmzettel, außer Berücksichtigung gelassene Stimmen und abgegebene leere Umschläge): . . .

Mehrere gleichlautende Stimmzettel fanden sich in . . . Umschlägen und wurden als je eine Stimme gezählt.

Dagegen wurden die nachbezeichneten Stimmzettel, hinsichtlich deren sich die nachstehenden Bedenken ergeben hatten, aus folgenden Gründen durch Beschluß des Wahlvorstands für gültig erklärt:

1. Stimmzettel Nr. usw.

Die sämtlichen vorbezeichneten Stimmzettel und Umschläge, hinsichtlich deren es einer Beschlußfassung des Wahlvorstands bedurft hatte, wurden mit fortlaufenden, den vorstehend angegebenen entsprechenden Nummern versehen und der Wahlniederschrift beigelegt.

Von den gültigen Stimmen wurden abgegeben für:

Nr.	Bezeichnung des Wahlvorschlages mit Angabe des Kennworts	Zahl der Stimmen
1	2	3
1.		
usw.		
Gesamtsumme der gültigen Stimmen		
Gesamtsumme der für ungültig erklärten Stimmzettel sowie der außer Berücksichtigung gelassenen Stimmen und abgegebenen leeren Umschläge		
Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen		

Wird durchstrichen, wenn die Zahlen nicht übereinstimmen.

Diese Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen stimmt mit der Zahl der abgegebenen Stimmen überein.

Wird durchstrichen, wenn die Zahlen übereinstimmen.

Diese Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen war um . . . größer²⁾ als die Zahl der abgegebenen Umschläge. Zur Aufklärung dieser Verschiedenheit, die sich auch bei wiederholter Zählung herausstellte, dient folgendes:

Nachdem der Wahlvorsteher dies Ergebnis verkündet wurden alle Stimmzettel, die nicht dieser Wahlniederschrift beigelegt sind, versiegelt und der Gemeindebehörde in . . . zur Verwahrung übergeben — gemeinsame Stimmzettel getrennt von den übrigen.

Festgestellt wird, daß in der Bürgerliste²⁾ des Abstimmbereichs insgesamt Wahlberechtigte eingetragen sind, daß Wahlscheine abgegeben wurden.

Die Bürgerliste²⁾ sowie die Wahlscheine wurden der Gemeindebehörde in zur Aufbewahrung unter Verschluss gegeben, ebenso alle Stimmzettelumschläge, die nicht dieser Wahlniederschrift beigelegt sind.

Bestätigt wird, daß je ein Abdruck des Gemeindevahlgesetzes der Gemeindevahlordnung und der Bekanntmachung nach § 4 der Gemeindevahlordnung im Wahlraum während der Wahlhandlung ausgelegt haben.

Gegenwärtige Verhandlung wurde vorgelesen, von dem Wahlvorsteher, den Beisitzern und dem Schriftführenden Beisitzer genehmigt und wie folgt vollzogen:

Der Wahlvorsteher. Die Beisitzer. Der Schriftführende Beisitzer.

- 1) Nur auszufüllen in Gemeinden mit mehreren Abstimmbereichen.
- 2) Das Unzutreffende ist zu durchstreichen.
- 3) Nur im Falle des § 10 G. W. G. auszufüllen, sofern Wahlbezirk aus mehreren Gemeinden besteht.
- 4) Nur im Falle der §§ 92/93 G. W. G. erforderlich.
- 5) Einzusetzen die Nummern der Anlagen.

Nichtamtlicher Teil.

Nr. T 150. Sonderdruck der Wahlordnung in der Fassung vom 25. Juli 1929, Preis einzeln 25 Pf., für 10 Stück 1,80 RM., für 25 Stück 4 RM., für 100 Stück 15 RM.

An Wahlbordrucken sind vorrätig:

Nr. T 1. Bürgerliste. Anlage 1. Titelbogen für 70, Einlagebogen für 80 Wahlberechtigte ausreichend. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen 1,25 RM., für 100 Bogen 4,50 RM., für 500 Bogen 18 RM., für 1000 Bogen 35 RM.

Nr. T 16. Wahlschein. Anlage 2. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück 1,80 RM., für 500 Stück 6,75 RM.

Nr. T 8. Zähl- und Gegenliste. Anlage 3. Preis für 10 Bogen 40 Pf., für 25 Bogen 90 Pf., für 100 Bogen 3 RM., für 500 Bogen 12,50 RM.

Nr. T 9. Wahlniederschrift. Anlage 4. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen 1,25 RM., für 100 Bogen 4,50 RM., für 500 Bogen 18 RM.

Zu beziehen durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Deckblätter

zum RdErl. d. MdJ. v. 25. 7. 1929 — IV a I 318 III

und

zu der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevvertretungen, Fassung vom 25. 7. 1929.

Ziffer II des RdErl. v. 25. 7. 1929 hat zu lauten:

II. Die Wählerlisten für die am Sonntag, den 17. 11. 1929 stattfindenden Wahlen sind vom 12. 10. 1929 bis 25. 10. 1929 einschließlich öffentlich auszulegen.

II. Gemeindevahlordnung (Sonderabdruck).

- a) Seite 5, linke Spalte, § 53 Zeile 1 muß es statt „die Schriftführer“ heißen „der Schriftführer“.
- b) Seite 5, rechte Spalte, § 57 Zeile 4 muß es statt „dem Wahlvorstand“ heißen „den Wahlvorstehern“.
- c) Seite 6, rechte Spalte, § 69 Zeile 1 muß es statt „Wählliste“ heißen „Zählliste“.
- d) Seite 6, rechte Spalte, § 72 Zeile 1 muß zwischen „die“ und „nach“ eingefügt werden „nicht“.

III. Gemeindevahlordnung (Sonderabdruck).

Die Anlagen 1 und 4 werden wie folgt geändert:

- a) In Anlage 1 (Bürgerliste) ist Spalte 5 (Stand oder Gewerbe) zu streichen.
- b) In Anlage 4 werden:
 1. auf Seite 9, linke Spalte, Zeile 5 von oben hinter „als Wahlvorsteher“ eingefügt die Worte „dem . . . als Stellvertreter“;

2. auf Seite 9, linke Spalte, Zeile 8 von oben vor „die Beisitzer“ eingefügt die Worte „den Stellvertreter, den Schriftführer und“;

3. auf Seite 9, rechte Spalte, Zeile 25 und 26 von unten die Worte „— getrennt nach gemeinsamen und besonderen Stimmzetteln und —“)“

und

auf Seite 10, rechte Spalte, Zeile 12 von oben die Worte „— gemeinsame Stimmzettel getrennt von den übrigen“)“ gestrichen;

4. der vorletzte Absatz auf Seite 10, rechte Spalte, (Bestätigt wird usw.) gestrichen und ersetzt durch:

„Zu keiner Zeit der Wahlhandlung waren weniger als 4 Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig und der Wahlvorsteher und sein Stellvertreter gleichzeitig abwesend.“

5. im Schlußabsatz und in der Unterschrift auf Seite 10, rechte Spalte, die Worte „dem schriftführenden Beisitzer“ und „Der schriftführende Beisitzer“ ersetzt durch „dem Schriftführer“ und „Der Schriftführer“ und hinter den Worten „dem Wahlvorsteher“ bzw. „Der Wahlvorsteher“ eingefügt die Worte „dem Stellvertreter“ bzw. „und der Stellvertreter“;

6. die Anmerkung 4) auf Seite 10, rechte Spalte, gestrichen.

Carl Heymanns Verlag * Berlin W 8

Begründet im Jahre 1815 Mauerstraße 44 Begründet im Jahre 1815

Rechts- und staatswissenschaftliche Buchhandlung
Vordrucklager für Behörden-Vordrucke jeder Art

Anschrift für Drahtnachrichten:
Rechtsverlag Berlin



Fernsprecher: Amt A 6
Merkur 5482-5485

Vordrucke

zur Durchführung der preussischen Gemeindewahlen

gemäß der Wahlordnung vom 25. Juli 1929

Nr. T 150. Wahlordnung für die Wahlen
den Gemeinde-, Amts- und Kirchspiels-
und Gemeindevertretungen in der Fassung
vom 25. Juli 1929 mit zugehörigem Erlaß.
Umfang 12 Seiten. Preis einzeln 25 Pf.,
für 10 Stück M. 1.80, für 25 Stück M. 4,
für 100 Stück M. 15

Nr. T 1. Bürgerliste. Anlage 1. Großfolio.
Folien- und Einlagebogen. Preis für 10 Stück
4.50, für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück
M. 3.50, für 500 Stück M. 18, für 1000
Stück M. 35

Nr. T 16. Wahlschein. Anlage 2. Halb-
obblatt. Preis für 10 Stück 20 Pf., für
Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 8. Zähl- bzw. Gegenliste. Anlage 3.
Folienbogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für
Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3, für
Stück M. 12.50, für 1000 Stück
22.50

Nr. T 9. Wahl Niederschrift. Anlage 4.
Folienbogen. Preise wie bei Nr. T 1

Stempel- und Papierschläge für die preussischen Ge-
meindewahlen in der vorschriftsmäßigen
Form und Papierfarbe, Stempelausdruck,
Klappe. Preis für 100 Stück
M. 2.75, für 500 Stück M. 13.75, für 1000
Stück M. 3.65

Hilfsvordrucke für die Gemeindewahlen

Nr. T 683. Bekanntmachung des Ge-
meindevorstandes über Bildung von Ab-
stimmungsbezirken, Ernennung der Wahl-
vorsteher, Bestimmung der Wahlräume und
Zeit (§ 34 der Wahlordnung). Foliobl.
Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück
90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 686. Aufforderung zur Einreichung
von Wahlvorschlägen zur Wahl der Ge-
meindevertretung (§ 35 der Wahlordnung),
nebst Bekanntgabe der Mitglieder des
Wahlausschusses (§ 11 der Wahlordnung).
Foliobl. Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 682. Vorschlagsliste (§§ 37—42 der
Wahlordnung). Foliobl. Preise wie bei
Nr. T 683

Nr. T 677. Niederschrift des Gemeinde-
vorstandes über Prüfung der Wahl zur
Gemeindevertretung nach den Wahl Nieder-
schriften und Feststellung des Gesamtergeb-
nisses (§ 77 der Wahlordnung). Foliobogen.
Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen
M. 1.25, für 100 Bogen M. 4.50

Nr. T 691. Aufforderung des Wahlvor-
stehers zur Erklärung über die Annahme der
Wahl (§ 78 der Wahlordnung). Postkarte.
Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück
40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Vordrucke zur Durchführung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen gemäß der Wahlordnung vom 25. Juli 1929

Nr. T 151. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen vom 25. Juli 1929 nebst zugehörigem Erlaß. Umfang 16 Seiten. Preis einzeln 30 Pf., für 10 Stück M. 2.50, für 25 Stück M. 5

Nr. T 132 Neu! Wählerliste nach Anlage I der Prov.-Wahl-Ordnung. Großfolio. Titel- und Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18

Nr. T 133 Neu! Zähl- und Gegenliste nach Anlage III der Prov.-Wahl-Ordnung. Folio-bogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 134 Neu! Wahl-niederschrift nach Anlage IV der Prov.-Wahl-Ordnung. Folio-bogen. Preise wie bei Nr. T 132

Nr. T 135 Neu! Zählbogen nach Anlage V der Prov.-Wahl-Ordnung. Titel- und Einlagebogen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 4.50

Wichtige Hilfsvordrucke für die nach den eigentlichen Gemeindevahlen stattfindenden Wahlen der Gemeinde- vorsteher, unbesoldeten Magistratsmitglieder und Gemeindevorsteher

Nr. T 684 Neu! Einladung an die Gemeindeversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folio-bogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 685 Neu! Einladung an die Gemeindevorstellung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folio-bogen. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 633. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Schöffen und Gemeinde-Deputationen oder -Kommissionen. Folio-bogen. Preise wie T 684

Nr. T 634. Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Folio-bogen. Titel und Einlagen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Nr. T 635. Gegenliste zur Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. Folio-bogen. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 152. Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929. Umfang 4 Seiten. Preis für 10 Stück 85 Pf., für 25 Stück M. 2, für 100 Stück M. 6.50

Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, (Kirchspielslandgemeindevorsteher und Gemeindevertretungen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929 - IV a 31. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 4.50

Nr. T 637. Vorladung zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 638. Niederschrift über die Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. 8 Folioseiten. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück M. 1.20

Nr. T 452. Niederschrift über die Führung eines neugewählten und bestätigten Gemeindevorstehers durch den Amtsvorsteher nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Folio-bogen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Nr. T 453. Bestätigung der Wahl des ländl. Gemeindebeamten durch den Amtsvorsteher nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Folio-bogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Wahlumschläge für die preussischen Gemeindevahlen

in der vorschriftsmäßigen Größe u. Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stck. 90 Pf., für 500 Stck. M. 2.75, für 1000 Stck. M. 3.65

Wahlumschläge für die Kreistagswahl

in der vorschriftsmäßigen Größe u. Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stck. 90 Pf., für 500 Stck. M. 2.75, für 1000 Stck. M. 3.65

In Kürze erscheint in neuer Auflage:

Die Landgemeindeordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. März 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

2. Auflage

Preis etwa 5 RM

Die durchgesehene und erweiterte 2. Auflage des Buches, das in seiner vor zwei Jahren erschienenen 1. Auflage sehr raschen Absatz und günstige Beurteilung erfahren hat, wird angesichts der bevorstehenden Gemeindevahlen besonders willkommen sein. Es bringt die Wahlordnung sowie die sonstigen einschlägigen Bestimmungen in der heute geltenden Fassung und enthält sodann alle seit der 1. Auflage veröffentlichten neuen Bestimmungen, in erster Linie das Gesetz vom 27. Dezember 1927 über die Neuordnung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes, darunter die Bestimmungen über die Auflösung der Gutsbezirke, die Änderungen im Eingemeindungsrecht und in den Gemeindeordnungen der Rheinprovinz und Westfalen. Ein neu aufgenommenes Sachregister bietet eine wesentliche Erleichterung in der Benutzung des Buches, das sowohl für Gemeindeverwaltungen wie für die staatlichen Verwaltungsbehörden ein unentbehrliches, zuverlässiges Nachschlagewerk bildet.

Früher erschienen:

Die Städteordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. August 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

1927

Preis 6 RM

Die Kreis- und Provinzialordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. November 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

1928

Preis 8 RM

Das preußische Gemeindewahlrecht seit der Staatsumwälzung

Zusammengestellt und erläutert
auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von

Dr. Viktor von Leyden

Ministerialrat, Generalreferent für kommunale Angelegenheiten im Preussischen Ministerium des Innern.

1925

Mitte August erscheint ein

Ergänzungsheft

Zusammengestellt von Reg.-Assessor **Dr. Loschelder**

Preis 3 RM

Das Ergänzungsheft erläutert die nach Abschluß des Hauptwerks erlassenen Bestimmungen auf dem Gebiete des Gemeindewahlrechts. Die Bearbeitung erfolgte im Auftrage des Verfassers des Hauptwerks auf Grund des amtlichen Materials des Preussischen Ministeriums des Innern.

Inhalt des Ergänzungsheftes:

- I. Einleitung.
- II. Gesetzestexte.
 1. Das Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 2. Das Gesetz über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) in der Fassung vom 1. November 1928 (Gesetzsamml. S. 207).
 3. Das Gesetz über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen, sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99), vom 29. Oktober 1928 (Gesetzsamml. S. 197).
 4. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) vom 26. Februar 1929 (Gesetzsamml. S. 7).
- III. Das Gemeindewahlrecht.
 1. Die für die Wahlen zu den Gemeindevertretungsorganen geltenden Vorschriften.
 - a) Das Gesetz vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 - b) Das Gesetz vom 18. April 1928 in der Fassung vom 1. November 1928 (Gesetzsamml. S. 207).
 2. Die für die Wahlen der Gemeindevorstandsmitglieder, Gemeindevertretungen und Gemeindekommissionen geltenden Vorschriften.
 - a) Das Gesetz vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 - b) Das Gesetz vom 18. April 1928 in der Fassung vom 1. November 1928 und das Gesetz vom 26. Februar 1929 (Gesetzsamml. S. 197 und Gesetzsamml. S. 7).
 3. Die Änderungen der Wahlordnung.
 4. Die neue Fassung der Wahlordnung mit Erläuterungen.
 5. Die für die Verbindung der Wahlen geltenden Vorschriften.

Das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925

Erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von
Dr. Viktor von Leyden

Ministerialrat, Generalreferent für kommunale Angelegenheiten im Preussischen Ministerium des Innern.

1926

Mitte August erscheint ein

Ergänzungsheft

Preis 8 RM

Zusammengestellt von Reg.-Assessor **Dr. Loschelder**

Preis 3 RM

Das Ergänzungsheft erläutert die nach Abschluß des Hauptwerks erlassenen Bestimmungen auf dem Gebiete des Provinzial- und Kreistagswahlrechts. Die Bearbeitung erfolgte im Auftrage des Verfassers des Hauptwerks auf Grund des amtlichen Materials des Preussischen Ministeriums des Innern.

Inhalt des Ergänzungsheftes:

- I. Einleitung.
- II. Text des Gesetzes über die Festsetzung der Wahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) vom 29. Oktober 1928 (Gesetzsamml. S. 197).
- III. Gesetzestext mit Erläuterungen.
- IV. Änderung der Wahlordnung vom 14. Oktober 1925 vom 25. Juli 1929.
- V. Neufassung der Wahlordnung mit Erläuterungen.
- VI. Bestimmungen über die Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeindefreien) Vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen).

Nr. T 684 Neu! Einladung an die Gemeindeversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folioblatt. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 50 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3.

Nr. T 685 Neu! Einladung an die Gemeindevertretung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folioblatt. Preise wie bei Nr. T 684.

Nr. T 633. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Schöffen und Gemeinde-Deputationen oder Kommissionen. Foliobl. Preise wie T 684.

Nr. T 634. Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Foliobogen. ... Titel und ... Einlagen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6.

Nr. T 635. Gegenliste zur Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. Foliobl. Preise wie bei Nr. T 684.

Nr. T 637. Vorladung zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50.

Nr. T 638. Niederschrift über die Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. 8 Folioblätter. Preis pro Blatt 20 Pf., für 10 Stück M. 1.20.

Nr. T 452. Niederschrift über die Einsetzung eines neugewählten und bestätigten Gemeindevorstehers durch den Amtsvorsteher nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Foliobogen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, 100 Bogen M. 6.

Nr. T 453. Bestätigung der Wahl eines amtlichen Gemeindebeamten durch den Landrat nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Folioblatt. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 50 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3.

Nr. T 152. Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929. Umfang 4 Seiten. Preis für 10 Stück 85 Pf., für 25 Stück M. 2, für 100 Stück M. 6.50.

Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspielslandgemeindefreien) Vertretungen und Gemeindevertretungen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929 - IV a 318 III - Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50.

Die Landgemeindeordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. März 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 2. Auflage. Preis etwa M. 5.

Die Städteordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. August 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 1927. Preis M. 6.

Die Kreis- und Provinzialordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. November 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 1928. Preis M. 8.

Das preußische Gemeindewahlrecht seit der Staatsumwälzung. Zusammengestellt und erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden, Ministerialrat. 1925. Preis M. 6, geb. M. 7.

Ergänzungsheft dazu. Preis M. 3.

Das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925. Erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden, Ministerialrat. 1926. Preis M. 8.

Ergänzungsheft dazu. Preis M. 3.

Bestellzettel

Aus Carl Seymanns Verlag zu Berlin W 8 zu liefern:

Nr. T 150. Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevertretungen in der Fassung vom 25. Juli 1929 mit zugehörigem Erlaß. Umfang 12 Seiten. Preis einzeln 25 Pf., für 10 Stück M. 1.80, für 25 Stück M. 4, für 100 Stück M. 15

Nr. T 1. Bürgerliste. Anlage 1. Großfolio. Titel- und ... Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18, für 1000 Stück M. 35

Nr. T 16. Wahlschein. Anlage 2. Halbfoliobogen. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 8. Zähl- bzw. Gegenliste. Anlage 3. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3, für 500 Stück M. 12.50, für 1000 Stück M. 22.50

Nr. T 9. Wahl-nieder-schrift. Anlage 4. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 1

Wahlumschläge für die preussischen Gemeindewahlen in der vorschrittmäßigen Größe und Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stück 90 Pf., für 500 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65

Hilfsvordrucke für die Gemeindewahlen

Nr. T 683. Bekanntmachung des Gemeindevorstandes über Bildung von Abstimmungsbezirken, Ernennung der Wahlvorsteher, Bestimmung der Wahlräume und Zeit (§ 34 der Wahlordnung). Foliobl. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 686. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl der Gemeindevertretung (§ 35 der Wahlordnung), nebst Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlausschusses (§ 11 der Wahlordnung). Foliobl. Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 682. Vorschlagsliste (§§ 37—42 Wahlordnung). Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 677. Niederschrift des Gemeindevorstandes über Prüfung der Wahl-nieder-schriften und Feststellung des Gesamtergebnisses (§ 77 der Wahlordnung). Foliobogen. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen 1.25, für 100 Bogen M. 4.50

Nr. T 691. Aufforderung des Wahlvorstehers zur Erklärung über die Annahme der Wahl (§ 78 der Wahlordnung). Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 151. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen vom 25. Juli 1929 mit zugehörigem Erlaß. Umfang 16 Seiten. Preis einzeln 30 Pf., für 10 Stück M. 2.50, für 25 Stück M. 5

Nr. T 132 Neu! Wählerliste nach Anlage I der Prov.-Wahl-Ordnung. Großfolio. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18

Nr. T 133 Neu! Zähl- und Gegenliste Anlage III der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 134 Neu! Wahl-nieder-schrift Anlage IV der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 132

Nr. T 135 Neu! Zählbogen nach Anlage I der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Wahlumschläge für die Kreistagswahlen in der vorschrittmäßigen Größe und Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Preis für 100 Stück 90 Pf., für 500 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65

Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen und Gemeindevertretungen.

RdErl. d. MdZ. v. 25. 7. 1929 — IV a I 318 III.

Das Preuß. Staatsministerium hat gemäß § 6 und § 35 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage v. 7. 10. 1925 (GS. S. 123) und des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen in der Fassung der Bef. v. 1. 11. 1928 (GS. S. 207) an, daß die allgemeinen Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen und Gemeindevertretungen am Sonntag, den 17. 11. 1929 stattzufinden. Zugleich hat es gemäß § 3 des Gesetzes v. 29. 10. 1928 (GS. S. 197) beschlossen, die obengenannten Wahlen miteinander zu verbinden.

Der Kreis derjenigen Gemeinden und Gemeindevertretungen, in denen Neuwahlen nicht stattfinden, ergibt sich aus den §§ 2 und 5 des Gesetzes v. 18. 4. 1928 (GS. S. 99) und der Fassung der Bef. v. 1. 11. 1928 (GS. S. 207). Dem § 2 des Gesetzes v. 29. 10. 1928 (GS. S. 197) überweise hierzu auf den RdErl. v. 23. 11. 1928 (GS. S. 1119 ff.). Danach finden Neuwahlen nicht statt

1. zur Gemeindevertretung der Gemeinde Helgoland, 2. zu den Vertretungskörperschaften derjenigen Gemeinden und Gemeindeverbände, in denen nach dem 11. 1928 Neuwahlen stattgefunden haben. Das gilt insbesondere für diejenigen Gemeinden, deren Gemeindevertretungen aus Anlaß der Auflösung der Gutsbezirke am 12. 1928 neu gewählt worden sind (vgl. RdErl. v. 10. 1928 — IV a I 563 MBlB. S. 1015).

Hinsichtlich der Stadt Berlin bemerke ich, daß in dem am 17. 11. 1929 die Stadtverordnetenversammlung die Bezirksversammlungen neu zu wählen sind. II. Die Wählerlisten für die am Sonntag, den 17. 11. 1929 stattfindenden Wahlen sind v. 27. 10. 1929 bis 9. 11. 1929 einschließlich öffentlich auszulegen.

III. Die Wahlordnungen für die am Sonntag, den 17. 11. 1929 stattfindenden Wahlen sowie die besonderen Bestimmungen für die Verbindung der Wahlen in ihrer jetzt geltenden Fassung in der gleichen Nummer des MBlB. veröffentlicht.

Die Wahlordnungen weisen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand folgende wesentliche Änderungen auf:

1. Gemeindewahlordnung.

a) Wahlvorstand.

Die Zahl der Beisitzer des Wahlvorstandes wird nicht mehr wie bisher innerhalb des im § 4 der früheren Wahlordnung vorgesehenen Rahmens durch Gemeindebeschluß bestimmt. Es ist vielmehr dem Wahlvorsteher überlassen, wieviel Beisitzer er berufen will. Deren Mindestzahl muß 3 betragen, ihre Höchstzahl darf 6 nicht übersteigen. Die verbundenen Wahlen beträgt die Zahl der Beisitzer mindestens 3 und für jede außer der Wahl zur Gemeindevertretung vorzunehmende Wahl je 2.

Voraussetzung der Beisitzerchaft im Wahlvorstand ist lediglich die Wahlberechtigung, nicht wie bisher die Wahlbarkeit zur Gemeindevertretung.

Die Wahl der Beisitzer durch die Gemeindevertretung ist beseitigt. Die durch RdErl. v. 5. 3. 1924 (MBlB. S. 244) eingeführte fakultative Berufung der Beisitzer durch den Wahlvorsteher aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks ist nunmehr obligatorisch.

b) Wahlausschuß.

In jeder Gemeinde ist ein besonderer Wahlausschuß zu bilden. Die Vorschrift, daß in Gemeinden, die nur einen Abstimmungsbezirk bilden, der Wahlausschuß aus dem Wahlvorstande besteht, ist beseitigt.

Die Zahl der Beisitzer beträgt 4 oder 6, nicht wie bisher nach Maßgabe des Gemeindebeschlusses 2 oder 4. Die Beisitzer werden nunmehr an Stelle der bisher vorgesehenen Wahl durch die Gemeindevertretung vom Vorsitzenden des Wahlausschusses berufen. Voraussetzung der Berufung ist lediglich die Wahlberechtigung, während bisher Voraussetzung der Beisitzerchaft die Wahlbarkeit zur Gemeindevertretung war.

Der Schriftführer, der bisher aus der Zahl der Beisitzer bestimmt wurde, wird neben den Beisitzern vom Vorsitzenden berufen.

c) Stimmzettel.

Die Stimmzettel, deren Beschaffung bisher grundsätzlich den Parteien oder Vereinigungen überlassen war, sind nunmehr in allen Fällen vom Gemeindevorstand amtlich herzustellen. Eine Umlegung der Beschaffungskosten hierfür auf die Parteien oder Vereinigungen findet nicht statt.

d) Wahlen zu den Amtsvertretungen.

Da gemäß § 4 des Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts v. 27. 12. 1927 (GS. S. 211) für die Wahl der zu wählenden Amtsverordneten das Amt einen Wahlbezirk bildet, kommen die bisherigen Vorschriften über die Bildung der Wahlbezirke für die Wahlen zu den Amtsvertretungen in Fortfall. Für die Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevvertretungen gilt der bisherige Rechtszustand unverändert weiter.

2. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen.

a) Wahlscheine.

Der Kreis der Personen, für die ein Wahlschein ausgestellt werden kann, ist erweitert. Ein Wahlschein kann nunmehr auch dann erteilt werden, wenn ein in die Wählerliste nicht eingetragener Wahlberechtigter nach Ab-

lauf der Einspruchsfrist aus einer anderen Provinz unter Begründung des Wohnsitzes zugezogen ist und nachweist, daß seine Streichung in der Wählerliste seiner früheren Wohnsitzgemeinde erfolgt ist.

b) Fristen.

Die im § 37 und im § 44 für die Einreichung der Wahlvorschläge sowie für die Mängelbeseitigung vorgesehenen Fristen sind geändert.

c) Verbindung von Wahlvorschlägen.

Während das bisherige Wahlrecht zwei Arten von Listenverbindungen kannte, nämlich

a) die Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei mit demselben Parteikennwort aus verschiedenen Wahlbezirken oder aus demselben Wahlbezirk und

b) die Verbindung von Wahlvorschlägen verschiedener Parteien zu einer gemeinsamen Gruppe unter einem gemeinsamen Gruppenkennwort, gleichgültig, ob aus demselben Wahlbezirk oder aus mehreren Wahlbezirken, ist nach dem Gesetz vom 29. 10. 1928 nur noch die aus dem gleichen Kennwort folgende Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei aus verschiedenen Wahlbezirken zulässig.

Für den Wahlausschuß ergibt sich daraus die Pflicht, mit besonderer Sorgfalt die Berechtigung der Parteien oder Vereinigungen zur Führung der von ihnen gewählten Kennworte zu prüfen, wenn in einem Wahlbezirk von Angehörigen ein und derselben Partei oder Vereinigung oder in einem oder mehreren Wahlbezirken von verschiedenen Parteien oder Vereinigungen mehrere Wahlvorschläge mit gleichem Kennwort aufgestellt sind. Wie und nach welchen Gesichtspunkten diese Prüfung vorzunehmen ist, muß der Beurteilung des Einzelfalles vorbehalten bleiben. Die Entscheidung des Wahlausschusses kann je nach Lage des Falles dahin gehen, daß keiner der Wahlvorschläge das Kennwort zu führen berechtigt ist oder dahin, daß nur einer derselben daselbe führen darf. Wahlvorschläge mit einem unzulässigen Kennwort dürfen nur zugelassen werden, wenn Mängel in dieser Hinsicht innerhalb der Mängelbeseitigungsfrist behoben werden.

d) Verteilung der Abgeordnetenitze.

Bei der Verteilung noch unverteilter Sitze (§ 80 Abs. 3 der Wahlordnung) sind Stimmen, die von vornherein hinter der Verteilungszahl zurückgeblieben sind, als Reststimmen nicht zu werten.

e) Verbindung von Wahlen.

Die Vorschriften der §§ 115 ff. der Wahlordnung treten für die am Sonntag, den 17. 11. 1929, stattfindenden verbundenen Wahlen außer Kraft. Sie werden ersetzt durch die in der gleichen Nummer 31 des MBlV. abgedruckten Bestimmungen des RdErl. vom 25. 7. 1929 — IV a I 318 V (MBlV. S. 695).

IV. Im § 33 der Gemeindevahlordnung und im § 35 der Wahlordnung für die Provinziallandtage und Kreistage ist zugelassen, daß in Abstimmungsbezirken, für welche die Bürger- (Wähler-) Liste nach dem Geschlecht der Wahlberechtigten getrennt aufgestellt ist, die Wahlen gleichzeitig an 2 verschiedenen Wahltagen in demselben Wahlraum oder in 2 verschiedenen Räumen desselben Gebäudes oder in 2 verschiedenen Gebäuden stattfinden. Von der Ermächtigung der genannten Bestimmungen ist nur der Gebrauch zu machen, wo durch die Größe des Abstimmungsbezirks und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse eine Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl als ausgeschlossen gelten kann. Eine derartige Gefährdung kann nach der Rechtsprechung des Wahlprüfungsgerichts des Reichstages auch dann eintreten, wenn die Stimmausgabe einer Gruppe von Wählern, sei es, daß es sich um eine ganz kleine Gruppe oder um eine Gruppe handelt, deren Stimmen ausschließlich oder fast ausschließlich auf eine Partei gefallen sind, nach außen erkennbar wird. Deshalb ist in Abstimmungsbezirken mit weniger als 800 Einwohnern von der Anwendung einer nach Geschlechtern getrennten Abstimmung zur Vermeidung einer etwaigen Ungültigkeit der Wahl regelmäßig abzuweichen.

V. Kosten. Für die Verteilung der durch die verbundenen Wahlen entstehenden Kosten verweise ich auf § 19 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage und auf § 103 der Gemeindevahlordnung.

VI. Bis zum 1. 12. 1929 ersuche ich die Oberpräsidenten (Frist für die Berichte an die Landräte 20. 11. 1929, desgl. an die Reg.-Präs. 23. 11. 1929, desgl. an die Oberpräs. 26. 11. 1929), mir über das Ergebnis der einzelnen Wahlen unter Überendung folgender Zusammenstellungen zu berichten:

1. Zahl der bei den Provinziallandtags- und Kommunallandtagswahlen auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen.

2. Zahl der bei den Kreistagswahlen auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen,

- für jeden Kreis gesondert,
- für die Provinz zusammengerechnet.

3. Für kreisfreie Städte: Zahl der bei den Stadtverordnetenwahlen auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen,

- für jeden Stadtkreis gesondert,
- für die Provinz zusammengerechnet.

4. Für kreisangehörige Städte und Landgemeinden: Zahl der bei den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen,

- für jeden Kreis gesondert,
- für die Provinz zusammengerechnet.

An die Ober- und Reg.-Präs., Landräte, Provinzial-Bezirksverbände, Stadt- und Landkreise, Amts- (Kreis-) und Gemeindeverwaltungen. — MBlV. S. 695.

W. Reckinger, Siegburg

BUCHDRUCKEREI * FORMULAR-VERLAG * BUCHBINDEREI * LEHRMITTEL * BÜROBEDARF

Kontostachekkonto Köln Nr. 87121

Giro-Konto:

Sparkasse Siegburg Nr. 373 und
Sparkasse Siegburg Nr. 440

Fernsprecher Nr. 19

*

Sehr eilig!



1854

Siegburg, den 4. November 1929.

An
das Amt,

Siegburg - Mülldorf

Betr. Wahlumschläge.

Wir bestätigen Ihren Auftrag zur Lieferung von 8000 Wahlumschlägen und versichern dessen rechtzeitige Erledigung.

Bezüglich des Aufdrucks haben wir noch eine Rückfrage. Wir hatten vorgesehen, der Vorschrift des § 57 der Gemeindevahlordnung, wonach die Wahlumschläge „amtlich abgestempelt“ sein müssen, durch Aufdruck des Preußenadlers mit der Umschrift: „Wahlzettelumschlag“ (in Siegelform) zu genügen. Nach einer soeben eingegangenen Auskunft des Herrn Oberpräsidenten, die wir in Abschrift beifügen, ist dies nicht in allen Fällen zulässig.

Wir müssen deshalb bitten, uns genau vorzuschreiben, wie der Vorschrift des § 57 neben dem Aufdruck der Zeile: -- Gemeindevahl - Gemeinde- und Amtswahl - Stadtverordnetenwahl - unsererseits genügt werden soll. Ob wir den Preußenadler mit der Umschrift „Wahlzettelumschlag“ aufdrucken sollen, oder ob Sie einen Gemeindestempel selbst aufstempeln wollen.

Die Lieferung erfolgt wenige Tage nach Eingang Ihrer Antwort.

Hochachtungsvoll
W. Reckinger, Siegburg
Buchdruckerei u. Vordruck-Verlag

in

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.

Verlag von J. Neinde (Louis Neuserische Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

Nr 5030.

Ministerial-Erlaß

betreffend

Kommunalwahlen.

Vom 4. Oktober 1929. — IV a I 550. — MBl. S. 858/60.

I. Änderung der Gemeindevahlordnung.

Der § 91 Nr. 2, Satz 2 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevvertretungen in der Fassung vom 25. 7. 1929 (MBl. S. 647) wird wie folgt geändert:

„Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende möglichst unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den zur Amtsvertretung wahlberechtigten Gemeindeangehörigen 4 oder 6 Beisitzer und die gleiche Anzahl von Stellvertretern.“

II. Änderung des Runderlasses betr. Verbindung der Wahlen.

In dem Runderlasse vom 25. 7. 1929 — IVa I 318 (MBl. S. 695), betr. die Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeindevvertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), erhält Nr. 1 Abs. 2 folgende Fassung:

„Bei Gutsbezirken und bei Gemeinden, in denen keine Gemeindevertretung sondern nur eine Gemeindeversammlung besteht, bestimmt der Kreisausschuß die Abstimmungsbezirke und Wahlräume. Können Gutsbezirke oder Gemeinden ohne Gemeindevertretung nicht für sich einen Abstimmungsbezirk bilden, weil andernfalls durch die zu geringe Zahl der Wahlberechtigten das Wahlgeheimnis gefährdet werden könnte, so sind sie durch den Kreisausschuß einem benachbarten Abstimmungsbezirk zuzulegen.“

Des weiteren wird im Abs. 3 der Nr. 1 hinter „Gutsvorstandes“ eingefügt „(Gemeindevorstandes)“.

III. Klärung von Zweifeln.

Zur Klärung hier vorgetragener Zweifelsfragen wird folgendes bemerkt:

1. Wahlscheine.

a) Die Voraussetzungen, unter denen für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen ein Wahlschein erteilt werden kann, sind im § 3 Abs. 3 des Gemeindevwahlgesetzes vom 9. 4. 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. 2.

1924 (GS. S. 99) gesetzlich abschließend geregelt. Eine Erweiterung des Kreises der Wahlscheininhaber, namentlich zugunsten von Krankenhausinsassen usw., ist deshalb im Wege einer Ergänzung der Wahlordnung nicht möglich.

b) Bei der Erteilung von Wahlscheinen für die verbundenen Wahlen ist selbstverständliche Voraussetzung, daß nur ein Wahlschein ausgestellt wird. Für welche Wahlen dieser Wahlschein auszustellen ist, hängt von dem Antrage des Wahlberechtigten und dem Umfange seiner Wahlberechtigung ab.

2. Wahlhandlung.

a) Durchführung der Wahl in kreisfreien Städten.

Der Anregung, in kreisfreien Städten die Abgabe der Stimmzettel für die Stadtverordnetenwahl und die Provinzial- (Kommunal-) Landtagswahl in einer Wahlzelle, gleichgültig ob in einem einzigen oder in getrennten Wahlumschlägen, zuzulassen, kann nicht stattgegeben werden. Bei der Abgabe der Stimmzettel in einem Wahlumschlag würde der Wahlvorsteher infolge der Verschiedenheit der Voraussetzungen der Wahlberechtigung für die beiden verbundenen Wahlen durch die hiernach erforderliche Prüfung bei Abgabe der Wahlzettel übermäßig belastet und die Wahlhandlung erheblich verzögert. Bei der Abgabe der Stimmzettel in getrennten Wahlumschlägen würden zahlreiche Verwechselungen und demzufolge die Ungültigkeit zahlreicher abgegebener Stimmen zu besorgen sein. Im übrigen hat sich das in Nr. 6 d des Runderlasses vom 25. 7. 1929 — IVa I 318 V (MBl. S. 695) vorgesehene Verfahren bereits praktisch bewährt.

b) Wahlumschläge.

Geringfügige Abweichungen von der im § 57 der Gemeindevwahlordnung und im § 59 der Wahlordnung für die Provinziallandtage (Kommunallandtage) und Kreistage vorgesehenen Größe der Umschläge sind unter der Voraussetzung, daß in jedem Abstimmungsbezirk einheitliche Umschläge benutzt werden, zulässig.

c) Bestellung der „Amtspersonen“ im Sinne der Ziffer 6 d des Runderlasses vom 25. 7. 1929 — IVa I 318 V (MBlV. S. 695).

Die Bestellung der Amtspersonen erfolgt ebenso wie die Berufung von Hilfsarbeitern gemäß § 102 der Gemeindevahlordnung durch den Gemeindevorstand.

d) Getrennte Ermittlung der von Männern und Frauen abgegebenen Stimmen.

Eine getrennte Ermittlung der von Männern und Frauen abgegebenen Stimmen ist nur zulässig, wenn die Wählerlisten nach dem Geschlecht der Wahlberechtigten getrennt angelegt sind und die Wahlen gleichzeitig an zwei verschiedenen Wahltagen in demselben Wahlraum oder

in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes oder in zwei verschiedenen Gebäuden vorgenommen worden sind (§ 14 Abs. 2 und § 33 der Gemeindevahlordnung; § 19 Abs. 2 und § 35 Abs. 1 der Wahlordnung für die Provinziallandtage (Kommunallandtage) und Kreistage).

Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zugunsten anderer Verfahren (besondere Bezeichnung der Wahlumschläge; Benutzung mehrerer Wahlurnen) kann nicht in Erwägung gezogen werden, da die Wahlordnungen eine Ermächtigung zur Genehmigung derartiger Ausnahmen nicht enthalten.

Die vorgelegten Berichte über die oben erörterten Fragen finden durch diesen Runderlaß ihre Erledigung.

Berlin, den 4. Oktober 1929.

Der Minister des Innern.

An die Ober- u. Reg.-Präs., Landräte, Provinzial- u. Bezirksverbände, Stadt- u. Landkreise, Amts- (Kirchspielsland-) u. Gemeindeverwaltungen.

Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielsland-) Gemeinde-) Vertretungen, Kreistagen u. Provinziallandtagen (Kommunallandtagen).

AbErl. d. MdZ. v. 25. 7. 1929 — IV a I 318 V.

Zur Durchführung der Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, den Amts- (Kirchspielsland-) Gemeinde-) Vertretungen, den Kreistagen und den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) wird folgendes angeordnet:

1. Abstimmungsbezirke und Wahlräume.

Der Gemeindevorstand bildet die Abstimmungsbezirke und bestimmt die Wahlräume. Abstimmungsbezirke und Wahlräume sind für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen die gleichen.

Bei Gutsbezirken bestimmt der Kreisausschuß die Abstimmungsbezirke und Wahlräume. Kann ein Gutsbezirk nicht für sich einen Abstimmungsbezirk bilden, weil anders durch die zu geringe Zahl der Wahlberechtigten das Wahlgeheimnis gefährdet werden könnte, so ist er durch den Kreisausschuß einem benachbarten Abstimmungsbezirk zuzulegen.

Die Aufgaben des Gutsvorstandes nach § 4 Abs. 1a—e und h der Wahlordnung für die Wahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen bleiben unberührt.

Ernennung des Wahlvorstehers, Zusammen- setzung des Wahlvorstandes.

In Gemeinden werden die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht nach den Wahlordnungen die Gemeindevorsteher Wahlvorsteher und die Stellvertreter der Gemeindevorsteher ernannt. In Gutsbezirken wählt der Kreisausschuß die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht die Zulassung der Gutsbezirke benachbarten Abstimmungsbezirken erfolgt. Die Wahlvorsteher und die von ihnen unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks, für den sie bestellt sind, zu berufenden Wahlvorstände führen ihr Amt für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen. Die Zahl der in den Wahlvorstand zu berufenden Mitglieder soll mindestens 3 sein, ferner für jede außer der Wahl zur Gemeindevertretung vorzunehmende Wahl je 2 betragen.

Nr. 152. 29. I. 814.

Carl Seymanns Verlag zu Berlin W 8

3. Wählerliste.

Ausgelegt und benutzt wird für die miteinander verbundenen Wahlen ein und dasselbe Wählerverzeichnis (Wählerliste, Bürgerliste bzw. Kartei). Der Zeitraum, innerhalb dessen die Wählerverzeichnisse auszulegen sind, wird nach Festsetzung des Wahltages von mir für alle miteinander verbundenen Wahlen einheitlich bestimmt.

In die Liste oder Kartei sind außer den zu den Gemeindevertretungen Wahlberechtigten aufzunehmen:

- a) diejenigen, die nur zur Provinziallandtags- und Kreistagswahl wahlberechtigt sind,
- b) diejenigen, die außer zum Provinziallandtag und Kreistag auch zur Amts- (Kirchspielsland-) Gemeinde-) Vertretung wahlberechtigt sind.

Die vorstehend zu a) und b) bezeichneten Wahlberechtigten sind in der Liste oder Kartei durch in der Spalte „Bemerkungen“ einzutragende Vermerke oder durch Unterstreichungen kenntlich zu machen.

Zur Eintragung des Zeichens der erfolgten Stimmabgabe für die einzelnen Wahlen sind 3 Spalten zu verwenden, in deren erste die Stimmabgabe zu den Kreis- und Provinziallandtagswahlen, in deren zweite die zu den Amts- bzw. Kirchspielslandgemeindevahlen und in deren dritte die zu den Gemeindevahlen einzutragen sind. Für etwaige Nachwahlen sind 3 weitere Spalten freizulassen.

4. Wahlscheine.

Ein Wahlschein berechtigt zur Stimmabgabe:

1. für alle miteinander verbundenen Wahlen, wenn er für die Wahl zur Gemeindevertretung ausgestellt ist;
2. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunallandtag), zum Kreistag und zur Amts- (Kirchspielsland-) Gemeinde-) Vertretung, wenn er für die Wahl zur Amts- (Kirchspielsland-) Gemeinde-) Vertretung ausgestellt ist;
3. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunallandtag) und zum Kreistag, wenn er für die Wahl zum Kreistag ausgestellt ist;
4. für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunallandtag), wenn er nur für diese ausgestellt ist.

Nr. T 684 Neu! Einladung an die Gemeindeversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folioblatt. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 685 Neu! Einladung an die Gemeindeversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folioblatt. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 633. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Schöffen und Gemeinde-Deputationen oder Kommissionen. Foliobl. Preise wie T 684

Nr. T 634. Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Foliobogen. ... Titel und ... Einlagen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Nr. T 635. Gegenliste zur Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. Foliobl. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 637. Vorladung zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 638. Niederschrift über die Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. 8 Folioblätter. Preis einzeln 20 Pf., für 10 Stück M. 1.20

Nr. T 452. Niederschrift über die Einführung eines neugewählten und bestätigten Gemeindevorstehers durch den Amtsvorsteher nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Foliobogen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, 100 Bogen M. 6

Nr. T 453. Bestätigung der Wahl eines ländl. Gemeindebeamten durch den Landrat nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Folioblatt. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 152. Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929. Umfang 4 Seiten. Preis für 10 Stück 85 Pf., für 25 Stück M. 2, für 100 Stück M. 6.50

Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspielslandgemeindegemeinde-) Vertretungen und Gemeindevertretungen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929 - IV a 318 III - . Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50

Die Landgemeindeordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. März 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 2. Auflage. Preis etwa M. 5

Die Städteordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. August 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 1927. Preis M. 6

Die Kreis- und Provinzialordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. November 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 1928. Preis M. 8

Das preußische Gemeindewahlrecht seit der Staatsumwälzung. Zusammengefasst und erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden, Ministerialrat. 1925. Preis M. 6, geb. M. 7

Ergänzungsheft dazu. Preis M. 3

Das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925. Erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden, Ministerialrat. 1926. Preis M. 8

Ergänzungsheft dazu. Preis M. 3

Das preußische Gemeindewahlrecht seit der Staatsumwälzung

Zusammengestellt und erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden

Ministerialrat, Generalreferent für kommunale Angelegenheiten im Preussischen Ministerium des Innern.

1925

Mitte August erscheint ein

Ergänzungsheft

Zusammengestellt von Reg.-Assessor Dr. Loschelder

Preis 3 RM

Das Ergänzungsheft erläutert die nach Abschluss des Hauptwerks erlassenen Bestimmungen auf dem Gebiete des Gemeindewahlrechts. Die Bearbeitung erfolgte im Auftrage des Verfassers des Hauptwerks auf Grund des amtlichen Materials des Preussischen Ministeriums des Innern.

Inhalt des Ergänzungsheftes:

- I. Einleitung.
- II. Gesetzestexte.
 1. Das Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 2. Das Gesetz über die Festsetzung der Gemeindevorwahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) in der Fassung vom 1. November 1928 (Gesetzsamml. S. 207).
 3. Das Gesetz über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen, sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindevorwahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99), vom 29. Oktober 1928 (Gesetzsamml. S. 197).
 4. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindevorwahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) vom 26. Februar 1929 (Gesetzsamml. S. 7).
- III. Das Gemeindewahlrecht.
 1. Die für die Wahlen zu den Gemeindevertretungskörperschaften geltenden Vorschriften.
 - a) Das Gesetz vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 - b) Das Gesetz vom 18. April 1928 in der Neufassung vom 1. November 1928 (Gesetzsamml. S. 207).
 2. Die für die Wahlen der Gemeindevorstandsmitglieder, Gemeinde-Deputationen und Gemeindekommissionen geltenden Vorschriften.
 - a) Das Gesetz vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 - b) Das Gesetz vom 18. April 1928 in der Fassung vom 1. November 1928 und das Gesetz vom 26. Februar 1929 (Gesetzsamml. S. 197 und Gesetzsamml. S. 7).
 3. Die Änderungen der Wahlordnung.
 4. Die neue Fassung der Wahlordnung mit Erläuterungen.
 5. Die für die Verbindung der Wahlen geltenden Vorschriften.

Das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925

Erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden

Ministerialrat, Generalreferent für kommunale Angelegenheiten im Preussischen Ministerium des Innern.

1926

Mitte August erscheint ein

Ergänzungsheft

Zusammengestellt von Reg.-Assessor Dr. Loschelder

Preis 3 RM

Das Ergänzungsheft erläutert die nach Abschluss des Hauptwerks erlassenen Bestimmungen auf dem Gebiete des Provinzial- und Kreistagswahlrechts. Die Bearbeitung erfolgte im Auftrage des Verfassers des Hauptwerks auf Grund des amtlichen Materials des Preussischen Ministeriums des Innern.

Inhalt des Ergänzungsheftes:

- I. Einleitung.
- II. Text des Gesetzes über die Festsetzung der Wahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindevorwahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) vom 29. Oktober 1928 (Gesetzsamml. S. 197).
- III. Gesetzestext mit Erläuterungen.
- IV. Änderung der Wahlordnung vom 14. Oktober 1925 vom 25. Juli 1929.
- V. Neufassung der Wahlordnung mit Erläuterungen.
- VI. Bestimmungen über die Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeindegemeinde-) Vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen).

Carl Heymanns Verlag * Berlin W 8

Begründet im Jahre 1815 Mauerstraße 44 Begründet im Jahre 1815

Rechts- und staatswissenschaftliche Buchhandlung
Vordrucklager für Behörden-Vordrucke jeder Art

Anschrift für Drahtnachrichten:
Rechtsverlag Berlin



Fernsprecher: Amt A 6
Merkur 5482-5485

Vordrucke

zur Durchführung der preussischen Gemeindewahlen

gemäß der Wahlordnung vom 25. Juli 1929

Nr. T 150. Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevvertretungen in der Fassung vom 25. Juli 1929 mit zugehörigem Erlaß. Umfang 12 Seiten. Preis einzeln 25 Pf., für 10 Stück M. 1.80, für 25 Stück M. 4, für 100 Stück M. 15

Nr. T 1. Bürgerliste. Anlage 1. Großfolio. Titel- und Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18, für 1000 Stück M. 35

Nr. T 16. Wahlschein. Anlage 2. Halbfolioblatt. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 8. Zähl- bzw. Gegenliste. Anlage 3. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3, für 500 Stück M. 12.50, für 1000 Stück M. 22.50

Nr. T 9. Wahl Niederschrift. Anlage 4. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 1

Wahlumschläge für die preussischen Gemeindewahlen in der vorschrittsmäßigen Größe und Papierfarbe, Stempelausdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stück 90 Pf., für 500 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65

29/174 (2. VIII. 42.0.0) S

Hilfsvordrucke für die Gemeindewahlen

Nr. T 683. Bekanntmachung des Gemeindevorstandes über Bildung von Abstimmungsbezirken, Ernennung der Wahlvorsteher, Bestimmung der Wahlräume und Zeit (§ 34 der Wahlordnung). Foliobl. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 686. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl der Gemeindevertretung (§ 35 der Wahlordnung), nebst Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlausschusses (§ 11 der Wahlordnung). Foliobl. Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 682. Vorschlagsliste (§§ 37-42 der Wahlordnung). Foliobl. Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 677. Niederschrift des Gemeindevorstandes über Prüfung der Wahl zur Gemeindevertretung nach den Wahl Niederschriften und Feststellung des Gesamtergebnisses (§ 77 der Wahlordnung). Foliobogen. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen M. 1.25, für 100 Bogen M. 4.50

Nr. T 691. Aufforderung des Wahlvorstehers zur Erklärung über die Annahme der Wahl (§ 78 der Wahlordnung). Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Vordrucke zur Durchführung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen

gemäß der Wahlordnung vom 25. Juli 1929

Nr. T 151. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen vom 25. Juli 1929 nebst zugehörigem Erlaß. Umfang 16 Seiten. Preis einzeln 30 Pf., für 10 Stück M. 2.50, für 25 Stück M. 5

Nr. T 132 Neu! Wählerliste nach Anlage I der Prov.-Wahl-Ordnung. Großfolio. Titel- und Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18

Nr. T 133 Neu! Zähl- und Gegenliste nach Anlage III der Prov.-Wahl-Ordnung. Folio-bogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 134 Neu! Wahl Niederschrift nach Anlage IV der Prov.-Wahl-Ordnung. Folio-bogen. Preise wie bei Nr. T 132

Nr. T 135 Neu! Zählbogen nach Anlage V der Prov.-Wahl-Ordnung. Titel- und Einlagebogen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Wichtige Hilfsvordrucke

für die nach den eigentlichen Gemeindevorwahlen stattfindenden Wahlen der Gemeindevorsteher, unbesoldeten Magistratsmitglieder und Gemeindegewählten

Nr. T 684 Neu! Einladung an die Gemeindeversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folio-blatt. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 685 Neu! Einladung an die Gemeindevertretung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folio-blatt. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 633. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Schöffen und Gemeinde-Deputationen oder -Kommissionen. Folio-bl. Preise wie T 684

Nr. T 634. Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Folio-bogen. Titel und Einlagen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Nr. T 635. Gegenliste zur Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. Folio-bl. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 152. Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen. RdErl. d. MdZ. vom 25. Juli 1929. Umfang 4 Seiten. Preis für 10 Stück 85 Pf., für 25 Stück M. 2, für 100 Stück M. 6.50

Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) Vertretungen und Gemeindevertretungen. RdErl. d. MdZ. vom 25. Juli 1929 - IV a 318 III - . Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50

Wahlumschläge für die preussischen Gemeindevorwahlen

in der vorschriftsmäßigen Größe u. Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe.
Preis für 100 Stck. 90 Pf., für 500 Stck. M. 2.75, für 1000 Stck. M. 3.65

Wahlumschläge für die Kreistagswahl

in der vorschriftsmäßigen Größe u. Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe.
Preis für 100 Stck. 90 Pf., für 500 Stck. M. 2.75, für 1000 Stck. M. 3.65

In Kürze erscheint in neuer Auflage:

Die Landgemeindeordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. März 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

2. Auflage

Preis etwa 5 RM

Die durchgesehene und erweiterte 2. Auflage des Buches, das in seiner vor zwei Jahren erschienenen 1. Auflage sehr raschen Absatz und günstige Beurteilung erfahren hat, wird angesichts der bevorstehenden Gemeindevorwahlen besonders willkommen sein. Es bringt die Wahlordnung sowie die sonstigen einschlägigen Bestimmungen in der heute geltenden Fassung und enthält sodann alle seit der 1. Auflage veröffentlichten neuen Bestimmungen, in erster Linie das Gesetz vom 27. Dezember 1927 über die Neuordnung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes, darunter die Bestimmungen über die Auflösung der Gutsbezirke, die Änderungen im Eingemeindungsrecht und in den Gemeindeordnungen der Rheinprovinz und Westfalen. Ein neu aufgenommenes Sachregister bietet eine wesentliche Erleichterung in der Benutzung des Buches, das sowohl für Gemeindeverwaltungen wie für die staatlichen Verwaltungsbehörden ein unentbehrliches, zuverlässiges Nachschlagewerk bildet.

Früher erschienen:

Die Städteordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. August 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

1927

Preis 6 RM

Die Kreis- und Provinzialordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. November 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

1928

Preis 8 RM

Bestellzettel

Aus Carl Heymanns Verlag zu Berlin W 8 zu liefern:

Nr. T 150. Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspiellandgemeindevorwahlen in der Fassung vom 25. Juli 1929 mit zugehörigem Erlaß. Umfang 12 Seiten. Preis einzeln 25 Pf., für 10 Stück M. 1.80, für 25 Stück M. 4, für 100 Stück M. 15

Nr. T 1. Bürgerliste. Anlage 1. Großfolio. ... Titel- und ... Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18, für 1000 Stück M. 35

Nr. T 16. Wahlschein. Anlage 2. Halbfolioblatt. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 8. Zähl- bzw. Gegenliste. Anlage 3. Folio-bogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3, für 500 Stück M. 12.50, für 1000 Stück M. 22.50

Nr. T 9. Wahl Niederschrift. Anlage 4. Folio-bogen. Preise wie bei Nr. T 1

Wahlumschläge für die preussischen Gemeindevorwahlen in der vorschriftsmäßigen Größe und Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stück 90 Pf., für 500 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65

Hilfsvordrucke für die Gemeindevorwahlen

Nr. T 683. Bekanntmachung des Gemeindevorstandes über Bildung von Wahlbezirken, Ernennung der Wahlvorsteher, Bestimmung der Wahlräume und Zeit (§ 34 der Wahlordnung). Folio-bl. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 686. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl der Gemeindevorwahlen (§ 35 der Wahlordnung), nebst Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlausschusses (§ 11 der Wahlordnung). Folio-bl. Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 682. Vorschlagsliste (§§ 37-42 der Wahlordnung). Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 677. Niederschrift des Gemeindevorstandes über Prüfung der Wahl zur Gemeindevorwahlen nach den Wahl Niederschriften und Feststellung des Gesamtergebnisses (§ 77 der Wahlordnung). Folio-bogen. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen M. 1.25, für 100 Bogen M. 4.50

Nr. T 691. Aufforderung des Wahlvorstehers zur Erklärung über die Annahme der Wahl (§ 78 der Wahlordnung). Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 151. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen vom 25. Juli 1929 nebst zugehörigem Erlaß. Umfang 16 Seiten. Preis einzeln 30 Pf., für 10 Stück M. 2.50, für 25 Stück M. 5

Nr. T 132 Neu! Wählerliste nach Anlage I der Prov.-Wahl-Ordnung. Großfolio. ... Titel- und ... Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18

Nr. T 133 Neu! Zähl- und Gegenliste nach Anlage III der Prov.-Wahl-Ordnung. Folio-bogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 134 Neu! Wahl Niederschrift nach Anlage IV der Prov.-Wahl-Ordnung. Folio-bogen. Preise wie bei Nr. T 132

Nr. T 135 Neu! Zählbogen nach Anlage V der Prov.-Wahl-Ordnung. Folio. ... Titel- und ... Einlagebogen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Wahlumschläge für die Kreistagswahl in der vorschriftsmäßigen Größe und Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stück 90 Pf., für 500 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65

5. Wahlvorschläge.

Bei der Numerierung der Wahlvorschläge für die Gemeinde-, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) und Kreistagswahlen ist den Wahlvorschlägen solcher Parteien, die Vorschläge mit demselben Kennwort auch für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahlen aufgestellt haben, dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betreffenden Partei für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) erhalten haben. Soweit für die eine oder andere Nummer der Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) ein entsprechender Wahlvorschlag bei den übrigen Wahlen nicht vorhanden ist, fällt für die letzteren die betreffende Nummer aus. Soweit Wahlvereinigungen eingereicht werden, die für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) keine Wahlvorschläge aufgestellt haben, erhalten diese Vorschläge erst die durch Provinziallandtagswahlvorschläge (Kommunallandtagswahlvorschläge) nicht in Anspruch genommenen Nummern. Haben derartige Parteien und Vereinigungen Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen und für die Wahlen zu den Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen und für die Gemeindevertretung oder für die Kreistagswahlen und eine der letztgenannten Wahlen aufgestellt, so ist den Vorschlägen für die letzteren Wahlen dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betr. Parteien oder Vereinigungen für die Kreistagswahlen erhalten haben.

6. Wahlhandlung.

a) Stimmzettel.

Für jede der miteinander verbundenen Wahlen wird mit einem besonderen Stimmzettel gewählt. Die amtlich hergestellten Stimmzettel müssen sich in der Farbe und dem Aufdruck voneinander unterscheiden, und zwar in der Art, daß die Stimmzettel für die Gemeindewahlen auf weißlichem Papier den Aufdruck „Gemeindewahl“, die für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen auf grünlichem Papier, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl, die für die Kreistagswahlen auf bläulichem Papier „Kreistagswahl“ und die für die Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) auf rötlichem Papier „Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ tragen. An Stelle des Aufdruckes „Gemeindewahl“ ist in Städten der Aufdruck „Stadtverordnetenwahl“ zulässig.

b) Wahlumschläge.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen einerseits und für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) andererseits in je einem gemeinsamen Umschlag. Die Umschläge für die Gemeinde- und Amts- wahlen sollen von weißlicher Färbung und die für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen von rötlicher Färbung sein. Sie sollen außerdem den Aufdruck „Gemeindewahl“ und „Kreistagswahl“ bzw. „Stadtverordnetenwahl“ und „Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ tragen.

c) Wahlurne.

Für die miteinander verbundenen Wahlen ist eine Wahlurne zu verwenden, welche die in den Wahlordnungen vorgegebene Größe hat.

d) Wahlhandlung.

Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraums von einer dort aufgestellten Amtsperson zunächst nur den Umschlag für die Wahlen zum Kreis- und Provinziallandtag. Vor Aushändigung der Stimmzettel hat die Amtsperson den Wahlberechtigten ausdrücklich zu fragen, ob er sein Wahlrecht auf Grund seines Wahlscheins in die Wählerliste oder auf Grund seines Wahlscheins ausüben. Im letzteren Falle hat sie vor der Aushändigung der Stimmzettel in den Wahlschein Einsicht zu nehmen. Sodann erhält er an Stimmzetteln, falls er in die Wählerliste eingetragen ist, je einen Stimmzettel für die Wahlen zum Kreistag und Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl). Ist er aber sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheins aus, so erhält er

a) wenn der Wahlschein für die Wahlen zur Gemeindevertretung oder zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung oder zum Kreistage ausgestellt ist und die Wahl in einem Abstimmungsbezirk desjenigen Kreises ausgeübt wird, in dem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz hat, je einen Stimmzettel für die Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl),

b) in allen anderen Fällen nur einen Stimmzettel für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl).

Mit dem Umschlag und den Stimmzetteln bzw. Stimmzettel hat der Wahlberechtigte sich in den Wahlraum oder an den gegen Sicht geschützten Nebentisch begeben, dort den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, auf den Stimmzetteln bzw. dem Stimmzettel in der vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen und alsdann in den Umschlag zu legen. Beim Verlassen des Wahlraums oder Nebentisches hat er den Umschlag mit den darin befindlichen Stimmzetteln in der Hand zu halten.

Er erhält darauf von einer zu diesem Zweck aufgestellten zweiten Amtsperson einen weiteren Umschlag und zwei amtlich hergestellte Stimmzettel für die Wahlen zur Gemeinde- bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung. Mit diesem Umschlag und diesen Stimmzetteln hat er sich in einen zweiten Nebenraum oder an einen gegen Sicht geschützten Nebentisch zu begeben, dort auf den Stimmzetteln die Wahlvorschläge zu kennzeichnen, denen er seine Stimme geben will, und alle Stimmzettel in den für sie bestimmten Umschlag zu legen. Die oben erwähnte zweite Amtsperson hat zu achten, daß der Wahlberechtigte beim Verlassen des zweiten Nebenraumes oder Nebentisches beide Umschläge in der Hand trägt. Der Wahlberechtigte hat sodann die beiden Umschläge an den Tisch des Wahlvorstandes zu treten. Er nennt zunächst dem Wahlvorsteher alsdann dem Schriftführer zuzust. Dieser gibt dem Wahlberechtigten

alsdann an, zu welchen der verbundenen Wahlen der Wahlberechtigte ausweislich der Wählerliste wahlberechtigt ist.

Der Wahlvorsteher verfährt alsdann in folgender Weise:

a) Kreis- und Provinziallandtagswahl.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne.

Ist der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheins aus, so hat er dem Wahlvorsteher seinen Namen zu nennen und ihm den Wahlschein zu übergeben. Dieser reicht ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiter. Entstehen Zweifel über die Echtheit oder den rechtmäßigen Besitz des Wahlscheins, so hat der Wahlvorstand diese nach Möglichkeit aufzuklären und über die Zulassung oder Abweisung des Wahlberechtigten Beschluß zu fassen. Der Vorgang ist in die Wahlminderchrift aufzunehmen.

b) Wahlen zu den Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen und nach Auskunft des Schriftführers für beide Wahlen wahlberechtigt, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne. Das gleiche gilt, wenn der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines für die Gemeindewahl ausgestellten Wahlscheins in einem Abstimmungsbezirk der Gemeinde ausübt, in der er seinen Wohnsitz hat.

Ist der Wahlberechtigte auf Grund der Wählerliste nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung wahlberechtigt oder übt er sein Wahlrecht entweder auf Grund eines nur für die Amtswahl ausgestellten Wahlscheins oder zwar auf Grund eines für die Gemeindewahl ausgestellten Wahlscheins, aber in einem Abstimmungsbezirk außerhalb der Gemeinde aus, in der er seinen Wohnsitz hat, so hat der Wahlvorsteher den Wahlberechtigten zu fordern, den Stimmzettel für die Gemeindewahl aus dem Umschlag herauszunehmen, zu zerreißen und an sich zu nehmen. Die Herausnahme und Vernichtung dieses Stimmzettels muß der Wähler vornehmen, ohne ihn

zu zerreißen. Die Herausnahme und Vernichtung dieses Stimmzettels muß der Wähler vornehmen, ohne ihn zu zerreißen. Ist dies geschehen, so erhält der Wahlberechtigte einen neuen Umschlag und einen neuen Stimmzettel nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl. Er gibt sich wieder in den Nebenraum oder an den Nebentisch und wiederholt den Wahlakt.

Die Amtspersonen im Sinne dieser Vorschrift brauchen nicht die Eigenschaft von Gemeindebeamten zu haben; sie sind „Amtspersonen“ auf Grund besonderer Bestellung für den bestimmten Zweck während der Dauer der Wahlhandlung.

7. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses.

a) Stimmzettel in falschen Umschlägen.

Der Umstand, daß die Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) und Kreistagswahl und für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) und Gemeindewahl in je einem gemeinsamen Umschlag abzugeben sind, bedingt folgende Behandlung der Stimmzettel:

A. Bei der Provinziallandtags- und Kreistagswahl.

1. Sind in dem Umschlag für die Provinziallandtags- und Kreistagswahl je ein Stimmzettel für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) und für die Kreistagswahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so ist die Stimme — Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ bezeichneten Umschlag mehrere Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betreffende Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlag für die Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zur Gemeinde- oder zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung, so sind diese Stimmzettel ungültig.

B. Bei der Gemeinde- oder Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungswahl.

1. Sind in dem Umschlag für die Gemeinde- oder Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl je ein Stimmzettel für die Gemeindewahl und die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Gemeindewahl oder für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl vorhanden, so ist die Stimme — die Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag mehrere Stimmzettel entweder für die Gemeindevahl oder für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betr. Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlag für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zum Kreistage oder zum Provinziallandtage (Kommunallandtagen), so sind diese Stimmzettel ungültig.

b) Behandlung ungültiger Wahlumschläge usw.

Wenn Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl und Kreistagswahl oder für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen wegen der Beschaffenheit des gemeinsamen Umschlages für ungültig erklärt werden, so ist der Umschlag der Niederschrift über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl anzuschließen und in die Niederschrift über die Kreistagswahl bzw. Gemeindevahl ein entsprechender Hinweis aufzunehmen. Das gleiche gilt für Umschläge, bei denen es aus sonstigen Gründen einer Beschlussfassung des Wahlvorstandes bedurft hatte, und für abgegebene leere Umschläge.

Umschläge, die einen Stimmzettel nur für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder nur für die Kreistagswahl bzw. nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl oder nur für die Gemeindevahl enthalten, gelten als leer für diejenigen Wahlen, für die ein Stimmzettel nicht abgegeben ist und sind der Niederschrift über diese Wahl beizufügen.

c) Zähl- und Gegenlisten.

Für jede der verbundenen Wahlen ist je eine besondere Zähl- und je eine besondere Gegenliste zu führen.

Vordrucke zur Durchführung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) wie:

Bürgerliste, Wählerliste, Wahlscheine, Zähl- und Gegenliste, Wahl Niederschrift und Zählbogen.

Zu beziehen durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Die Zählkarte für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) ist von dem Schriftführer, die Zählkarte für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielsland-) wahl und für die Gemeindevahl und die landgemeindevahl und für die Gemeindevahl und die landgemeindevahl sind je von einem Beisitzer zu führen. In den Gegenlisten sind je von einem Beisitzer zu führen. In der Niederschrift für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielsland-) wahl und Gemeindevahl muß es demzufolge statt „der Schriftführer machte“ heißen „der mit der Führung der Zählkarte betraute Beisitzer machte“ usw.

Über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl), über die Kreistagswahl, über die Amts- (Kirchspielsland-) wahl und über die Gemeindevahl ist je eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

d) Öffnen der Umschläge und Verlesen der Stimmzettel.

Zum Öffnen der Umschläge, Verlesen der Stimmzettel, Ordnen und Aufbewahren der verlesenen Stimmzettel mit Umschlägen sowie zur Führung der Zähl- und Gegenlisten müssen neben dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter der Schriftführer und eine hinreichende Zahl von Beisitzern gleichzeitig anwesend sein. Die Wahlvorstände haben hiernach für ausreichende Besetzung der Wahlvorstände zu sorgen.

8. Schlußvorschriften.

Soweit die Vorschriften der Gemeindevahlordnung und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen den Bestimmungen der vorstehenden Nummern 1—7 entgegenstehen, gelten sie als für die verbundenen Wahlen entsprechend geändert. Die unter III der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen enthaltenen Bestimmungen über die Wahlordnung für die Wahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen bleiben unberührt.

Ernennung des Wahlvorstehers, Zusammenfassung des Wahlvorstandes.

Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielsland-) Vertretungen, Kreistagen u. Provinziallandtagen (Kommunallandtagen).

RdErl. d. MdJ. v. 25. 7. 1929 — IV a I 318 V.

Zur Durchführung der Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, den Amts- (Kirchspielsland-) Vertretungen, den Kreistagen und den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) wird folgendes angeordnet:

1. Abstimmungsbezirke und Wahlräume.

Der Gemeindevorstand bildet die Abstimmungsbezirke und bestimmt die Wahlräume. Abstimmungsbezirke und Wahlräume sind für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen die gleichen.

Bei Gutsbezirken bestimmt der Kreisausschuß die Abstimmungsbezirke und Wahlräume. Kann ein Gutsbezirk nicht für sich einen Abstimmungsbezirk bilden, weil andernfalls durch die zu geringe Zahl der Wahlberechtigten das Wahlgeheimnis gefährdet werden könnte, so ist er durch den Kreisausschuß einem benachbarten Abstimmungsbezirk zuzulegen.

Die Aufgaben des Gutsvorstandes nach § 4 Abs. 1 a—e der Wahlordnung für die Wahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen bleiben unberührt.

Ernennung des Wahlvorstehers, Zusammenfassung des Wahlvorstandes.

In Gemeinden werden die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht nach den Wahlordnungen die Gemeindevorsteher Wahlvorsteher und die Stellvertreter der Gemeindevorsteher Stellvertreter der Wahlvorsteher sind, vom Gemeindevorstand ernannt. In Gutsbezirken wählt der Kreisausschuß die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht die Zulegung der Gutsbezirke benachbarten Abstimmungsbezirken erfolgt. Die Wahlvorsteher und die von ihnen unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks, für den sie bestellt sind, zu berufenden Wahlvorstände führen ihr Amt für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen. Die Zahl der in den Wahlvorstand zu berufenden Beisitzer soll mindestens 3 und ferner für jede außer der Wahl zur Gemeindevertretung vorzunehmende Wahl je 2 betragen.

3. Wählerliste.

Ausgelegt und benutzt wird für die miteinander verbundenen Wahlen ein und dasselbe Wählerverzeichnis (Wählerliste, Bürgerliste bzw. Kartei). Der Zeitraum, innerhalb dessen die Wählerverzeichnisse auszulegen sind, wird nach Festlegung des Wahltages von mir für alle miteinander verbundenen Wahlen einheitlich bestimmt.

In die Liste oder Kartei sind außer den zu den Gemeindevertretungen Wahlberechtigten aufzunehmen:

a) diejenigen, die nur zur Provinziallandtags- und Kreistagswahl wahlberechtigt sind,

b) diejenigen, die außer zum Provinziallandtag und Kreistag auch zur Amts- (Kirchspielsland-) Vertretung wahlberechtigt sind.

Die vorstehend zu a) und b) bezeichneten Wahlberechtigten sind in der Liste oder Kartei durch in der Spalte „Bemerkungen“ einzutragende Vermerke oder durch Unterstreichungen kenntlich zu machen.

Zur Eintragung des Zeichens der erfolgten Stimmabgabe für die einzelnen Wahlen sind 3 Spalten zu verwenden, in deren erste die Stimmabgabe zu den Kreis- und Provinziallandtagswahlen, in deren zweite die zu den Amts- bzw. Kirchspielslandgemeindevahlen und in deren dritte die zu den Gemeindevahlen einzutragen sind. Für etwaige Nachwahlen sind 3 weitere Spalten freizulassen.

4. Wahlscheine.

Ein Wahlschein berechtigt zur Stimmabgabe:

1. für alle miteinander verbundenen Wahlen, wenn er für die Wahl zur Gemeindevertretung ausgestellt ist;
2. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunallandtag), zum Kreistag und zur Amts- (Kirchspielsland-) Vertretung, wenn er für die Wahl zur Amts- (Kirchspielsland-) Vertretung ausgestellt ist;
3. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunallandtag) und zum Kreistag, wenn er für die Wahl zum Kreistage ausgestellt ist;
4. für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunallandtag), wenn er nur für diese ausgestellt ist.

5. Wahlvorschläge.

Bei der Numerierung der Wahlvorschläge für die Gemeinde-, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) und Kreistagswahlen ist den Wahlvorschlägen solcher Parteien, die Vorschläge mit demselben Kennwort auch für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahlen aufgestellt haben, dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betreffenden Partei für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) erhalten haben. Soweit für die eine oder andere Nummer der Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) ein entsprechender Wahlvorschlag bei den übrigen Wahlen nicht vorhanden ist, fällt für die letzteren die betreffende Nummer aus. Soweit Wahlvorschläge für die übrigen Wahlen von Parteien oder Vereinigungen eingereicht werden, die für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) keine Wahlvorschläge aufgestellt haben, erhalten diese Vorschläge erst die durch Provinziallandtagswahlvorschläge (Kommunallandtagswahlvorschläge) nicht in Anspruch genommenen Nummern.

Haben derartige Parteien und Vereinigungen Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen und für die Wahlen zu den Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen und für die Gemeindevertretung oder für die Kreistagswahlen und eine der letztgenannten Wahlen aufgestellt, so ist den Vorschlägen für die letzteren Wahlen dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betr. Parteien oder Vereinigungen für die Kreistagswahlen erhalten haben.

6. Wahlhandlung.

a) Stimmzettel.

Für jede der miteinander verbundenen Wahlen wird mit einem besonderen Stimmzettel gewählt. Die amtlich hergestellten Stimmzettel müssen sich in der Farbe und dem Ausdruck voneinander unterscheiden, und zwar in der Art, daß die Stimmzettel für die Gemeindewahlen auf weißlichem Papier den Ausdruck „Gemeindewahl“, die für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen auf grünlichem Papier „Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“, die für die Kreistagswahlen auf bläulichem Papier „Kreistagswahl“ und die für die Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) auf rötlichem Papier „Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ tragen.

An Stelle des Ausdruckes „Gemeindewahl“ ist in Städten der Ausdruck „Stadtverordnetenwahl“ zulässig.

b) Wahlumschläge.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen einerseits und für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) andererseits in je einem gemeinsamen Umschlag. Die Umschläge für die Gemeinde- und Amtswahlen sollen von weißlicher Färbung und die für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen von rötlicher Färbung sein. Sie sollen außerdem den Ausdruck „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bzw. „Stadtverordnetenwahl“ und „Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl“ tragen.

c) Wahlurne.

Für die miteinander verbundenen Wahlen ist eine Wahlurne zu verwenden, welche die in den Wahlordnungen vorgesehene Größe hat.

d) Wahlhandlung.

Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraums von einer dort aufgestellten Amtsperson zunächst nur den Umschlag für die Wahlen zum Kreis- und Provinziallandtag. Vor Aushändigung der Stimmzettel ist die Amtsperson den Wahlberechtigten ausdrücklich zu fragen, ob er sein Wahlrecht auf Grund seiner Eintragung in die Wählerliste oder auf Grund seines Wahlscheins ausüben will. Im letzteren Falle hat sie vor der Aushändigung der Stimmzettel in den Wahlschein Einsicht zu nehmen. Sodann erhält er an Stimmzetteln, falls er in die Wählerliste eingetragen ist, je einen Stimmzettel für die Wahl zum Kreistag und Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl). Ist er aber sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheins aus, so erhält er

a) wenn der Wahlschein für die Wahlen zur Gemeindevertretung oder zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung oder zum Kreistage ausgestellt ist und die Wahl in einem Abstimmungsbezirk desjenigen Kreises ausgeübt wird, in dem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz hat, je einen Stimmzettel für die Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl),

b) in allen anderen Fällen nur einen Stimmzettel für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl).

Mit dem Umschlag und den Stimmzetteln bzw. dem Stimmzettel hat der Wahlberechtigte sich in den Wahlraum oder an den gegen Sicht geschützten Nebentisch zu begeben, dort den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, auf den Stimmzetteln bzw. dem Stimmzettel in der vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen und alsdann in den Umschlag zu legen. Beim Verlassen des Wahlraums oder Nebentisches hat er den Umschlag mit den darin befindlichen Stimmzetteln in der Hand zu halten.

Er erhält darauf von einer zu diesem Zweck aufgestellten zweiten Amtsperson einen weiteren Umschlag und zwei amtlich hergestellte Stimmzettel für die Wahl zur Gemeinde- bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung. Mit diesem Umschlag und diesen Stimmzetteln hat er sich in einen zweiten Nebenraum oder an einen gegen Sicht geschützten Nebentisch zu begeben, dort auf den Stimmzetteln die Wahlvorschläge zu kennzeichnen, denen er seine Stimme geben will, und alsdann die Stimmzettel in den für sie bestimmten Umschlag zu legen. Die oben erwähnte zweite Amtsperson hat darauf zu achten, daß der Wahlberechtigte beim Verlassen des zweiten Nebenraumes oder Nebentisches beide Umschläge in der Hand trägt. Der Wahlberechtigte hat sodann die beiden Umschläge an den Tisch des Wahlvorstandes zu treten. Er nennt zunächst dem Wahlvorsteher unanwesend seinen Namen, den der Wahlvorsteher alsdann dem Schriftführer zuruft. Dieser gibt dem Wahlberechtigten

Carl Seemanns Verlag • Berlin W 8

Begründet im Jahre 1815 Mauerstraße 44 Begründet im Jahre 1815

Rechts- und staatswissenschaftliche Buchhandlung
Vordrucklager für Behörden-Vordrucke jeder Art

Anschrift für Drahtnachrichten:
Rechtsverlag Berlin



Fernsprecher: Amt A 6
Merfur 5482-5485

Vordrucke zur Durchführung der preussischen Gemeindewahlen

gemäß der Wahlordnung vom 25. Juli 1929

Hilfsvordrucke für die Gemeindewahlen

Nr. T 683. Bekanntmachung des Gemeindevorstandes über Bildung von Abstimmungsbezirken, Ernennung der Wahlvorsteher, Bestimmung der Wahlräume und Zeit (§ 34 der Wahlordnung). Folio. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3.

Nr. T 686. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl der Gemeindevertretung (§ 35 der Wahlordnung), nebst Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlausschusses (§ 11 der Wahlordnung). Folio. Preise wie bei Nr. T 683.

Nr. T 682. Vorschlagsliste (§§ 37—42 der Wahlordnung). Folio. Preise wie bei Nr. T 683.

Nr. T 677. Niederschrift des Gemeindevorstandes über Prüfung der Wahl zur Gemeindevertretung nach den Wahlniederschriften und Feststellung des Gesamtergebnisses (§ 77 der Wahlordnung). Folio. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen M. 1.25, für 100 Bogen M. 4.50.

Nr. T 691. Aufforderung des Wahlvorstehers zur Erklärung über die Annahme der Wahl (§ 78 der Wahlordnung). Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50.

T 150. Wahlordnung für die Wahlen der Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevorstellungen in der Fassung vom 25. Juli 1929 mit zugehörigem Erlaß. Anfang 12 Seiten. Preis einzeln 25 Pf., 10 Stück M. 1.80, für 25 Stück M. 4, 100 Stück M. 15.

T 1. Bürgerliste. Anlage 1. Großfolio. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18, für 1000 Stück M. 35.

T 16. Wahlschein. Anlage 2. Halbfolio. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50.

T 8. Zahl- bzw. Gegenliste. Anlage 3. Folio. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18, für 1000 Stück M. 35.

T 9. Wahlniederschrift. Anlage 4. Folio. Preise wie bei Nr. T 1.

Umschläge für die preussischen Gemeindewahlen in der vorgeschriebenen Form und Papierfarbe, Stempelausdruck, Klapp. Preis für 100 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65.

(2. VIII. 420. 0) s

Vordrucke zur Durchführung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen

gemäß der Wahlordnung vom 25. Juli 1929

Nr. T 151. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen vom 25. Juli 1929 nebst zugehörigem Erlaß. Umfang 16 Seiten. Preis einzeln 30 Pf., für 10 Stück M. 2.50, für 25 Stück M. 5

Nr. T 132 Neu! Wählerliste nach Anlage I der Prov.-Wahl-Ordnung. Großfolio. Titel- und Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18

Nr. T 133 Neu! Zähl- und Gegenliste nach Anlage III der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 134 Neu! Wahlurnenbeschriftung nach Anlage IV der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 132

Nr. T 135 Neu! Zählbogen nach Anlage V der Prov.-Wahl-Ordnung. Titel- und Einlagebogen. Preis für 10 Bogen M. 1.25, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 4.50

Wichtige Hilfsvordrucke

für die nach den eigentlichen Gemeindevorwahlen stattfindenden Wahlen der Gemeindevorsteher, unbesoldeten Magistratsmitglieder und Gemeindevorsteher

Nr. T 684 Neu! Einladung an die Gemeindevorversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folioblatt. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 685 Neu! Einladung an die Gemeindevorversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Folioblatt. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 633. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Schöffen und Gemeinde-Deputationen oder -Kommissionen. Folioobl. Preise wie T 684

Nr. T 634. Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Foliobogen. Titel und Einlagen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Nr. T 635. Gegenliste zur Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. Folioobl. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 152. Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevorwahlen, Kreistagen und Provinziallandtagen. RdErl. d. MdZ. vom 25. Juli 1929. Umfang 4 Seiten. Preis für 10 Stück 85 Pf., für 25 Stück M. 2, für 100 Stück M. 6.50

Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, (Kirchspielslandgemeinden) Vertretern und Gemeindevorwahlen. RdErl. d. MdZ. vom 25. Juli 1929 - IV a 3. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 4.50

Wahlumschläge für die preussischen Gemeindevorwahlen

in der vorschriftsmäßigen Größe u. Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stck. 90 Pf., für 500 Stck. M. 2.75, für 1000 Stck. M. 3.65

Wahlumschläge für die Kreistagswahl

in der vorschriftsmäßigen Größe u. Papierfarbe, Stempelaufdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stck. 90 Pf., für 500 Stck. M. 2.75, für 1000 St. M. 3.65

In Kürze erscheint in neuer Auflage:

Die Landgemeindeordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. März 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

2. Auflage

Preis etwa 5 RM

Die durchgesehene und erweiterte 2. Auflage des Buches, das in seiner vor zwei Jahren erschienenen 1. Auflage sehr raschen Absatz und günstige Beurteilung erfahren hat, wird angesichts der bevorstehenden Gemeindevorwahlen besonders willkommen sein. Es bringt die Wahlordnung sowie die sonstigen einschlägigen Bestimmungen in der heute geltenden Fassung und enthält sodann alle seit der 1. Auflage veröffentlichten neuen Bestimmungen, in erster Linie das Gesetz vom 27. Dezember 1927 über die Neuordnung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes, darunter die Bestimmungen über die Auflösung der Gutsbezirke, die Änderungen im Eingemeindungsrecht und in den Gemeindeordnungen der Rheinprovinz und Westfalen. Ein neu aufgenommenes Sachregister bietet eine wesentliche Erleichterung in der Benutzung des Buches, das sowohl für Gemeindeverwaltungen wie für die staatlichen Verwaltungsbehörden ein unentbehrliches, zuverlässiges Nachschlagewerk bildet.

Früher erschienen:

Die Städteordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. August 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

Preis 6 RM

Die Kreis- und Provinzialordnungen Preußens

nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. November 1927

Zusammengestellt von

Regierungsassessor Dr. Heinz Maull

Preis 8 RM

Das preußische Gemeindewahlrecht seit der Staatsumwälzung

Zusammengestellt und erläutert
auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von

Dr. Viktor von Leyden

Ministerialrat, Generalreferent für kommunale Angelegenheiten im Preussischen Ministerium des Innern.

Preis 6 M., geb. 7 M.

1925

Mitte August erscheint ein

Ergänzungsheft

Preis 3 M.

Zusammengestellt von Reg.-Assessor **Dr. Loschelder**

Das Ergänzungsheft erläutert die nach Abschluß des Hauptwerks erlassenen Bestimmungen auf dem Gebiete des Gemeindewahlrechts. Die Bearbeitung erfolgte im Auftrage des Verfassers des Hauptwerks auf Grund des amtlichen Materials des Preussischen Ministeriums des Innern.

Inhalt des Ergänzungsheftes:

- I. Einleitung.
- II. Gesetzestexte.
 1. Das Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 2. Das Gesetz über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) in der Fassung vom 1. November 1928 (Gesetzsamml. S. 207).
 3. Das Gesetz über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen, sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99), vom 29. Oktober 1928 (Gesetzsamml. S. 197).
 4. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) vom 26. Februar 1929 (Gesetzsamml. S. 7).
- III. Das Gemeindewahlrecht.
 1. Die für die Wahlen zu den Gemeindevertretungsorganen geltenden Vorschriften.
 - a) Das Gesetz vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 - b) Das Gesetz vom 18. April 1928 in der Neufassung vom 1. November 1928 (Gesetzsamml. S. 207).
 2. Die für die Wahlen der Gemeindevorstandsmitglieder, Gemeinde-Deputationen und Gemeindefunktionen geltenden Vorschriften.
 - a) Das Gesetz vom 27. Dezember 1927 (Gesetzsamml. S. 211).
 - b) Das Gesetz vom 18. April 1928 in der Fassung vom 1. November 1928 und das Gesetz vom 26. Februar 1929 (Gesetzsamml. S. 197 und Gesetzsamml. S. 7).
 3. Die Änderungen der Wahlordnung.
 4. Die neue Fassung der Wahlordnung mit Erläuterungen.
 5. Die für die Verbindung der Wahlen geltenden Vorschriften.

Das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925

Erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von

Dr. Viktor von Leyden

Ministerialrat, Generalreferent für kommunale Angelegenheiten im Preussischen Ministerium des Innern.

1926

Mitte August erscheint ein

Ergänzungsheft

Preis 8 M.

Zusammengestellt von Reg.-Assessor **Dr. Loschelder**

Das Ergänzungsheft erläutert die nach Abschluß des Hauptwerks erlassenen Bestimmungen auf dem Gebiete des Provinzial- und Kreistagswahlrechts. Die Bearbeitung erfolgte im Auftrage des Verfassers des Hauptwerks auf Grund des amtlichen Materials des Preussischen Ministeriums des Innern.

Inhalt des Ergänzungsheftes:

- I. Einleitung.
- II. Text des Gesetzes über die Festsetzung der Wahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 (Gesetzsamml. S. 99) vom 29. Oktober 1928 (Gesetzsamml. S. 197).
- III. Gesetzestext mit Erläuterungen.
- IV. Änderung der Wahlordnung vom 14. Oktober 1925 vom 25. Juli 1929.
- V. Neufassung der Wahlordnung mit Erläuterungen.
- VI. Bestimmungen über die Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeindefreie) Vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen).

Nr. T 684 Neu! Einladung an die Gemeindeversammlung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 685 Neu! Einladung an die Gemeindevertretung zur Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 633. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Schöffen und Gemeinde-Deputationen oder Kommissionen. Foliobogen. Preise wie T 684

Nr. T 634. Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Foliobogen. ... Titel und ... Einlagen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, für 100 Bogen M. 6

Nr. T 635. Gegenliste zur Wählerliste zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 684

Nr. T 637. Vorladung zur Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. Postkarte. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 638. Niederschrift über die Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen - Magistratsmitglieder. 8 Folioblätter. Preis einzeln 20 Pf., für 10 Stück M. 1.20

Nr. T 452. Niederschrift über die Eintragung eines neugewählten und bestätigten Gemeindevorstehers durch den Amtsvorsteher nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Foliobogen. Preis für 10 Bogen M. 1, für 25 Bogen M. 1.80, 100 Bogen M. 6

Nr. T 453. Bestätigung der Wahl eines Landrats durch den Landrat nach Vorschrift der Landgemeindeordnung. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 152. Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929. Umfang 4 Seiten. Preis für 10 Stück 85 Pf., für 25 Stück M. 2, für 100 Stück M. 6.50

Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspielslandgemeindefreie) Vertretungen und Gemeindevertretungen. RdErl. d. MdJ. vom 25. Juli 1929 - IV a 318 III - . Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50

Die Landgemeindeordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. März 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 2. Auflage. Preis etwa M. 5

Die Städteordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. August 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 1927. Preis M. 6

Die Kreis- und Provinzialordnungen Preußens nach dem Stande der Gesetzgebung vom 1. November 1927 von Regierungsassessor Dr. Heinz Maull. 1928. Preis M. 8

Das preußische Gemeindewahlrecht seit der Staatsumwälzung. Zusammengestellt und erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden, Ministerialrat. 1925. Preis M. 6, geb. M. 7

Ergänzungsheft dazu. Preis M. 3

Das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925. Erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Preuß. Ministeriums des Innern von Dr. Viktor von Leyden, Ministerialrat. 1926. Preis M. 8

Ergänzungsheft dazu. Preis M. 3

Bestellzettel

Aus Carl Seymanns Verlag zu Berlin W 8 zu liefern:

Nr. T 150. Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspiellandgemeindevvertretungen in der Fassung vom 25. Juli 1929 mit zugehörigem Erlaß. Umfang 12 Seiten. Preis einzeln 25 Pf., für 10 Stück M. 1.80, für 25 Stück M. 4, für 100 Stück M. 15

Nr. T 1. Bürgerliste. Anlage 1. Großfolio. Titel- und ... Einlagebogen. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18, für 1000 Stück M. 35

Nr. T 16. Wahlschein. Anlage 2. Halbfolioblatt. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 8. Zähl- bzw. Gegenliste. Anlage 3. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3, für 500 Stück M. 12.50, für 1000 Stück M. 22.50

Nr. T 9. Wahlniederschrift. Anlage 4. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 1

Wahlumschläge für die preussischen Gemeindewahlen in der vorschriftsmäßigen Größe und Papierfarbe, Stempelausdruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stück 90 Pf., für 500 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65

Hilfsvordrucke für die Gemeindewahlen

Nr. T 683. Bekanntmachung des Gemeindevorstandes über Bildung von Abstimmungsbezirken, Ernennung der Wahlvorsteher, Bestimmung der Wahlräume und Zeit (§ 34 der Wahlordnung). Foliobl. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 686. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl der Gemeindevvertretung (§ 35 der Wahlordnung), nebst Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlausschusses (§ 11 der Wahlordnung). Foliobl. Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 682. Vorschlagsliste (§§ 37-42 der Wahlordnung). Preise wie bei Nr. T 683

Nr. T 677. Niederschrift des Gemeindevorstandes über Prüfung der Wahlvorschläge und Feststellung des Gesamtergebnisses (§ 77 der Wahlordnung). Foliobogen. Preis für 10 Bogen 60 Pf., für 25 Bogen 1.25, für 100 Bogen M. 4.50

Nr. T 691. Aufforderung des Wahlvorstandes zur Erklärung über die Annahme der Wahl (§ 78 der Wahlordnung). Foliobl. Preis für 10 Stück 20 Pf., für 25 Stück 40 Pf., für 100 Stück M. 1.50

Nr. T 151. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen vom 25. Juli 1929 nebst zugehörigem Erlaß. Umfang 16 Seiten. Preis einzeln 30 Pf., für 10 Stück M. 2.50, für 25 Stück M. 5

Nr. T 132 Neu! Wählerliste nach Anlage I der Prov.-Wahl-Ordnung. Großfolio. Preis für 10 Stück 60 Pf., für 25 Stück M. 1.25, für 100 Stück M. 4.50, für 500 Stück M. 18

Nr. T 133 Neu! Zähl- und Gegenliste nach Anlage III der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Nr. T 134 Neu! Wahlniederschrift nach Anlage IV der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preise wie bei Nr. T 132

Nr. T 135 Neu! Zählbogen nach Anlage V der Prov.-Wahl-Ordnung. Foliobogen. Preis für 10 Stück 40 Pf., für 25 Stück 90 Pf., für 100 Stück M. 3

Wahlumschläge für die Kreistagswahlen in der vorschriftsmäßigen Größe und Papierfarbe, Stempeldruck, ungumm. Klappe. Preis für 100 Stück 90 Pf., für 500 Stück M. 2.75, für 1000 Stück M. 3.65

alsdann an, zu welchen der verbundenen Wahlen der Wahlberechtigte ausweislich der Wählerliste wahlberechtigt ist.

Der Wahlvorsteher verfährt alsdann in folgender Weise:

a) Kreis- und Provinziallandtagswahl.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne.

Übt der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheines aus, so hat er dem Wahlvorsteher seinen Namen zu nennen und ihm den Wahlschein zu übergeben. Dieser reicht ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiter. Entstehen Zweifel über die Echtheit oder den rechtmäßigen Besitz des Wahlscheines, so hat der Wahlvorstand diese nach Möglichkeit aufzuklären und über Zulassung oder Abweisung des Wahlberechtigten Bescheid zu fassen. Der Vorgang ist in die Wahlniederschrift zu nehmen.

Wahlen zu den Gemeinde- und Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) vertretungen.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen und nach Auskunft des Schriftführers für beide Wahlen wahlberechtigt, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne. Das gleiche gilt, wenn der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines für die Gemeindewahl ausgestellten Wahlscheines in einem Abstimmungsbezirk der Gemeinde ausübt, in der er seinen Wohnsitz hat.

Ist der Wahlberechtigte auf Grund der Wählerliste nur für die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) vertretung wahlberechtigt oder übt er sein Wahlrecht entweder auf Grund eines nur für die Amtswahl ausgestellten Wahlscheines oder zwar auf Grund eines für die Gemeindewahl ausgestellten Wahlscheines, aber in einem Abstimmungsbezirk außerhalb der Gemeinde aus, in der er seinen Wohnsitz hat, so hat der Wahlvorsteher den Wahlberechtigten zu fordern, den Stimmzettel für die Gemeindewahl aus dem Umschlag herauszunehmen, zu zerreißen und an sich zu nehmen. Die Herausnahme und Vernichtung dieses Stimmzettels muß der Wähler vornehmen, ohne ihn zu entfalten, so daß wohl der Wahlvorsteher an der Farbe des herausgenommenen Stimmzettels die Vernichtung des richtigen Stückes erkennen, das Wahlrecht des Anwesenden in den zu vernichtenden Stimmzetteln aber nicht dadurch verletzt werden kann, daß der Anwesende in einem solchen Falle, sein Umschlag nur einen Stimmzettel enthalte, so ist von dem Wahlvorsteher aufzufordern, den Umschlag Inhalt vor den Augen des Wahlvorstandes uneröffnet zu zerreißen. Ist dies geschehen, so erhält der Wahlberechtigte einen neuen Umschlag und einen neuen Stimmzettel nur für die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) vertretung, begibt sich wieder in den Nebenraum oder an den Wahlort und wiederholt den Wahlakt.

Die Amtspersonen im Sinne dieser Vorschrift brauchen nicht die Eigenschaft von Gemeindebeamten zu haben; sie sind „Amtspersonen“ auf Grund besonderer Bestellung für den bestimmten Zweck während der Dauer der Wahlhandlung.

7. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses.

a) Stimmzettel in falschen Umschlägen.

Der Umstand, daß die Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) und Kreistagswahl und für die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) und Gemeindewahl in je einem gemeinsamen Umschlag abzugeben sind, bedingt folgende Behandlung der Stimmzettel:

A. Bei der Provinziallandtags- und Kreistagswahl.

1. Sind in dem Umschlage für die Provinziallandtags- und Kreistagswahl je ein Stimmzettel für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) und für die Kreistagswahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so ist die Stimme — Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl“ bezeichneten Umschlage mehrere Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betreffende Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlag für die Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zur Gemeinde- oder zur Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) vertretung, so sind diese Stimmzettel ungültig.

B. Bei der Gemeinde- oder Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) vertretungswahl.

1. Sind in dem Umschlage für die Gemeinde- oder Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl je ein Stimmzettel für die Gemeindewahl und die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Gemeindewahl oder für die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl vorhanden, so ist die Stimme — die Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag mehrere Stimmzettel entweder für die Gemeindevahl oder für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betr. Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlag für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zum Kreistage oder zum Provinziallandtage (Kommunallandtage), so sind diese Stimmzettel ungültig.

b) Behandlung ungültiger Wahlumschläge usw.

Wenn Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl und Kreistagswahl oder für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen wegen der Beschaffenheit des gemeinsamen Umschlages für ungültig erklärt werden, so ist der Umschlag der Niederschrift über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl anzuschließen und in die Niederschrift über die Kreistagswahl bzw. Gemeindevahl ein entsprechender Hinweis aufzunehmen. Das gleiche gilt für Umschläge, bei denen es aus sonstigen Gründen einer Beschlussfassung des Wahlvorstandes bedurft hatte, und für abgegebene leere Umschläge.

Umschläge, die einen Stimmzettel nur für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder nur für die Kreistagswahl bzw. nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl oder nur für die Gemeindevahl enthalten, gelten als leer für diejenigen Wahlen, für die ein Stimmzettel nicht abgegeben ist und sind der Niederschrift über diese Wahl beizufügen.

c) Zähl- und Gegenlisten.

Für jede der verbundenen Wahlen ist je eine besondere Zähl- und je eine besondere Gegenliste zu führen.

Vordrucke zur Durchführung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) wie:

Bürgerliste, Wählerliste, Wahlscheine, Zähl- und Gegenliste, Wahl Niederschrift und Zählbogen.

Zu beziehen durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Die Zählkarte für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) ist von dem Schriftführer, die Zählkarte für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und für die Gemeindevahl und die Gegenlisten sind je von einem Beisitzer zu führen. In der Niederschrift für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und Gemeindevahl muß es demzufolge statt „der Schriftführer machte“ heißen „der mit der Führung der Zählkarte betraute Beisitzer machte“ usw.

Über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl), über die Kreistagswahl, über die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und über die Gemeindevahl ist je eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

d) Öffnen der Umschläge und Verlesen der Stimmzettel.

Zum Öffnen der Umschläge, Verlesen der Stimmzettel, Ordnen und Aufbewahren der verlesenen Stimmzettel mit Umschlägen sowie zur Führung der Zähl- und Gegenlisten müssen neben dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter der Schriftführer und eine hinreichende Anzahl von Beisitzern gleichzeitig anwesend sein. Die Wahlvorstände haben hiernach für ausreichende Besetzung der Wahlvorstände zu sorgen.

8. Schlußvorschriften.

Soweit die Vorschriften der Gemeindevahlordnung und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen den Bestimmungen der vorstehenden Nummern 1-7 entgegenstehen, gelten sie als für die verbundenen Wahlen entsprechend geändert. Die unter III der Wahlordnung die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen enthaltenen Bestimmungen im Fall einer Verbindung der Provinzial- (Kommunallandtags-) wahlen mit den Kreistagswahlen treten für verbundenen Wahlen außer Kraft.

An die Oberpräsi., Reg.-Präsi., Landräte u. Gemeindeverwaltungen.

Abschrift.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz.
F.Nr. 572.

Koblenz, den 31. Okt. 1929.

Auf Ihre Eingabe an den Herrn Preussischen Minister des Innern vom 25. d. Mts. hat mich der Herr Minister beauftragt, Sie zu bescheiden, daß die amtliche Abstempelung der Wahlumschläge durch die Stelle erfolgt, die sie amtlich liefert; das ist der Gemeindevorstand. Ob er die Wahlumschläge selbst abstempelt oder eine Firma beauftragt, Wahlumschläge mit eingedrucktem amtlichen Stempel herzustellen, kann ihm überlassen bleiben. Als amtlicher Stempel ist der Stempel der die Briefumschläge amtlich liefernden Stelle, bei Gemeinden also der Gemeindestempel, zu verwenden, sodaß eine Verwendung des preussischen Adlers nicht in Frage kommt.

In Vertretung:

gez. von S y b e l .

Beglaubigt:

gez. B i n d e r, Reg. Kzl. Ass.

(L.S.)

An

Herrn W. R e c k i n g e r
Buchdruckerei & Vordruckverlag

in

S i e g b u r g .

Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielsland- gemeinde-) Vertretungen, Kreistagen u. Provinziallandtagen (Kommunallandtagen).

AbErl. d. MdZ. v. 25. 7. 1929 — IV a I 318 V.

Zur Durchführung der Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, den Amts- (Kirchspielsland-
gemeinde-) Vertretungen, den Kreistagen und den Provinzial-
landtagen (Kommunallandtagen) wird folgendes ange-
ordnet:

1. Abstimmungsbezirke und Wahlräume.

Der Gemeindevorstand bildet die Abstimmungsbezirke und bestimmt die Wahlräume. Abstimmungsbezirke und Wahlräume sind für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen die gleichen.

Bei Gutsbezirken bestimmt der Kreisaußschuß die Abstimmungsbezirke und Wahlräume. Kann ein Gutsbezirk nicht für sich einen Abstimmungsbezirk bilden, weil andernfalls durch die zu geringe Zahl der Wahlberechtigten das Wahlgeheimnis gefährdet werden könnte, so ist er durch den Kreisaußschuß einem benachbarten Abstimmungsbezirk zuzulegen.

Die Aufgaben des Gutsvorstandes nach § 4 Abs. 1 a—e und h der Wahlordnung für die Wahl zu den Provinzial-
landtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen bleiben hierbei unberührt.

Ernennung des Wahlvorstehers, Zusammen- setzung des Wahlvorstandes.

In Gemeinden werden die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht nach den Wahlordnungen die Gemeindevorsteher Wahlvorsteher und die Stellvertreter der Gemeindevorsteher Stellvertreter der Wahlvorsteher sind, vom Gemeindevorstand ernannt. In Gutsbezirken bestimmt der Kreisaußschuß die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht die Zulegung der Gutsbezirke zu benachbarten Abstimmungsbezirken erfolgt. Die Wahlvorsteher und die von ihnen unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks, für den sie bestellt sind, zu berufenden Wahlvorstände führen ihr Amt für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen. Die Zahl der in den Wahlvorstand zu berufenden Beisitzer soll mindestens 3 und ferner für jede außer der Wahl zur Gemeindevertretung vorzunehmende Wahl je 2 betragen.

3. Wählerliste.

Ausgelegt und benutzt wird für die miteinander verbundenen Wahlen ein und dasselbe Wählerverzeichnis (Wählerliste, Bürgerliste bzw. Kartei). Der Zeitraum, innerhalb dessen die Wählerverzeichnisse auszulegen sind, wird nach Festsetzung des Wahltages von mir für alle miteinander verbundenen Wahlen einheitlich bestimmt.

In die Liste oder Kartei sind außer den zu den Gemeindevertretungen Wahlberechtigten aufzunehmen:

a) diejenigen, die nur zur Provinziallandtags- und Kreistagswahl wahlberechtigt sind,

b) diejenigen, die außer zum Provinziallandtag und Kreistag auch zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretung wahlberechtigt sind.

Die vorstehend zu a) und b) bezeichneten Wahlberechtigten sind in der Liste oder Kartei durch in der Spalte „Bemerkungen“ einzutragende Vermerke oder durch Unterstreichungen kenntlich zu machen.

Zur Eintragung des Zeichens der erfolgten Stimmabgabe für die einzelnen Wahlen sind 3 Spalten zu verwenden, in deren erste die Stimmabgabe zu den Kreis- und Provinziallandtagswahlen, in deren zweite die zu den Amts- bzw. Kirchspielslandgemeindewahlen und in deren dritte die zu den Gemeindewahlen einzutragen sind. Für etwaige Nachwahlen sind 3 weitere Spalten freizulassen.

4. Wahlscheine.

Ein Wahlschein berechtigt zur Stimmabgabe:

1. für alle miteinander verbundenen Wahlen, wenn er für die Wahl zur Gemeindevertretung ausgestellt ist;
2. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunallandtag), zum Kreistag und zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretung, wenn er für die Wahl zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretung ausgestellt ist;
3. für die Wahlen zum Provinziallandtag (Kommunallandtag) und zum Kreistag, wenn er für die Wahl zum Kreistage ausgestellt ist;
4. für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunallandtag), wenn er nur für diese ausgestellt ist.

5. Wahlvorschläge.

Bei der Numerierung der Wahlvorschläge für die Gemeinde-, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) und Kreistagswahlen ist den Wahlvorschlägen solcher Parteien, die Vorschläge mit demselben Kennwort auch für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahlen aufgestellt haben, dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betreffenden Partei für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) erhalten haben. Soweit für die eine oder andere Nummer der Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) ein entsprechender Wahlvorschlag bei den übrigen Wahlen nicht vorhanden ist, fällt für die letzteren die betreffende Nummer aus. Soweit Wahlvorschläge für die übrigen Wahlen von Parteien oder Vereinigungen eingereicht werden, die für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) keine Wahlvorschläge aufgestellt haben, erhalten diese Vorschläge erst die durch Provinziallandtagswahlvorschläge (Kommunallandtagswahlvorschläge) nicht in Anspruch genommenen Nummern.

Haben derartige Parteien und Vereinigungen Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen und für die Wahlen zu den Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen und für die Gemeindevertretung oder für die Kreistagswahlen und eine der letztgenannten Wahlen aufgestellt, so ist den Vorschlägen für die letzteren Wahlen dieselbe laufende Nummer zu geben, die die Wahlvorschläge der betr. Parteien oder Vereinigungen für die Kreistagswahlen erhalten haben.

6. Wahlhandlung.

a) Stimmzettel.

Für jede der miteinander verbundenen Wahlen wird mit einem besonderen Stimmzettel gewählt. Die amtlich hergestellten Stimmzettel müssen sich in der Farbe und dem Ausdruck voneinander unterscheiden, und zwar in der Art, daß die Stimmzettel für die Gemeindevahlen auf weißlichem Papier den Ausdruck „Gemeindevahl“, die für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen auf grünlichem Papier „Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“, die für die Kreistagswahlen auf bläulichem Papier „Kreistagswahl“ und die für die Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) auf rötlichem Papier „Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ tragen.

An Stelle des Ausdruckes „Gemeindevahl“ ist in Städten der Ausdruck „Stadtverordnetenwahl“ zulässig.

b) Wahlumschläge.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen einerseits und für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen (Kommunallandtagswahlen) andererseits in je einem gemeinsamen Umschlag. Die Umschläge für die Gemeinde- und Amts- wahlen sollen von weißlicher Färbung und die für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen von rötlicher Färbung sein. Sie sollen außerdem den Ausdruck „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bzw. „Stadtverordnetenwahl“ und „Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl“ tragen.

c) Wahlurne.

Für die miteinander verbundenen Wahlen ist eine Wahlurne zu verwenden, welche die in den Wahlordnungen vorgesehene Größe hat.

d) Wahlhandlung.

Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraums von einer dort aufgestellten Amtsperson zunächst nur den Umschlag für die Wahlen zum Kreis- und Provinziallandtag. Vor Aushändigung der Stimmzettel hat die Amtsperson den Wahlberechtigten ausdrücklich zu befragen, ob er sein Wahlrecht auf Grund seiner Eintragung in die Wählerliste oder auf Grund seines Wahlscheins ausüben. Im letzteren Falle hat sie vor der Aushändigung der Stimmzettel in den Wahlschein Einsicht zu nehmen. Sodann erhält er an Stimmzetteln, falls er in die Wählerliste eingetragen ist, je einen Stimmzettel für die Wahl zum Kreistag und Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl). Übt er aber sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheins aus, so erhält er

a) wenn der Wahlschein für die Wahlen zur Gemeindevertretung oder zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung oder zum Kreistage ausgestellt ist und die Wahl in einem Abstimmungsbezirk desjenigen Kreises ausgeübt wird, in dem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz hat, je einen Stimmzettel für die Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl),

b) in allen anderen Fällen nur einen Stimmzettel für die Wahl zum Provinziallandtag (Kommunallandtagswahl).

Mit dem Umschlag und den Stimmzetteln bzw. dem Stimmzettel hat der Wahlberechtigte sich in den Nebenraum oder an den gegen Sicht geschützten Nebentisch begeben, dort den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, auf den Stimmzetteln bzw. dem Stimmzettel in der vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen und alsdann in den Umschlag zu legen. Beim Verlassen des Wahlraums oder Nebentisches hat er den Umschlag mit den darin befindlichen Stimmzetteln in der Hand zu halten.

Er erhält darauf von einer zu diesem Zweck am Eingang des Wahlraums aufgestellten zweiten Amtsperson einen weiteren Umschlag und zwei amtlich hergestellte Stimmzettel für die Wahl zur Gemeinde- bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung. Mit diesem Umschlag und diesen Stimmzetteln hat er sich in einen zweiten Nebenraum oder an einen gegen Sicht geschützten Nebentisch zu begeben, dort auf den Stimmzetteln die Wahlvorschläge zu kennzeichnen, denen er seine Stimme geben will, und alsdann die Stimmzettel in den für sie bestimmten Umschlag zu legen. Die oben erwähnte zweite Amtsperson hat darauf zu achten, daß der Wahlberechtigte beim Verlassen des zweiten Nebenraumes oder Nebentisches beide Umschläge in der Hand trägt. Der Wahlberechtigte hat sodann die Umschläge an den Tisch des Wahlvorstandes zu legen. Er nennt zunächst dem Wahlvorsteher unaufgefordert seinen Namen, den der Wahlvorsteher alsdann dem Schriftführer zuruft. Dieser gibt dem Wahlberechtigten

alsdann an, zu welchen der verbundenen Wahlen der Wahlberechtigte ausweislich der Wählerliste wahlberechtigt ist.

Der Wahlvorsteher verfährt alsdann in folgender Weise:

a) Kreis- und Provinziallandtagswahl.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne.

Übt der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheins aus, so hat er dem Wahlvorsteher seinen Namen zu nennen und ihm den Wahlschein zu übergeben. Dieser reicht ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiter. Entstehen Zweifel über die Echtheit oder den rechtmäßigen Besitz des Wahlscheins, so hat der Wahlvorstand diese nach Möglichkeit aufzuklären und über die Zulassung oder Abweisung des Wahlberechtigten Bescheid zu fassen. Der Vorgang ist in die Wahlprotokoll niederzuschreiben.

b) Wahlen zu den Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen.

Ist der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen und nach Auskunft des Schriftführers für beide Wahlen wahlberechtigt, so legt der Wahlvorsteher den Umschlag mit den Stimmzetteln sofort uneröffnet in die Wahlurne. Das gleiche gilt, wenn der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines für die Gemeindevahl ausgestellten Wahlscheins in einem Abstimmungsbezirk der Gemeinde ausübt, in der er seinen Wohnsitz hat.

Ist der Wahlberechtigte auf Grund der Wählerliste nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung wahlberechtigt oder übt er sein Wahlrecht entweder auf Grund eines nur für die Amtswahl ausgestellten Wahlscheins oder zwar auf Grund eines für die Gemeindevahl ausgestellten Wahlscheins, aber in einem Abstimmungsbezirk außerhalb der Gemeinde aus, in der er seinen Wohnsitz hat, so hat der Wahlvorsteher den Wahlberechtigten aufzufordern, den Stimmzettel für die Gemeindevahl aus dem Umschlag herauszunehmen, zu zerreißen und an sich zu nehmen. Die Herausnahme und Vernichtung dieses Stimmzettels muß der Wähler vornehmen, ohne ihn wieder zu entfalten, so daß wohl der Wahlvorsteher an der Farbe des herausgenommenen Stimmzettels die Veranlassung des richtigen Stimmes erkennen, das Wahlzettel aber nicht dadurch verlegt werden kann, daß er in den Umschlag zurückgelegt wird.

Erklärt ein Wahlberechtigter in einem solchen Falle, daß sein Umschlag nur einen Stimmzettel enthalte, so ist von dem Wahlvorsteher aufzufordern, den Umschlag zu zerreißen. Ist dies geschehen, so erhält der Wahlberechtigte einen neuen Umschlag und einen neuen Stimmzettel nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl, begibt sich wieder in den Nebenraum oder an den Nebentisch und wiederholt den Wahlakt.

Die Amtspersonen im Sinne dieser Vorschrift brauchen nicht die Eigenschaft von Gemeindebeamten zu haben; sie sind „Amtspersonen“ auf Grund besonderer Bestellung für den bestimmten Zweck während der Dauer der Wahlhandlung.

7. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses.

a) Stimmzettel in falschen Umschlägen.

Der Umstand, daß die Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) und Kreistagswahl und für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) und Gemeindevahl in je einem gemeinsamen Umschlag abzugeben sind, bedingt folgende Behandlung der Stimmzettel:

A. Bei der Provinziallandtags- und Kreistagswahl.

1. Sind in dem Umschlag für die Provinziallandtags- und Kreistagswahl je ein Stimmzettel für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) und für die Kreistagswahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Kreis- und Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl)“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so ist die Stimme — Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl“ bezeichneten Umschlag mehrere Stimmzettel entweder für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder für die Kreistagswahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betreffende Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlag für die Kreis- und Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zur Gemeinde- oder zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung, so sind diese Stimmzettel ungültig.

B. Bei der Gemeinde- oder Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungswahl.

1. Sind in dem Umschlag für die Gemeinde- oder Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl je ein Stimmzettel für die Gemeindevahl und die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl enthalten (Normalfall), so ist die Stimme — die Gültigkeit der Stimmzettel vorausgesetzt — für jede Wahl zu zählen.

2. Ist in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag nur ein Stimmzettel entweder für die Gemeindevahl oder für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl vorhanden, so ist die Stimme — die Gültigkeit des Stimmzettels vorausgesetzt — nur für diese Wahl zu zählen.

3. Sind in dem mit „Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl“ bezeichneten Umschlag mehrere Stimmzettel entweder für die Gemeindewahl oder für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl enthalten, so sind sie als eine Stimme für die betr. Wahl zu zählen, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

4. Befinden sich in einem Umschlage für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl Stimmzettel für die Wahlen zum Kreistage oder zum Provinziallandtage (Kommunallandtage), so sind diese Stimmzettel ungültig.

b) Behandlung ungültiger Wahlumschläge usw.

Wenn Stimmzettel für die Provinziallandtags- (Kommunallandtags-) wahl und Kreistagswahl oder für die Gemeinde- und Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahlen wegen der Beschaffenheit des gemeinsamen Umschlages für ungültig erklärt werden, so ist der Umschlag der Niederschrift über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) bzw. Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl anzuschließen und in die Niederschrift über die Kreistagswahl bzw. Gemeindewahl ein entsprechender Hinweis aufzunehmen. Das gleiche gilt für Umschläge, bei denen es aus sonstigen Gründen einer Beschlussfassung des Wahlvorstandes bedurft hatte, und für abgegebene leere Umschläge.

Umschläge, die einen Stimmzettel nur für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder nur für die Kreistagswahl bzw. nur für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl oder nur für die Gemeindewahl enthalten, gelten als leer für diejenigen Wahlen, für die ein Stimmzettel nicht abgegeben ist und sind der Niederschrift über diese Wahl beizufügen.

c) Zähl- und Gegenlisten.

Für jede der verbundenen Wahlen ist je eine besondere Zähl- und je eine besondere Gegenliste zu führen.

Die Zählliste für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) ist von dem Schriftführer, die Zähl- und Gegenlisten für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und für die Gemeindewahl und die Gegenlisten sind je von einem Beisitzer zu führen. In der Niederschrift für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und Gemeindewahl muß es demzufolge statt „der Schriftführer machte“ heißen „der mit der Führung der Zähl- und Gegenlisten betraute Beisitzer“ usw.

Über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl), über die Kreistagswahl, über die Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) wahl und über die Gemeindewahl ist je eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

d) Öffnen der Umschläge und Verlesen der Stimmzettel.

Zum Öffnen der Umschläge, Verlesen der Stimmzettel, Ordnen und Aufbewahren der verlesenen Stimmzettel mit Umschlägen sowie zur Führung der Zähl- und Gegenlisten müssen neben dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter der Schriftführer und eine hinreichende Anzahl von Beisitzern gleichzeitig anwesend sein. Die Wahlvorstände haben hiernach für ausreichende Besetzung der Wahlvorstände zu sorgen.

8. Schlußvorschriften.

Soweit die Vorschriften der Gemeindewahlordnung und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen den Bestimmungen der vorstehenden Nummern 1—7 entgegenstehen, gelten sie als für die verbundenen Wahlen entsprechend geändert. Die unter III der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen enthaltenen Bestimmungen für den Fall einer Verbindung der Provinzial- (Kommunallandtags-) wahlen mit den Kreistagswahlen treten für die verbundenen Wahlen außer Kraft.

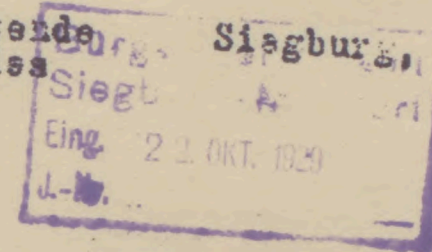
An die Oberpräsi., Reg.-Präsi., Landräte u. Gemeindevertretungen.

Vordrucke zur Durchführung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) wie:

Bürgerliste, Wählerliste, Wahlzettel, Zähl- und Gegenliste, Wahl-niederschrift und Zählbogen.

Zu beziehen durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Der Landrat und Vorsitzende
des Kreisausschusses des
Siegkreises
A I J No. 8853.



Auf den Ministerialerlass, betr.
Kommunalwahlen vom 4. ds. Mts. IV a I 550 (L.B1.
f.i.V.S-356) mache ich zur gefl. Beachtung be-
sonders aufmerksam.

J. A.

Herchenbach.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Der L a n d r a t .

Siegburg, den 19. August 29.

A I J No. 7239.

23.

Das Preussische Staatsministerium hat bestimmt, dass die allgemeinen Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) Kreistagen, Amts-, (Kirchspielslandgemeinde-)vertretungen und Gemeindevertretungen am Sonntag, den 17. November 1929 stattzufinden haben. Zugleich hat es beschlossen, die oben genannten Wahlen miteinander zu verbinden. Ich verweise auf folgende Ministerialerlasse:

- 1.) Ministerialerlass, betreffend Neuwahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) Kreistagen, Amts-, (Kirchspielslandgemeinde-)vertretungen und Gemeindevertretungen vom 25.7.1929 IV a I 318 III (M.Bl.i.V.S.636/640),
- 2.) Ministerialerlass, betreffend Aenderung der Gemeindewahlordnung von 25.7.1929 IV a I 318 IV (M.Bl.i.V.S.640/646).
- 3.) Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevertretungen vom 25.7.1929 (M.Bl.i.V.S.647/665).
- 4.) Ministerialerlass, betreffend Aenderung der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen vom 14.10.1925 (M.Bl.i.V.S.1033 vom 25.7.1929 IV a III 468 M.Bl.i.V.S.665/667).
- 5.) Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen, Fassung vom 25.7.1929 (M.Bl.i.V.S.667/694).

6.)

- 6.) Ministerialerlass, betreffend Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts-(Kirchspielslandgemeinde-)vertretungen, Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) vom 25. 7.1929 IV a I 318 V (M.Bl.i.V.S.695/702).
- 7.) Beilage zum Ministerialblatt für die preussische innere Verwaltung No. 33 vom 14.8.1929, betreffend Deckblätter zum Runderlass des M.d.J. vom 25.7. 1929 IV a I 318 III (M.Bl.i.V.S.636) und zu der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevertretungen vom 25. 7.1929 (M.Bl.i.V.S.647).

Dr. W e s s e l.

An
den Herrn Bürgermeister

in

Sankt Augustin

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.

Verlag von J. Neinde (Louis Geuser'sche Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

Nr 5013.

Ministerial-Erlaß

betreffend

Berichtigung der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevvertretungen in der Neufassung vom 25. Juli 1929 (MBlB. G. 647). — Glg. 4985/90.

MBlB. G. 735/36.

I. S. 654 MBlB. Im § 53, Zeile 1, muß es statt „die Schriftführer“ heißen „der Schriftführer“.

S. 655 MBlB. Im § 57, Zeile 4, muß es statt „dem Wahlvorstand“ heißen „den Wahlvorstehern“.

S. 657 MBlB. Im § 69, Zeile 1, muß es statt „Wählliste“ heißen „Zählliste“.

Im § 72, Zeile 1, muß zwischen „die“ und „nach“ eingefügt werden „nicht“.

II. In dem Muster der Bürgerliste, Anlage 1 auf S. 660 MBlB., wird Spalte 5 (Stand oder Gewerbe) gestrichen. Die Zählung der folgenden Spalten ändert sich entsprechend.

III. In der Anlage 4 werden

1. auf S. 662 MBlB., Zeile 5 von oben, hinter „als Wahlvorsteher“ eingefügt die Worte „dem . . . als Stellvertreter“;

2. auf S. 662 MBlB., Zeile 8 von oben, vor „die Beisitzer“ eingefügt die Worte „den Stellvertreter, den Schriftführer und“;

3. auf S. 663 MBlB., Zeile 25 und 26 von unten, die Worte „—“ getrennt nach gemeinsamen und besonderen

Stimmzetteln und —⁴⁾“

und

auf S. 664 MBlB., Zeile 12 von unten, die Worte „— gemeinsame Stimmzettel getrennt von den übrigen⁴⁾“ gestrichen;

4. der letzte Absatz auf S. 664 MBlB. gestrichen und ersetzt durch:

„Zu keiner Zeit der Wahlhandlung waren weniger als 4 Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig und der Wahlvorsteher und sein Stellvertreter gleichzeitig abwesend.“;

5. im Schlußabsatz und in der Unterschrift auf S. 665 MBlB. die Worte „dem schriftführenden Beisitzer“ und „Der schriftführende Beisitzer“ ersetzt durch „dem Schriftführer“ und „Der Schriftführer“ und hinter den Worten „dem Wahlvorsteher“ bzw. „Der Wahlvorsteher“ eingefügt die Worte „dem Stellvertreter“ bzw. „und der Stellvertreter“;

6. die Anmerkung⁴⁾ auf S. 665 MBlB., Zeile 10 von oben, gestrichen.

Der Minister des Innern.

Inwieweit
20.11.29

Abschrift.

Der Regierungs-Präsident.
I E 1158/29.

Köln, den 8. August 1929.

Betrifft: Neuwahlen zu den Provinziallandtagen,
Kreistagen, Amts- und Gemeindevertretungen.

Gemäss Ziffer VI des Erlasses des Herrn
Ministers des Innern vom 25.7.1929 - IVa I 318 III
(M.Bl.i.V.S.636) ist mir bis zum 23.11.1929 über
das Ergebnis der Wahlen unter Uebersendung der im
Erlass näher bezeichneten Zusammenstellungen zu
berichten. Den festgesetzten Termin ersuche ich
unter allen Umständen einzubehalten.

In Vertretung:
gez. Bier.

An den Herrn Landrat in Siegburg.

Der Landrat.

Siegburg, den 16. 8. 1929.

A I J No. 7008.

23.

Abdruck zur Kenntnis und mit dem Ersuchen,
mir entsprechend dem vorerwähnten Erlass bis
20.11.ds.Js. bestimmt über das Ergebnis der Wahlen
unter Uebersendung der im Erlass näher bezeichne-
ten Zusammenstellungen zu berichten. Den Termin
ersuche ich unter allen Umständen einzuhalten.

J.A.
Herchenbach.

An
den Herrn Bürgermeister

in

Meinberg

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.

Verlag von J. Neinde (Louis Senfischer Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

№ 4982.

Ministerial-Erlaß

betreffend

Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen und Gemeindevertretungen.

Vom 25. Juli 1929. — IV a I 318 III. — MBl. S. 636/640.

I. Das Preuß. Staatsministerium hat gemäß § 6 Abs. 2 und § 35 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925 (GS. S. 123) und § 2 des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindevahlen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. November 1928 (GS. S. 207) bestimmt, daß die allgemeinen Neuwahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen), Kreistagen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) Vertretungen und Gemeindevertretungen am **Sonntag, den 17. November 1929** stattzufinden haben. Zugleich hat es gemäß § 3 des Gesetzes vom 29. Oktober 1928 (GS. S. 197) beschlossen, die obengenannten Wahlen miteinander zu verbinden.

Der Kreis derjenigen Gemeinden und Gemeindeverbände, in denen Neuwahlen nicht stattfinden, ergibt sich aus den §§ 2 und 5 des Gesetzes vom 18. April 1928 (GS. S. 99) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. November 1928 (GS. S. 207) und dem § 2 des Gesetzes vom 29. Oktober 1928 (GS. S. 197). Ich verweise hierzu auf den Runderlaß vom 23. November 1928 — IV a I 631 MBl. S. 1119 ff.). Danach finden Neuwahlen nicht statt

1. zur Gemeindevertretung der Gemeinde Helgoland,
2. zu den Vertretungskörperschaften derjenigen Gemeinden und Gemeindeverbände, in denen nach dem 17. November 1928 Neuwahlen stattgefunden haben. Das gilt insbesondere für diejenigen Gemeinden, deren Gemeindevertretungen aus Anlaß der Auflösung der Gutsbezirke am 2. Dezember 1928 neu gewählt worden sind (vgl. Runderlaß vom 8. Oktober 1928 — IV a I 563 MBl. S. 1015).

Hinsichtlich der Stadt Berlin bemerke ich, daß in ihr am 17. November 1929 die Stadtverordnetenversammlung und die Bezirksversammlungen neu zu wählen sind.

II. Die Wählerlisten für die am Sonntag, den 17. November 1929, stattfindenden Wahlen sind vom 27. Oktober 1929 bis zum 9. November 1929 einschließlich öffentlich auszulegen.

III. Die Wahlordnungen für die am Sonntag, den 17. November 1929 stattfindenden Wahlen sowie die besonderen Bestimmungen für die Verbindung der Wahlen werden in ihrer jetzt geltenden Fassung in der gleichen Nr. 31 des MBl. veröffentlicht.

Die Wahlordnungen weisen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand folgende wesentliche Änderungen auf:

1. Gemeindewahlordnung.

a) Wahlvorstand.

Die Zahl der Beisitzer des Wahlvorstandes wird nicht mehr wie bisher innerhalb des im § 4 der früheren Fassung vorgesehenen Rahmens durch Gemeindebeschluß bestimmt. Es ist vielmehr dem Wahlvorsteher überlassen, wieviel Beisitzer er berufen will. Deren Mindestzahl muß jedoch 3 betragen, ihre Höchstzahl darf 6 nicht übersteigen. Für die verbundenen Wahlen beträgt die Zahl der Beisitzer mindestens 3 und für jede außer der Wahl zur Gemeindevertretung vorzunehmende Wahl je 2.

Voraussetzung der Beisitzerschaft im Wahlvorstand ist lediglich die Wahlberechtigung, nicht wie bisher die Wählbarkeit zur Gemeindevertretung.

Die Wahl der Beisitzer durch die Gemeindevertretung ist beseitigt. Die durch Runderlaß vom 5. März 1924 (MBl. S. 244) eingeführte fakultative Berufung der Beisitzer durch den Wahlvorsteher aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks ist nunmehr obligatorisch.

b) Wahlausschuß.

In jeder Gemeinde ist ein besonderer Wahlausschuß zu bilden. Die Vorschrift, daß in Gemeinden, die nur einen Abstimmungsbezirk bilden, der Wahlausschuß aus dem Wahlvorstande besteht, ist beseitigt.

Die Zahl der Beisitzer beträgt 4 oder 6, nicht wie bisher nach Maßgabe des Gemeindebeschlusses 2 oder 4. Die Beisitzer werden nunmehr an Stelle der bisher vorgesehenen Wahl durch die Gemeindevertretung vom Vorsitzenden des Wahlausschusses berufen. Voraussetzung der Berufung ist lediglich die Wahlberechtigung, während bisher Voraussetzung der Beisitzerschaft die Wählbarkeit zur Gemeindevertretung war.

Der Schriftführer, der bisher aus der Zahl der Beisitzer bestimmt wurde, wird neben den Beisitzern vom Vorsitzenden berufen.

c) Stimmzettel.

Die Stimmzettel, deren Beschaffung bisher grundsätzlich den Parteien oder Vereinigungen überlassen war, sind nunmehr in allen Fällen vom Gemeindevorstand amtlich

herzustellen. Eine Umlegung der Beschaffungskosten hierfür auf die Parteien oder Vereinigungen findet nicht statt.

d) Wahlen zu den Amtsvertretungen.

Da gemäß § 4 des Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27. Dezember 1927 (GS. S. 211) für die Wahl der zu wählenden Amtsverordneten das Amt einen Wahlbezirk bildet, kommen die bisherigen Vorschriften über die Bildung der Wahlbezirke für die Wahlen zu den Amtsvertretungen in Fortfall. Für die Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevvertretungen gilt der bisherige Rechtszustand unverändert weiter.

2. Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen.

a) Wahlscheine.

Der Kreis der Personen, für die ein Wahlschein ausgestellt werden kann, ist erweitert. Ein Wahlschein kann nunmehr auch dann erteilt werden, wenn ein in die Wählerliste nicht eingetragener Wahlberechtigter nach Ablauf der Einspruchsfrist aus einer anderen Provinz unter Begründung des Wohnsitzes zugezogen ist und nachweist, daß seine Streichung in der Wählerliste seiner früheren Wohnsitzgemeinde erfolgt ist.

b) Fristen.

Die im § 37. und im § 44 für die Einreichung der Wahlvorschläge sowie für die Mängelbeseitigung vorgesehenen Fristen sind geändert.

c) Verbindung von Wahlvorschlägen.

Während das bisherige Wahlrecht zwei Arten von Listenverbindungen kannte, nämlich

a) die Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei mit demselben Parteikennwort aus verschiedenen Wahlbezirken oder aus demselben Wahlbezirk und

b) die Verbindung von Wahlvorschlägen verschiedener Parteien zu einer gemeinsamen Gruppe unter einem gemeinsamen Gruppenkennwort, gleichgültig, ob aus demselben Wahlbezirk oder aus mehreren Wahlbezirken, ist nach dem Gesetz vom 29. Oktober 1928 nur noch die aus dem gleichen Kennwort folgende Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei aus verschiedenen Wahlbezirken zulässig.

Für den Wahlauschluß ergibt sich daraus die Pflicht, mit besonderer Sorgfalt die Berechtigung der Parteien oder Vereinigungen zur Führung der von ihnen gewählten Kennworte zu prüfen, wenn in einem Wahlbezirk von Angehörigen ein und derselben Partei oder Vereinigung oder in einem oder mehreren Wahlbezirken von verschiedenen Parteien oder Vereinigungen mehrere Wahlvorschläge mit gleichem Kennwort aufgestellt sind. Wie und nach welchen Gesichtspunkten diese Prüfung vorzunehmen ist, muß der Beurteilung des Wahlauschusses kann je nach Lage des Falles dahin gehen, daß keiner der Wahlvorschläge das Kennwort zu führen berechtigt ist oder dahin, daß nur einer derselben daselbe führen darf. Wahlvorschläge mit einem unzulässigen Kennwort dürfen nur zugelassen werden, wenn Mängel in dieser Hinsicht innerhalb der Mängelbeseitigungsfrist behoben werden.

Berlin, den 25. Juli 1929.

Der Minister des Innern.

An die Ober- und Reg.-Präs., Landräte, Provinzial- und Bezirksverbände, Stadt- und Landkreise, Amts- (Kirchspielslandgemeindev-) und Gemeindeverwaltungen.

d) Verteilung der Abgeordneten Sitze.

Bei der Verteilung noch unverteilter Sitze (§ 80 Abs. 3 der Wahlordnung) sind Stimmen, die von vornherein hinter der Verteilungszahl zurückgeblieben sind, als Reststimmen nicht zu werten.

e) Verbindung von Wahlen.

Die Vorschriften der §§ 115 ff. der Wahlordnung treten für die am Sonntag, den 17. November 1929, stattfindenden verbundenen Wahlen außer Kraft. Sie werden ersetzt durch die in der gleichen Nummer 31 des MBlV. abgedruckten Bestimmungen des Runderlasses vom 25. Juli 1929 — IV a I 318 V (MBlV. S. 695).

IV. Im § 33 der Gemeindevahlordnung und im § 35 der Wahlordnung für die Provinziallandtage und Kreistage ist zugelassen, daß in Abstimmungsbezirken, für welche die Bürger- (Wähler-) Liste nach dem Geschlecht der Wahlberechtigten getrennt aufgestellt ist, die Wahlen gleichzeitig an 2 verschiedenen Wahlorten in demselben Wahlraum oder in 2 verschiedenen Räumen desselben Gebäudes oder in 2 verschiedenen Gebäuden stattfinden. Von der Ermächtigung der genannten Bestimmungen ist nur dort Gebrauch zu machen, wo durch die Größe des Abstimmungsbezirks und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse eine Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl als ausgeschlossen gelten kann. Eine derartige Gefährdung kann nach der Rechtsprechung des Wahlprüfungsgerichts beim Reichstage auch dann eintreten, wenn die Stimmabgabe einer Gruppe von Wählern, sei es, daß es sich um eine ganz kleine Gruppe oder um eine Gruppe handelt, deren Stimmen ausschließlich oder fast ausschließlich auf eine Partei gefallen sind, nach außen erkennbar wird. Deshalb ist in Abstimmungsbezirken mit weniger als 800 Einwohnern von der Anwendung einer nach Geschlechtern getrennten Abstimmung zur Vermeidung einer etwaigen Ungültigkeit der Wahl regelmäßig abzuweichen.

V. Kosten. Für die Verteilung der durch die verbundenen Wahlen entstehenden Kosten verweise ich auf § 19 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage und auf § 103 der Gemeindevahlordnung.

VI. Bis zum 1. Dezember 1929 ersuche ich die Oberpräsidenten (Frist für die Berichte an die Landräte 20. November 1929, desgl. an die Regierungspräsidenten 23. November 1929, desgl. an die Oberpräsidenten 26. November 1929), mir über das Ergebnis der einzelnen Wahlen unter Übersendung folgender Zusammenstellungen zu berichten:

1. Zahl der bei den Provinziallandtags- und Kommunallandtagswahlen auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen.

2. Zahl der bei den Kreistagswahlen auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen,

a) für jeden Kreis gesondert,

b) für die Provinz zusammengerechnet.

3. Für kreisfreie Städte: Zahl der bei den Stadtverordnetenwahlen auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen,

a) für jeden Stadtkreis gesondert,

b) für die Provinz zusammengerechnet.

4. Für kreisangehörige Städte und Landgemeinden: Zahl der bei den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen,

a) für jeden Kreis gesondert,

b) für die Provinz zusammengerechnet.

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.

Verlag von J. Meinde (Louis Heuser'sche Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

№ 4768.

Ministerial-Erlaß

betreffend

Vorbereitung d. Reichstags- u. Landtagswahlen am 20. Mai 1928

Vom 25. April 1928. — I c 279. — Min.-Bl. f. d. Pr. i. Verw. S. 463/468.

I. Reichswahlleiter.

Der Reichswahlleiter hat sein Büro nach Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194, verlegt. Fernsprechanschluß: Amt Bismarck 7313. Drahtanschrift: Reichswahlleiter Berlin W 15.

II. Bezeichnung und Benummerung von Parteien.

Im Anschluß an VI 2 und VII 3 des Runderlasses vom 13. April 1928 — I c 247 (MBlV. S. 390) wird folgendes mitgeteilt:

Für die Benummerung auf den Stimmzetteln zur Reichstagswahl hat der Reichsminister des Innern den Austausch der Nummern 5 und 6 zwischen der „Deutschen Demokratischen Partei“ und der „Kommunistischen Partei“ gestattet. Er hat ferner zugelassen, daß

für die unter Nr. 9 aufgeführte „Reichspartei des Deutschen Mittelstandes“ die Bezeichnung „Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)“,

für die unter Nr. 12 aufgeführte „Völkische Arbeitsgemeinschaft (Völkisch-nationaler Block)“ die Bezeichnung „Völkisch-nationaler Block“ und

für die unter Nr. 16 aufgeführte „Volksrechtspartei“ die Bezeichnung „Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung)“

als identisch behandelt werden.

Die Nummernfolge der im letzten Reichstag vertretenen Parteien und ihre Bezeichnung auf den Reichswahlvorschlägen lauten hiernach wie folgt:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Zentrum,
4. Deutsche Volkspartei,
5. Kommunistische Partei,
6. Deutsche Demokratische Partei,
7. Bayerische Volkspartei,
8. Einke Kommunisten,
9. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
10. National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Völkisch-nationaler Block,
13. Deutsch-hannoversche Partei,

14. Landbund,

15. Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei,
16. Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung).

Die entsprechende Nummernfolge und Parteibezeichnung gilt zufolge VII 3 b des Runderlasses vom 13. April 1928 auch für die Landtagswahlen. Die Nr. 17 des Stimmzettels zur Landtagswahl fällt ohne Zwischenraum aus, nachdem die dort vermerkte „Deutsch-völkische Freipartei (Völkisch-nationaler Block)“ ihre Identität mit dem unter Nr. 12 für die Reichstags- und damit auch für die Landtagswahl aufgeführten „Völkisch-nationalen Block“ dargetan hat. Zur Behebung von Zweifeln bemerke ich ferner, daß die für den Reichstagsstimmzettel zugewiesenen Nummern den dort bezeichneten Parteien auch dann für die Landtagsstimmzettel zur Verfügung stehen, wenn sie nur im Reichstag und nicht im Landtage vertreten waren.

Ein bisher als parteilos bezeichneter Landtagsabgeordneter hat erklärt, daß er im Landtage eine Partei mit der Bezeichnung „Christlich-Nationale Mittelstandspartei“ vertrete. Für diese Partei steht nunmehr die Nr. 21 auf dem Stimmzettel zur Landtagswahl zur Verfügung, so daß die bisher weder im Reichstag noch im Landtag vertretenen Parteien erst mit der Nr. 22 beginnen.

III. Wahlkosten der Gemeinden.

Um für die bevorstehenden Wahlen eine möglichst beschleunigte Erstattung der erstattungsfähigen Kosten zu sichern, ordne ich folgendes an:

1. Die kreisangehörigen Gemeinden (Gutsbezirke), gleichviel, ob sie Kostenersatz beanspruchen wollen oder nicht, haben dem Landrat gleichzeitig mit dem Abschluß der Wählerverzeichnisse und spätestens am 21. Mai 1928 anzuzeigen

- a) wie groß die Zahl der durch ihre Wählerverzeichnisse für die Reichs- und Landtagswahl nachgewiesenen Stimmberechtigten einschließlich derjenigen ist, die einen Stimm- (Wahl-) Schein erhalten haben,
- b) ob und wievielen Stimmberechtigten sie Benachrichtigungskarten über die Eintragung in das Wählerverzeichnis gegeben haben.

2. Die Landräte haben Sorge zu tragen, daß diese Anzeigen von allen Gemeindebehörden fristgerecht bei ihnen eingehen. Sie ordnen alle Gemeinden (Gutsbezirke) ihres

Kreises der Anzahl der Stimmberechtigten entsprechend in X Gruppen gemäß der Anlage zum Runderlasse vom 31. Mai 1924 — Ic 850 (MBliD. S. 593).

3. Zum 1. Juni 1928 haben alle Landräte und Magistrate der Stadtkreise dem Regierungspräsidenten einzureichen

- eine Zusammenstellung der Zahl der Stimmberechtigten in den Gemeindegruppen I—X,
- eine Zusammenstellung der von den Gemeinden der Gruppen I—X ausgefertigten Benachrichtigungskarten.

In den Zusammenstellungen zu a) haben die Landräte bei den Gemeindegruppen I und II in der Spalte „Bemerkungen“ genau anzugeben, auf wieviel Gemeinden (Landgemeinden und Gutsbezirke) ihres Kreises sich die für die Gruppe angegebene Gesamtzahl der Stimmberechtigten verteilt.

4. Die Regierungspräsidenten (Magistrat Berlin) stellen auf Grund der zurückzubehaltenden Nachweisungen der Land- und Stadtkreise Hauptübersichten für den Regierungsbezirk auf und legen mir diese aufgerechnet und entsprechend bescheinigt pünktlich zum 10. Juni 1928 in doppelter Ausfertigung vor. Die aus den Angaben der Landräte zu 3a — Sp. Bemerkungen — für den Regierungsbezirk sich ergebenden Gesamtzahlen der zu Gruppe I und II gehörenden Gemeinden sind von Wichtigkeit und daher genau festzustellen. Innerhalb der Gruppen sind diejenigen Städte mit der Zahl ihrer Stimmberechtigten besonders aufzuführen, in denen ich die Verbindung einer Gemeindevahl mit den Reichs- und Landtagswahlen zugelassen habe.

Der den einzelnen Gemeindegruppen zu vergütende Satz wird mitgeteilt werden, sobald die Durchschnittssätze für die Reichs- und Landtagswahlen festgesetzt sind. Die Regierungspräsidenten wollen die Rechnungsarbeiten soweit vorbereiten, daß alsbald nach Mitteilung der Durchschnittssätze die Überweisung der anzufordernden Beträge erfolgen kann. Auch die Landräte und kreisfreien Städte wollen die entsprechenden Arbeiten auf Grund der zurückzubehaltenden

Unterlagen in gleicher Weise vorbereiten. Mir selbst ist von dem rechnermäßigen Ergebnis auf Grund des mitgeteilten Durchschnittssatzes von den Regierungspräsidenten sofort Mitteilung zu machen.

Die pünktliche und vollständige Vorlegung der Übersichten mache ich allen Dienststellen zur besonderen Pflicht. Die Richtigkeit der Meldungen ist zu überprüfen; falsche Angaben, wie z. B. der Einwohnerzahl statt der Zahl der Stimmberechtigten, richtigzustellen. Eine Nachforderung von Kosten wegen falscher Berechnung kommt nicht in Frage.

IV. Erstattung der durch die Reichstagswahl bei den staatl. Behörden und Wahlleitern entstandenen Kosten.

Unter Bezugnahme auf den Runderlaß vom 14. Juni 1924 (MBliD. S. 634), dessen Abschnitte I und II ohne die Berichtsfristen auch für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 gelten, erlaube ich, die in diesem Runderlasse vorgesehenen Kostennachweisungen sofort nach dem Wahltag aufzustellen zu lassen. Ich weise in diesem Zusammenhange besonders auf den entsprechend anwendbaren Runderlaß vom 26. Juni 1925 — Ic 492 II (MBliD. S. 716) hin. Die Landräte haben die vorgeschriebene Zusammenstellung bis zum 15. Juni 1928 den Regierungspräsidenten einzureichen. Die gleiche Frist gilt auch für die von dem Oberpräsidenten den Regierungspräsidenten ihres Amtesitzes nach Abschnitt IIc des obigen Runderlasses zu machende Mitteilung. Die Hauptabrechnungen sind mir von den Regierungspräsidenten nach dem auf S. 636 des MBliD. für 1924 abgedruckten Muster bis zum 12. Juli 1928 vorzulegen.

Die für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 vorzuschußweise gezahlten Beträge sind bis auf weiteres bei den Regierungshauptkassen auf dem Vorschußkonto unter einem besonderen Abschnitt „Kosten der Reichstagswahl am 20. Mai 1928“ in Ausgabe nachzuweisen. Sobald die endgültige Abrechnung mit dem Reiche erfolgt ist, wird über die Abdeckung dieser Vorschüsse weitere Verfügung ergehen.

Berlin, den 25. April 1928.

Der Minister des Innern.

Zusatz für den Wahlkreis 2 (Berlin): Die Kostenaufstellung des Kreiswahlleiters wird durch den Oberpräf. geprüft und festgestellt, der die Nachweisung an den Reg.-Präf. in Potsdam zur Aufnahme in die Hauptabrechnung des Reg.-Bez. weiterleitet.

An die Ober- und Reg.-Präf., Kreis- und Verbandswahlleiter, Landräte, Stadt- und Landgemeinden.

Der Landrat:
L. IV/Nr. 29

Siegburg, den 7. Mai 1928.

Betrifft: Reichs- und Landtagswahlen.

Unter Hinweis auf den 2. Runderlass des Ministers des Innern vom 25. April 1928 I c 279, veröffentlicht im M.Bli.i.V. vom 21. Mai 1928 Nr. 18, ersuche ich mir

- zum 21. Mai 1928 die unter Ziffer III 1a und b im obengenannten Runderlass geforderten Angaben einzureichen;
- zum 25. Mai 1928 die unter III Ziffer 2a u. b im obengenannten Runderlass geforderten Zusammenstellungen gemäß „Nachweisung über die Anzahl der Stimmberechtigten pp.“, veröffentlicht im Min.Bli.i.Verw. vom 4. Juni 1924 Nr. 27 Seite 594, vorzulegen.

In der Zusammenstellung zu a) ist mir bei den Gemeindeguppen I und II in die Spalte „Bemerkungen“ genau anzugeben, auf wieviel Gemeinden (Landgemeinden und Gutsbezirke) ihres Amtsbezirkes sich für die Gruppe angegebene Gesamtzahl der Stimmberechtigten verteilt. Diese Angaben sind von Wichtigkeit und daher genau festzustellen.

Ferner ersuche ich mir die zu IV im obengenannten Runderlass geforderten Kostennachweisungen gemäß Runderlass vom 14. Juni 1924 I c 770 MBliV. vom 18. Juni 1924 Nr. 29 S. 634, sofort nach dem Wahltag aufzustellen und mir bis 5. Juni 1928 einzureichen. Hierbei weise ich insbesondere auf den Runderlass vom 26. Juni 1925 I c 492 II MBli.V. 25 S. 716 hin.

Die einzureichenden Nachweisungen pp. sind genau nachzuprüfen. Nachforderungen von Kosten wegen falscher Berechnung werden nicht berücksichtigt.

Die gestellten Termine ersuche ich unter allen Umständen einzuhalten.

Bürgermeisteramt
Siegburg-Müllendorf
Eing. 10.
J.-Nr.

J. A.
gez. Dr. Moosmann
Regierungs-Assessor.

Beglaubigt.

Kreissekretär.

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Müllendorf

Allgemeine Verwaltungssachen.

Vorbereitung der Reichstags- und Landtagswahlen
am 20. 5. 1928.

2. RdErl. d. MdZ. v. 25. 4. 1928 — I c 279.

I. Reichswahlleiter.

Der Reichswahlleiter hat sein Büro nach Berlin W 15, Fürstendamm 193/194, verlegt. Fernsprechananschluß: Amt Nord 7313. Drahtanschrift: Reichswahlleiter Berlin W 15.

*) Sonderabdrucke dieses RdErl. sind bei umgehender Bestellung Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44, zu beziehen. Melbefragungen erwünscht.

II. Bezeichnung und Benummerung von Parteien.

Im Anschluß an VI 2 und VII 3 des RdErl. v. 13. 4. 1928 — I c 247 (MBlW. S. 390) wird folgendes mitgeteilt:

Für die Benummerung auf den Stimmzetteln zur Reichstagswahl hat der MdZ. den Austausch der Nummern 5 und 6 zwischen der „Deutschen Demokratischen Partei“ und der „Kommunistischen Partei“ gestattet. Er hat ferner zugelassen, daß

für die unter Nr. 9 aufgeführte „Reichspartei des Deutschen Mittelstandes“ die Bezeichnung „Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)“,

für die unter Nr. 12 aufgeführte „Völkische Arbeitsgemeinschaft (Völkisch-nationaler Block)“ die Bezeichnung „Völkisch-Nationaler Block“ und für die unter Nr. 16 aufgeführte „Volksrechtspartei“ die Bezeichnung „Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung)“

als identisch behandelt werden.

Die Nummernfolge der im letzten Reichstag vertretenen Parteien und ihre Bezeichnung auf den Reichswahlvorschlägen lauten hiernach wie folgt:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Zentrum,
4. Deutsche Volkspartei,
5. Kommunistische Partei,
6. Deutsche Demokratische Partei,
7. Bayerische Volkspartei,
8. Linke Kommunisten,
9. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
10. National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Völkisch-Nationaler Block,
13. Deutsch-Hannoversche Partei,
14. Landbund,
15. Christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei,
16. Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung).

Die entsprechende Nummernfolge und Parteibezeichnung gilt zufolge VII 3 b des RdErl. v. 13. 4. 1928 auch für die Landtagswahlen. Die Nr. 17 des Stimmzettels zur Landtagswahl fällt ohne Zwischenraum aus, nachdem die dort vermerkte „Deutsch-völkische Freiheitspartei (Völkisch-nationaler Block)“ ihre Identität mit dem unter Nr. 12 für die Reichstags- und damit auch für die Landtagswahl aufgeführten „Völkisch-Nationalen Block“ dargetan hat. Zur Behebung von Zweifeln bemerke ich ferner, daß die für den Reichstagsstimmzettel zugewiesenen Nummern den dort bezeichneten Parteien auch dann für die Landtagsstimmzettel zur Verfügung stehen, wenn sie nur im Reichstag und nicht im Landtage vertreten waren.

Ein bisher als parteilos bezeichneter Landtagsabgeordneter hat erklärt, daß er im Landtage eine Partei mit der Bezeichnung „Christlich-Nationale Mittelstandspartei“ vertrete. Für diese Partei steht nunmehr die Nr. 21 auf dem Stimmzettel zur Landtagswahl zur Verfügung, so daß die bisher weder im Reichstag noch im Landtag vertretenen Parteien erst mit der Nr. 22 beginnen.

III. Wahlkosten der Gemeinden.

Um für die bevorstehenden Wahlen eine möglichst beschleunigte Erstattung der erstattungsfähigen Kosten zu sichern, ordne ich folgendes an:

1. Die kreisangehörigen Gemeinden (Gutsbezirke), gleichviel, ob sie Kostenersatz beanspruchen wollen oder nicht, haben dem Landrat gleichzeitig mit dem Abschluß der Wählerverzeichnisse und **spätestens am 21. 5. 1928** anzugeben

- a) wie groß die Zahl der durch ihre Wählerverzeichnisse für die Reichs- und Landtagswahl nachgewiesenen Stimmberechtigten einschließlich derjenigen ist, die einen Stimm- (Wahl-)schein erhalten haben,
- b) ob und wievielen Stimmberechtigten sie Benachrichtigungskarten über die Eintragung in das Wählerverzeichnis gegeben haben.

2. Die Landräte haben Sorge zu tragen, daß diese Anzeigen von allen Gemeindebehörden fristgerecht bei ihnen eingehen. Sie ordnen alle Gemeinden (Gutsbezirke) ihres Kreises der Anzahl der Stimmberechtigten entsprechend in X Gruppen gemäß der Anlage zum RdErl. v. 31. 5. 1924 — I c 850 (MBlW. S. 593).

3. Zum 1. 6. 1928 haben alle Landräte und Magistrate der Stadtkreise dem Reg.-Präs. einzureichen

- a) eine Zusammenstellung der Zahl der Stimmberechtigten in den Gemeindeguppen I—X,
- b) eine Zusammenstellung der von den Gemeinden der Gruppen I—X ausfertigten Benachrichtigungskarten.

In den Zusammenstellungen zu a) haben die Landräte bei den Gemeindeguppen I und II in der Spalte „Bemerkungen“ genau anzugeben, auf wieviel Gemeinden (Landgemeinden und Gutsbezirke) ihres Kreises sich die für die Gruppe angegebene Gesamtzahl der Stimmberechtigten verteilt.

4. Die Reg.-Präs. (Magistrat Berlin) stellen auf Grund der zurückzubehaltenen Nachweisungen der Land- und Stadtkreise Hauptübersichten für den Reg.-Bez. auf und legen mir diese aufgerechnet und entsprechend bescheinigt **pünktlich zum 10. 6. 1928** in doppelter Ausfertigung vor. Die aus den Angaben der Landräte zu 3 a — Sp. Bemerkungen — für den Reg.-Bez. sich ergebenden Gesamtzahlen der zu Gruppe I und II gehörenden Gemeinden sind von Wichtigkeit und daher genau festzustellen. Innerhalb der Gruppen sind diejenigen Städte mit der Zahl ihrer Stimmberechtigten besonders aufzuführen, in denen ich die Verbindung einer Gemeindeguppe mit den Reichs- und Landtagswahlen zugelassen habe.

Der den einzelnen Gemeindeguppen zu vergütende Satz wird mitgeteilt werden, sobald die Durchschnittssätze für die Reichs- und Landtagswahlen festgesetzt sind. Die Reg.-Präs. wollen die Rechnungsarbeiten soweit vorbereiten, daß alsbald nach Mitteilung der Durchschnittssätze die Überweisung der anzufordernden Beträge erfolgen kann. Auch die Landräte und kreisfreien Städte wollen die entsprechenden Arbeiten auf Grund der zurückzubehaltenen Unterlagen in gleicher Weise vorbereiten. Mir selbst ist von dem rechnungsmäßigen Ergebnis auf Grund des mitgeteilten Durchschnittssatzes von den Reg.-Präs. sofort Mitteilung zu machen.

Die pünktliche und vollständige Vorlegung der Übersichten mache ich allen Dienststellen zur besonderen Pflicht. Die Richtigkeit der Meldungen ist zu überprüfen; falsche Angaben, wie z. B. der Einwohnerzahl statt der Zahl der

Stimmberechtigten, richtigzustellen. Eine Nachforderung von Kosten wegen falscher Berechnung kommt nicht in Frage.

IV. Erstattung der durch die Reichstagswahl bei den staatl. Behörden und Wahlleitern entstandenen Kosten.

Unter Bezugnahme auf den RdErl. v. 14. 6. 1924 (MBlB. S. 634), dessen Abschnitte I u. II ohne die Berichtsfristen auch für die Reichstagswahl am 20. 5. 1928 gelten, ersuche ich, die in diesem RdErl. vorgesehenen Kostennachweisungen sofort nach dem Wahltag aufstellen zu lassen. Ich weise in diesem Zusammenhange besonders auf den entsprechend anwendbaren RdErl. v. 26. 6. 1925 — Ic 492 II (MBlB. S. 716) hin. Die Landräte haben die vorgeschriebene Zusammenstellung bis zum 15. 6. 1928 den Reg.-Präs. einzureichen. Die gleiche Frist gilt auch für die von dem Oberpräs. den Reg.-Präs. ihres Amtssitzes nach Abschn. IIc des obigen RdErl. zu machende Mitteilung. Die Hauptabrechnungen sind mir von den Reg.-Präs. nach dem auf S. 636 des MBlB. für 1924 abgedruckten Muster bis zum 12. 7. 1928 vorzulegen.

Die für die Reichstagswahl am 20. 5. 1928 vor- schußweise gezahlten Beträge sind bis auf weiteres bei den Reg.-Hauptkassen auf dem Vor schußkonto unter einem besonderen Abschnitt „Kosten der Reichstagswahl am

20. 5. 1928“ in Ausgabe nachzuweisen. Sobald die endgültige Abrechnung mit dem Reiche erfolgt ist, wird über die Abdeckung dieser Vorschüsse weitere Verfügung ergehen.

Zusatz für den Wahlkreis 2 (Berlin): Die Kostenaufstellung des Kreiswahlleiters wird durch den Oberpräs. geprüft und festgestellt, der die Nachweisung an den Reg.-Präs. in Potsdam zur Aufnahme in die Hauptabrechnung des Reg.-Bez. weiterleitet.

An die Ober- und Reg.-Präs., Kreis- und Verbands- wahlleiter, Landräte, Stadt- und Landgemeinden.
— MBlB. S. 463.

Bürgermeister

Nr.

Siegburg-Mülldorf

den 17. Okt. 1929.

Es wird ferner festgestellt, daß die vorstehend genannten Personen bei der Wahl zum Reichstagswahlkreis 2, Kreiswahlbezirk 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.



[Handwritten signature]

[Handwritten initials]

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.
Verlag von J. Meinke (Louis Senfersche Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

Nr 5001/02.

Ministerial-Erlaß

betreffend

Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen, Kreistagen und Provinzial- landtagen (Kommunallandtagen).

Vom 25. Juli 1929. — IV a I 318 V. — MBlB. S. 695/702.

Zur Durchführung der Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, den Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretungen, den Kreistagen und den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) wird folgendes angeordnet:

1. Abstimmungsbezirke und Wahlräume.

Der Gemeindevorstand bildet die Abstimmungsbezirke und bestimmt die Wahlräume. Abstimmungsbezirke und Wahlräume sind für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen die gleichen.

Bei Gutsbezirken bestimmt der Kreisausschuß die Abstimmungsbezirke und Wahlräume. Kann ein Gutsbezirk nicht für sich einen Abstimmungsbezirk bilden, weil andernfalls durch die zu geringe Zahl der Wahlberechtigten das Wahlgeheimnis gefährdet werden könnte, so ist er durch den Kreisausschuß einem benachbarten Abstimmungsbezirk zuzulegen.

Die Aufgaben des Gutsvorstandes nach § 4 Abs. 1 a bis e und h der Wahlordnung für die Wahl zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen bleiben hierbei unberührt.

2. Ernennung des Wahlvorstehers, Zusammensetzung des Wahlvorstandes.

In Gemeinden werden die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht nach den Wahlordnungen die Gemeindevorsteher Wahlvorsteher und die Stellvertreter der Gemeindevorsteher Stellvertreter der Wahlvorsteher sind, vom Gemeindevorstand ernannt. In Gutsbezirken bestimmt der Kreisausschuß die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter, soweit nicht die Zulegung der Gutsbezirke zu benachbarten Abstimmungsbezirken erfolgt. Die Wahlvorsteher und die von ihnen unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien

aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks, für den sie bestellt sind, zu berufenden Wahlvorstände führen ihr Amt für sämtliche vorzunehmenden verbundenen Wahlen. Die Zahl der in den Wahlvorstand zu berufenden Beisitzer soll mindestens 3 und ferner für jede außer der Wahl zur Gemeindevertretung vorzunehmende Wahl je 2 betragen.

3. Wählerliste.

Ausgelegt und benutzt wird für die miteinander verbundenen Wahlen ein und dasselbe Wählerverzeichnis (Wählerliste, Bürgerliste bzw. Kartei). Der Zeitraum, innerhalb dessen die Wählerverzeichnisse auszulegen sind, wird nach Festsetzung des Wahltages von mir für alle miteinander verbundenen Wahlen einheitlich bestimmt.

In die Liste oder Kartei sind außer den zu den Gemeindevertretungen Wahlberechtigten aufzunehmen:

- a) diejenigen, die nur zur Provinziallandtags- und Kreistagswahl wahlberechtigt sind,
- b) diejenigen, die außer zum Provinziallandtag und Kreistag auch zur Amts- (Kirchspielslandgemeinde-) vertretung wahlberechtigt sind.

Die vorstehend zu a) und b) bezeichneten Wahlberechtigten sind in der Liste oder Kartei durch in der Spalte „Bemerkungen“ einzutragende Vermerke oder durch Unterstreichungen kenntlich zu machen.

Zur Eintragung des Zeichens der erfolgten Stimmabgabe für die einzelnen Wahlen sind 3 Spalten zu verwenden, in deren erste die Stimmabgabe zu den Kreis- und Provinziallandtagswahlen, in deren zweite die zu den Amts- bzw. Kirchspielslandgemeindewahlen und in deren dritte die zu den Gemeindewahlen einzutragen sind. Für etwaige Nachwahlen sind 3 weitere Spalten freizulassen.

schrift über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) bzw. Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl anzuschließen und in die Niederschrift über die Kreistagswahl bzw. Gemeindewahl ein entsprechender Hinweis aufzunehmen. Das gleiche gilt für Umschläge, bei denen es aus sonstigen Gründen einer Beschlussfassung des Wahlvorstandes bedurft hatte, und für abgegebene leere Umschläge.

Umschläge, die einen Stimmzettel nur für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) oder nur für die Kreistagswahl bzw. nur für die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl oder nur für die Gemeindewahl enthalten, gelten als leer für diejenigen Wahlen, für die ein Stimmzettel nicht abgegeben ist und sind der Niederschrift über diese Wahl beizufügen.

c) Zähl- und Gegenlisten.

Für jede der verbundenen Wahlen ist je eine besondere Zähl- und je eine besondere Gegenliste zu führen.

Die Zählliste für die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl) ist von dem Schriftführer, die Zählliste für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl und für die Gemeindewahl und die Gegenlisten sind je von einem Beisitzer zu führen. In der Niederschrift für die Kreistagswahl, für die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl und Gemeindewahl muß es demzufolge statt „der Schriftführer machte“ heißen „der mit der Führung der Zählliste betraute Beisitzer machte“ usw.

Berlin, den 25. Juli 1929.

Der Minister des Innern.

An die Oberpräsi., Reg.-Präsi., Landräte u. Gemeindeverwaltungen.

Über die Provinziallandtagswahl (Kommunallandtagswahl), über die Kreistagswahl, über die Amts- (Kirchspiellandgemeinde-) wahl und über die Gemeindewahl ist je eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

d) Öffnen der Umschläge und Verlesen der Stimmzettel.

Zum Öffnen der Umschläge, Verlesen der Stimmzettel, Ordnen und Aufbewahren der verlesenen Stimmzettel mit Umschlägen sowie zur Führung der Zähl- und Gegenlisten müssen neben dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter der Schriftführer und eine hinreichende Anzahl von Beisitzern gleichzeitig anwesend sein. Die Wahlvorsteher haben hiernach für ausreichende Besetzung der Wahlvorstände zu sorgen.

8. Schlussvorschriften.

Soweit die Vorschriften der Gemeindewahlordnung und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen den Bestimmungen der vorstehenden Nummern 1—7 entgegenstehen, gelten sie als für die verbundenen Wahlen entsprechend geändert. Die unter III der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen enthaltenen Bestimmungen, für den Fall einer Verbindung der Provinzial- (Kommunallandtags-) wahlen mit den Kreistagswahlen treten für die verbundenen Wahlen außer Kraft.

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.

Verlag von J. Neinde (Luis Heuser'sche Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

№ 4983/84.

Ministerial-Erlaß

betreffend

Änderung der Gemeindewahlordnung.

Vom 25. Juli 1929. — IV a I 318 IV. — MBl. S. 640/646.

Die Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen usw. vom 13. Februar 1924 (MBl. S. 153) in der Fassung der in dem Runderlaß vom 10. Oktober 1924 (MBl. S. 991) zusammengestellten Abänderungen und Ergänzungen wird folgendermaßen geändert:

A. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspiellandgemeindevertretungen.

B. Abschnitt II der Inhaltsübersicht erhält folgende Fassung:

II. Wahlen zu den Amtsvertretungen (§§ 90 bis 92).

C. Als Abschnitt III wird eingefügt:

III. Wahlen zu den Kirchspiellandgemeindevertretungen (§§ 93 bis 100).

1. Allgemeines (§ 93).
2. Bildung der Wahlbezirke (§ 94).
3. Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde bestehen (§ 95).
4. Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen (§ 96).
5. Gemeinsame Bestimmungen für Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde, und für Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen (§§ 97 bis 100).

D. Der bisherige Abschnitt III wird Abschnitt IV.

E. Die Vorschriften der Wahlordnung werden wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 1 wird der Buchstabe n) „bekanntzugeben, daß durch Gemeindebeschluß die Größe der Stimmzettel abweichend von den Bestimmungen der Wahlordnung bestimmt ist“ gestrichen.

2. An die Stelle der §§ 2 bis 7 treten folgende Bestimmungen:

§ 2. (1). In Gemeinden, die nur einen Abstimmungsbezirk bilden, ist der Gemeindevorsteher Wahlvorsteher, der

gesetzliche Stellvertreter des Gemeindevorstehers Stellvertreter des Wahlvorstehers.

(2). In Gemeinden, die mehrere Abstimmungsbezirke bilden, wird für jeden Abstimmungsbezirk vom Gemeindevorstand ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter des Wahlvorstehers ernannt.

(3). Im Falle des § 33 Satz 2 ist für jeden Wahlraum und Wahltag ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter zu ernennen.

§ 3. Der Wahlvorsteher beruft unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks, für den er bestellt ist, drei bis sechs Beisitzer und einen Schriftführer. Der Schriftführer kann auch aus den Wahlberechtigten eines anderen Abstimmungsbezirks genommen werden und wird im Falle vorübergehender Behinderung durch einen Beisitzer vertreten.

§ 4. (1). Der Wahlvorsteher, sein Stellvertreter, die Beisitzer und der Schriftführer bilden den Wahlvorstand.

(2). Die Mitglieder des Wahlvorstandes erhalten keine Vergütung.

§ 5. Der Wahlvorstand tritt auf Einladung durch den Wahlvorsteher am Wahltag zu Beginn der Wahlhandlung im Wahlraum zusammen.

§ 6. Der Wahlvorstand ist bei Anwesenheit von wenigstens vier Mitgliedern, unter denen sich stets der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter befinden muß, beschlußfähig. Er beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 7. Der Wahlvorstand führt die Wahlhandlung im Abstimmungsbezirk durch und stellt das Abstimmungsergebnis fest.

3. An die Stelle der §§ 8 bis 11 treten folgende Bestimmungen:

§ 8. (1). Für die Gemeinde wird ein Wahlausschuß gebildet, der über die Zulassung der bei seinem Vorsitzenden einzureichenden Wahlvorschläge beschließt.

(2). Vorsitzender des Wahlausschusses ist der Gemeindevorsteher oder sein gesetzlicher Stellvertreter.

(3). Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende vier oder sechs Wahlberechtigte der Gemeinde zu Beisitzern und verpflichtet sie durch Handschlag. Für jeden Beisitzer wird je ein weiterer Wahlberechtigter in gleicher Art als Stellvertreter berufen und in gleicher Weise verpflichtet, sobald er eintritt. Der Stellvertreter hat bei Beihilfe oder beim Ausscheiden des Beisitzers für ihn einzutreten.

(4). Die Beisitzer und ihre Stellvertreter sollen aus verschiedenen in der Gemeinde vertretenen Parteien berufen werden.

(5). Vertrauensmänner für Wahlvorschläge und deren Stellvertreter können nicht Beisitzer oder Stellvertreter im Wahlausschuß sein.

(6). Die Beisitzer und ihre Stellvertreter erhalten keine Vergütung.

§ 9. Zu den Verhandlungen des Wahlausschusses hat der Vorsitzende einen Schriftführer zuzuziehen, der in gleicher Weise wie die Beisitzer zu verpflichten ist, aber kein Stimmrecht hat.

§ 10. Der Wahlausschuß ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter mindestens die Hälfte der Beisitzer oder Stellvertreter anwesend sind. Er beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 11. Die Namen der Mitglieder des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter sind vom Gemeindevorstand öffentlich bekanntzugeben.

4. § 34 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1). Der Gemeindevorstand hat die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, die Bestimmung der Wahlräume sowie Tag und Stunde der Wahlhandlung in ortsüblicher Weise bekanntzugeben. Öffentlicher Anschlag genügt.

Im Abs. 2 des § 34 werden hinter „Ein Abdruck“ die Worte „oder eine Abschrift“ eingefügt.

5. Der § 44 erhält folgenden Zusatz:

Die Bestimmung der Ersatzleute muß durch übereinstimmende Erklärung sämtlicher Unterzeichner des Wahlvorschlags erfolgen.

6. § 46 Abs. 1 erhält folgenden Zusatz:

Öffentlich sind die Sitzungen des Wahlausschusses schon dann, wenn Zeit, Ort und Gegenstand der Sitzung vor der Sitzung durch Aushang am Eingang des Sitzungshauses bekanntgegeben worden sind mit dem Hinweise, daß der Zutritt zur Sitzung den Wahlberechtigten freisteht.

7. § 51 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1). Die Wahlzeit dauert in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 8 Uhr bis 17 Uhr, sonst von 9 Uhr bis 18 Uhr. Durch Gemeindebeschluß kann der Beginn der Wahlzeit auch für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März auf 8 Uhr angelegt werden, ohne daß sich der Endtermin (18 Uhr) ändert. In Abstimmungsbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Wahlzeit durch Gemeindebeschluß abgekürzt werden. Sie darf jedoch nicht später als 10 Uhr beginnen und nicht vor 17 Uhr schließen.

Im § 51 Abs. 2 werden die Worte „oder, falls solche noch kommen sollten, den Wahlraum eines benachbarten Abstimmungsbezirks noch vor Schluß der allgemeinen Wahlzeit erreichen können“ gestrichen.

8. § 52 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1). Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher seinen Stellvertreter, den Schriftführer und

die Beisitzer durch Handschlag verpflichtet, und so den Wahlvorstand bildet.

Im § 52 Abs. 2 werden die Worte „die genügende Anzahl der eingeladenen Beisitzer und Stellvertreter“ ersetzt durch die Worte „die für eine vollständige Besetzung des Wahlvorstandes erforderliche Zahl eingeladenen Beisitzer oder Stellvertreter“.

9. An die Stelle der §§ 56 bis 59 treten folgende Bestimmungen:

§ 56. (1). Die Stimmzettel werden vom Gemeindevorstand amtlich hergestellt und den Wahlvorstehern überwiesen. Sie müssen alle zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe des Parteikennwortes oder des sonstigen Kennwortes (§ 41) und unter Hinzufügung der Namen der ersten vier Bewerber jedes Wahlvorschlags (bei weniger als vier Bewerbern: sämtlicher Bewerber) in der gemäß § 49 bestimmten, mit den entsprechenden Nummern versehenen Reihenfolge enthalten.

(2). Die Stimmzettel müssen von weißem oder weißlichem Papier sein; auch Zeitungspapier ist zulässig. Ihre Größe bestimmt sich nach dem Umfang des erforderlichen Aufdrucks; doch müssen sich die Stimmzettel, ein- oder zweimal gefaltet, leicht in den Umschlag legen lassen.

§ 57. Die Umschläge müssen 12 : 15 cm groß, aus undurchsichtigem Papier und amtlich abgestempelt sein. Sie werden vom Gemeindevorstand in der erforderlichen Anzahl amtlich geliefert und den Wahlvorstehern überwiesen. Sie dürfen nicht mit unzulässigen Kennzeichen versehen sein und müssen wenigstens in jedem Abstimmungsbezirk von gleicher Art und Farbe sein.

§ 58. Die amtlich hergestellten Stimmzettel und Umschläge werden an die Wahlberechtigten im Wahlraum ausgegeben. Andere Stimmzettel oder Umschläge dürfen im Wahlraum weder ausgelegt noch verteilt werden.

§ 59. (1). Zur Stimmgabe dürfen nur die amtlich hergestellten, im Wahlraum ausgegebenen Stimmzettel benutzt werden. Die Stimmgabe erfolgt derart, daß der Wahlberechtigte durch ein auf den Stimmzettel zu setzendes Kreuz oder in sonstiger Weise kenntlich macht, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will. Der Wahlberechtigte darf auf dem Stimmzettel nur einen Wahlvorschlag zu diesem Zweck ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich machen; andernfalls ist sein Wille nicht unzweifelhaft zu erkennen und der Stimmzettel ungültig.

(2). Die Stimmzettel dürfen nur in den amtlich gelieferten, im Wahlraum ausgegebenen Umschlägen von dem Wahlberechtigten dem Wahlvorsteher übergeben werden.

10. § 60 erhält folgenden Zusatz als Absatz 3:

(3). Sind in einem Wahlraum mehrere Wahlvorstände tätig, so steht die Wahrung der Hausordnung dem Wahlvorstande zu, dessen Vorsteher an Lebensjahren der ältere ist.

11. § 61 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 erhalten die Sätze 1 bis 3 folgende Fassung:

(3). Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraumes einen amtlich abgestempelten Umschlag und einen amtlich hergestellten Stimmzettel. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den mit einer Vorrichtung gegen Sicht geschützten Nebentisch. Dort hat er auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich zu machen, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will, und den so gekennzeichneten Stimmzettel in den Umschlag zu legen.

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

(5). Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig mit dem ihren Willen kenntlich machen, den Zeichen zu versehen oder in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

c) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

(6). Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden oder denen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt ist, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wahlberechtigten, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

d) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

(7). Der Wahlvorsteher hat darüber zu wachen, daß die Wahlberechtigten die amtlichen Stimmzettel erhalten, und daß sie in dem Nebenraum oder an dem Nebentisch nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist.

12. § 68 erhält folgende Fassung:

(1). Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag übergeben worden sind,
2. die in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind,
3. die nicht als amtlich hergestellte erkennbar sind,
4. aus deren Kennzeichnung der Wille des Wählers nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,
5. denen irgendein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt ist,
6. die mit einem unzulässigen Vermerk oder mit einem Vorbehalt versehen sind.

(2). Mehrere in einem Umschlag enthaltene Stimmzettel gelten als eine Stimme, sofern sie auf denselben Wahlvorschlag lauten; andernfalls sind sie ungültig.

13. Im § 72 wird zwischen „einzuschlagen“ und „zu versiegeln“ eingefügt: „den Umschlag mit der Nummer oder Bezeichnung des Abstimmungsbezirks zu versehen“.

14. An die Stelle des Abschnitts II treten folgende Abschnitte II und III:

II. Wahlen zu den Amtsvertretungen.

§ 90. (1). Die regelmäßigen Wahlen zu den Amtsvertretungen finden gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Abstimmungsbezirke, Bürgerliste, Wahlvorstände und Wahlräume sind dieselben.

(2). Für jede Wahl ist ein besonderer Stimmzettelmuschlag zu verwenden und eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

§ 91. Auf die Wahlen zu den Amtsvertretungen finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 80 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. An die Stelle des Gemeindevorstandes tritt in den Fällen der §§ 11, 35 Abs. 1, 56, 57, 70, 76 bis 80 der Bürgermeister.

2. Vorsitzender des für das Amt zu bildenden Wahlausschusses ist der Bürgermeister oder sein Stellvertreter. Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende aus jeder der zum Amte gehörenden Gemeinden, möglichst unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien, je zwei

Beisitzer und Stellvertreter aus den zur Amtsvertretung wahlberechtigten Gemeindeangehörigen.

3. An die Stelle eines Gemeindebeschlusses tritt im Falle des § 35 Abs. 3 ein Beschluß der Amtsvertretung.

§ 92. Auf die Prüfung der Gültigkeit der Wahl finden die Bestimmungen der §§ 81 bis 88 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Gemeindevorstandes der Bürgermeister, an die Stelle der Gemeindevertretung die Amtsvertretung tritt.

III. Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevvertretungen.

1. Allgemeines.

§ 93. (1). Die regelmäßigen Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevvertretungen finden gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Abstimmungsbezirke, Bürgerliste, Wahlvorstände und Wahlräume sind dieselben.

(2). Für jede Wahl ist ein besonderer Stimmzettelmuschlag zu verwenden und eine besondere Niederschrift aufzunehmen.

2. Bildung der Wahlbezirke.

§ 94. Der Kreisaußschuß bildet die Wahlbezirke.

3. Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde bestehen.

§ 95. In Wahlbezirken, die aus einer Gemeinde bestehen, finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 77 Anwendung.

4. Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen.

§ 96. In Wahlbezirken, die aus mehreren Gemeinden bestehen, finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 77 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. An die Stelle des Gemeindevorstandes tritt in den Fällen der §§ 11, 35 Abs. 1, 56, 57, 70, 76 und 77 der Wahlleiter. Zum Wahlleiter bestimmt der Kreisaußschuß einen Gemeindevorsteher der zum Wahlbezirk gehörenden Gemeinden.

2. Vorsitzender des für den Wahlbezirk zu bildenden Wahlausschusses ist der Wahlleiter. Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende aus jeder der zum Wahlbezirk gehörenden Gemeinden, möglichst unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien, je zwei Beisitzer und Stellvertreter aus den zur Kirchspielslandgemeindevvertretung wahlberechtigten Gemeindeangehörigen.

3. An die Stelle eines Gemeindebeschlusses tritt im Falle des § 35 Abs. 3 ein Beschluß des Wahlausschusses.

5. Gemeinsame Bestimmungen für Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde, und für Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen.

§ 97. Der Gemeindevorstand (im Falle des § 96 der Wahlleiter) hat die Niederschrift über das Wahlergebnis (§ 77 Abs. 3) mit sämtlichen zugehörigen, als Unterlagen fortlaufend zu numerierenden Schriftstücken dem Kirchspielslandgemeindevorsteher so schnell wie möglich einzureichen, daß sie spätestens bis zum Abend des auf den Wahltag folgenden Tages bei ihm eingeht.

§ 98. Der Kirchspielslandgemeindevorsteher hat das Wahlergebnis aus allen Wahlbezirken zusammenzustellen. §§ 78, 79 und 80 finden entsprechende Anwendung.

§ 99. Auf die Prüfung der Gültigkeit der Wahl finden die Bestimmungen der §§ 81 bis 88 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Gemeindevorstandes der Kirchspielslandgemeindevorsteher, an die Stelle der Gemeindevertretung die Kirchspielslandgemeindevertretung tritt.

§ 100. Die Bestimmungen der §§ 94 bis 99 gelten auch in den Fällen, in denen bisher die Wahl nicht innerhalb der Bauernschaften, sondern innerhalb der Kirchspielslandgemeinden selbst erfolgte.

15. § 103 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

Die Kosten der Wahlen zu den Amtsvertretungen sind von den Ämtern, die der Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevertretungen von den Kirchspielslandgemeinden zu tragen.

16. Soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen die Notwendigkeit von Abänderungen in der Wahl Niederschrift gegenüber dem Muster (Anlage 4 der Gemeindevahlordnung) sowie in dem Wahlscheinmuster (Anlage 2) ergibt, ist der Wortlaut der Niederschrift bzw. des Wahlscheins entsprechend zu ändern.

Berlin, den 25. Juli 1929.

Der Minister des Innern.

An die Oberpräsf., Reg.-Präsf., Landräte u. Gemeindeverwaltungen.

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0,15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0,10.

Verlag von J. Meinde (Louis Senfersche Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

Nr. 4985/90.

Wahlordnung

für

die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspielslandgemeindevertretungen.

Fassung vom 25. Juli 1929. — MBl. S. 647/665.

Die Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Landbürgermeistereiverfassungen, Amtsversammlungen und Kirchspielslandgemeindevertretungen vom 13. Februar 1924 (MBl. S. 153) in der Fassung der in dem Runderlaß vom 10. Oktober 1924 (MBl. S. 991) zusammengestellten und in dem Runderlaß vom 25. Juli 1929 (MBl. S. 640) vorgesehenen Abänderungen und Ergänzungen wird in ihrer jetzt geltenden Fassung bekannt gemacht.

Inhaltsübersicht.

I. Wahlen zu den Gemeindevertretungen. (§§ 1 bis 89).

A. Wahlleitung (§§ 1 bis 11):

1. Gemeindevorstand (§ 1),
2. Wahlvorstand (§§ 2 bis 7),
3. Wahlausschuß (§§ 8 bis 11).

B. Wahlvorbereitung (§§ 12 bis 49):

1. Bildung von Abstimmungsbezirken (§ 12),
2. Bürgerliste und Wahlscheine (§§ 13 bis 32):

- a) Allgemeines (§§ 13 bis 16),
- b) Arten der Bürgerliste (§§ 17 bis 18),
- c) Wahlscheine (§§ 19 bis 24),

- a) Auslegung und Berichtigung der Bürgerliste (§§ 25 bis 32),

3. Bestimmung der Wahlräume (§ 33),

4. Bekanntmachung der Wahl (§ 34),

5. Wahlvorschlüge (§§ 35 bis 49):

- a) Einreichung der Wahlvorschlüge (§§ 35 bis 36),
- b) Inhalt der Wahlvorschlüge (§§ 37 bis 42),
- c) Mängelbeseitigung (§§ 43 bis 45),
- d) Zulassung von Wahlvorschlügen (§§ 46 bis 48),
- e) Bekanntgabe der Wahlvorschlüge (§ 49).

C. Wahlhandlung (§§ 50 bis 65).

D. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses (§§ 66 bis 80):

1. Ermittlung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk (§§ 66 bis 75),

2. Prüfung, Feststellung und Bekanntmachung des Wahlergebnisses im Gemeindebezirk (§§ 76 bis 80).

E. Prüfung der Gültigkeit der Wahl (§§ 81 bis 89).

II. Wahlen zu den Amtsvertretungen (§§ 90 bis 92).

III. Wahlen zu den Kirchspielslandgemeindevertretungen (§§ 93 bis 100).

1. Allgemeines (§ 93),
2. Bildung der Wahlbezirke (§ 94),
3. Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde bestehen (§ 95),
4. Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen (§ 96),
5. Gemeinsame Bestimmungen für Wahlbezirke, die aus einer Gemeinde, und für Wahlbezirke, die aus mehreren Gemeinden bestehen (§§ 97 bis 100).

IV. Gemeinsame und Schlussbestimmungen (§§ 101 bis 104).

- ##### Anlagen:
1. Vordruck für die Bürgerliste.
 2. Vordruck für den Wahlschein.
 3. Vordruck für die Zähl- (Gegen-) Liste.
 4. Vordruck für die Wahl Niederschrift.

I. Wahlen zu den Gemeindevertretungen.

A. Wahlleitung.

1. Gemeindevorstand.

§ 1. (1) Der Gemeindevorstand leitet das Wahlgeschäft im Gemeindebezirk. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Bürgerliste aufzustellen,
- b) die Bürgerliste auszulegen und die Auslegung bekanntzugeben,
- c) über Einsprüche gegen die Bürgerliste zu entscheiden,
- d) die Bürgerliste abzuschließen und an den Wahlvorsteher zu übersenden,
- e) die Wahlscheine auszustellen und in Fällen, in denen die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen schon am zweitletzten Tage vor dem Wahltag geschlossen wird, die Schließung der Wahlscheinausgabe bekanntzugeben,

- f) die Abstimmungsbezirke zu bilden,
 - g) die Wahlvorsteher zu ernennen,
 - h) die Wahlräume zu bestimmen,
 - i) Ort und Zeit der Wahlhandlung, sowie die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke bekanntzugeben,
 - k) zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern,
 - l) die für die Einreichung der Wahlvorschläge erforderlichen Bescheinigungen auszustellen,
 - m) die Bestellung des Wahlausschusses bekanntzugeben,
 - n) das Wahlergebnis im Gemeindebezirk zu ermitteln, festzustellen und bekanntzugeben,
 - o) die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen,
 - p) Einsprüche, die gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben werden, der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen,
 - q) die Entscheidungen im Wahlprüfungsverfahren auszuführen.
- (2) Der Gemeindevorstand kann mit der Führung der laufenden Wahlgeschäfte ein Mitglied des Gemeindevorstandes oder einen anderen Gemeindebeamten beauftragen.

2. Wahlvorstand.

§ 2. (1) In Gemeinden, die nur einen Abstimmungsbezirk bilden, ist der Gemeindevorsteher Wahlvorsteher, der gesetzliche Stellvertreter des Gemeindevorstehers Stellvertreter des Wahlvorstehers.

(2) In Gemeinden, die mehrere Abstimmungsbezirke bilden, wird für jeden Abstimmungsbezirk vom Gemeindevorstand ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter des Wahlvorstehers ernannt.

(3) Im Falle des § 33 Satz 2 ist für jeden Wahlraum und Wahlstich ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter zu ernennen.

§ 3. Der Wahlvorsteher beruft unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteien aus den Wahlberechtigten des Abstimmungsbezirks, für den er bestellt ist, drei bis sechs Beisitzer und einen Schriftführer. Der Schriftführer kann auch aus den Wahlberechtigten eines anderen Abstimmungsbezirks genommen werden und wird im Falle vorübergehender Behinderung durch einen Beisitzer vertreten.

§ 4. (1) Der Wahlvorsteher, sein Stellvertreter, die Beisitzer und der Schriftführer bilden den Wahlvorstand.

(2) Die Mitglieder des Wahlvorstandes erhalten keine Vergütung.

§ 5. Der Wahlvorstand tritt auf Einladung durch den Wahlvorsteher am Wahltag zu Beginn der Wahlhandlung im Wahlraum zusammen.

§ 6. Der Wahlvorstand ist bei Anwesenheit von wenigstens vier Mitgliedern, unter denen sich stets der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter befinden muß, beschlußfähig. Er beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 7. Der Wahlvorstand führt die Wahlhandlung im Abstimmungsbezirk durch und stellt das Abstimmungsergebnis fest.

3. Wahlausschuß.

§ 8. (1) Für die Gemeinde wird ein Wahlausschuß gebildet, der über die Zulassung der bei seinem Vorsitzenden einzureichenden Wahlvorschläge beschließt.

(2) Vorsitzender des Wahlausschusses ist der Gemeindevorsteher oder sein gesetzlicher Stellvertreter.

(3) Zur Bildung des Wahlausschusses beruft der Vorsitzende vier oder sechs Wahlberechtigte der Gemeinde zu Beisitzern und verpflichtet sie durch Handschlag. Für jeden Beisitzer wird je ein weiterer Wahlberechtigter in gleicher Art als Stellvertreter berufen und in gleicher Weise verpflichtet, sobald er eintritt. Der Stellvertreter hat bei Behinderung oder beim Ausscheiden des Beisitzers für ihn einzutreten.

(4) Die Beisitzer und ihre Stellvertreter sollen aus verschiedenen in der Gemeinde vertretenen Parteien berufen werden.

(5) Vertrauensmänner für Wahlvorschläge und deren Stellvertreter können nicht Beisitzer oder Stellvertreter im Wahlausschuß sein.

(6) Die Beisitzer und ihre Stellvertreter erhalten keine Vergütung.

§ 9. Zu den Verhandlungen des Wahlausschusses hat der Vorsitzende einen Schriftführer zuzuziehen, der in gleicher Weise wie die Beisitzer zu verpflichten ist, aber kein Stimmrecht hat.

§ 10. Der Wahlausschuß ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter mindestens die Hälfte der Beisitzer oder Stellvertreter anwesend sind. Er beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 11. Die Namen der Mitglieder des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter sind vom Gemeindevorstand öffentlich bekanntzugeben.

B. Wahlvorbereitung.

1. Bildung von Abstimmungsbezirken.

§ 12. Die Stimmabgabe ist in Abstimmungsbezirken vorzunehmen. Jede Gemeinde bildet mindestens einen Abstimmungsbezirk. In Gemeinden, in denen ein Bedürfnis hierzu vorhanden ist, hat der Gemeindevorstand den Gemeindebezirk zur Stimmabgabe in Abstimmungsbezirke von angemessener Größe einzuteilen. Hierbei ist unter tunlichster Berücksichtigung der vorhandenen Ortsbezirke davon auszugehen, allen Wählern die Teilnahme an der Wahl möglichst zu erleichtern. Kein Abstimmungsbezirk soll mehr als 2500 Einwohner umfassen. Die Abstimmungsbezirke dürfen jedoch nicht so eng begrenzt werden, daß das Wahlgeheimnis beeinträchtigt werden könnte.

2. Bürgerliste und Wahlscheine.

a) Allgemeines.

§ 13. Der Gemeindevorstand hat eine Liste der nach § 2 Abs. 1 bis 5 des Gemeindevahlgesetzes Wahlberechtigten (Bürgerliste) für das Gemeindegebiet so rechtzeitig aufzustellen, daß diese spätestens fünf Wochen vor dem Wahltag ausgelegt werden kann. Soweit mehrere Abstimmungsbezirke gebildet werden, ist die Bürgerliste für jeden Abstimmungsbezirk besonders aufzustellen.

§ 14. (1) Die Bürgerliste hat Zu- und Vornamen, Alter und Wohnung der Wahlberechtigten in alphabetischer Ordnung unter fortlaufender Nummer zu enthalten. Vor der Eintragung jeder einzelnen Person ist ihr Wahlrecht genau zu prüfen.

(2) Die Listen können nach Geschlechtern getrennt angelegt werden.

(3) Die Listen können auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen oder die Ortsbezirke nach der Reihenfolge ihrer Nummern oder Buchstaben, innerhalb der Straßen oder Ortsbezirke die Häuser nach ihren Nummern und innerhalb jedes Hauses die Wähler eingetragen werden.

§ 15. (1) In die Bürgerliste sind alle Wahlberechtigten einzutragen, die am Wahltag im Gemeindegebiet seit ununterbrochen sechs Monaten ihren Wohnsitz haben.

(2) Personen, deren Wahlrecht ruht (Soldaten), sind nicht in die Bürgerliste aufzunehmen. Das Wahlrecht der

Soldaten ruht während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Die Zugehörigkeit dauert vom Tage des Diensttritts bis zum Ablauf des Entlassungstages (Gesetz zur Änderung des Wehrgesetzes vom 18. 6. 1921, RGBl. S. 787). Zu den Soldaten gehören die Offiziere aller Gattungen, Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Reichsheeres und der Reichsmarine (Wehrgesetz vom 23. 3. 1921, RGBl. S. 329). Die Militärbeamten gehören nicht zu den Soldaten der Wehrmacht.

(3) Personen, die in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind, sind gleichwohl in die Bürgerliste aufzunehmen. Jedoch ist bei ihren Namen in der für den Vermerk der erfolgten Stimmabgabe vorgesehenen Spalte einzutragen „behindert“. Fällt die Ursache der Behinderung weg, so ist der Vermerk „behindert“ zu streichen und der Sachverhalt in der Spalte Bemerkungen zu erläutern.

§ 16. (1) Die Bürgerliste soll mindestens vier Spalten zur Aufnahme der Vermerke über die erfolgte Stimmabgabe enthalten, damit sie für Nachwahlen zu den Gemeindevertretungen oder sonstige Wahlen und Abstimmungen, die mit den Gemeindevahlen zusammenfallen, oder ihr in kurzer Frist folgen, verwendbar ist.

(2) Die Listen müssen ferner eine Spalte für Bemerkungen enthalten.

b) Arten der Bürgerlisten.

§ 17. (1) Die Bürgerliste kann in Heftform nach dem in der Anlage 1 beigefügten Vordruck oder als Wahlkartei angelegt werden.

(2) Die Wahlkarteien müssen so beschaffen sein, daß die Karten für jeden Abstimmungsbezirk in einem oder mehreren Behältern verwahrt werden. Der Behälter muß mit Vorrichtungen versehen sein, die jede einzelne Karte festhalten und nach Abschluß der Wahlkartei jede willkürliche Herausnahme oder Einfügung von Karten unmöglich machen. Jede Karte muß Spalten zur Aufnahme der Vermerke über die erfolgte Stimmabgabe enthalten.

§ 18. Die Benutzung von Listen, die aus Anlaß früherer Wahlen gebraucht sind, ist zulässig, sofern diese den Anforderungen der §§ 13 bis 17 genügen und Unstimmigkeiten bei der Abstimmung nicht zu befürchten sind.

c) Wahlscheine.

§ 19. Ein Wahlschein berechtigt lediglich zur Wahl in der Gemeinde, für die er ausgestellt ist.

§ 20. Einen Wahlschein erhalten auf Antrag:

1. die in § 2 Abs. 6 des Gemeindevahlgesetzes genannten Personen, soweit sie nicht gemäß § 15 Abs. 1 in der Bürgerliste eingetragen sind,

2. Wahlberechtigte, die nicht in die Bürgerliste eingetragen oder darin gestrichen sind, wenn ihrem Einspruch erst nach Schluß der Bürgerliste stattgegeben ist,

3. Wahlberechtigte, die wegen Ruhens des Wahlrechts in die Bürgerliste nicht eingetragen oder darin gestrichen sind, wenn der Grund hierfür nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist,

4. Wahlberechtigte, die wegen Behinderung in der Ausübung ihres Wahlrechts entgegen der Bestimmung im § 15 Abs. 3 nicht in die Bürgerliste eingetragen oder darin gestrichen sind, wenn die Behinderung nach Ablauf der Einspruchsfrist fortgefallen ist.

§ 21. (1) Zuständig zur Ausstellung des Wahlscheins ist der Gemeindevorstand.

(2) Die Tatsachen, die die Ausstellung eines Wahlscheins begründen, sind glaubhaft zu machen und auf Erfordern nachzuweisen. Über seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Empfangnahme des Wahlscheins muß sich der Antragsteller oder Empfänger gehörig ausweisen.

(3) Über die ausgestellten Wahlscheine führt die Gemeindebehörde ein Verzeichnis.

§ 22. Verdrängte Personen (§ 20 Nr. 1) können vom Zeitpunkte des Beginns der Auslegung der Bürgerliste ab die Ausstellung eines Wahlscheins beantragen. Wird der Antrag abgelehnt, so findet die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt, welche endgültig entscheidet.

§ 23. (1) Wahlscheine können noch am Tage vor der Wahl ausgestellt werden. In den größeren Gemeinden kann die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen schon am zweitletzten Tage vor dem Wahltag geschlossen werden. Der Gemeindevorstand hat dies vorher in ortsüblicher Weise bekanntzugeben.

(2) Der Wahlschein ist nach dem als Anlage 2 beigefügten Vordruck auszustellen.

§ 24. Verdrängte Personen (§ 20 Nr. 1), die nach Erteilung eines Wahlscheins noch vor dem Wahltag ihren Aufenthaltsort wechseln, haben den Wahlschein dem Gemeindevorstand zurückzugeben. Über die Rückgabe stellt der Gemeindevorstand eine Bescheinigung aus. Die Erteilung eines Wahlscheins in der neuen Aufenthaltsgemeinde darf nur gegen Vorlage dieser Bescheinigung erfolgen.

d) Auslegung und Berichtigung der Bürgerliste.

§ 25. Der Gemeindevorstand bestimmt den Tag, von dem ab die Bürgerliste auszulegen ist, nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 des Gemeindevahlgesetzes. Vor der Auslegung hat er in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Bürgerliste zu jedermanns Einsicht ausgelegt wird, sowie innerhalb welcher Zeit und in welcher Weise Einspruch gegen die Bürgerliste erhoben werden kann. Plakatanschlag genügt.

§ 26. (1) Jeder Wahlberechtigte, der die Bürgerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Gemeindevorstand oder einem von diesem Beauftragten (§ 1 Abs. 2) schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Betrifft der Einspruch die Streichung einer anderen Person, so ist dieser Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(2) Erachtet der Gemeindevorstand den Einspruch für begründet, so hat er diesem stattzugeben und die getroffene Entscheidung den Beteiligten unverzüglich bekanntzugeben. Erachtet der Gemeindevorstand den Einspruch nicht für begründet, so hat er diesen unverzüglich, spätestens innerhalb einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist, der Beschlußbehörde vorzulegen. Das gleiche gilt im Falle des Abs. 1 Satz 3, wenn der Gemeindevorstand den Einspruch für begründet erachtet, der Betroffene aber der Streichung in der Bürgerliste widerspricht. Die Entscheidung der Beschlußbehörde ist möglichst vor Abschluß der Bürgerliste, jedenfalls aber so zeitig zu treffen, daß der Betroffene, sofern seinem Einspruch stattgegeben ist, noch rechtzeitig die Ausstellung eines Wahlscheins (§ 23) beantragen kann.

§ 27. (1) Unrichtige Angaben der Bürgerliste sind nach dem Ergebnis der im Einspruchsverfahren getroffenen Entscheidungen zu berichtigen.

(2) Nach Ablauf der Auslegungsfrist können Wähler nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche in die Bürgerliste aufgenommen oder darin gestrichen werden.

§ 28. Erhält der Gemeindevorstand, auch ohne daß Einspruch eingelegt ist, Kenntnis davon, daß die Voraussetzungen der Wahlberechtigung bei einem in die Bürgerliste eingetragenen Wähler nicht oder nicht mehr vorliegen, so hat er den Wähler von Amts wegen in der Bürgerliste zu streichen und ihn hiervon unverzüglich zu benachrichtigen.

Die Streichung von Amts wegen ist unzulässig, wenn die Benachrichtigung nicht mehr so rechtzeitig erfolgen kann, daß der Betroffene noch Einspruch einlegen kann.

§ 29. Im Falle einer Berichtigung der Bürgerliste sind die Gründe in Spalte „Bemerkungen“ anzugeben. Ergänzungen sind im Nachtrag in die Bürgerliste aufzunehmen. Etwaige Belege sind der Bürgerliste beizufügen.

§ 30. (1) Die berichtigte Bürgerliste ist vom Gemeindevorstand abzuschließen. Hierbei hat er zu bescheinigen, daß und wie lange die Bürgerliste ausgelegt hat, daß die in §§ 25 und 34 vorgeschriebenen ortsüblichen Bekanntmachungen erfolgt sind, endlich wieviel wahlberechtigte Personen in die Bürgerliste eingetragen sind.

(2) Die Behälter der Wahlkarteien sind durch Schlösser, Plomben oder Siegel so zu verschließen, daß eine Entnahme oder Einfügung von Karten nicht möglich ist.

§ 31. Der Gemeindevorstand hat die Bürgerliste rechtzeitig dem Wahlvorsteher zu übersenden. Bedingt dies, daß die Bürgerliste abgeschlossen werden muß, ohne daß die Entscheidung der Beschlußbehörde über vorgelegte Einsprüche (§ 26 Abs. 2) berücksichtigt werden kann, so muß den Beteiligten hiervon so rechtzeitig Kenntnis gegeben werden, daß sie die Ausstellung eines Wahlscheins beantragen können (§ 23).

§ 32. Der Gemeindevorstand soll, soweit möglich, gegen Erstattung der Auslagen Abschriften aus der Bürgerliste erteilen oder die Anfertigung von Abschriften gestatten.

3. Bestimmung der Wahlräume.

§ 33. Innerhalb jedes Abstimmungsbezirks wird von dem Gemeindevorstand ein geeigneter Wahlraum bestimmt. In großen Abstimmungsbezirken, in denen sich eine Teilung der Bürgerliste als zweckmäßig erweist, sowie in Abstimmungsbezirken, für welche die Bürgerliste nach Geschlechtern getrennt aufgestellt ist, können die Wahlen gleichzeitig an zwei verschiedenen Wahltagen in demselben Wahlraum oder in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes oder in zwei verschiedenen Gebäuden vorgenommen werden.

4. Bekanntmachung der Wahl.

§ 34. (1) Der Gemeindevorstand hat die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, die Bestimmung der Wahlräume sowie Tag und Stunde der Wahlhandlung in ortsüblicher Weise bekanntzugeben. Öffentlicher Anschlag genügt.

(2) Die Bekanntmachung soll spätestens am siebenten Tage vor dem Wahltag erfolgen. Ein Abdruck oder eine Abschrift der Bekanntmachung ist dem Wahlvorsteher zur Benutzung bei der Wahl auszuhändigen.

5. Wahlvorschläge.

a) Einreichung der Wahlvorschläge.

§ 35. (1) Zur Einreichung von Wahlvorschlägen bei dem Vorsitzenden des Wahlausschusses hat der Gemeindevorstand durch eine Bekanntmachung in ortsüblicher Weise, spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag aufzufordern.

(2) In der Bekanntmachung sind die Kalendertage genau zu bezeichnen, an denen spätestens die Wahlvorschläge einzureichen sind. Die Wahlvorschläge sind spätestens am siebzehnten Tage vor dem Wahltag schriftlich dem Vorsitzenden des Wahlausschusses einzureichen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine, spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.

(3) Durch Gemeindebeschuß kann die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bis auf den dreizehnten Tag vor dem Wahltag verlängert werden.

(4) Die Bekanntgabe soll auch die Vorschriften über Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschläge wiedergeben. § 36. Wahlvorschläge können auch vor der öffentlichen Aufforderung eingereicht werden.

b) Inhalt der Wahlvorschläge.

§ 37. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 38. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Berufs, Standes und ihrer Wohnung beifügen.

§ 39. Mit den Wahlvorschlägen sind einzureichen:

1. Die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist (§ 35) eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Bei Abgabe dieser Erklärung ist Stellvertretung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter zulässig, wenn der Bewerber nachweislich verhindert ist, die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzusenden.

2. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnen und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindevorstandes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

3. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in der Bürgerliste eingetragen oder mit einem Wahlschein versehen sind.

(2) Im Falle des § 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 9. 4. 1923 (GS. S. 83) findet, sofern verdrängte Personen auf einem Wahlvorschlag ihres Aufenthaltsortes aufgeführt werden, Nummer 2 hinsichtlich des Wohnsitzes und der Wohnsitzdauer keine Anwendung.

(3) Der Gemeindevorstand hat die Bescheinigungen auf Antrag gebührenfrei auszustellen.

(4) Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn in der Gemeinde zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein.

§ 40. Die Wahlvorschläge können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.

§ 41. (1) Jeder Wahlvorschlag soll durch den Namen einer Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bezeichnet werden, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig.

(2) In jedem Wahlvorschlag muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses bevollmächtigt sind. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

(3) Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmanns, sobald die Erklärung dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zugeht.

§ 42. Gemäß § 5 Satz 4 des Gemeindevorstandes findet eine Verbindung von Wahlvorschlägen nicht statt.

c) Mängelbeseitigung.

§ 43. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses hat die Vertrauensmänner unverzüglich aufzufordern, bis spätestens zum sechsten Tage vor dem Wahltag Mängel der Wahlvorschläge zu beseitigen, oder etwa fehlende Bescheinigungen nachzubringen.

(2) Mängel können nicht mehr beseitigt werden, wenn die Wahlvorschläge festgesetzt sind (§ 46 Abs. 2).

(3) Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen benannt sind, müssen dem Vorsitzenden des Wahlausschusses innerhalb einer von ihm gestellten Frist erklären, für welche Wahlvorschläge sie sich entscheiden.

§ 44. Bewerber, gegen deren Wahlbarkeit der Vorsitzende des Wahlausschusses Bedenken erhebt, können bis zur Festsetzung der Wahlvorschläge durch andere ersetzt werden. Die Bestimmung der Ersatzleute muß durch übereinstimmende Erklärung sämtlicher Unterzeichner des Wahlvorschlags erfolgen.

§ 45. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses soll darauf hinwirken, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen.

(2) Die gleichen Personen können nicht als Vertrauensmänner für mehrere Wahlvorschläge benannt werden.

(3) Der Vertrauensmann kann gegen Verfügungen, die der Vorsitzende auf Grund der §§ 43 bis 45 erläßt, die Entscheidung des Wahlausschusses anrufen.

d) Zulassung von Wahlvorschlägen.

§ 46. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses bestimmt Zeit und Ort der Sitzung des Wahlausschusses und gibt sie in ortsüblicher Weise bekannt. Die Mitglieder des Wahlausschusses sind von ihm zur Sitzung einzuladen. Der Wahlausschuß entscheidet alsbald nach Ablauf der Frist für Beseitigung der Mängel (§ 43 Abs. 1), spätestens im Laufe des fünften Tages vor dem Wahltag in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge und setzt sie fest. Öffentlich sind die Sitzungen des Wahlausschusses schon dann, wenn Zeit, Ort und Gegenstand der Sitzung vor der Sitzung durch Aushang am Eingange des Sitzungshauses bekanntgegeben worden sind mit dem Hinweis, daß der Zutritt zur Sitzung den Wahlberechtigten freisteht.

(2) Die Wahlvorschläge können nach ihrer Festsetzung nicht mehr geändert oder zurückgenommen werden.

§ 47. (1) In den Wahlvorschlägen werden die Namen der Bewerber gestrichen, deren Persönlichkeit nicht feststeht, deren Zustimmungserklärung fehlt, die nachgewiesenermaßen nicht wählbar sind oder die auf mehreren Wahlvorschlägen benannt sind.

(2) Bewerber, die auf demselben Wahlvorschlag mehrmals benannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen.

§ 48. (1) Nicht zugelassen sind Wahlvorschläge, die verspätet eingereicht sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen.

(2) Trägt ein Wahlvorschlag kein Kennwort, so gilt der Name des Bewerbers, der in dem Wahlvorschlag an erster Stelle genannt ist, als Kennwort des Wahlvorschlages.

e) Bekanntgabe der Wahlvorschläge.

§ 49. (1) Der Vorsitzende des Wahlausschusses hat spätestens am vierten Tage vor der Wahl die Wahlvorschläge in der zugelassenen Form unter Angabe des Kennworts, jedoch unter Weglassung der Namen der Unterzeichner und Vertrauensmänner in ortsüblicher Weise bekanntzugeben. Die Wahlvorschläge sind mit fortlaufender Nummer zu versehen.

(2) In der Bekanntmachung soll die rechtliche Bedeutung der Wahlvorschläge kurz erläutert werden.

C. Wahlhandlung.

§ 50. Die Wahlhandlung ist öffentlich.

§ 51. (1) Die Wahlzeit dauert in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 8 Uhr bis 17 Uhr, sonst von 9 Uhr bis 18 Uhr. Durch Gemeindebeschuß kann der Beginn der Wahlzeit auch für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März auf 8 Uhr angelegt werden, ohne daß sich der Endtermin (18 Uhr) ändert. In Abstimmungsbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Wahlzeit durch Gemeindebeschuß abgekürzt werden. Sie darf jedoch nicht später als 10 Uhr beginnen und nicht vor 17 Uhr schließen.

(2) Haben alle in der Bürgerliste eingetragenen Wähler abgestimmt und ist anzunehmen, daß Inhaber von Wahlscheinen nicht mehr kommen, so kann der Wahlvorsteher auf einstimmigen Beschluß des Wahlvorstandes die Abstimmung schon vor dem Schluß der allgemeinen oder der besonders angeordneten Wahlzeit für geschlossen erklären. Das gleiche gilt, wenn nur ein einziger Wahlvorschlag vorhanden ist und anzunehmen ist, daß wenigstens eine gültige Stimme abgegeben worden ist.

§ 52. (1) Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher seinen Stellvertreter, den Schriftführer und die Beisitzer durch Handschlag verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet.

(2) Ist zur Zeit des Beginns der Wahlhandlung die für eine vollständige Besetzung des Wahlvorstandes erforderliche Zahl eingeladener Beisitzer oder Stellvertreter nicht erschienen, so ernennt der Wahlvorsteher aus anwesenden oder erscheinenden Wählern die fehlenden Mitglieder in der erforderlichen Zahl.

§ 53. Der Wahlvorsteher und die Schriftführer dürfen sich während der Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen. Verläßt einer von ihnen vorübergehend den Wahlraum, so ist mit der Vertretung des Wahlvorstehers sein Stellvertreter, mit derjenigen des Schriftführers ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 54. (1) Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, soll so aufgestellt werden, daß er von allen Seiten zugänglich ist.

(2) An diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Der Boden der Wahlurne soll viereckig sein. Im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hindurchgesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

(3) Durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch den Wahlraum betretbar oder unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstisch getrennten Nebentischen ist Vorkehrung zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag.

§ 55. Gewählt wird mit Stimmzetteln in amtlich gestempelten Umschlägen. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 56. (1) Die Stimmzettel werden vom Gemeindevorstand amtlich hergestellt und den Wahlvorstehern überwiesen. Sie müssen alle zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe des Parteikennwortes oder des sonstigen Kennwortes (§ 41) und unter Hinzufügung der Namen der ersten vier Bewerber jedes Wahlvorschlages (bei weniger

als vier Bewerber: sämtlicher Bewerber) in der gemäß § 49 bestimmten, mit den entsprechenden Nummern versehenen Reihenfolge enthalten.

(2) Die Stimmzettel müssen von weißem oder weißlichem Papier sein; auch Zeitungspapier ist zulässig. Ihre Größe bestimmt sich nach dem Umfang des erforderlichen Aufdrucks; doch müssen sich die Stimmzettel, einzeln oder zweimal gefaltet, leicht in den Umschlag legen lassen.

§ 57. Die Umschläge müssen 12 : 15 Zentimeter groß, aus undurchsichtigem Papier und amtlich abgestempelt sein. Sie werden vom Gemeindevorstand in der erforderlichen Anzahl amtlich geliefert und dem Wahlvorstand überwiesen. Sie dürfen nicht mit unzulässigen Kennzeichen versehen sein und müssen wenigstens in jedem Abstimmungsbezirk von gleicher Art und Farbe sein.

§ 58. Die amtlich hergestellten Stimmzettel und Umschläge werden an die Wahlberechtigten im Wahlraum ausgegeben. Andere Stimmzettel oder Umschläge dürfen im Wahlraum weder ausgelegt noch verteilt werden.

§ 59. (1) Zur Stimmabgabe dürfen nur die amtlich hergestellten, im Wahlraum ausgegebenen Stimmzettel benutzt werden. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wahlberechtigte durch ein auf den Stimmzettel zu setzendes Kreuz oder in sonstiger Weise kenntlich macht, welchem Wahlvoranschlag er seine Stimme geben will. Der Wahlberechtigte darf auf dem Stimmzettel nur einen Wahlvoranschlag zu diesem Zweck ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich machen; andernfalls ist sein Wille nicht unzweifelhaft zu erkennen und der Stimmzettel ungültig.

(2) Die Stimmzettel dürfen nur in den amtlich gelieferten, im Wahlraum ausgegebenen Umschlägen von dem Wahlberechtigten dem Wahlvorsteher übergeben werden.

§ 60. (1) Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen.

(2) Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ein Wähler des Abstimmungsbezirks, der hiervon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

(3) Sind in einem Wahlraum mehrere Wahlvorstände tätig, so steht die Wahrung der Hausordnung dem Wahlvorstande zu, dessen Vorsteher an Lebensjahren der ältere ist.

§ 61. (1) Der Wahlvorsteher leitet die Wahl.

(2) Zur Stimmabgabe zuzulassen sind nur Personen, die in der Bürgerliste eingetragen oder im Besitz eines Wahlscheines sind.

(3) Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraumes einen amtlich abgestempelten Umschlag und einen amtlich hergestellten Stimmzettel. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den mit einer Vorrichtung gegen Sicht geschützten Nebentisch. Dort hat er auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich zu machen, welchem Wahlvoranschlag er seine Stimme geben will, und den so gekennzeichneten Stimmzettel in den Umschlag zu legen. Er tritt alsdann an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald sein Name in der Bürgerliste aufgefunden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

(4) Inhaber von Wahlscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Wahlschein dem Wahlvorsteher, der ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiterreicht. Entstehen Zweifel über die Echtheit oder den rechtmäßigen Besitz des Wahlscheins, so hat der Wahlvorstand diese nach Möglichkeit aufzuklären und über die Zulassung oder Abweisung des Wählers Beschluß zu fassen. Der Vorgang ist in die Wahlniederschrift aufzunehmen.

(5) Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig mit dem ihren Willen kenntlich machenden Zeichen zu versehen oder in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

(6) Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden oder denen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt ist, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wahlberechtigten, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

(7) Der Wahlvorsteher hat darüber zu wachen, daß die Wahlberechtigten die amtlichen Stimmzettel erhalten, und daß sie in dem Nebenraum oder an dem Nebentisch nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist.

§ 62. Der Schriftführer vermerkt die Stimmabgabe jedes Wählers neben dessen Namen in der Bürgerliste und sammelt die Wahlscheine. Für den Vermerk der erfolgten Stimmabgabe ist gleichmäßig im ganzen Abstimmungsbezirk ein und dieselbe Spalte der Bürgerliste oder Wahlkartei zu benutzen.

§ 63. Nach Schluß der Wahlzeit dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren. Hierauf erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen.

§ 64. Nach Schluß der Abstimmung werden die Umschläge aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt. Zugleich wird die Zahl der Abstimmungsvermerke in der Bürgerliste und die Zahl der Wahlscheine festgestellt (§ 62). Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit, so ist dies in der Wahlniederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

§ 65. Nach näherer Anordnung des Gemeindevorstands dürfen abweichend von den Bestimmungen des § 54 Abs. 2 auch andere Gefäße als Wahlurnen verwendet werden, bei deren Benutzung die Sicherheit des Wahlgeheimnisses gewahrt erscheint.

D. Ermittlung, Prüfung und Feststellung des Wahlergebnisses.

§ 66. Die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses und des Wahlergebnisses ist öffentlich.

1. Ermittlung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk.

§ 67. Unmittelbar nach der Zählung der Umschläge und Abstimmungsvermerke ist die Ermittlung und Prüfung des Abstimmungsergebnisses in der Weise vorzunehmen, daß ein Beisitzer die Umschläge öffnet, die Stimmzettel herausnimmt und sie dem Wahlvorsteher übergibt, der sie laut vorliest und nebst den Umschlägen einem anderen Beisitzer zur Aufbewahrung bis zum Ende der Wahlhandlung übergibt.

§ 68. (1) Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag übergeben worden sind,
2. die in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind,
3. die nicht als amtlich hergestellte erkennbar sind,
4. aus deren Kennzeichnung der Wille des Wählers nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,
5. denen irgendein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt ist,
6. die mit einem unzulässigen Vermerk oder mit einem Vorbehalt versehen sind.

(2) Mehrere in einem Umschlag enthaltene Stimmzettel gelten als eine Stimme, sofern sie auf denselben Wahlvoranschlag lauten, andernfalls sind sie ungültig.

§ 39. (1) Der Schriftführer verzeichnet in der Wählerliste jede dem einzelnen Wahlvoranschlag zugefallene Stimme und zählt die Stimmen laut.

(2) Einer der Beisitzer führt gleichzeitig eine Gegenliste. Das Muster für die Zähl- und Gegenliste ergibt sich aus dem Vordruck in Anlage 3.

(3) Zähl- und Gegenliste sind von dem Wahlvorsteher und dem Mitglied des Wahlvorstandes, das die Liste geführt hat, zu unterzeichnen und der Wahlniederschrift als Anlagen beizufügen.

§ 70. Unmittelbar nach Ermittlung des Abstimmungsergebnisses hat der Wahlvorsteher das Ergebnis dem Gemeindevorstand auf schnellstem Wege mitzuteilen. In dieser Mitteilung sind die Wahlvoranschläge einzeln mit der auf sie gefallenen Stimmenzahl anzugeben.

§ 71. (1) Die Stimmzettel, über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlvorstand Beschluß fassen muß, sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und der Niederschrift beizufügen. In der Niederschrift sind die Gründe anzugeben, aus denen die Stimmzettel für gültig oder ungültig erklärt worden sind.

(2) Wenn ein Stimmzettel wegen der Beschaffenheit des Umschlages für ungültig erklärt worden ist, ist auch der Umschlag anzuschließen.

§ 72. Alle Stimmzettel, die nach § 71 der Wahlniederschrift beizufügen sind, hat der Wahlvorsteher in Papier einzuschlagen, den Umschlag mit der Nummer oder Bezeichnung des Abstimmungsbezirks zu versehen, zu versiegeln und dem Gemeindevorstand zu übergeben, der sie verwahrt, bis die Wahl endgültig für gültig erklärt worden oder eine Neuwahl angeordnet ist.

§ 73. Die Bürgerliste nebst den Wahlscheinen wird dem Gemeindevorstand zur Aufbewahrung unter Verschuß übergeben; die Bürgerliste darf außer in den gesetzlich zugelassenen Fällen anderweitig erst dann verwendet werden, wenn die Wahl endgültig für gültig erklärt oder eine Neuwahl angeordnet ist.

§ 74. Der Wahlvorsteher hat die Umschläge, soweit sie nicht der Wahlniederschrift beizufügen sind, dem Gemeindevorstand zur weiteren Verwendung zurückzugeben.

§ 75. Über die Wahlhandlung ist eine Niederschrift (Wahlniederschrift) nach dem in der Anlage 4 beigelegten Vordruck aufzunehmen.

2. Prüfung, Feststellung und Bekanntmachung des Wahlergebnisses im Gemeindebezirk.

§ 76. Die Wahlniederschrift mit sämtlichen zugehörigen als Anlagen fortlaufend zu numerierenden Schriftstücken ist von dem Wahlvorsteher so schnell dem Gemeindevorstand einzureichen, daß sie spätestens bis zum Mittag des auf den Wahltag folgenden Tages bei ihm eingeht.

§ 77. (1) Der Gemeindevorstand prüft nach den Wahlniederschriften die ordnungsmäßige Vollziehung der Wahl, die Berechnung der abgegebenen Stimmen und die Richtigkeit der über die Gültigkeit oder Ungültigkeit vom Wahlvorstand getroffenen Entscheidung und berichtigt Rechenfehler und andere offenbare Unrichtigkeiten, die bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses vorgekommen sind. Alsdann stellt er das Gesamtergebnis der Wahl im Gemeindebezirk fest und nimmt die Verteilung der Sitze auf die Wahlvoranschläge vor.

(2) Die Sitze sind auf die Wahlvoranschläge nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung, Viertelung usw. der auf die Wahlvoranschläge entfallenden Stimmenzahlen er-

geben. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das Los.

(3) Über die Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

§ 78. (1) Der Gemeindevorstand hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie unter Hinweis auf die Bestimmung in Abs. 2 aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären.

(2) Die Wahl gilt als angenommen, wenn innerhalb dieser Frist keine Erklärung eingeht. Annahme unter Vorbehalt gilt als Ablehnung.

§ 79. Wenn ein Gewählter die Wahl ablehnt, so hat der Gemeindevorstand festzustellen, wer als Ersatzmann gemäß § 8 des Gemeindevorwahlgesetzes an seine Stelle tritt und diesen gemäß § 78 zur Erklärung über die Annahme der Wahl aufzufordern.

§ 80. (1) Das festgestellte Wahlergebnis macht der Gemeindevorstand in ortsüblicher Weise bekannt.

(2) Vom Tage der Bekanntmachung läuft die Frist zur Erhebung von Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Wahl.

E. Prüfung der Gültigkeit der Wahl.

§ 81. Die neue Gemeindevertretung beschließt über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Wahl von Amts wegen gemäß § 6 des Gemeindevorwahlgesetzes.

§ 82. Einsprüche, die gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben werden, hat der Gemeindevorstand der Gemeindevertretung bei ihrem ersten Zusammentritt zur Beschlußfassung vorzulegen. Der Gemeindevorstand stellt den Beschluß der Gemeindevertretung dem Einspruchserheber unverzüglich nach der Beschlußfassung zu.

§ 83. Wird die Wahl endgültig für gültig erklärt, so bedarf es keiner nochmaligen Bekanntmachung des Wahlergebnisses.

§ 84. Wird die Wahl eines einzelnen Gemeindevorstandes endgültig für ungültig erklärt, so hat der Gemeindevorstand gemäß § 8 des Gesetzes vom 9. 4. 1923 (GS. S. 83) festzustellen, wer als Ersatzmann nachrückt. §§ 78 bis 80 finden Anwendung.

§ 85. Wird die ganze Wahl endgültig für ungültig erklärt, so hat der Gemeindevorstand dies in ortsüblicher Weise bekanntzugeben und den Tag für die Neuwahl gemäß § 6 Abs. 5 des Gesetzes vom 9. 4. 1923 (GS. S. 83) zu bestimmen.

§ 86. Die Neuwahl findet nach denselben Vorschriften statt wie die Hauptwahl, soweit sie nicht aus den folgenden Bestimmungen etwas anderes ergibt.

§ 87. Die Wahlvorstände, der Wahlausschuß, die Abstimmungsbezirke, die Wahlräume bleiben unverändert, soweit nicht eine Änderung nach dem Ermessen des Gemeindevorstandes geboten erscheint. Änderungen sind nach § 34 in ortsüblicher Weise bekannt zu geben. Die Wahlvorsteher sind von dem Gemeindevorstand von der Änderung in Kenntnis zu setzen.

§ 88. Für die Neuwahl ist dieselbe Bürgerliste zugrunde zu legen wie bei der Hauptwahl. Sie ist jedoch vorher zu berichtigen und neu auszulegen. Die Auslegungsfrist kann vom Gemeindevorstand bis auf eine Woche verkürzt werden.

§ 89. Für die Neuwahl sind neue Wahlvoranschläge einzureichen.

II. Wahlen zu den Amtsvertretungen.

§ 90. (1) Die regelmäßigen Wahlen zu den Amtsvertretungen finden gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Abstimmungsbezirke, Bürgerliste, Wahlvorstände und Wahlräume sind dieselben.

Damit der Wahlberechtigte unbeobachtet seinen Stimmzettel in den Umschlag zu stecken vermochte, war (Beschreibung der Absonderungsvorrichtung)

Durch den Wahlvorstand war in der Nähe des Zuges zu de . . . Nebenraum . . . Nebentisch ²⁾ für die Bereithaltung der abgestempelten Umschläge und der amtlich hergestellten Stimmzettel aufgestellt worden

Von den erschienenen Wahlberechtigten begab sich jeder einzeln, nachdem er einen Umschlag und einen amtlich hergestellten Stimmzettel ausgehändigt erhalten hatte, — in den Nebenraum — an den Nebentisch ²⁾, wo er — den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben wollte, kenntlich machen und den Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag stecken konnte. Er trat sodann an den Vorstandstisch heran, nannte seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergab den Umschlag, sobald der Schriftführer den Namen in der Bürgerliste ²⁾ aufgefunden hatte, dem Wahlvorsteher, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legte.

Inhaber von Wahlscheinen nannten ihren Namen und übergaben den Wahlschein dem Wahlvorsteher, der ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiterreichte und sodann den Umschlag uneröffnet in die Wahlurne legte.

Hierbei mußten von dem Wahlvorsteher zurückgewiesen werden:

1. weil der Wahlberechtigte den Stimmzettel nicht in einem amtlich gestempelten Umschlag abgeben wollte, . . . Stimmzettel,
2. weil der Wahlberechtigte den Stimmzettel in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollte, . . . Stimmzettel,
3. weil der Wahlberechtigte den Stimmzettel in einem Umschlag abgeben wollte, dem ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt war, . . . Stimmzettel.

Der Schriftführer vermerkte die Stimmabgabe jedes Wahlberechtigten, indem er — neben dessen Namen in der dazu bestimmten Spalte der Bürgerliste — in der Wahlkartei auf der Karte des Wahlberechtigten in der dazu bestimmten Spalte ²⁾ ein Kreuz machte und die abgegebenen Wahlscheine sammelte.

Der Wahlberechtigte, der einen Wahlschein, ausgestellt von . . . am . . . vorwies, mußte zurückgewiesen werden, weil . . .

Von . . . Uhr an wurden nur noch die in diesem Zeitpunkt schon im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen. Als dann, nämlich um . . . Uhr . . . Minuten, erklärte der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen.

Um . . . Uhr . . . Minuten hatten sämtliche in der Bürgerliste eingetragenen Wähler abgestimmt. Da anzunehmen war, daß Inhaber von Wahlscheinen nicht mehr kommen würden, beschloß der Wahlvorstand einstimmig, die Abstimmung zu schließen. Der Wahlvorsteher erklärte hierauf um . . . Uhr . . . Minuten die Abstimmung für geschlossen.

Wird durchstrichen, soweit der Fall nicht vorgekommen ist.

Wird durchstrichen, soweit einer der drei vor- auserwähnten Fälle vorgekommen ist.

Die Umschläge wurden aus der Wahlurne genommen und ungeöffnet gezählt. Die Zählung ergab Stück.

Darauf wurden die in der Bürgerliste gekreuzten Namen gezählt, die Zählung ergab Wahlberechtigte.

Auf Wahlschein haben gewählt Zusammen Wahlberechtigte.

Wird durchstrichen, wenn die Zahlen nicht übereinstimmen. Diese Gesamtzahl der Wahlberechtigten stimmt mit der Zahl der abgegebenen Umschläge überein.

Wird durchstrichen, wenn die Zahlen übereinstimmen. Diese Gesamtzahl war um größer ²⁾ als die Zahl der abgegebenen Umschläge. Zur Aufklärung dieser Verschiedenheit, welche sich auch bei wiederholter Zählung herausstellte, dient folgendes:

Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wurde als Hilfsarbeiter zugezogen:

Hierauf öffnete ein Beisitzer die Umschläge einzeln, nahm die Stimmzettel heraus und übergab sie dem Wahlvorsteher, der sie laut vorlas und nebst den Umschlägen einem anderen Beisitzer weiterreichte, der die Stimmzettel — getrennt nach gemeinsamen und besonderen Stimmzetteln und ⁴⁾ nach Wahlvorschlägen gesondert sowie die Umschläge bis zum Ende der Wahlhandlung aufbewahrte.

Nach dem Vorlesen wurde hinsichtlich jedes gültigen Stimmzettels festgestellt, für welchen Wahlvorschlag er abgegeben worden war. Jeder derartige Stimmzettel wurde dem Wahlvorschlage zugezählt, auf den er lautete. Der Schriftführer machte hierüber in der Zählliste bei dem betreffenden Wahlvorschlag einen Vermerk und zählte die Stimmen laut. In gleicher Weise führte der Beisitzer . . . eine Gegenliste.

Zählliste und Gegenliste wurden beim Schlusse der Verhandlung von dem Wahlvorsteher und dem Listenführer unterschrieben und der Wahlniederschrift als Anlagen . . . ⁵⁾ beigelegt.

Durch Beschluß des Wahlvorstands wurden für ungültig erklärt:

1. . . . Stimmzettel, weil sie nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag übergeben worden waren. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.
2. . . . Stimmzettel, weil sie in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden waren. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.
3. . . . Stimmzettel, weil sie nicht als amtlich hergestellt erkennbar waren. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.
4. . . . Stimmzettel, weil aus ihrer Kennzeichnung der Wille des Wählers nicht unzweifelhaft zu erkennen war. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.

Da nur ein Wahlvorschlag vorhanden und anzunehmen war, daß wenigstens eine gültige Stimme abgegeben worden ist, beschloß der Wahlvorstand einstimmig, die Abstimmung zu schließen. Der Wahlvorsteher erklärte hierauf um . . . Uhr . . . Minuten die Abstimmung für geschlossen.

Um . . . Uhr erklärte der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen.

5. . . . Stimmzettel, weil ihnen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt war. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.

6. . . . Stimmzettel, weil sie mit einem unzulässigen Vermerk oder Vorbehalt versehen waren. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.

Serner mußten außer Berücksichtigung gelassen werden: 7. . . . Stimmen, weil in einem Umschlag mehrere auf verschiedene Wahlvorschläge lautende Stimmzettel enthalten waren. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.

8. . . . abgegebene leere Umschläge. Nr. der Anlagen: . . . ⁵⁾.

Gesamtsumme von 1 bis 8 (für ungültig erklärte Stimmzettel, außer Berücksichtigung gelassene Stimmen und abgegebene leere Umschläge): . . .

Mehrere gleichlautende Stimmzettel fanden sich in . . . Umschlägen und wurden als je eine Stimme gezählt.

Dagegen wurden die nachbezeichneten Stimmzettel, hinsichtlich deren sich die nachstehenden Bedenken ergeben hatten, aus folgenden Gründen durch Beschluß des Wahlvorstands für gültig erklärt:

1. Stimmzettel Nr. usw.

Die sämtlichen vorbezeichneten Stimmzettel und Umschläge, hinsichtlich deren es einer Beschlußfassung des Wahlvorstands bedurfte, wurden mit fortlaufenden, den vorstehend angegebenen entsprechenden Nummern versehen und der Wahlniederschrift beigelegt.

Von den gültigen Stimmen wurden abgegeben für:

Nr.	Bezeichnung des Wahlvorschlages mit Angabe des Kennworts	Zahl der Stimmen
1.		
usw.		
Gesamtsumme der gültigen Stimmen . .		
Gesamtsumme der für ungültig erklärten Stimmzettel sowie der außer Berücksichtigung gelassenen Stimmen und abgegebenen leeren Umschläge		
Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen		

Wird durchstrichen, wenn die Zahlen nicht übereinstimmen. Diese Gesamtsummen der abgegebenen Stimmen stimmt mit der Zahl der abgegebenen Umschläge überein.

Wird durchstrichen, wenn die Zahlen übereinstimmen.

Diese Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen war um . . . größer ²⁾ als die kleiner Zahl der abgegebenen Umschläge. Zur Aufklärung dieser Verschiedenheit, die sich auch bei wiederholter Zählung herausstellte, dient folgendes:

Nachdem der Wahlvorsteher dies Ergebnis verkündet hatte, wurden alle Stimmzettel, die nicht dieser Wahlniederschrift beigelegt sind, versiegelt und der Gemeindebehörde in zur Verwahrung zugeleitet — gemeinsame Stimmzettel getrennt von den übrigen ⁴⁾.

Festgestellt wird, daß in der Bürgerliste ²⁾ des Abstimmungsbezirks insgesamt Wahlberechtigte eingetragen sind und daß . . . Wahlscheine abgegeben wurden.

Die Bürgerliste ²⁾ sowie die Wahlscheine wurden der Gemeindebehörde in zur Aufbewahrung unter Verschluss übergeben, ebenso alle Stimmzettelumschläge, die nicht dieser Wahlniederschrift beigelegt sind.

Bestätigt wird, daß je ein Abdruck des Gemeindegewahlgesetzes, der Gemeindegewahlordnung und der Bekanntmachung nach § 49 der Gemeindegewahlordnung im Wahlraum während der Wahlhandlung ausgelegt haben.

Gegenwärtige Verhandlung wurde vorgelesen, von dem Wahlvorsteher, den Beisitzern und dem schriftführenden Beisitzer genehmigt und wie folgt vollzogen:

Der Wahlvorsteher. Die Beisitzer. Der schriftf. Beisitzer.

¹⁾ Nur auszufüllen in Gemeinden mit mehreren Abstimmungsbezirken.

²⁾ Das Unzutreffende ist zu durchstreichen.

³⁾ Nur im Falle des § 10 G. B. G. auszufüllen, sofern der Wahlbezirk aus mehreren Gemeinden besteht.

⁴⁾ Nur im Falle der §§ 92/93 G. B. G. erforderlich.

⁵⁾ Einzusetzen die Nummern der Anlagen.

Die Vordrucke sind durch J. Meinckes Verlag (Heuserische Buchdruckerei) Neuwied a. Rh. zu beziehen.

1

Der Landrat und Vorsitzende Siegburg, den 30.4. 1928.
des Kreisausschusses des
Siegkreises:
A.I.J.Nr. 3475



Auf das Gesetz, betreffend die Festsetzung
der Gemeindewahlen vom 18. 4. 1928 (Pr. Ges. S. S. 99/100
mache ich mit dem Ersuchen aufmerksam, mit den Wahl-
vorarbeiten rechtzeitig zu beginnen.

J.A.

Herchenbach,

Winterrücklagen
zum 1. August 1928
zur Begründung.

An den

Herrn Bürgermeister

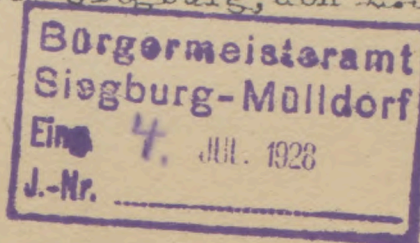
in

S-Malldorf

Der Landrat und Vorsitzende Siegburg, den 2. Juli 1928.

des Kreisausschusses des
Siebkreises.

A. I. J. Nr. 5041



Auf dem im Ministerialblatt für die innere
Verwaltung veröffentlichten Erlass vom 23. v. Mts.,
betr. Ausführungsanweisung zu dem Gesetz über die
Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928
mache ich mit dem Ersuchen um Beachtung besonders
aufmerksam.

I. A.

Herchenbach.

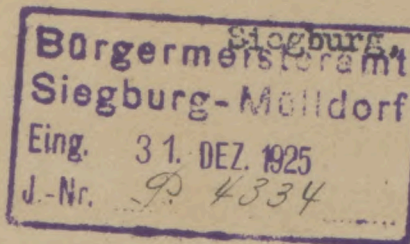
An

den Herrn Bürgermeister

in

Siegburg-Mülldorf

er Vorsitzende des
Kreisausschusses
des Siegkreises
A I J No. 7604



Siegburg

den 29. Dezember 1925.

Abdruck übersende ich unter Bezugnahme auf meine
Verfügung vom 5. August 1925 A I No. 3795 zur gefl.
Kenntnis.

J.A.

Herchenbach.

Zu den Akten.
Siegburg-Müllendorf, den *31/12.25*
Der Bürgermeister

An

den Herrn Bürgermeister

in

S. Müllendorf

Preußische Minister
des Innern.

Berlin, den 7. Dezember 19

IV a IV 453 II.

Abschrift.

Municipalpolitische Vereinigung.

Köln, den 13. November 1925.

P. Abtlg. H.Ka.

Betrifft: IV a IV 453.

Herr Abgeordneter Schüling hat auf unsere Veranlassung unterm 12. Juni eine Anfrage dort eingereicht, welche unter dem 13. Juli IV a IV beantwortet worden ist. Dieser Briefwechsel ist in der Preußischen Gemeindezeitung, dem Organ des Preußischen Landgemeindeverbandes West, Nr. 26 Seite 315 veröffentlicht worden. Das Antwortschreiben des Preußischen Innenministeriums an den Herrn Abg. Schüling vom 13. Juli 1925 IV a IV 453 betreffend Gemeindevorsteherwahl läßt mehrere Unklarheiten offen:

1. In dem Schreiben heißt es: "Durch die Vorschriften des § 9 des Gemeindewahlgesetzes ist eine Aenderung lediglich insoweit eingetreten, als die in § 23 Abs. 6 Satz 1 vorgeschriebene Neuwahl nicht mehr stattfindet, sondern durch das Nachrücken des Ersatzmannes bzw. durch den Vorschlag der Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages ersetzt wird." In dieser Ausführung ist § 4 S. 2 des Gesetzes vom 14. Juni 1924 in der Fassung vom 24. Juli 1924 außer Acht gelassen worden. Dort heißt es: "Bei der Zettelwahl wird, wenn..... nur eine unbesoldete Wahlstelle oder wenn mehrere ungleichartige Wahlstellen zu besetzten sind..... nach Stimmenmehrheit gestimmt". Verhältnisswahl ist nur vorgesehen, wenn mehrere gleichartige unbesoldete Wahlstellen zu besetzen sind. Mithin kommt für eine Gemeindevorsteherwahl die Verhältnisswahl nicht in Frage. Demgemäß kann auch kein Nachrücken des Ersatzmannes stattfinden, noch ein Ersatzmann von Unterzeichnern eines Wahlvorschlages bestimmt werden, denn Nachrückekandidaten sind nur bei Wahlvorschlägen für eine Verhältnisswahl möglich, die aber hier nicht stattfindet. Mit der Wahl bei Stimmenmehrheit liegt eine in sich auch für die Zukunft abgeschlossene Wahl vor. Scheidet der jeweilige Gemeindevorsteher aus, so wird ein neuer gewählt, ein Nachrücken ist nicht möglich.

2. Im Schreiben des Ministeriums heißt es: "§ 33 Absatz 2 des Zuständigkeitsgesetzes bezieht sich nur auf Beschlüsse im engeren Sinne, nicht auf Wahlen. Wenn also Wahlen nicht Beschlüsse sind, dann fungiert der Gemeinderat bei der Gemeindevorsteherwahl nicht als Gemeinderat, d.h. als Beschlußkörperschaft im Sinne der Landgemeindeordnung, sondern als Wahlkörperschaft im Sinne des alten Wahlreglements. Wenn aber der Gemeinderat nicht als Beschlußkörperschaft handelt, dann gelten auch nicht die Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates sondern die Bestimmungen des Wahlreglements und des Gesetzes vom 14. Juni 1924 in der Fassung vom 24. Juli 1924. Danach ist nirgendwo von einer Beschlußfähigkeit des Gemeinderats als Wahlkörperschaft die Rede, sondern nur von Stimmenmehrheit. Mithin ist es also möglich, daß der Gemeindevorsteher nur bei Anwesenheit von einem Gemeinderatsmitglied gewählt wird.

Angesichts der vorstehend dargelegten Gesichtspunkte dürfte eine Nachprüfung der in Ihrem Schreiben vom 13. Juli niedergelegten Auffassung nicht zweckmäßig sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der geschäftsführende Vorstand.

gez. Unterschrift.

Herrn Minister des Innern, Berlin NW.7, Unter den Linden 72/73.

IV a IV 453 II.

7. Dezember 1925.

Auf das gefl. Schreiben vom 13. November ds. Js.

Zu Ziff. 1: Der Teil der dem Herrn Abgeordneten Sling erteilten Antwort vom 13. Juli 1925 - IV a IV 453- dem vom Ersatz eines ausfallenden Gemeindevorstehers durch Nachrücken eines Ersatzmannes die Rede ist, findet auf die Gemeindevorsteher in der Rheinprovinz keine Anwendung, da Besetzung der Gemeindevorsteherstellen in dieser Provinz selbstverständlich im Wege der Mehrheitswahl stattfindet demgemäß Ersatzmänner für die Gewählten nicht vorhanden sind.

Zu Ziff. 2: Die Vorschrift des § 64 Abs. 1 R.L.G. über die zur Erreichung der Beschlußfähigkeit erforderliche Mindestzahl anwesender Gemeindevorordneten beschränkt sich nicht auf Beschlüsse im engeren Sinne, sondern gilt auch Wahlen. Es fehlt an jedem inneren oder äußeren Anhalt dafür daß das Gesetz diese für die Verhandlungen der Vertretungskörperschaft geltende Vorschrift nicht auch auf Wahlen anzuwenden wissen will, die häufig eine besonders wichtige Willensäußerung der Vertretungskörperschaft darstellen.

§ 33 Abs. 2 Zuständigkeitsgesetzes dagegen kann für Beschlüsse im engeren Sinne gelten, weil bei Wahlen Interessenkollision vom Gesetz nicht anerkannt ist, vielmehr ein jeder das Recht hat, sich selbst zu wählen.

Das Wahlreglement (§ 72 Rh.L.G.O., Art. 20 des Gesetzes vom 15. Mai 1856) ist für die Wahl des Gemeindevorstehers nicht mehr maßgebend sondern ersetzt durch die Vorschriften der §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 14. Juni 1924 (vergl. von Leyden, Das Preussische Gemeindewahlrecht S. 1). Die Beschlußfähigkeit ist weder durch das Gemeindewahlgesetz noch durch das Gesetz vom 14. Juni 1924 berührt worden; Rh.L.G.O. ist noch in Kraft.

An die Kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei in Aachenerstr. 64.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefl. Kenntnis unter Bezugnahme auf meinen Erlaß vom 13. Juli 1925 - IV 453-.

J.A. Unterschrift.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Köln.

Köln, den 18. Dezember

Der Regierungspräsident.

I. E. 2444.

Abschrift unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 20. Juli 1925 - I E 1371 - zur Kenntnis übersandt. Für die Landbürgermeister liegen Abdrucke dieser Verfügung bei.

In Vertretung:
gez. H o c h e . Beglaubigt:

Verwaltung
Rangl. - Oberst

An die Herren Landräte des Bezirks.

Der Bürgermeister.

J. N. St.

Siegburg-Mülldorf, den 1. Juni 1926.

1. Folgende Bekanntmachung erlassen:

Der Kaufmann Heinrich B e h r aus Gielgen hat sein Amt als Mitglied des Gemeinderats von Holzlar niedergelegt. An seiner Stelle ist durch die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages der Bürgerliste der Matthias W i e r z in den Gemeinderat gewählt worden.

Gegen die Gültigkeit dieser Wahl kann jeder Wahlberechtigte binnen einer Frist von 2 Wochen von heute ab gerechnet, bei dem Gemeindevorstand Einspruch erheben.

///

///

2. Wiedervorlage nach 14 Tagen.

[Handwritten signature]

Der Bürgermeister.

Siegburg-Mülldorf, den 22. 6. 1926

1. Eingeworfene große Pin Kopf sind nicht erfolgt.

2. Für nähere Vierung des Gemeindevorstandes von Holzlar wurde Eingeworfene Pin Wierz.

In Vertretung:
gez. H o c h e . Beglaubigt:

Siegburg-Mülldorf, den 13/8. 26
Der Bürgermeister

1. 8. Kirschen

7-9

Gielgen, den 21. 5. 26
22. 5. 1926

An den
Herrn Bürgermeister
v. Clau

Siegburg-Mülldorf

Ich lege hiermit mein Amt
als Gemeindevorstand der Gemeinde
Holzlar nieder

W. Clau

Der Bürgermeister.

J. Nr. 81. 1739.

Siegburg-Mülldorf, den 25. Mai 1926.

An

Herrn Matthias Kirschbaum

in

R o l e b e r
+==+==+==+==+==+==

Der Angestellte Heinrich Behr aus Gielgen hat sein Amt
als Mitglied des Gemeinderats von Holzlar niedergelegt. Als
Nächster auf dem Wahlvorschlag der Bürgerliste folgt der
~~Beirat~~ Matthias Wirz aus Roleber. Nach den bestehenden
Bestimmungen ist es den Unterzeichnern des Wahlvorschlages
freigestellt, anstelle des Nächstfolgenden einen andern auf
der Vorschlagsliste aufgeführten Kandidaten als Mitglied
zu bestimmen. Als Unterzeichner des Wahlvorschlages gebe
ich Ihnen von Vorstehendem Kenntnis. Sollte binnen einer
Frist von 14 Tagen eine andere Person als ~~Kirschbaum~~ Wirz
von der Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages
nicht benannt sein, so muss angenommen werden, dass von

von diesem Recht im vorliegenden Falle kein Gebrauch
gemacht wird.

///

///

2. Wiedervorlage bei Eingang der Antwort evtl. nach 14 Ta

[Handwritten signature]

Rolber, 30. Mai 1926

Herrn Bürgermeister v. Clau
Hb. Müllroff.

In Beantwortung Ihres gef.
Schreibens vom 25. ds. Mo. teile ich
Ihnen mit, dass nach Rücksprache mit
den Vertrauensleuten der Bürgerliste
ist, dass dieselben mit dem nach-
folgenden Mathias Witz Rolber einver-
ständlich sind.

Ergänzt.

Matth. Wirschbörum

Kopie und Unterschrift bytenbip

[Handwritten signature]

gemeinverordnet

Prism, 30. Mai 1926.



Erklärung!

Nachdem der gemeindegewählte
 Herr sein Mandat in Erfüllung
 setz. in. inf. von den Fortanungs-
 gängen der Gierguleke zum Ver-
 folgen beauftragt worden bin, erkläre
 ich hiermit, daß inf. die Wohl-
 fahrt

Roßbecher, ^{den} ~~20~~ 30. Mai 1926.

Math. Witz

Leinwandliste.

Wahlvorschlag für die Wahl

des - der *Einzelkonditionen*

des Kreises - der Gemeinde *Kolglar*

am 19

Des - Der Vorgeschlagenen

Familien- und Rufnamen	Stand, Beruf	Wohnort Wohnung	Zustimmung zur Aufnahme in diesen Wahlvorschlag durch Unterschrift des - der hierneben Vorgeschlagenen
<i>Ricker Michael</i>	<i>Arbeiter</i>	<i>Rolben</i>	<i>Handw. Wirt</i>
<i>hr</i>	<i>Heinrich</i>	<i>Angestellter</i>	<i>Silber</i>
<i>ig</i>	<i>Matthias</i>	<i>Arbeiter</i>	<i>Rolben</i>
<i>ter</i>	<i>Joseph</i>	<i>Landwirt</i>	<i>Kolglar</i>
<i>ller</i>	<i>Joseph</i>	<i>Also</i>	<i>Kohlhant</i>
<i>nder</i>	<i>Heinrich</i>	<i>Fuvalide</i>	<i>Kolglar</i>

Unterzeichnet von den Wahlberechtigten:

L. Ricker als Vertrauensmann

Matthias Rirschbaum Rolben als Stellvertreter

Heinrich Weinstock Rolben 22

Peter Stitzler Rolben 8.

Alex Landers Rolben 6.

Maximilian Leit 19. Rolben.

Wilhelm Wirt Rolben 26

Es wird hiermit bescheinigt, daß die Buchhändler des Hsfl.
verpflegt & 1 hiesige Gemeinde Högler in der Lirger-
liche eingetragenen sind.

Liege. Müllhof, am 22. April 1924

der Gemeindefürsorge

der Bürgermeisters
F. W.

Gusschupf

2

Die Voreinschätzungs-Kommission schlägt d

zu Haus-Nr. wohnend, zur Abgabe einer Steuererklärung vor und gibt über die Höhe des Einkommens folgendes Gutachten ab:

- a) Aus Kapitalvermögen M
- b) Aus Grundvermögen "
- c) Aus Handel und Gewerbe "
- d) Aus gewinnbringender Beschäftigung pp. " "

Sa. des Eink. M

Siegburg-Müllsdorf, den

191

Der Vorsitzende
der Voreinschätzungs-Kommission.

Es wird hiermit bescheinigt, daß die Gewinner des Haupterfolgs
N:o 1 Ludwigliche Gemeinde Hehlert am Haupttag des 25. Lebens-
jahr vollendet haben, Reife ausgeführt sind, in der Gemeinde seit 6
Monaten wohnen und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Haupterfolgs vom
Haupttag ausgepfloffen sind.

S. Müllsdorf, den 22. April 1924.

Im Gemeindefortsch
der Bürgermeisterei
F. H.

[Signature]

[Signature]

Die Vereinfachungskommission schlägt d

zu Haus-Nr. wohnend, zur Abgabe
einer Steuererklärung vor und gibt über die Höhe des Einkommens folgendes
Gutachten ab:

- a) Aus Kapitalvermögen M
- b) Aus Grundvermögen "
- c) Aus Handel und Gewerbe "
- d) Aus gewinnbringender Beschäftigung pp. " "

Ca. des Einf. M

191

Siegburg-Mülldorf, den

Der Vorsitzende
der Vereinfachungskommission.

21. Juli 1924

Herrn

..... *Fritz Baum*
Niederpleis
=====

Der Rektor Wilhelm Schmitz in Niederpleis hat
sein Mandat als Gemeindeverordneter niedergelegt.
Gemäss § 8. des Gesetzes über die vorläufige Rege-
lung der Gemeindewahlen vom 9.4.1923 tritt an dessen
Stelle der Bewerber, der in demselben Vorschlage hin-
ter dem Gewählten an erster Stelle berufen ist. Die
Reihenfolge, in der die Bewerber zu berufen sind,
kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten
Unterzeichner des Wahlvorschlages geändert werden.
Sollte bis zum 2. August c. kein anderer Vorschlag
hier eingehen, so tritt an die Stelle des Ausge-
schiedenen der Landwirt Fritz Richarz.

2. Minutprot. 2.8.24

J.V.

7-10

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Niederpreis d. 23. Juli 1924
 Lingg. 24/7.

An den

Bürgermeisteramt, Offen den

zu Siegburg-Wülldorf

In der Halle der aufgestellten Gemeinderatsmitglieder
 Herrn Rector Wilhelm Schmitz, soll Herr Schreinermeister
 Wilhelm Fischer treten.

Fischer

Schreiner.

früher Top. Hermes.

Hermes

Heinr. Hermes

Matthias Guldmar

Wilhelm Fischer

Lutz mit Johann

Kernochs Heinrich

Voj Joff

Kratz

Fischer ist in der
 Gemeinderatsversammlung

In den Akten.

Siegburg-Wülldorf, den 21/8. 24

Der Bürgermeister

S. N.

König

Der Bürgermeister.

Tagb. No.

1601 Siegburg-Müllborn, den 5. Juni 1926.

Zur vorstehenden Gemeindevorstands-
sitzung vom Niederpreis wurde einstimmig
das Gemeindevorstandsmitglied Viechel
in. Richard.

Einstimmig wurde die Wahl des Fa.
Nunnen zum neuen Mitglied beschlossen.



Der Bürgermeister

N. No.

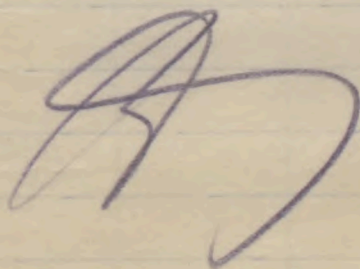
1601

Siegburg-Müllborn

den 17. Juni 1926.

zu der Zeit. Sitzung des G. R. die
abw. Gemeindevorstand 2. Vorsitz. eingeführt.

Zu der Zeit



7-10

B e k a n n t m a c h u n g .

Der Lehrer Heinrich Meyenbrock und der Schreinermeister Wilhelm Fischer aus Niederpleis haben das Amt als Mitglied des Gemeinderats von Niederpleis niedergelegt. Auf Grund des § 8 des Gesetzes betr. die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen wurden durch die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages der Zentrumsparthei anstelle Meyenbrock der Fabrikarbeiter Adolf Nüchel und von der des Wahlvorschlages der Bürgerparthei anstelle des Fischer der Landwirt Fritz Richarz als Mitglieder des Gemeinderats ~~zu~~ bestimmt.

Gegen diese Anordnung kann binnen einer Frist von zwei Wochen bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll Einspruch eingelegt werden.

Siegburg-Mülldorf, den 17. Mai 1926.

Der Bürgermeister



Entgegengenommen am 18.5.26.
abgenommen am 18.5.26.

H. Richarz
H. Richarz

Unterschriften der Vorstandsmitglieder geben ich Ihnen
 von der Vorstandsamt Kämmerer. Sollte sich zum
 24. Nov. d. B. nicht mehr finden lassen der Kämmerer
 von der Vorstandsamt der Unterschriften der Vorstands-
 Mitglieder nicht bekannt sein, muß angenommen
 werden, daß von diesem Brief aus weitergehend
 Sollte keine Erklärung gemacht wird.

+
 2. B. Vorl. am 20. Nov. 1926.

Niederpleis, den 6. 5. 26

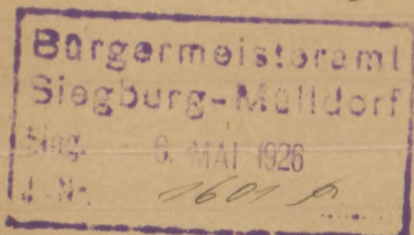
Gesamte Bürgermeisterei

Siegburg-Mülldorf

Ich danke für die Art und Weise
wie Sie die Angelegenheit mit mir
behandelt haben. Ich bin sehr
zufrieden mit dem Ergebnis und
den getroffenen Anordnungen.
Mit freundlichen Grüßen
Herrn Bürgermeister

Meyerbrock.

L. Meyerbrock.



Der Bürgermeister
L. Meyerbrock

Siegburg-Mülldorf, den 10. Mai 1926.

i. d. A.

Gesamte Gottfried Klein

Niederpleis

Ich habe die Angelegenheit mit Herrn
Meyerbrock besprochen und bin
zufrieden mit dem Ergebnis. Ich
bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis
und den getroffenen Anordnungen.
Mit freundlichen Grüßen
Herrn Bürgermeister
L. Meyerbrock.

Norddeutsches Am, S. I. 26.

An das Bürgermeisterei S. Müllers.

Ich habe Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich
Mundat velt Gemeindevorstandes eingetragene
bin, mitzubringen.

Da das Posten für mich zu Zeitverlängerung

In vorzüglicher Leistung

Bildungsleiter
Beförderung

An das Bürgermeisterrat Henden zu Liege. Müllsdorf

Als so nun das angedachte Gemeinderathenmitglied Herr
 Weizenbock nach Herr Adolf Nüchel durch
 der Unterzeichneten der Wählerwahl der Gemeinderathen
 gewählt. Nüchel hat die angedachte Wahl angenommen

Herr Josef.

Weber Joh.

Brühl Peter

" Adolf

" Jakob

Kehlmann Jakob

Herr Gert

Becker Peter

Herr Gert

Kerschke Gert

Niederpleis, den 11/5. 26.

Herr Vorsteher
 der Ortsgemeinde der Gemeinderathen
 Niederpleis

Niederpreis von 11. I. 26.

Herrn Joh. Kehr Gemeinde-Kassier.

Leut. Lefflup von 10. I. 26. tritt am 10. I. 26. von dem Gemeindevorstande ab. Der
 selbe wird durch den Vorsteher der Gemeinde Herrn
 Gustav Eitz Richard Landwehr

Der Vorsteher der Gemeinde

Dorffmeister

Herrn Eitz Richard Landwehr

Herrn Kehr

Herrn Kehr

Herrn Kehr

Herrn Kehr

J. C. Piensohn

Der Bürgermeister
 Dr. Kallweit

übergeben

Herrn

Herrn

Niederpleis den 15.Mai 1926

An

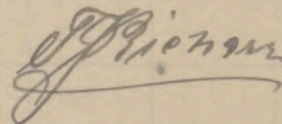
Herrn Bürgermeister v. Claer

Siegb. Mülldorf

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

In Erwiderung auf das Schreiben vom 14. cr.,
teile ich mit, dass ich das Amt als Mitglied des
Gemeinderates von Niederpleis annehme.

erg.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Sieg. Mülldorf', with a long horizontal flourish extending to the right.

Niederpleis, 18 Mai 1926.

Heimannshausen

Lgb. Niederpleis

Ein Brief aus Niedrigland des Gemeindevorstands

empfangen ist.

Gez. v. v. v.

Edulf Nischel

Dr. v. v. v. 1601

Angburg-Mallorf, den 14. Mai 1926.

i. an

Gemeindevorstand

Niederpleis

Der Herr Gemeindevorstand [ist mir
durch den Brief des Gemeindevorstands aus
Niederpleis in der Lage. Ich bin sehr
sehr dankbar für die Aufmerksamkeit und
die sehr schnelle Bearbeitung. Ich hoffe
mit der Versicherung, dass die mit der
auf die Erfüllung der Wünsche sind
in der Zeit der Niedrigland des Gemeindevorstands
unmöglich.]

2. an *

Gemeindevorstand

Niederpleis

Der Herr Gemeindevorstand ist mir [ist]

+

+

3. M. v. v. bei Eingang der Antwort aus
den 20. Mai 1926.

Gemeindevorstand

[Signature]

11

Der Bürgermeister

J.-Nr. *F. 1926.*

Siegburg-Mülldorf, den 20. August 1926

1.) Der Gemeindeverordnete Emil Krumm ist in der Sitzung des Gemeinderats von Buisdorf vom 6. August ds. Js. an Stelle des aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen Wilhelm Hohn in sein Amt eingeführt und durch den Vorsitzenden zur gewissenhaften Führung seines Amtes durch Handschlag verpflichtet worden.

///

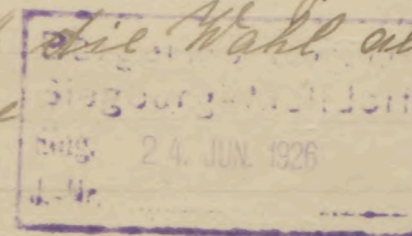
///

2.) Zu den Akten *Gemeinderatsbeschluss*

[Signature]

Bürgermeisteramt in Siegburg-Mülldorf.

Ich, Unterzeichneter, erkläre hiermit,
dass ich die Wahl als Gemeinderatsmitglied
annehme



Buisdorf-Reichhaus, den 22. 6. 26.

Emil Krumm

Verein zur Wahrung
gemeinnütziger Interessen
Siegburg-Deichhaus

Siegburg-Deichhaus, den 12. Juni 1926.

14/6/1926.

Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 28.
v.Mts. J.Nr. P. teilen wir mit, dass gemäss
Beschluss der Unterzeichner des Wahlvorschlages
anstelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Hohn
nunmehr als Nachfolger des Arbeiters Emil
Krumm in Buisdorf-Deichhaus bestimmt worden ist.

Der Vorstand

J.A.

Grauer

Schriftführer.

P. 19/26 Siegburg-Deichhaus, den 16. Juni 26.

*i. d. d. Herrn Emil Krumm
Buisd. - Deichhaus.*

den Herrn Bürgermeister
in
Siegburg-Deichhaus

*Der Vorstand Wilhelm Hohn aus
Buisdorfer-Deichhaus hat sein Amt
als Mitglied des Gemeinderates von
Buisdorf niedergelegt. Auf ein Nach-
folger hat der Unterzeichner die Verpflichtung
übernommen. Ich bitte um ungefähre
Mitteilung, ob Sie mit der auf ein
gefallenen Wahl einverstanden
sind. Das Amt als Mitglied des
Gemeinderates übernimmt.*

2. Mal vom 25.6.1926

Der Bürgermeister.

J.N2.P.

Siegburg-Bülldorf, den 28. Mai 1926.

1) An den

Vorsitzenden des Vereins zur Wahrung
gemeinnütziger Interessen
Herrn Johann Josef E n g e l s

in

Buisdorfer - Deichhaus.

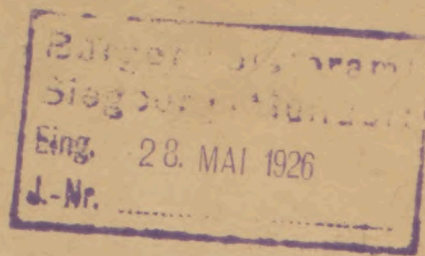
Der Reisende Wilhelm H o h n aus Buisdorfer-Deich-
haus hat sein Amt als Mitglied des Gemeinderats von
Buisdorf infolge Auswanderung nach Amerika mit dem 26.
ds. Mts. niedergelegt. Als Nächster auf dem Wahlvorschlag
des Vereins zur Wahrung gemeinnütziger Interessen folgt
der Arbeiter Wilhelm Nesshöver. Nach den bestehenden Be-
stimmungen ist es den Unterzeichnern des Wahlvorschla-
ges freigestellt, anstelle des Nächstfolgenden einen
anderen auf der Vorschlagsliste aufgeführten Kandidaten
als Mitglied zu bestimmen. Als Vorsitzender des Vereins
gebe ich Ihnen von Vorstehendem Kenntnis. Sollte binnen
einer Frist von 14 Tagen eine andere Person als Ness-
höver von der Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvor-
schlages nicht benannt sein, so muss angenommen werden,
dass von diesem Recht im vorliegenden Falle kein Ge-
brauch gemacht wird.

///

///

2. Wiedervorlage nach 14 Tagen.

B. Reichhaus, am 27. Mai 1926



Im Auftrage des Herrn Willy J. Lorenz
in B. Reichhaus teile ich mit, daß der Gemein-
de mit dem 26. Mai 1926 sein Mandat
als Gemeindevorstand infolge Auftrags-
berufung nach Amerika niedergelegt ist.

W. J. Lorenz
Gemeindevorstand

Dr.
Hr. Bürgermeister
in
S. Müller & Co.

Der Bürgermeister

Siegburg-Mülldorf, den

20/III. 1926.

An den Hr.

Lebammensführung.

Hiermit wird gemäß § 6 des Gesetzes
über die vorläufige Regelung der Gemeindeverfassung
vom 9. 4. 1923 zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß
das Gemeindeverordnetenmitglied Herrmann ~~Lorenz~~ ^{neu geb. Müller} ~~Müller~~
wegen Minderzählung aus der Gemeinde ~~Lorenz~~ ^{neu geb. Müller} ~~Müller~~
und ausgeschieden ist. Als Ersatzmann folgt der Herr
Johann Ludwig, weil der amtierende Gemeindevorstand
mit Rücksicht auf seinen zeitigen Geschäftsbesitz
zurückgeführt ist.

1) Lebammensführung in der Gemeinde Siegburg-
Mülldorf erlassen.

2) Zu dem Aktum.

52

Wahlvorschlag für die Wahl

des - der *Gemeinde* *St. Marien*
der Stadt und Grundbesitzer

des Kreises - der Gemeinde *S. Müllroth*

am *4. Mai* 19 *24*

Des - Der Vorge schlagenen

Familien- und Rufnamen	Stand, Beruf	Wohnort Wohnung	Zustimmung zur Aufnahme in diesen Wahlvorschlag durch Unterschrift des - der hierneben Vorge schlagenen
<i>Volgerst Wilhelm</i>	<i>Kochschaffner</i>	<i>St. gl. Hofstr.</i>	<i>Herr L. Langer</i>
<i>Vismar Christian</i>	<i>Apprentiz</i>	<i>Kammstr.</i>	<i>Herr J. L. Meier</i>
<i>Vismar Heinrich</i>	<i>Fumalier</i>	<i>St. gl. Hofstr.</i>	<i>H. Schwart</i>
<i>Lindner Josef</i>	<i>Angestellter</i>	<i>"</i>	<i>J. Lindner</i>
<i>Lindner Peter</i>	<i>Ladenhelfer</i>	<i>"</i>	<i>Peter Lindner</i>
<i>Hoffmann Karl</i>	<i>Verkäufer</i>	<i>Kammstr.</i>	<i>Herr</i>

Unterzeichnet von den Wahlberechtigten:

<i>Johann Jakob</i>	als Vertrauensmann
<i>Herr Lindner</i>	als Stellvertreter
<i>Dauferbach Friedr.</i>	<i>Mehrenbrock Gottf.</i>
<i>Dauferbach Ernst</i>	<i>Herr Johannsen</i>
<i>Hornberger Bertram</i>	<i>Herr Christian Schneider</i>
<i>Finger Hermann</i>	<i>Herr Hess</i>
<i>Hilbert Wilm</i>	<i>Herr Hess</i>
<i>Herr Kellner</i>	

Es wird hiermit bescheinigt, daß die Lammerei des Maßbrenn-
 pfluges No 3 Güter und Grundbesitzer Gemeinde Liegburg-Müllers-
 am Maßbrenn des 25. Lebensjahr vollendet haben, Reißaus-
 fähig sind, in der Gemeinde seit 6 Wochen wohnen und nicht ge-
 müß § 2 Abs. 2 des Maßbrennsgesetzes vom Maßbrenn ausgesprochen sind.

Liegburg-Müllers, den 22. April 1924.

Im Gemeindeförst.

Der Bürgermeister.

F. D.

[Signature]

[Signature]

Die Voreinschätzungs-Kommission schlägt b

zu Haus-Nr. wohnend, zur Abgabe
einer Steuererklärung vor und gibt über die Höhe des Einkommens folgendes
Gutachten ab:

- a) Aus Kapitalvermögen M
- b) Aus Grundvermögen "
- c) Aus Handel und Gewerbe "
- d) Aus gewinnbringender Beschäftigung pp. " "

Sa. des Eink. M

Siegburg-Mülldorf, den

191

Der Vorsitzende
der Voreinschätzungs-Kommission.

Es wird hiermit bescheinigt, daß die Einkunftssteuer
des Haushaltsflugges Nr. 3 ganz und ganz bezahlt

der Gemeinde Siegburg-Mülldorf
in der Bürgerliste eingetragen sind
L. Mülldorf, am 22. April 1924.
der Gemeindeförder.
der Bürgermeist.
F. H.

[Signature]

[Signature]

Die Vereinskätzungs-Kommission schlägt d

zu Haus-Nr. wohnend, zur Abgabe
einer Steuererklärung vor und gibt über die Höhe des Einkommens folgendes
Gutachten ab:

- a) Aus Kapitalvermögen M
 - b) Aus Grundvermögen "
 - c) Aus Handel und Gewerbe "
 - d) Aus gewinnbringender Beschäftigung pp. " "
- Sa. des Eink. M

Siegburg-Mühldorf, den 191

Der Vorsitzende
der Vereinskätzungs-Kommission.

Wahlverpflegung Nr. 3 // 9 M.
Gut der Grundbesitzer
mündlich
Salger Wilhelm
Schneider Fritz
Schwarz Hermann
Leidwig Julius
Leidenbach Jakob
Arthen Paul
Siegheim
Salger Wilf.

Die Voreinschätzungs-Kommission schlägt d

zu _____ Haus-Nr. _____ wohnend, zur Abg
einer Steuererklärung vor und gibt über die Höhe des Einkommens folgend
Gutachten ab:

- a) Aus Kapitalvermögen M
- b) Aus Grundvermögen "
- c) Aus Handel und Gewerbe "
- d) Aus gewinnbringender Beschäftigung pp. "

Ca. des Eink. M

Siegburg-Mülldorf, den _____ 191

Der Vorsitzende
der Voreinschätzungs-Kommission.

Der Bürgermeister.

Siegburg-Mülldorf, den 17. März 1926

*

Tageb.-Nr. _____

An Herrn

Jakob S c h w a r z

Siegburg-Mülldorf

Der Christian Schneider in Siegburg-Müll-
dorf hat seinen Wohnsitz nach Köln verlegt und
scheidet somit aus dem Gemeinderat aus. Nach § 8
des Gesetzes über die vorläufige Regelung der
Gemeindewahlen vom 9.4.1923 tritt an dessen Stel-
le der Bewerber, der in demselben Vorschlage hin-
ter den Gewählten an erster Stelle berufen ist.
Die Reihenfolge in der die Bewerber zu berufen
sind, kann durch die Mehrheit der noch wahlberech-
tigten Unterzeichner des Wahlvorschlages geändert
werden.

Falls bis 31. März 1926 kein anderer Vor-
schlag hier eingehen sollte, folgt an die Stelle
des Ausgeschiedenen der Invalide Heinrich Schwarz
in Siegburg-Mülldorf, Niederpleiserstrasse.

Manz

h.

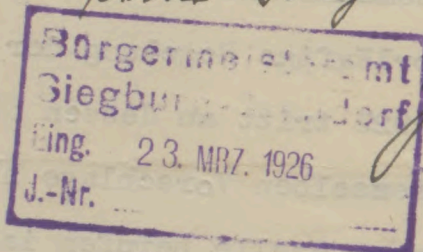
Siegburg. Mülldorf, 29/3. 26

~~Lieber~~
Liegenschaftswirt von Glaer
Hofbesitzer
fird.

Siegb. Mülldorf, 21. 3. 26

Dem Liegenschaftswirt für
Zurückgekauft.

Obst gepflanzt und Brückpflanzung
kann ich die Aufforderung nicht
kurz Folge leisten.



Gesellschaftswirt

Schwarz

Hr. Ludwig H. Meierstr. 38.

Die von Pflanzung vom 25. März sollte
ich mir von Hofbesitzer mitteilen.
Ich ist die Pflanzung zum Gemeindegeld.
mich von Pflanzung von Herrn Christian
Schreider für mich annehmen und
an Hofbesitzer.

für gegeben
Hr. Josef Ludwig.

Bürgermeister

Buch Nr.

Liegburg-Mülldorf, den 17. u. 1926.

1/ An

Herrn Jakob Schwarz

in

Liegburg-Mülldorf

Der Herrmann Schneider in
Liegburg-Mülldorf hat seinen Hofplatz auf Köln
verkauft und pfändet somit auch dem Gemeinderat
mit. Auf. 58 des Gesetzes über die vorläufige Regelung
der Gemeindeverwaltungen vom 9. 4. 1923 tritt an dessen Stelle
der Gemeinderat, der in demselben Hofplatz für den
Gemeinderat zu einer Stelle berufen ist. Die Reisepflicht
in der die Gemeinderat zu berufen sind, kann durch die
Kasse seit der auch unbeschäftigten Mutterzeit der
Hofplatzung zu werden.

Falls bis 31. März 1926 kein anderer
Hofplatz für einen Hofplatz sollte, folgt an die Stelle
des Hofplatzes der Gemeinderat Herrmann Schneider
in Liegburg-Mülldorf, Niederplein.

2/ H. vorl. am 31. März 1926

6.

Bürgermeister
Siegburg-Mülldorf, den 25. III. 1926.

Sie

Herrn For. Ludwig

in

Siegburg-Mülldorf

Niederrheinstr. 38.

Das Gemeinderatsmitglied
Christian Schneider ist nach Köln zur Abwahl
geladen. Als Ersatzmann gemäß § 8 des Gesetzes
über die vorläufige Regelung der Gemeindeangelegenheiten
haben Sie nun dasjenige, was mit dem Gemeinderat
mit Rücksicht auf den zeitigen Geschäftsgang zu
samt zurückzutreten ist, sich wollen Sie dem
1. Rat und die Entscheidung eine Erklärung über den
der Wahl abgeben.

Die Wahl gilt als angenommen,
wenn innerhalb dieser Frist eine Erklärung
abgegeben wird.

#

2. H. vorl. am 2. V. 1926.

[Handwritten signature]

Die Voreinschätzungs-Kommission schlägt d

zu Haus-Nr. wohnend, zur Abgabe
einer Steuererklärung vor und gibt über die Höhe des Einkommens folgendes
Gutachten ab:

- a) Aus Kapitalvermögen M
- b) Aus Grundvermögen "
- c) Aus Handel und Gewerbe "
- d) Aus gewinnbringender Beschäftigung pp. "

Sa. des Eink. M

Siegburg-Müllsdorf, den 191

Der Vorsitzende
der Voreinschätzungs-Kommission.

Es wird ferner bestimmt, daß die Bewerber des Haupt-
 verpfluges Nr. 2 Arbeitsgemeinschaft (außer den unter
 Nr. 7 u. 8 aufgeführten Bewerbern) Gemeindeglieder Siegburg-Müll-
 heim-Müllheim das 25 Lebensjahr vollendet haben, Rufs-
 befähigt sind, in der Gemeinde seit 6 Wochen wohnen und
 gemäß § 2 Abs. 2 des Wahlengesetzes vom Wähler ausgetrieben
 sind.

Siegburg-Müllheim, den 22. April 1924
 Die Gemeindevorstände
 der Bürgermeister
 F. H.

Gezeichnet

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Hutungsbesitzer des
Mühlwiespfluges Nr. 2 Erbsitzguts in pacht

der Gemeinde Dieburg-Müllhof
in der Bürgerliste eingetragen ist.

L. Müllhof, den 22. April 1924.

der Gemeindeförderer.

der Bürgermeister.

F. H.

[Signature]

Im Waffenspiegel

der Arbeitsgemeinschaft (Wähler, Eingepflichtete u. Lehrende der Gemeinde
 S. Gölledorf für die Lehrerzeitschriftenverwaltung; Diese sind
 unterzeichnet und unterzeichnen folgende Häuser mit ihrer eigen-
 tümlichen Unterschrift.

Hallberg Wilhelm Arbeiter Lammstr. 121.
 Hermann Hermann Mey Mettstraße 11. 11. 11.
 Kurlsch Josef Arbeiter Buchschloßstr. 88.
 Rosarius Franz. Reform. Lammstr. 224.
 Braun Josef. Schlosser. Bonnerstrasse No 120.
 Hansch W. Franz Arbeiter Lammstr. 148.
 Müller Peter Arbeiter Lammstr. 14.
 Wipfeler Wester Arbeiter Wiederscheidstr. 42a.
 Hemrich Wirtsch. (Arbeiter) Feldweg 12.
 Peter Wenz. Lammstr. 223.

Wahlvorstellung

der Arbeitsgemeinschaft Arbeiter, Angehörige in Sankt Augustin, die Gemeinde
S. Gölldorf für die Gemeinderatswahl am 4. Mai 1924.

*(Stellen mit nicht mehr
Wahlberechtigte einmündig)*

1. Lindlar Wilhelm Kfz-Mechaniker 104 Wilhelm Lindlar
2. Busel Josef Zimmermann 35. Busel Josef
3. Borschel Adam Lino-Angefaller 223. Adam Borschel
4. Wöhlen Heinrich Arbeiter Kfz-Mechaniker 162 a. Heinrich Wöhlen
5. Hallberg Franz Lagerarbeiter 121 Hallberg Franz
6. Müller Wilhelm Arbeiter 15 Müller Wilh.
7. Müller Johann Kfz-Mechaniker 135 Müller Hann.
8. ~~Edelmanns Ludwig, Arbeiter 98. Bernhard Edelmanns.~~
9. Lilsdorf Fritz Arbeiter Kfz-Mechaniker 49 Lilsdorf Fritz
10. Olbert Peter Arbeiter 138 Olbert Peter
11. Kirschbach Michael Arbeiter 134 Kirschbach Michael
12. Anack Peter Arbeiter 14 Anack Peter

Termin als Ersatzpersonen:

13. Finkensfeld Wilhelm Arbeiter 167 Finkensfeld Wilh.
14. Kirschbach Johann Arbeiter 80 Joh. Kirschbach
15. Kolb Heinrich Arbeiter 225. Heinrich Kolb.
16. Kaim Johann Maurer 1. Kaim Johannes
17. Klein Gustav Dreher 1. Klein Th. Dreher
18. Gorgens Heinrich Arbeiter 82. Gorgens Heinrich
19. Held Josef Kfz-Mechaniker 1. Joseph Held

Gelesen
Gemeinde Vorsteher
zu Sankt Augustin

zu Sankt Augustin

Gemeinde Vorsteher, lag. d. Gemeinde
Ordnung d. Gemeinde

Gelesen

Wilhelm Kfz-Mechaniker

Gelesen

W. Kfz-Mechaniker

Bürgermeister

Siegburg-Müllendorf, den

31. m. 1926.

Gebuch Nr.

1/ der

Herrn Wilhelm Fünkersfeld

in

Siegburg-Müllendorf.

Zu demst. 187.

Der Wilhelm Lindlar in Siegburg-Müllendorf hat sein Mandat als Gemeindevorstandesmitglied abgelegt. Gemäß § 8 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindeverfassungen vom 9. 4. 1923 tritt an dessen Stelle der Landerbar, der in demselben Vorstande früher den Gemeindevorstand am ersten Male beauftragt ist. Die Reihenfolge in der die Landerbar zu beauftragen sind. Wenn durch die Abfertigung der auf ausbleibenden Mitglieder der Gemeindevorstand zu ergänzen war den.

Falls bis 16. März d. J. von anderer Vorrichtung berichtet für eingezogen ist, folgt an die Stelle des am 1. April d. J. abgesetzten Lindlar der Herr Wilhelm Fünkersfeld in Siegburg-Müllendorf. Zu demst. 134.

#

#

31. d. vult. vom 20. m. 1926.

63

Der Bürgermeister
Tagbuch Nr. 1

Siegburg-Mülldorf, den 19. III. 1926

Herrn Michael Körndt
Siegburg-Mülldorf

Nummer 134

Das Gemeinderatsmitglied
Herrn Luden hat sein Mandat als solches wiederholt
als Aufwachen gemäß § 8 des Gesetzes über die vorläufige
Regelung der Gemeinderatsangelegenheiten von 9. April 1923 zur
und wollen Sie binnen 1 Woche nach Zustellung der
Erklärung über die Annahme der Wahl abgeben.
Die Wahl gilt als angenommen
wenn innerhalb dieser Frist eine Erklärung nicht abge-
geben wird.

1/4 Vorl. am 20. III. 1926

Der Bürgermeister
Tagbuch Nr. 1

Siegburg-Mülldorf, den 20. III. 1926

Lebensversicherung

Hiermit wird gemäß § 6 des Gesetzes
über die vorläufige Regelung der Gemeinderatsangelegenheiten vom 9. April 1923 zur
öffentlichen Kenntnis gebracht, dass das Gemeinderatsmit-
glied Michael Luden sein Mandat als solches wiederholt
gemäß § 8 des vorgenannten Gesetzes tritt in dieser
Halle, der Landes- der in demselben Wohnung für den
Wahlkreis der Halle berufen ist. Hierfür folgt als
Mandatar der Michael Körndt aus Siegburg-Mülldorf

1/4 Lebensversicherung ist in der Gemeinde L. Müll-
zu stellen.
2/1 zu den Akten.

7-12

Sammlung von wichtigen Gesetzesabdrucken und Verordnungen von Reich und Staat

Erscheinen jeweilig für den Handgebrauch sofort nach Veröffentlichung in den Gesetzblättern.

Preis der Einzelnummer RM. 0.15, bei regelmäßigem Bezug RM. 0.10.

Verlag von J. Meinke (Luisen-Feuerische Buchdruckerei), Neuwied am Rhein.

№ 4760.

Gesetz

über

die Festsetzung der Gemeindewahlen.

Vom 18. April 1928. — Preuß. Gesetzsamm. S. 99/100.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die Gemeindevertretungen der Städte und Land-
gemeinden sowie die Amtsvertretungen in der Rhein-
provinz und der Provinz Westfalen sind bis zum 31.
Dezember 1928 neu zu wählen.

§ 2.

(1) Auf Städte und Landgemeinden, deren Ge-
meindevertretungen nach dem 1. Juli 1927 neu gewählt
sind, findet § 1 keine Anwendung.

(2) Das gleiche gilt für Städte und Landge-
meinden, für welche durch Sondergesetz eine Frist ge-
setzt worden ist, innerhalb welcher Neuwahlen zu den
Gemeindevertretungen vorzunehmen sind.

§ 3.

(1) Die Dauer der Wahlzeit beträgt für sämtliche
Gemeindevertretungen, Amtsvertretungen und Vertre-
tungen der Kirchspielslandgemeinden vier Jahre. Würde
die Wahlzeit hiernach nicht früher als zwölf Monate
vor dem Ablauf der allgemeinen Wahlzeit (§ 1 in Ver-
bindung mit Satz 1) endigen, so findet die Neuwahl
erst gleichzeitig mit den allgemeinen Neuwahlen statt.
Erstmalig findet dies auf die gemäß § 15 des Ge-
meindewahlgesetzes vom 9. April 1923 in der Fassung
der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (Gesetz-
samm. S. 99) betroffenen Gemeindevertretungen mit
der Maßgabe Anwendung, daß als Ablauf der allgemeinen
Wahlzeit der 1. Oktober 1928 gilt.

Berlin, den 18. April 1928.

Das Preussische Staatsministerium.

(Ausgegeben zu Berlin, den 20. April 1928.)

(2) Das Staatsministerium ist ermächtigt, für
die allgemeinen Neuwahlen (§ 1 in Verbindung mit
Abs. 1 Satz 1) den Wahltag zu bestimmen.

§ 4.

Nach jeder Neuwahl der Gemeindevertretungen
sind die gewählten Mitglieder aller Gemeindevertretungen
und -kommissionen neu zu wählen.

§ 5.

Im Geltungsbereich der Städteordnung für die
Provinz Schleswig-Holstein werden fortan die unbe-
soldeten Magistratsmitglieder nur von den gewählten
Mitgliedern der Gemeindevertretung gewählt.

§ 6.

§§ 12, 19 und 20 des Gemeindewahlgesetzes vom
9. April 1923 in der Fassung der Bekanntmachung
vom 12. Februar 1924 (Gesetz-samm. S. 99) finden
Anwendung.

§ 7.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung
folgenden Tage in Kraft.

§ 8.

Der Minister des Innern erläßt die zur Aus-
führung dieses Gesetzes nötigen Anweisungen.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Ge-
setz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen
Rechte des Staatsrats sind gewahrt.